



Netzwerk Frauenforschung NRW

THEMEN:

- Strategien rhetorischer Modernisierung
- Das Bonner GenderIndex (GIX)-Projekt
- Das Verständnis von Gender Mainstreaming
- Geschlechtsspezifische Sinnerfüllung
- Ausbildung generationenspezifischer Bewährungsmythen und Habitusformationen
- Professionalität und Engagement von Frauen in der Kirchengeschichte sichtbar machen
- Die Stellung der häuslichen Pflege im Pflegeversicherungsgesetz
- Qualitätssicherung in der häuslichen Pflege dementiell Erkrankter
- Historische Konstruktionen von Männlichkeit(en)
- Die andrologische Konstruktion von Geschlecht
- 40 years later: the health related quality of life of women affected by thalidomide
- Gesellschaftlicher Strukturwandel und Geschlechtergleichheit
- Uniform in Bewegung. Zum Prozess der Uniformität von Körper und Kleidung
- Gender, Ethnizität, Identität: Die neue Dienstmädchenfrage im Zeitalter der Globalisierung

JOURNAL NR 14

NETZWERK FRAUENFORSCHUNG NRW

Impressum:

NETZWERK FRAUENFORSCHUNG NRW

Koordination
Prof. Dr. Ruth Becker
Dr. Beate Kortendiek
M.A. Sabine Schäfer
Universität Dortmund
Frauenforschung und Wohnungswesen
in der Raumplanung
44221 Dortmund
Tel./ Fax: 0231/ 755-5142
e-mail: kortendiek@netzwerk-frauenforschung.de

REDAKTION
Dr. Beate Kortendiek
M.A. Sabine Schäfer
Dortmund, Dezember 2002

ISSN 1617-2493

Inhalt

Editorial	4
-----------------	---

Netzwerk-News

Netzwerkprofessorinnen stellen sich vor

PD Dr. Helma Lutz	6
Prof. Dr. Maria Anna Kreienbaum	9
Prof. Dr. Gabriele Mentges	11
Prof. Dr. Sue Lafky	13

News

Wiebke Kolbe: Dienstrechtsreform in nordrhein-westfälisches Landesrecht: Noch können WissenschaftlerInnen die Chance nutzen, auf das neue Landeshochschulgesetz einzuwirken	14
Gudrun Schäfer: Das International Science Center am Essener Kolleg für Geschlechterforschung	16
Neue Koordinatorin der Marie-Jahoda-Gastprofessur: Charlotte Ullrich	17
Margret Westerwinter: Masterstudiengang Komparatistik an der Universität Paderborn	18

Link-Tipps

Datenbank: Professuren für Frauen- und Geschlechterforschung an den Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland	20
Vernetzte Frauen	20
Linktipps	20
gender forum – An Internet Platform for Gender and Women’s Studies	22
gender Inn – Internet-Datenbank zur Frauen- und Geschlechterforschung	23

Beiträge

Angelika Wetterer: Strategien rhetorischer Modernisierung	24
Doris Lucke, Kristin Caumanns: Das Bonner GenderIndex (GIX) – Projekt: „VorBilder statt VorUrteile“	39
Sigrid Metz-Göckel, Marion Kamphans: Das Verständnis von Gender Mainstreaming – Gespräche mit der Hochschulleitung	42
Ute Luise Fischer: Geschlechtsspezifische Sinnerfüllung – Tendenzen der Bewährungsdynamik bei Männern und Frauen innerhalb und außerhalb der Erwerbsarbeit (Projektskizze)	46
Christel Gärtner: Ausbildung generationenspezifischer Bewährungsmythen und Habitusformationen	50
Birgit Funke, Ute Gause, Cordula Lissner: Professionalität und Engagement von Frauen in der Kirchengeschichte sichtbar machen	53
Katharina Gröning: Sozialpolitik und Familienroman: Die Stellung der häuslichen Pflege im Pflegeversicherungsgesetz	56
Katharina Gröning, Anne-Christine Kunstmann, Elisabeth Rensing: Modellprojekt: Qualitätssicherung in der häuslichen Pflege dementiell Erkrankter	65
Martina Kessel, Wiebke Kolbe: Historische Konstruktionen von Männlichkeit(en):	67
Torsten Wöllmann: Die andrologische Konstruktion von Geschlecht / Zur Medikalisierung von Männerkörpern	69
Irmgard Nippert, Birgit Edler, Claudia Schmidt-Herterich: 40 years later: the health related quality of life of women affected by thalidomide	73
Christina Stecker: Forschungsprojekt: Gesellschaftlicher Strukturwandel und Geschlechtergleichheit – Die Rolle des Nonprofit-Sektors	77
Gabriele Mentges, Birgit Richard: Forschungsprojekt: Uniform in Bewegung. Zum Prozess der Uniformität von Körper und Kleidung	78
Helma Lutz, Marianne Krüger-Potratz, Susanne Schwalgin: Forschungsprojekt: Gender, Ethnizität, Identität: Die neue Dienstmädchenfrage im Zeitalter der Globalisierung	79

Veröffentlichungen

Buchbesprechungen

Dorothee Obermann zu Kathrin Braun: Menschenwürde und Biomedizin	82
Sina Kahle zu Renate Nestvogel: Aufwachsen in verschiedenen Kulturen	82
Sigrid Metz-Göckel zu Agnes Senganata Münt: Wissensvermittlung und Geschlechterkonstruktionen in der Hochschullehre.....	84

Veröffentlichungen aus dem Netzwerk

Renate Kroll (Hg.) Lexikon Gender Studies	87
Arlie Russel Hochschild: Die Zeitfalle	89
Gislea Ecker, Claudia Breger, Susanne Scholz (Hg.): Dinge. Medien der Aneignung-Grenzen der Verfügung	88
Angelika Wetterer: Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion	90
Sigrid Metz-Göckel, Angelika Wetterer (Hg.): Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung durch Gender Mainstreaming?	90
Gudrun-Axeli Knapp, Angelika Wetterer (Hg.): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II	90
Insa Härtel und Sigrid Schade (Hg.): Körper und Repräsentation	91
Sabine Hering, Gudrun Maierhof: Die unpäßliche Frau	92
Meike Nordmeyer/Marion Heinz: Feministische Philosophie	92

Editorial

Liebe LeserInnen,

zum guten Start ins Neue Jahr offeriert das Netzwerk Frauenforschung NRW mit der 14. Ausgabe seines JOURNALS eine, wie wir hoffen, anregende Lektüre mit der bewährten Mischung aus News und Infos, Rezensionen und vor allem einer Reihe spannender Berichte und Artikel aus dem weiten Spektrum der Forschungsaktivitäten in unserem Netzwerk.

Auch dieses Mal können wir – zu unserer großen Freude – in den NEWS einige neue Professorinnen unseres Netzwerks vorstellen: Wir freuen uns über die Berufung von **Professorin Dr. Maria Anna Kreienbaum** an die Universität Paderborn, die als ausgewiesene Expertin den Bereich Schule und Geschlecht in unserem Netzwerk zukünftig stärken wird. Ebenso herzlich begrüßen wir die neu assoziierte **Professorin Dr. Gabriele Mentges** (Universität Dortmund), mit der das im Netzwerk vertretene Spektrum der Fachdisziplinen um die Textilwissenschaft erweitert wird sowie **PD Dr. Helma Lutz** von der Universität Münster, die als assoziiertes Mitglied dem Themenfeld Gender und Migration zukünftig mehr Gewicht im Netzwerk verleihen wird.

Wir halten es für ein ermutigendes Zeichen, dass das Interesse an einem Beitritt zu unserem Netzwerk als assoziiertes Mitglied weiterhin anhält. Wir sehen darin nicht nur einen Beleg für die Bedeutung der Frauen- und Geschlechterforschung in NRW, sondern auch eine Bestätigung unserer Bemühungen um eine Vernetzung dieser Aktivitäten. Nachdem mit einem Ausbau des Netzwerks Frauenforschung NRW durch die Einrichtung neuer Professuren auf absehbare Zeit wohl nicht mehr zu rechnen ist, eröffnet die seit einigen Jahren bestehende Möglichkeit der Assoziation von Professorinnen (und Mittelbauerinnen), die an Universitäten oder Fachhochschulen des Landes NRW Frauen- und Geschlechterforschung betreiben, die einzige Möglichkeit, das Netzwerk Frauenforschung zu erweitern und so die Frauen- und Geschlechterforschung in NRW zu stärken. Nicht nur aus diesem Grund sind uns assoziierte Mitglieder herzlich willkommen!

Willkommen heißen möchten wir auch die jetzige Gastprofessorin der Maria-Jahoda-Gastprofessur für Internationale Frauenforschung - die Kommunikationswissenschaftlerin **Prof. Dr. Sue Lafky** von der University of Iowa - sowie die neue Koordinatorin der Gastprofessur **Charlotte Ullrich**. Wie bei früheren Marie-Jahoda-Gastprofessorinnen besteht auch dieses Jahr die Möglichkeit, die internationale Gastprofessorin zu Vorträgen bzw. Veranstaltungen einzuladen.

In die NEWS aufgenommen haben wir auch eine Reihe von Hinweisen zu interessanten Links zur Frauen- und Geschlechterforschung, die sowohl als zentrale Informationsquellen als auch bei der Suche nach potenziellen Kooperationsmöglichkeiten von Interesse sein können.

Die BEITRÄGE der vorliegenden Nummer 14 unseres JOURNALS zeigen dieses Mal das breite Spektrum der Forschungsaktivitäten im Netzwerk Frauenforschung NRW. Die Themen der Berichte so unterschiedlich wie die am Netzwerk Beteiligten, auch wenn sich einige Kristallisationspunkte ausmachen lassen:

Eröffnet wird der Reigen mit einem Beitrag von **Angelika Wetterer**, in dem sie sich kritisch mit den Konzepten des Gender Mainstreaming und des Managing Diversity auseinandersetzt und die provokante Frage untersucht, inwiefern es dabei um neue geschlechterpolitische Konzepte oder eher um einen Rückschritt in eine neuerliche Festbeschreibung zweigeschlechtlich strukturierter Denk- und Deutungsmuster handelt. Danach lernen wir im Beitrag von **Marion Kamphans** die Sicht beteiligter HochschulrektorInnen und -kanzlerInnen auf das Konzept des Gender Mainstreaming kennen, während **Doris Lucke** und **Kristin Caumanns** die Situation der Frauen an der Universität Bonn unter die Lupe nehmen.

Zwei weitere Beiträge sind einem Themenbereich gewidmet, der – bisher eher vernachlässigt – zunehmend ins Blickfeld der Geschlechterforschung gerät: Männer- bzw. Männlichkeitsforschung. Im Artikel von **Torsten Wöllmann** lernen wir die Vorstellungen über die noch neue medizinische Fachdisziplin "Andrologie" kennen, während uns **Martina Kessel** und **Wiebke Kolbe** unter dem Titel "Historische Konstruktionen von Männlichkeit(en)" verschiedene Projekte der Universität Bielefeld vorstellen.

Ein dritter Kristallisationspunkt sind die Forschungen zu Körper und Gesundheit. Im ersten Beitrag hierzu setzt sich **Katharina Gröning** mit den Vorstellungen über die häusliche Pflege im Pflegeversicherungsgesetz auseinander, danach beleuchten **Irmgard Nippert**, **Birgit Edler** und **Claudia Schmidt-Herterich** die Situation von Contergan-geschädigten Frauen "40 Jahre danach".

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit Bewährungsdynamiken und Bewährungsmythen von Frauen und Männern (**Ute Luise Fischer**, **Christel Gärtner**), mit den Kaiserswerther Diakonissen (**Birgit Funke**, **Ute Gause**, **Cordula Lissner**), mit dem Nonprofit-Sektor (**Christia Stecker**), der Uni-

formität von Körper und Kleidung (Gabriele Menges, Birgit Richard) und der neuen Dienstmädchenfrage (Helma Lutz, Marianne Krüger-Potratz, Susanne Schwalgin).

Beschlossen wird das JOURNAL mit Rezensionen und Hinweisen auf Veröffentlichungen von Mitgliedern des Netzwerks – verbunden mit dem Wunsch an uns alle, dass wir auch nach dem hoffentlich geruhsamen verbrachten – Jahreswechsel in der Hektik des Semesteralltags ab und zu die Zeit und Muße finden, um uns mit einem dieser Bücher in einem gemütlichen dicken Sessel zu verdrücken. Es lohnt sich, so unsere feste Überzeugung – für das persönliche Wohlergehen ebenso wie für den wissenschaftlichen Ertrag unserer täglichen Arbeit.

Diese – darauf möchten wir zum Abschluss alle Netzwerkmitglieder hinweisen – stellt uns im begonnenen Jahr vor eine neue Aufgabe: Aktuell erhält die Frauen- und Geschlechterforschung in NRW entscheidende Förderung durch das (von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte) HWP-Programm. Das gilt für die Zielvereinbarungen mit den Universitäten Bielefeld, Dortmund, Essen und der Fachhochschule Dortmund ebenso wie für die Einzelförderung von Forschungsprojekten. Vor die Fortsetzung dieser Förderung haben Bund und Länder die Evaluation gesetzt. Zu dieser sollte das Netzwerk – so unsere Vorstellung – durch einen neu konzipierten Forschungsbericht für die Jahre 2001-2002 beitragen. Geplant ist die Veröffentlichung einer systematisierten Zusammenschau der inter- oder multidisziplinären Forschungsprojekte des Netzwerks Frauenforschung NRW in einer neuen, vom Forschungsbericht 2000 abweichenden Konzeption. Wir werden dazu in den nächsten Wochen allen Mitgliedern des Netzwerks eine Konzept vorschlagen und bitten bereits heute um gefällige Beachtung und aktive Mitarbeit. Die Weiterführung der ministeriellen Förderung der Frauen- und Geschlechterforschung in NRW scheint und – auch angesichts der immer schlechter werdenden Bewilligungsquoten bei den großen Forschungsförderungsinstitutionen wie der DFG – ein unverzichtbares Standbein unserer Arbeit. Dieses zu sichern und zu festigen wird vermutlich nur bei überzeugender Dokumentation des Ertrags unserer Arbeit gelingen.

Dortmund im Januar 2003

Prof. Dr. Ruth Becker

Dr. Beate Kortendiek

M.A. Sabine Schäfer

Netzwerkprofessorinnen stellen sich vor: PD Dr. Helma Lutz

lehrt seit April 1999 am Fachbereich 06, Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, an der Universität Münster.

Wissenschaftlicher Werdegang

Mein Weg in die Wissenschaft ist keineswegs stromlinienförmig verlaufen. Nach meinem Studium der Sozialarbeit und Sozialpädagogik an der damals neu gegründeten Gesamthochschule Kassel, habe ich mehrere Jahre als Sozialarbeiterin in verschiedenen Projekten der Suchtberatung und -prävention gearbeitet. In den Jahre 1980 bis 1983 habe ich an der Freien Universität Berlin ein Zweitstudium in den Fächern Soziologie, Politologie, Pädagogik und Psychologie absolviert. Im Anschluss an mein Diplom in Soziologie und einen längeren Aufenthalt in der Türkei war ich bis 1985 im Auftrag der ‚Internationalen Bauausstellung Berlin‘ in der Infrastrukturplanung und -verbesserung im Westberliner Stadtteil Kreuzberg tätig. Die Beschäftigung mit Migrations- und Geschlechterforschung, die gegen Ende meines Studiums einsetzte, bildet seitdem den ‚roten Faden‘ durch meinen wissenschaftlichen Werdegang. Im Jahre 1985 übersiedelte ich von Berlin nach Amsterdam, wo ich eine Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am ‚Centre for Race and Ethnic Studies‘ der Universität von Amsterdam aufnahm. Nachdem ich meine Promotion (PhD in Politischen und Sozial-kulturellen Wissenschaften) dort 1990 mit einer Arbeit über türkische ‚Mittlerinnen‘ (siehe unten) abgeschlossen hatte, trat ich eine neue Stelle als ‚Universitätsdozentin‘ an der Universität Utrecht an; bis zum Jahr 1996 lehrte und forschte ich dort in der Frauenforschung und am ‚European Centre on Migration and Ethnic Relations‘. In dieser Zeit habe ich zahlreiche internationale Konferenzen organisiert, und hier sind auch meine transnationalen Kontakte und Kooperationen mit englischen und amerikanischen KollegInnen entstanden. Seit dem Frühjahr 1997 habe ich mich als Grenzgängerin wieder in Richtung Deutschland orientiert. Von 1997 bis 1999 vertrat ich den Lehrstuhl für Allgemeine Erziehungswissenschaft und Frauenforschung an der Universität Frankfurt a.M. und war in diesem Rahmen auch am ‚Zentrum für interdisziplinäre Frauenstudien und die Erforschung der Geschlechterverhältnisse‘ tätig. Im April 1999 habilitierte ich in Vergleichender Erziehungswissenschaft an der Universität Münster, wo ich zur gleichen Zeit meine heutige Stelle antrat. In dieser Zeit liefen auch bereits die Vorbereitungen für das Projekt der ‚Internatio-

nen Frauenuniversität‘ (IFU); ich war dort als Mitglied der Findungskommission, als Mitglied der Curriculumskommission „Migrationen. Mobilität. Transkulturelle Räume“ (zusammen mit Ilse Lenz, Maya Nadig, Mirjana Morokvasic und Claudia Schöning-Kalender) und als Dozentin bei der Durchführung der IFU im Sommer 2000 engagiert tätig. Während der IFU habe ich mit Studentinnen eine Pilotforschung für das Projekt durchgeführt, das ich im Anschluss an die IFU bei der VW-Stiftung beantragt habe und seit einem Jahr leite: „Gender, Ethnizität und Identität. Die neue Dienstmädchenfrage im Zeitalter der Globalisierung.“ (siehe auch: www.uni-muenster.de/FGEl/). Daneben habe ich mich im letzten Jahr (2001) an einer Forschung zur Situation von ‚domestic workers‘ in der Republik Südafrika beteiligt sowie im Rahmen meiner Lehrtätigkeit ein Projekt zum Virtuellen Lernen (Virtuelles Doktorandinnencolloquium) gestartet.

Meine Forschungsfragen beschäftigen sich weitgehend mit den (individuellen und kollektiven) Folgen von Migration, mit der Veränderung sozialer Ungleichheiten und der Entwicklung transnationaler Räume.

Wissenschaftspolitische Aktivitäten

1999 - 2003: Mitglied der drei-köpfigen Sprecherinnengruppe der Sektion Biographieforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

1998 - 2002: Vizepräsidentin der Forschungskommission RC 38 „Biography and Society“ der ISA (International Sociological Association)

1994 - 1998: Vorstandsmitglied und Sekretariat der Forschungskommission RC 38 „Biography and Society“ der ISA (International Sociological Association)

1993 - heute: Member of the scientific advisory board of the New Ethnicities Unit, University of East London, England

1997 - 2000: Mitglied der Findungskommission der „Internationalen Frauenuniversität“ in Gründung; Mitglied der Curriculumskommission „Migrationen. Mobilität. Transkulturelle Räume“, des Vorbereitungskomitees und der Dozentinnengruppe der Sommeruniversität der IFU bei der Expo 2000, Hannover

Titel honoris causa

1995 - 2000 Honorary fellowship der Universität London, Birbeck College

Redaktionsarbeit

1992-1997 Redakteurin der Zeitschrift: CO-MENIUS - Wissenschaftliches Forum für Erziehung, Ausbildung und Kultur. Die Zeitschrift erschien 15 Jahre lang 4 Mal im Jahr (Utrecht, Niederlande)

1997 Gastredakteurin der Zeitschrift: Frauen in der Einen Welt, Frankfurt a.M.

1998 Gastredakteurin der Zeitschrift: Das Argument, Hamburg, Berlin

1998-2000 Gastredakteurin der Zeitschrift: European Journal for Women's Studies, Utrecht, London

Forschungsschwerpunkte

Interdisziplinäre Migrations-, Ethnizitäts- und Geschlechterforschung, Interkulturelle Studien, Biographieforschung, insbesondere die Erforschung der Internationalisierung von Lebensläufen.

Schwerpunkte in der Lehre

Interkulturelle Pädagogik, Geschlechterforschung, postkoloniale Studien und qualitative Forschungsmethoden.

Ausgewählte Veröffentlichungen

Lutz, Helma: Welten Verbinden - Türkische Sozialarbeiterinnen in den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M.: IKO-Verlag, 1991

Lutz, Helma/Phoenix, Ann/Yuval-Davis, Nira (Hrsg): Crossfires. Nationalism, Racism and Gender in Europe. London: Pluto Press, 1995

Koser, Khalid/Lutz, Helma (Hg.): The New Migration in Europe. Social Constructions and Social Realities. Basingstoke und London: MacMillan, 1998

Lutz, Helma/Wenning, Norbert (Hg.): Unterschiedlich verschieden. Differenz in der Erziehungswissenschaft. Opladen: Leske + Budrich 2001

Lenz, Ilse/Lutz, Helma/Morokvasic, Mirjana/Schöning-Kalender, Claudia/Schwenken, Helen (Hg.): Crossing Borders and Shifting Boundaries. Gender, Identities and Networks. Opladen: Leske + Budrich 2002

Aufsätze (Auswahl)

Lutz, Helma: The Limits of European-ness. Immigrant Women in Fortress Europe. In: Feminist Review 57, 3, 1997, S. 112-139

Lutz, Helma: The Legacy of Migration: Immigrant Mothers and Daughters and the Process of Intergenerational Transmission. In: Mary Chamberlain (Hg.): Caribbean Migration: Global Identities. London: Routledge 1998, S. 95-108

Lutz, Helma/Huth-Hildebrandt, Christine: Geschlecht im Migrationsdiskurs. In: Das Argument. Schwerpunktthema "Grenzen" Nr. 224, (40) 2, 1998, S. 159-173

Lutz, Helma: ‚Meine Töchter werden es schon schaffen‘. Immigrantinnen und ihre Töchter in den Niederlanden. In: Ursula Apatzsch (Hg.): Migration und Traditionsbildung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999, S.165-185

Lutz, Helma: Das Beispiel "Ethnisierung": Eine Kritik der Ethnisierung zehn Jahre nach "Mitbürger aus der Fremde". In: Wolf-Dietrich Bukow/Markus Ottersbach (Hg.): Die Zivilgesellschaft in der Zerreißprobe. Opladen: Leske + Budrich 1999, S. 117-128

Lutz, Helma: Anstößige Kopftücher. Kopftuchdebatten in den Niederlanden. In: Ruth Kleinhessling/Gritt Klinkhammer/Sigrid Nöckel/Karin Werner (Hg.): Der neue Islam der Frauen. Weibliche Lebenspraxis in der globalisierten Moderne – Fallstudien aus Afrika, Asien und Europa. Bielefeld: transcript Verlag 1999, S. 35-61

Lutz, Helma: Von Grenzen, Pässen und Rechten. Europäische Szenarien. In: L'Homme. Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft. Schwerpunkt "Staatsbürgerschaft". 1, 1999, S. 63-78

Lutz, Helma: Biographisches Kapital als Ressource der Bewältigung von Migrationsprozessen. In: Ingrid Gogolin/Bernhard Nauck (Hg.): Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 179-210

Lutz, Helma: Geschlecht, Ethnizität, Profession. Die neue Dienstmädchenfrage im Zeitalter der Globalisierung. IKS Querformat. Münster, 2000, 31 Seiten

Inowlocki, Lena/Lutz, Helma: Hard Labour. The Biographical Work of a Turkish Migrant Woman in Germany. In: European Journal of Women's Studies, (7) 2, 2000, S. 289-308

Lutz, Helma: Migration als soziales Erbe. Biographische Verläufe bei Migrantinnen der ersten und zweiten Generation in den Niederlanden. In: Bettina Dausien/Marina Calloni/Marianne Friese (Hg.): Migrationsgeschichten von Frauen. Werkstattberichte des IBL, Bd. 7. Bremen: Universität Bremen, 2000, S.38-61

Lutz, Helma: Differenz als Rechenaufgabe? Über die Relevanz der Kategorien Race, Class und Gender. In: Helma Lutz/Norbert Wenning (Hg.): Unterschiedlich verschieden. Differenz in der

Kontakt:
 PD Dr. Helma Lutz
 Westfälische Wilhelms-
 Universität Münster
 FB 6 Institut für Allgemeine
 Erziehungswissenschaft
 48149 Münster
 Tel.: 0251/832-1200
 Email: hlutz@uni-muenster.de

- Erziehungswissenschaft. Opladen. Leske + Budrich 2001, S. 215-230
- Calloni, Marina/Lutz, Helma: Gender, Migration and Social Inequality. The Dilemma of European Citizenship. In: Simon Duncan/Birgit Pfau-Effinger (Hg.): Gender, Economy and Culture: The European Union. London: Routledge, 2000, S. 143-170
- Lutz, Helma: Postkoloniale Perspektiven: Migration, Hybridität und Kulturveränderung im Leben von surinamischen Frauen in den Niederlanden. In: Judith Schlehe (Hg.): Interkulturelle Geschlechterforschung. Identitäten – Imaginationen – Repräsentationen. Frankfurt a.M.: Campus 2001, S. 251-274
- Lutz, Helma: Die neue Dienstmädchenfrage im Zeitalter der Globalisierung. In: Mathias Fechter (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven: Wissenschaft. Globalisierung. Jahrbuch der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie. Klartext Verlag: Essen, 2001, S. 114-135
- Lutz, Helma: At Your Service, Madam! The Globalization of Domestic Service. In: Feminist Review 70, London, 2002, S. 89-104
- Davis, Kathy/Lutz, Helma: Travelling Theorists. On Biographical Border Crossing and Feminist Imagination. In: Amsterdams Sociologisch Tijdschrift, 1, 2002, S. 38-58
- Lutz, Helma/ Morokvasic-Müller, Mirjana: Transnationalität im Kulturvergleich. Migration als Katalysator in der Genderforschung. In: Ayla Neusel/Margot Poppenhusen (Hg.): Universität Neu Denken. Die Internationale Frauenuniversität Technik und Kultur. Opladen: Leske + Budrich 2002, S. 111-124
- Lutz, Helma: Transnationalität im Haushalt. In: Claudia Gather/Birgit Geissler/Maria S. Rerich (Hg.): Weltmarkt Privathaushalt. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2002, S. 86-102

Netzwerkprofessorinnen stellen sich vor:

Prof. Dr. Maria Anna Kreienbaum

geb. 1955, seit April Professorin für Schulpädagogik mit dem Schwerpunkt Geschlechterdifferenz an der Universität Paderborn.

Werdegang:

zunächst Lehrerin für Deutsch und Englisch/ SEK I, von 1986 bis 1996 Wiss. Ang. An der Uni Do, Vertretungsprofessuren in Frankfurt/M, Halle/S, Karlsruhe, Hochschuldozentin in Giessen

Schwerpunkte in der Lehrerausbildung:

Reflexion über das Geschlechterverhältnis – das eigene Geschlecht und sein Einfluss auf das berufliche Selbstverständnis, strukturelle Bedingungen und die Beziehungen in Lernprozessen.

Schwerpunkte in der Forschung:

Koedukation, Professionsverständnis, Schulentwicklung, interkulturelle Pädagogik

Einblicke in aktuelle Projekte:

Bildung als Herausforderung – Leben und Lernen in Zambia

Ausgangspunkt war die Reise einer Studiengruppe nach Zambia im Jahr 2001, um das Leben und das Bildungssystem in einem der ärmsten Länder der Welt kennen zu lernen. Die Reisegruppe war bereit, sich einzulassen auf neue Erfahrungen und sich ‚befremden‘ zu lassen. In einem solchen Prozess erfährt man nicht nur Neues über ein fernes Land, sondern mindestens genauso viel Unbekanntes über sich selbst.

Pädagogische Zugriffe richten sich zumeist auf zwei Aspekte: Sie beleuchten das Bildungswesen und beschreiben Aufbau und Ziele, Herausforderungen, Probleme und das Gelingen von Bildungsprozessen. Pädagogisches Handeln findet immer zwischen Menschen statt, die in Beziehung zueinander treten.

Reisen in die ‚Dritte Welt‘ bedeutet, Daten-Wissen und Statistik mit Begegnungen und Erfahrungen zu verbinden und tatsächlich zu verstehen, was es heißt, in einem Land zu leben, in dem ein Großteil der Bevölkerung in Rundhütten aufwächst ohne Strom und sauberes Wasser, ohne Supermarkt und Sozialversicherung, ohne staatlich organisiertes soziales Netz und weitgehend ohne Mediengriff.

Bildung als Herausforderung ist hier im doppelten Sinne zu verstehen: Zum Einen sind die Herausforderungen gemeint, die die Lebensbedingungen in einem der ärmsten und am meisten von Aids bedrohten Ländern der Welt für die Menschen und ihr Bildungssystem darstellen. Zum Anderen meint es aber auch die Herausforderung, sich damit theoretisch und auch praktisch auseinander zu setzen.

Globales Lernen geht von der Einsicht aus, dass die großen Bedrohungen für die Zukunft (Klimakatastrophe, AIDS, Bevölkerungsexplosion) nur abgewendet werden können, wenn sie global angegangen werden.

Der Mensch soll befähigt werden, sein eigenes Handeln so reflektiert zu beurteilen, dass er sich der Wechselwirkung und Nebenfolgen auch im Hinblick auf die vermeintlich fremde, ferne Welt bewusst ist.

Globales Denken und Handeln wird möglich durch eine Erhöhung der Eigenkomplexität: Aus abstraktem Wissen über unterschiedliche Lebensbedingungen muss verantwortliches Handeln erwachsen. Dazu bedarf es der empathischen Begegnung mit dem Fremden und Fernen.

Veröffentlichung:

Kreienbaum u.a.: Bildung als Herausforderung. Leben und Lernen in Zambia, Frankfurt (IKO-Verlag) 2002, 224 S.

Schulprogramm und Schulerfolg - Eine Langzeitstudie am Mädchengymnasium Essen-Borbeck

Gibt es einen Zusammenhang von Schulprogramm und Schulerfolg? Der Untersuchung liegt die Annahme zugrunde, dass die Angebote, die eine Schule macht, für das Leben der Schülerinnen bedeutsam sind. Wie erfolgreich eine Schulzeit verläuft und wie sehr die (späteren) Absolventinnen von ihrer Schule profitieren, hängt mit dem Klima einer Schule, dem Zusammenhalt in einer Klasse, dem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern und der Lernenden zusammen, und auch damit, was in einer Schule außerhalb des Unterrichts passiert.

Ziel und Aufbau der Untersuchung

Mit meiner Untersuchung möchte ich herausfinden, welche Zusammenhänge bestehen zwischen dem, was im Unterricht und darüber hinaus in der Schule passiert, und dem Lebensweg der Schülerinnen.

Intensiv begleite ich die Schullaufbahn des Jahrgangs, der 1996 in die 5. Klasse aufgenommen wurde. Zunächst ging es darum, wie den Kindern die Anpassungsprozesse gelingen. Sie lernen die Schule und ihre Besonderheiten kennen, sie finden ihre Rolle im Klassenverband, gewöhnen sich an die Leistungsstandards und die Anforderungen (oder haben damit Schwierigkeiten). In regelmäßigen Abständen und besonders dann, wenn Entscheidungen fallen, z.B. für die zweite Fremdsprache, versuche ich zu erfahren, welche Wege die Schülerinnen einschlagen, welche Bedeutung sie damit verbinden, wie sie die Angebote der Schule nutzen oder warum sie dies nicht tun, welche Erfahrungen sie auf dem Weg zu immer mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung machen.

In der 8. Klasse werden erstmals ethnografische Methoden eingesetzt. Über "Begleittage", an denen die Forscherin eine Schülerin zwölf Stunden am Tag begleitet, d.h. den Schulweg mit ihr geht, im Unterricht dabei ist, das Mittagessen zusammen mit der Familie einnimmt und alle normalen nachmittäglichen Aktivitäten mitmacht, entstehen Portraits der Mädchen, die sie in ihrer Persönlichkeit skizzieren, die Aufschluss darüber geben, wie sie Schule erleben, was ihnen dort und anderswo wichtig ist und was nicht.

Ein weiterer Schwerpunkt wird in der 10. Klasse gesetzt. Hier entscheiden sich die Jugendlichen für die gymnasiale Oberstufe oder den Berufseinstieg. Wichtige Entscheidungen für die spätere berufliche Laufbahn werden durch die Wahl der Leistungskurse vorbereitet. Einige werden einen längeren Auslandsaufenthalt in Erwägung ziehen.

Veröffentlichung:

Forschungsantrag als Manuskript: Maria Anna Kreienbaum: Wie geht's den Mädchen? Erste Bilanzierung einer Längsschnittstudie. In: v. Ginsheim/ Meyer (Hg.): Mädchen in der Jugendhilfe. Dokumentation der gleichnamigen Fachtagung des SPI, Berlin 1999

In Vorbereitung: Schulprogramm und Schulerfolg. Die ersten sechs Jahre einer Längsschnittuntersuchung (Arbeitstitel), Veröffentlichung geplant für das Jahr 2003.

Passion und Profession im Lehrerberuf

Das Verhältnis von Schule – Familie – Geschlecht ist Gegenstand der vorliegenden Untersuchung. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass berufli-

ches Handeln von Lehrerinnen und Lehrern nicht nur auf Unterricht im engeren Sinne bezogen ist. Der Lehrberuf umfasst vielmehr unterschiedliche Aspekte: Es geht um die Vermittlung von Wissen, um das pädagogische Handeln in der Klasse, um das Eingebundensein in ein Kollegium und in die Schule als Institution und um deren Weiterentwicklung. Somit enthält der Lehr(er)beruf eine große Bandbreite von Anforderungen. Berufliches Handeln findet dabei immer auch an der Schnittstelle von Schule und Familie (der eigenen wie der der SchülerInnen) statt. Lehrerinnen und Lehrer sind mit "Familie" konfrontiert und ihr Handeln hat Konsequenzen für Familie.

Bei der Auswahl der Gruppen, bei der Durchführung wie bei der Auswertung der Interviews orientieren wir uns vornehmlich an den Ansätzen zu Gruppendiskussionen von Lamnek, Pollak und Meuser. In insgesamt 15 Gruppeninterviews kommen jeweils sechs bis zwölf TeilnehmerInnen zusammen. Als Kollegien oder Teilkollegien (z.B. Fachkonferenzen) verschiedener Schulformen (Grundschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule) diskutieren sie die Fragen "Hat die Zugehörigkeit zu einer Geschlechtsgruppe Bedeutung für die Tätigkeit als Lehrerin?" und "Wie erleben wir die Beziehungen zwischen Familie und Schule heute?"

Die bisherige Auswertung zeigt, dass die Gruppen in den Diskussionsrunden sich insbesondere eine Bestimmung ihres Professionsverständnisses (meist durch Abgrenzung) vornehmen, Leitbilder formulieren, ihre Rolle im Generationsverhältnis zueinander (ältere und jüngere KollegInnen) und zu den SchülerInnen ausleuchten und dabei Ansätze eines reflexiven Umgangs mit dem Geschlechterverhältnis deutlich werden.

Kooperationsprojekt: Leitung: Prof. Dr. Mechtild Oechsle Universität Bielefeld, Prof. Dr. Maria Anna Kreienbaum, Universität Paderborn, Dr. Beate Kortendiek, Universität Dortmund, Barbara Henkys, FIPP Berlin

Veröffentlichungen:

Maria Anna Kreienbaum, Mechtild Oechsle: Passion und Profession im Lehrerberuf. Erste Ergebnisse einer Gruppendiskussionsstudie. In: Malzteske u.a. (Hg): Gestern, heute morgen. Dokumentation des 13. Bundeskongress "Frauen und Schule", Hamburg 2002

Projektzeit September 1999 – Dezember 2002
Finanzierung durch das Land NRW, MSWF

Netzwerkprofessorinnen stellen sich vor:

Prof. Dr. Gabriele Mentges

Institut für Textilgestaltung und ihre Didaktik / Vergleichende Textilwissenschaft, kulturgeschichtlich (assoziierte Netzwerkprofessur), Universität Dortmund.

Wissenschaftlicher Werdegang:

Studium der Ethnologie, Volkskunde, Soziologie und Philosophie an den Universitäten Hamburg, Heidelberg, Marburg. Studienaufenthalt in Paris. Professur für Kulturgeschichte der Bekleidung/ Mode/Textilien an der Universität Dortmund

Forschungs- und Publikationsschwerpunkte:

Bekleidungs- und Körpergeschichte seit der frühen Neuzeit, Modediskurse, Museologie, Alltags- und Industriekultur

Aktuelle Forschungsschwerpunkte:

Kleidung - Körper und Technoculture (Technotextiles, Piercing)

Veröffentlichungen (Auswahl):

- Pazaureks Sammlung der "Geschmacksverirrungen. Versuch einer volkskundlichen Restudy. In: Hermann Heidrich (Hg.) 2000: SachKultur-Forschung. Bad Windsheim, 49-71
- Zwischen Casual Wear und Szenenlook. Zur Beziehung von Jugend und Mode. In: Zimmerwelten. Wie junge Menschen heute wohnen. Katalog zur Ausstellung im Westfälischen Freilichtmuseum Detmold 2000, 27.5. Detmold, 70-92
- Cold, Coldness, Coolness. Remarks on the Relationship of Dress, Body and Technology. In: Fashion Theory. The journal of Dress, Body and Culture. 1 March 2000, New York, 26-47
- Mentges, G./R.E. Mohrmann/C. Foerster (Hg.) 2000: Geschlecht und materielle Kultur. Beiträge der 15. Tagung der Kommission Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft f. Volkskunde. Münster
- Der Aufreißer. Zur Erfindung, Geschichte und symbolischen Verwendung des Reißverschlusses. In: U. Meiners/K.-H. Ziessow (Hrsg.) 2000: Dinge und Menschen. Geschichte - Sachkultur - Museologie. Festschrift zum 65. Geburtstag von Helmut Ottenjann. Cloppenburg, 71-48
- Daniel Devoucoux/Gabriele Mentges 1999: Steife Zylinder für angepasste Bürger. Die Badische Revolution in den Bildern der Mode. In: Schlösser. Baden-Württemberg. 4/99
- Schmuck-Kulturen. In: Das gemeinsame Haus. Handbuch zur Kulturgeschichte Europas. DTV 1999
- Allerhand Saures. Zur Geschichte der Firma Hengstenberg in Esslingen. Der Siegeszug des Quadrats. Das Unternehmen Rittersport in Waldenbuch. Beide in: Willi A Boelcke (Hg.) 1996: Wege zum Erfolg. Südwestdeutsche Unternehmerfamilien. DRW-Verlag Stuttgart, 220-229 und 255-263
- Blicke auf den ländlichen Leib. Zur Geschichte einer Enteignung. Eine Darstellung anhand württembergischer Kleidungsbeispiele von 1820-1910. In: Richard van Dülmen (Hg.) 1996: Körper-Geschichten. Fischer Verlag Frankfurt/M., 179-199
- Auf den Spuren Karl Bohnenbergers und der frühen volkskundlichen Forschung zur Sachkultur. In: Beiträge zur Volkskunde in Baden-Württemberg, 1996, Bd.6, 7-40
- Mentges/E.-M. Klein (Hrsg.) Ausstellungskatalog: "Auf und Zu. Von Knöpfen, Schnüren, Reißverschlüssen." Museum für Volkskultur in Württemberg, Waldenbuch, Schloß vom 23.10.1994 - 29.1.1995, Stuttgart 1994
- Professionalisierung der Hausarbeit, in: Helga Merkel (Hrsg.) 1993: Zwischen Ärgernis und Anerkennung. Mathilde Weber 1829-1901, Tübinger Kataloge, 39., Tübingen, 113-135
- Der vermessene Körper, in: C.Köhle-Hezinger/G.Mentges (Hg.) 1993 : Der neuen Welt ein neuer Rock, 81-96
- mit Christel Köhle-Hezinger (Hrsg.) 1993: Der neuen Welt ein neuer Rock. Studien zu Kleidung, Körper und Mode an Beispielen aus Württemberg, Stuttgart (= Forschungen u. Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg, Bd. 9), Stuttgart, 1993
- mit Bettina Heinrich, Christel Köhle-Hezinger u.a. (Hg.) 1992: Gestaltungsspielräume. Frauen in Museum und Kulturforschung. 4.Tagung der Kommission Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde (Studien & Materialien des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen), Tübingen
- Volkskundliche Sammelstrategien im Bereich der industriellen Alltagskultur, in: Museumsmagazin Baden-Württemberg, Stuttgart 1992, 53-62

Kontakt:
Prof. Dr. Gabriele Mentges
Universität Dortmund
Institut für Textilgestaltung und
ihre Didaktik / Vergleichende
Textilwissenschaft, kulturge-
schichtlich
44221 Dortmund
Tel. 0231/755-2906
mentges@pop.uni-dortmund.de

Der König des Waldes oder der Hirsch im Wohn-
zimmer. Anmerkungen zur Popularisierung ei-
nes Tiermotivs, in: Mensch und Tier. Kultur-
wissenschaftliche Aspekte einer Sozialbezie-
hung (Reihe: Hessische Blätter für Volks- u.
Kulturforschung N.F., 27) Marburg 1991, 11-24

„Gesund, bequem und praktisch“ oder die Ideolo-
gie der Zweckmäßigkeit. Strategien der Kon-
fektionsindustrie zu Anfang des 20. Jahrhun-
derts am Beispiel der württembergischen Fir-
ma Bleyle, in: Böth/Mentges 1989: Sich klei-
den, 131-152

Hrsg. mit Gitta Böth 1989: Sich kleiden (Reihe:
Hessische Blätter für Volks- und Kulturfor-
schung N.F., 25) Marburg

Die Marie-Jahoda-Gastprofessorin im Wintersemester 2002/03:

Prof. Dr. Sue Lafky, University of Iowa

Zum Wintersemester 2002/03 erwarten wir wieder eine spannende und hochrangige Kollegin als Marie-Jahoda-Gastprofessorin: Prof. Dr. Sue Lafky von der University of Iowa, Iowa City/Iowa, USA.

Prof. Dr. Sue Lafky ist eine in den USA sehr bekannte Kommunikationswissenschaftlerin, deren Arbeitsschwerpunkte in der feministischen Genderforschung unter Einbeziehung der Kategorien race und class liegt. Seit 1990 ist sie Professorin an der "School of Journalism and Mass Communication" der University of Iowa.

Sue Lafky hat an der University of Oregon Journalistik studiert, dort 1975 mit dem B.S. abgeschlossen und 1986 ihren M.A. in Journalistik an der Indiana University absolviert. 1990 promovierte sie ebenfalls an der Indiana University mit einer grundlegenden und vielbeachteten historisch angelegten Pionierarbeit über die Frauen im US-amerikanischen Journalismus. Wie in den USA üblich, war Sue Lafky zwischen dem B.S. und dem Master außerhalb der Universität beschäftigt. Sie arbeitete als Journalistin bei großen regionalen Tageszeitungen und beim Fernsehen (u.a. The Herald-Times, The Oregonian und Channel 13 von NTV).

Neben Fragen der journalistischen Berufspraxis und der ideologiefreien Journalistenausbildung gilt Sue Lafkys Interesse im Bereich der Gender Studies vor allem Fragen der Darstellung von Frauen in Massenmedien – und hier besonders dem Frauenbild in der US-amerikanischen Werbung und im Fernsehfilm - sowie Fragen der beruflichen Situation von weißen und nicht-weißen amerikanischen Journalistinnen. Ein weiterer Interessenschwerpunkt von Sue Lafky ist die Entwicklung und Erprobung didaktischer Strategien feministischer Lehre. Sie hat sowohl für ihre Leistungen als Wissenschaftlerin als auch in der Lehre zahlreiche Preise erhalten, darunter drei Auszeichnungen der renommierten "Association for Education in Journalism and Mass Communication" (AEJMC).

Zu ihren wichtigsten Veröffentlichungen zählen:
The Feminist Teacher Anthology: Pedagogies and Classroom Strategies, New York: Columbia University Teachers College Press, 1998 (Co-Herausgeber-innenschaft mit Gail E. Cohee et al.)

"Looking Through Gendered Lenses: Female Stereotypes in Advertising and Gender Role Expectations", in: Journalism and Mass Communication Quarterly, Fall 1996 (mit Margaret Duffy, Mary Steinmaus und Dan Berkowitz)

„Women Journalists,“ in: The American Journalist (second edition), David H. Weaver, G. Cleveland Wilhoit, et al. (Hg.), Bloomington: Indiana University Press, 1991, S. 160-181

Zur Zeit arbeitet Sue Lafky u.a. zusammen mit Prof. Dr. Romy Fröhlich an einem internationalen Projekt zur Frage der beruflichen und gesellschaftlichen Situation von Journalistinnen in Ländern der westlichen Welt.

Prof. Lafky wird von Mitte Oktober 2002 bis Mitte Januar 2003 in Bochum sein und während ihres Aufenthaltes an der RUB eine wöchentliche Lehrveranstaltung zum Thema "Analyzing U.S. Television from a Feminist perspective" abhalten. Die Veranstaltung wird auf Englisch stattfinden und steht Interessierten aller Fachrichtungen offen. Weitere aktuelle Informationen auf deutsch und englisch finden Sie wie immer auf unserer homepage: www.ruhr-uni-bochum.de/femsoz. Prof. Dr. Sue Lafky wird während ihres Aufenthaltes interessierten Institutionen für Vorträge zur Verfügung stehen.

Kontakt und Information:

Charlotte Ullrich
Ruhr-Universität Bochum
Fakultät für Sozialwissenschaften
Marie-Jahoda-Gastprofessur
GC 04/501
Tel. 0234-32 22986
charlotte.ullrich@ruhr-uni-bochum.de
[ruhr-uni-bochum.de/femsoz](http://www.ruhr-uni-bochum.de/femsoz)

News

Wiebke Kolbe

Dienstrechtsreform in nordrhein-westfälisches Landesrecht: Noch können WissenschaftlerInnen die Chance nutzen, auf das neue Landeshochschulgesetz einzuwirken

Mit dem Inkrafttreten der 5. HRG-Novelle im Frühjahr 2002 ist der Einführung von Juniorprofessuren und den Befristungsregelungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs nicht nur bundesweit der Weg geebnet; die Regelungen sind bereits geltendes Recht.

Ohne eine Umsetzung in Landesrecht können jedoch einerseits neben JuniorprofessorInnen weiterhin auch HochschulassistentInnen und OberassistentInnen ernannt werden; andererseits ist das in vieler Hinsicht vage formulierte HRG in den Ländern und Hochschulen so nicht wirklich praktikabel, da es nur ein Rahmengesetz darstellt, das konkretisierender Bestimmungen auf Landesebene bedarf.

Obwohl der bundesweite Protest gegen die problematischen Befristungsregelungen nach § 57 HRG ungehört verhallt ist und sich seit dem Inkrafttreten des HRG unter den NachwuchswissenschaftlerInnen Resignation ausgebreitet hat, sollten doch die betroffenen WissenschaftlerInnen die Chance, die sich mit der anstehenden Umsetzung in Landesrecht bietet, nicht ungenutzt verstreichen lassen. Zwar können Landesgesetze die Bundesbestimmungen nicht aufheben, doch lässt das Hochschulrahmengesetz den Ländern erhebliche Spielräume etwa bei der konkreten Ausgestaltung der Qualifikationswege und Stellenbefristungen für WissenschaftlerInnen. Ob die Länder Juniorprofessuren tatsächlich zum politisch privilegierten Weg zu einer Professur machen oder ob sie ein breiteres Spektrum an Qualifikationswegen fördern und wie sie sich zur Habilitation stellen, liegt weitgehend in ihrem eigenen Ermessen, ebenso die Kriterien für die Leistungszulagen bei der ProfessorInnenbesoldung und für die Evaluation der JuniorprofessorInnen. Auch wer die Evaluation beider Gruppen durchführen soll, welchen Umfang die Lehrverpflichtungen von JuniorprofessorInnen haben werden, welche Zeiten im Einzelnen auf die wissenschaftliche Qualifikationszeit von maximal zwölf Jahren angerechnet werden und wie es mit der Möglichkeit der Beschäftigung von WissenschaftlerInnen steht, die ihre Qualifikationsphase abgeschlossen, aber noch keine Professur haben – diese und

weitere Einzelheiten müssen erst noch in den Landesgesetzen geregelt werden. Je nachdem, wie diese ausfallen, ver- oder entschärfen sich die jeweiligen Regelungen des neuen HRG, was für die betroffenen WissenschaftlerInnen erhebliche Auswirkungen haben kann. "Noch ist es", wie Karin Hausen kürzlich geschrieben hat, "möglich darauf einzuwirken, dass die Weichen zum Besseren gestellt werden."¹

Aus der Perspektive von NachwuchswissenschaftlerInnen sollten die Länder insbesondere darauf hinwirken, dass künftige JuniorprofessorInnen bereits bei Stellenantritt wissen, ob die Stelle mit einem "tenure track" verbunden ist; sie müssen verbindliche und transparente Kriterien und Gremien für die Zwischenevaluation festlegen und die Anforderungen an die JuniorprofessorInnen in Forschung, Lehre und akademischer Selbstverwaltung so formulieren, dass eine Weiterqualifikation auf einer solchen Stelle tatsächlich möglich ist. Neben der Juniorprofessur sollten weitere gleichberechtigte Qualifikationswege ermöglicht werden. Ein breites Spektrum von Qualifikationsmöglichkeiten ist nicht zuletzt unter Gleichstellungsgesichtspunkten relevant, denn die Hochschulkarrieren von Frauen entsprechen sehr viel seltener den "objektiven beruflichen Laufbahnnormen" als diejenigen von Männern; sie sind stärker von Umwegen und Brüchen gekennzeichnet. Daher sollte das künftige Landesrecht auch auf zusätzliche Altersgrenzen verzichten – die Befristungsregelungen wirken ohnehin bereits wie indirekte Altersgrenzen und benachteiligen damit wiederum Frauen besonders.²

Mit Blick auf die Befristungsregelungen ist es dringend geboten, auf Länderebene Rahmenkriterien zu formulieren, die zu einer größtmöglichen Rechtssicherheit für WissenschaftlerInnen und Institutionen führen und aufwendigen Einzelfallprüfungen ebenso wie langwierigen Rechtstreitigkeiten vorbeugen helfen – zum Einen im Hinblick auf die Zeiten, die auf die maximal zwölfjährige Qualifikationsphase anzurechnen sind, zum Anderen auf die einzuräumende Möglichkeit, nach Abschluss der Qualifikationsphase auch unterhalb einer Professur im Wissenschaftsbetrieb weiter-

beschäftigt werden zu können. Die Länder können auch versuchen, alle vorhandenen Spielräume des HRG zu nutzen, indem sie etwa noch bis zum 31.12.2004 Oberassistenturen begründen oder auch danach befristete akademische Ratsstellen für Habilitierte oder entsprechend Qualifizierte einrichten, die die Wartezeit bis zu einer Berufung überbrücken helfen.

Um die nordrhein-westfälischen LandespolitikerInnen auf den Handlungsbedarf in diesen und weiteren Punkten aufmerksam zu machen und die Interessen des wissenschaftlichen Nachwuchses auf Landesebene zu artikulieren, haben MittelbauerInnen der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Universität Bielefeld die "Initiative WissenschaftlerInnen NRW" ins Leben gerufen. Sie hat sich mit einem offenen Brief an das Landesbildungsministerium sowie an die Vorsitzenden und bildungspolitischen SprecherInnen aller im Landtag vertretenen Parteien gewandt. Dieser Brief ist von mehr als 280 WissenschaftlerInnen in Nordrhein-Westfalen unterzeichnet worden; die Mittelbauerinnen des Netzwerkes Frauenforschung NRW haben sich ihm zudem kollektiv angeschlossen. Die Petition – nachzulesen unter www.geschichte.uni-bielefeld.de/stop_hrg – wurde den PolitikerInnen kurz vor der Anhörung im Landtagsausschuss für Bildung und Wissenschaft zugeschickt, die am 14. November in Düsseldorf stattfand. Auch dort waren Vertreter des wissenschaftlichen Nachwuchses präsent: Als Sachverständige wurden neben Juristen, Vertretern der Bundes- und Landes-Rektorenkonferenz, der Hochschulen und Fachhochschulen des Landes auch die Privatdozenten Thomas Mergel (Bochum/Köln) und Tassilo Schmitt (Bielefeld) geladen. Beide waren bereits in der bundesweiten Kampagne gegen die Nachteile der 5. HRG-Novelle für NachwuchswissenschaftlerInnen aktiv, Mergel als Sprecher der Initiative "wissenschaftlicher-nachwuchs.de", Schmitt in der Bielefelder Stop-HRG-Initiative und als Sachverständiger bei der Anhörung zur 5. HRG-Novelle im Bundestagsausschuss für Wissenschaft im vergangenen Sommer. Bei der Anhörung im Landtag nahmen beide Stellung zu grundsätzlichen Problemen der Umsetzung der Dienstrechtsreform in Nordrhein-Westfalen, vor allem jedoch zu Fragen der konkreten Gestaltung von Juniorprofessuren und der Auswirkung der Befristungsregelungen nach § 57 HRG auf die Situation von NachwuchswissenschaftlerInnen. Schmitt betonte außerdem mögliche Nachteile des Gesetzes insbesondere für Wissenschaftlerinnen und für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Hochschulbetrieb. Zwar hat das Düsseldorfer Bildungsministerium bislang noch keinen Gesetzentwurf vorgelegt, doch ist damit zu rechnen, dass dies in nächster

Zeit geschieht, auch wenn das HRG den Ländern eine Frist von drei Jahren für die Umsetzung in Landesrecht einräumt. Solange das Landesgesetz noch im Entstehen ist, können und sollten WissenschaftlerInnen in Nordrhein-Westfalen versuchen, auf seine Gestaltung Einfluss zu nehmen. Bleibt zu hoffen, dass die bisherigen und zukünftige Aktivitäten Früchte tragen und die verantwortlichen LandespolitikerInnen die Interessen und Anregungen von NachwuchswissenschaftlerInnen ernst nehmen.

1 Karin Hausen, Juniorprofessuren als Allheilmittel? Ein zorniger Blick zurück auf das vermeintliche Vorwärts, *Feministische Studien* 20, 1/2002, 87-92, hier 92.

2 Zu den frauendiskriminierenden Auswirkungen von normierten Berufsbiographien und Altersgrenzen siehe Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Chancengleichheit von Frauen in Wissenschaft und Forschung, Köln 1998, S. 44, 83.

Kontakt und Information:

Dr. Wiebke Kolbe
Universität Bielefeld
Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie
33501 Bielefeld
Tel. 0521/106-3225
wkolbe@geschichte.uni-bielefeld.de

Gudrun Schäfer

Das International Science Center am Essener Kolleg für Geschlechterforschung

Am 11. November 2002 wurde am Essener Kolleg für Geschlechterforschung das International Science Center (ISC) feierlich eröffnet.

Am ISC kommen Wissenschaftlerinnen aus unterschiedlichen Ländern für jeweils einen Monat am Essener Kolleg für Geschlechterforschung (EkfG) zusammen, um mit dem Kolleg und den Fachbereichen zu kooperieren. Eine besonders enge Verbindung besteht zum Maria Sibylla Merian-Förderprogramm für zukünftige Hochschullehrerinnen, ebenfalls ein Projekt des EkfG. Hier werden junge herausragende Wissenschaftlerinnen mit Stipendien und einem Weiterbildungs- und Coachingprogramm gezielt auf ihren Beruf als Professorin vorbereitet. Die Guest Fellows des ISC sollen als "Mentorinnen auf Zeit" den Habilitandinnen Tipps für ihre Hochschullaufbahn geben und informieren die Nachwuchswissenschaftlerinnen über Fachkulturen und Wissenschaftskultur im internationalen Zusammenhang. In einer Vortragsreihe im November stellten die Guest Fellows ihre Themengebiete an der Universität Essen vor. Zu diesen Lectures wurde auch die interessierte Öffentlichkeit eingeladen. So sprach u.a. die weißrussische Historikerin Irina Tchikalova über die Situation der Frauen in ihrem Land in der Übergangssituation nach dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion. Beate Schmittmann von der Virginia Tech (USA) stellte aktuelle Fragen aus der statistischen Physik vor, und Suriya Thewar aus Indien referierte über die Situation von Frauen in der IT-Branche. Darüber hinaus gab es Gastvorträge aus der Mathematik, der Materialwissenschaft und der Soziologie.

Das ISC bildet den vierten Baustein des Maria Sibylla Merian-Programms am Essener Kolleg für Geschlechterforschung. Bisher gibt es

1. das bereits genannte Maria Sibylla Merian-Förderprogramm für zukünftige Hochschullehrerinnen,
2. den Maria Sibylla Merian-Preis, der alle zwei Jahre an eine namhafte Wissenschaftlerin verliehen wird, und
3. den Maria Sibylla Merian-Kunsttag, der Genderaspekte in den Künsten thematisiert.

Maria Sibylla Merian, die Naturforscherin, Künstlerin und Illustratorin des 17. und 18. Jahrhunderts, steht als Namenspatin für einen fruchtbaren, internationalen und interdisziplinären Austausch zwischen Wissenschaften und Künsten im gesamten Programm.

Kontakt und weitergehende
Informationen:
Essener Kolleg für Geschlechter-
forschung
Prof. Dr. Doris Janshen (Direktorin)
45 117 Essen
Tel. 0201/183-3779
geschlechterkolleg@uni-essen.de

Neue Koordinatorin der Marie-Jahoda-Gastprofessur:

Charlotte Ullrich

Die Marie-Jahoda-Gastprofessur für Internationale Frauenforschung hat eine neue Koordinatorin: Susanne Zwingel wurde Anfang Oktober 2002 von Charlotte Ullrich als Nachfolgerin abgelöst.

Die Gastprofessur wurde 1994 unter dem Vorzeichen eingerichtet, die internationale Ausrichtung und Kooperation durch grundlegende Impulse in Forschung und Lehre voranzutreiben. Sie ist Bestandteil des Netzwerks Frauenforschung NRW und im Zusammenhang der fünf Lehrstühle für Frauenforschung an der Ruhr-Universität Bochum angesiedelt. International renommierte WissenschaftlerInnen (v.a. aus den Sozialwissenschaften, aber auch aus der Geschichte, der Kunstgeschichte, der Medienwissenschaft und der Anthropologie), die die Theorieentwicklung und empirische Forschung in der Frauen- und Geschlechterforschung maßgeblich beeinflusst haben, werden für ein Semester auf die Gastprofessur eingeladen.

Charlotte Ullrich hat Sozialwissenschaften (Diplom) an der Ruhr-Universität Bochum und im Projektbereich "Body" der Internationalen Frauenuniversität (IFU) 2000 in Hannover studiert. Nach ihrem Studium arbeite sie zunächst als wissenschaftliche Hilfskraft in Bochum. Zudem organisiert sie die Veranstaltungsreihe Feministische Winteruni (<http://www.bo-alternativ.de/fwu>) an der Ruhr-Universität Bochum mit. Sie promoviert an der Ruhr-Universität im Bereich Frauen- und Geschlechtersoziologie mit dem Themenschwerpunkt Frauenbewegung, Körper, Sexualität und Reproduktion. Ihr Arbeitsinteresse liegt neben der Frauen- und Geschlechterforschung in den Bereichen Soziologie des Körpers und soziologische Theorien.

Kontakt:

Charlotte Ullrich
Ruhr-Universität Bochum
Fakultät für Sozialwissenschaften
Marie-Jahoda-Gastprofessur
GC 04/501
Tel. 0234-32 22986
charlotte.ullrich@ruhr-uni-bochum.de
<http://www.ruhr-uni-bochum.de/femsoz>

Margret Westerwinter

Masterstudiengang Komparatistik an der Universität Paderborn

Interkulturalität, Intermedialität und Gender Studies. Dies sind die Schwerpunkte des konsekutiven Masterstudiengangs Komparatistik, der seit dem Wintersemester 2002/03 an der Universität Paderborn angeboten wird und dessen Ziel es ist, Einblicke in Prozesse kultureller Sinnstiftungen über Literatur und andere mediale Präsentationsformen zu vermitteln.

Der viersemestrige, ‚hybride‘ Masterstudiengang Komparatistik, der Kenntnisse aus den Bereichen der Einzelphilologien voraussetzt und die im BA-Studium erworbenen Kenntnisse sowohl theoretisch als auch berufsbezogen erweitert und vertieft, setzt sich mit Prozessen kultureller Sinnstiftungen in der Literatur und anderen medialen Präsentationsformen wie Kunst, Film, Musik, Theater etc. auseinander, überschreitet nationale Grenzbeziehungen und bezieht sich explizit auf die Vergleichbarkeit ‚nationaler Denkungsarten‘ z.B. auf der Basis verschiedener Literaturen. Kulturübergreifende Fragestellungen werden formuliert, die sowohl Aspekte der Interkulturalität, der Intermedialität, der Interdisziplinarität als auch – kontextübergreifend – der Konstruktion von Geschlechterverhältnissen nachgehen. Hier werden Themen verhandelt, die sich beispielsweise mit Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit in spezifischen historischen und kulturellen Kontexten befassen sowie Verfahrens- und Wirkungsweisen von postkolonialen und „Bindestrich-Literaturen“ diskutieren.

Das Studienmodell, dessen primäres Ziel es ist, die oben bereits vorgestellte Perspektivenvielfalt zu gewährleisten, gliedert sich in eine Aufbauphase im ersten Studienjahr und eine Schwerpunktphase im zweiten. Es setzt sich aus sechs Modulen zusammen, den Basismodulen I und II, den Erweiterungsmodulen I und II, einem Schwerpunkt- sowie einem Praxismodul. Den Abschluss des Studiums bildet im vierten Semester die Master-Arbeit.

Im ersten Studienjahr werden die bereits erworbenen philologischen Fachkenntnisse mit Hilfe des „Basismoduls I: Einführung und Methodik“ und des „Basismoduls II: Fremdsprachen“ theoretisch, methodisch und kulturvergleichend erweitert. Die Fremdsprachenkompetenz der MasterstudentInnen, die im Rahmen der BESL ausgebaut bzw. erworben wird, wird in literatur- und/oder landeskundlichen Veranstaltungen in den an der

Universität Paderborn angebotenen Fremdsprachenphilologien vertieft.

Genuin komparatistische Inhalte vermittelt das „Erweiterungsmodul I: Literatur, Kultur, Ästhetik“. In thematisch spezifischen Seminaren werden anhand der Lektüre literarischer Texte ausführlich und intensiv Fragestellungen und Methoden der Intertextualität, Cultural Studies, Rhetorik, Diskursanalyse, Psychoanalyse, Geschichte und Theorie der Ästhetik in der Liteartur behandelt. Zudem können entsprechende Seminare in der Medien- und Musikwissenschaft, der Kunstgeschichte oder der Kulturwissenschaftlichen Anthropologie etc. belegt werden.

Interdisziplinäre und intermediale Fragestellungen stehen im Zentrum der Lehre im „Erweiterungsmodul II: Kunst, Musik, Medien“. Sowohl das „Erweiterungsmodul I: Literatur, Kultur, Ästhetik“ als auch das „Erweiterungsmodul II: Kunst, Musik, Medien“ sind als zweisemestrige Studienangebote angelegt, die aufeinander aufbauen und sowohl die einführende als auch die aufbauende Studienphase des zweiten Studienjahrs miteinander verknüpfen. In ihnen wird den MasterstudentInnen Gelegenheit gegeben, eigene Interessenschwerpunkte zu belegen.

Parallel zum „Erweiterungsmodul II: Kunst, Musik, Medien“ sollten im zweiten Studienjahr Veranstaltungen des „Schwerpunktmoduls: Gender/Interkulturalität/Intermedialität“ besucht werden. Auch hier sind berufliche Orientierung und eigenes Interesse der MasterstudentInnen die Faktoren, nach denen sich die Schwerpunktsetzung in diesem Modul richtet. Da jedoch der Fokus auf der Verschränkungen zwischen den genannten Bereichen liegt, sollten die Studierenden mindestens ein Seminar aus allen drei Bereichen belegen.

Das Praxismodul, das zum Beispiel aus Seminaren zu Literarischer Übersetzung, creative writing, Literaturkritik, Medienpraxis sowie außeruniversitären Praktika besteht, ist ein weiterer zentraler Bereich des Masterstudiengangs Komparatistik und bietet den Studierenden berufsqualifizierende Optionen. Nach Rücksprache mit der fachinternen Studienberatung kann hier ein individueller Ausbildungsplan zusammengestellt werden.

Das ECTS-Berechnungssystem, das sich bereits langjährig und international bewährt hat, wird für

den Masterstudiengang zugrunde gelegt. Dabei werden Einzelstunden und –nachweise mit Leistungspunkten belegt, so dass ausländische Gaststudenten und Studienortwechselnde sich in Paderborn erbrachte Prüfungsleistungen an anderen Universitäten anrechnen lassen können. Den Abschluss des Masterstudiengangs Komparatistik bildet die schriftliche Masterarbeit im vierten Semester. Mit dem erfolgreichen Abschluss des Masterstudiengangs Komparatistik wird der akademische Grad Master of Arts in Comparative Literature (MA Complit) erworben.

Dieses umfangreiche Lehrangebot des Masterstudiengangs Komparatistik verbindet somit Studium und Beruf durch die berufspraktischen und transkulturellen Anteile in besonderem Maße und ermöglicht im europäischen Kontext eine Berufsorientierung in den Bereichen Kulturmanagement, Kulturvermittlung und Journalismus. Die Lehrveranstaltungen in den verschiedenen Modulen haben zum Ziel, auf eine spätere Tätigkeit in den Medien wie Hörfunk, Fernsehen und Verlagen vorzubereiten. Gleichzeitig werden Schlüsselqualifikationen vermittelt, die sich in vielfältigen kulturellen Einrichtungen einsetzen lassen. Der Fokus auf interkulturelle Literaturbeziehungen vermittelt in Verbindung mit den Fremdsprachenkenntnissen eine hohe praxisbezogene Kompetenz sowohl im Umgang mit Texten als auch für die Arbeit mit intermedialen Präsentationsformen.

Kontakt:

Margret Westerwinter
Universität Paderborn
FB 3, Allgemeine Literaturwissenschaft
33095 Paderborn
Tel.: 05251/60-2893
Margret.Westerwinter@epost.de

Link-Tipps

Datenbank / Professuren für Frauen- und Geschlechterforschung an den Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland

Erstellt von der Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung an der Freien Universität Berlin

Die Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung an der Freien Universität Berlin begann 1992 mit Recherchen zu Professuren für Frauen- und Geschlechterforschung an den Universitäten/Gesamthochschulen in Deutschland. Die Ergebnisse wurden in eine "Datenbank" überführt und über das Internet der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Seitdem werden die Daten in regelmäßigen Abständen aktualisiert. Im Netz stehen nun die Daten mit Stand Juni 2002 unter:

<http://www.fu-berlin.de/zefrauen/datenbanken/ffprof/inhaltsverzeichnis.htm>.

Vernetzte Frauen

Seit kurzem ist das Internetprojekt www.vernetzte-frauen.de am Start. Diese neue politische Diskussionsplattform bietet mit ihren Seiten eine Plattform für Frauen und Männer, unabhängig von Gremienstruktur und zeitlicher Belastung an Politikentwicklung mitzuwirken. Herzstück der neuen Seiten ist ein Forum, in dem (frauen)politische Themen anhand von längeren Artikeln diskutiert werden. Diskussionsergebnisse sollen dann in die politischen Diskussionen eingespeist werden. Entstanden war die Initiative, weil politische Partizipationsmöglichkeiten über die Mitarbeit in Gremien oder Parteien hinaus gering sind und den veränderten Ansprüchen zumal junger Frauen an Politik nicht genügen. Das Projekt www.vernetzte-frauen.de bietet eine Plattform im Internet, an der jede/r unabhängig von Sitzungen, Ämtern oder sonstigen Verpflichtungen teilnehmen kann, und nutzt so die Chancen des Internets, unabhängig von Raum und Zeit gemeinsam Projekte zu erarbeiten, was dem Wunsch vieler Frauen nach Projektarbeit und Ergebnisorientiertheit in der politische Arbeit entgegenkommt. Inhaltlich werden Themen der Gleichstellung der Geschlechter in verschiedenen Politikfeldern, z.B. der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, der Sozial- und Wirtschaftspolitik behandelt. Über die Foren hinaus bietet das Projekt einen großen Servicebereich, in dem Links zu politischen Themen, Termine verschiedener Organisationen, sowie ein Newsletter zu finden sind. Das Projekt ist überparteilich, die Initiatorinnen kommen aus dem wissenschaftlichen Bereich, aus der Gewerkschafts- und der Frauenbewegung. Zu ihnen gehören Dagmar Endle (Staufen), Catherine Gregori (Bochum), Muriel Kaufmann (Konstanz), Hilde Mattheis (Ulm), Gisela Notz (Bonn) sowie Sybille Stamm (Stuttgart).

Die folgenden Link-Tipps sind dem Newsletter „GAP-Europe: Partizipation und nachhaltige Entwicklung“ entnommen.

Helsinki-Gruppe "Frauen und Wissenschaft" legt ersten europaweiten Bericht vor

Die Unterrepräsentanz von Frauen in wissenschaftlichen Karrieren und damit der Verlust an Wissen und Fähigkeiten für die Forschung hat die Europäische Union 1999 veranlasst, einen Aktionsplan zur Gleichstellung in der Wissenschaft zu beschließen und eine Kommission zum Thema einzusetzen. Die sogenannte Helsinki-Gruppe hat nun ihren ersten Bericht zur Situation von "Frauen und Wissenschaft in Europa" vorgelegt. Der Bericht sowie eine Kurzfassung können von der Website www.cordis.lu/improving/women/helsinki.htm herunter geladen werden. Sämtliche Länderberichte finden sich unter www.cordis.lu/improving/women/reports.htm.

Betrifft Mädchen: Grenzenlos – Mädchenarbeit in Europa

Die einzige bundesweite Fachzeitschrift zur Mädchenarbeit "Betrifft Mädchen" hat ihre Ausgabe 1-2002 dem Thema "Mädchenarbeit in Europa" gewidmet.

Betrifft Mädchen kann zum Preis von EUR 6,50 plus Versandkosten bestellt werden beim Votum Verlag Münster: Tel. 0251-265140 oder Email: upoppel@votum-verlag.de.

BLK-Bericht "Frauen in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studiengängen"

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung legte im Juni einen Bericht vor, der das Studienwahlverhalten von Frauen in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studiengängen untersucht. Der BLK-Bericht ist in der BLK-Reihe "Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung" als Heft 100 erschienen und kann bei der BLK-Geschäftsstelle zum Preis von EUR 5 incl. Versand angefordert werden: Tel. 0228-5402-0 oder Email: blk@blk-bonn.de.

Studie "Mädchen, Jungen und Computer"

Der Umgang von Mädchen mit neuen Medien steht im Mittelpunkt einer Studie, die im Auftrag des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg an der Universität Tübingen erarbeitet wurde.

Die Studie kann unter dem Titel "Mädchen, Jungen und Computer" als pdf-Datei kostenfrei bestellt werden beim Landesinstitut für Erziehung und Unterricht Baden-Württemberg: bestell@media.leu.bw.schule.de.

An gleicher Stelle kann die Kurzfassung der Studie als Druckwerk zum Preis von EUR 2,50 als Heft SW 19 bestellt werden. Nähere Informationen zur Studie, aber auch weiterführende Links, Projekte und Initiativen präsentiert das Landesinstitut im Internet unter www.leu.bw.schule.de/allg/projekte/maedchen1.htm.

Linkliste zu "Mädchen und Computer"

Das Landesinstitut für Erziehung und Unterricht Baden-Württemberg hat eine umfassende Linkliste zum Thema "Mädchen und Computer" ins Netz gestellt. Für alle, die sich einen Überblick über den Themenkomplex verschaffen wollen, ist diese Seite ein wertvoller Einstieg. www.leu.bw.schule.de/allg/projekte/maedchen6.htm.

Frauen ans Netz erneuert Portal "Frauen und Internet"

Zum 1. Juli 2002 wurde die Website www.frauen-ans-netz.de neu gestaltet und strukturiert. Die Gemeinschaftsaktion des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Bundesanstalt für Arbeit, der Zeitschrift Brigitte, der Deutschen Telekom und des Vereins Frauen geben Technik neue Impulse e.V. hat eine breite Informationspalette zum Thema Frauen und Internet zusammengestellt, die regelmäßig aktualisiert wird.

Ergebnisse des Kongresses "Geschlechterverhältnisse, Umwelt und nachhaltige Entwicklung" im Netz

Vom 23.4. bis zum 24.4.2002 fand der vom FrauenUmweltNetz veranstaltete Kongress "Geschlechterverhältnisse, Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Beiträge zum Gender Mainstreaming" in Berlin statt. Die Vorträge und Zusammenfassungen der Diskussionsrunden des Kongresses können nun von der Internetseite des FrauenUmweltNetzes heruntergeladen werden unter www.frauenumweltnetz.de/kongress/kongress.html

Netzwerk F.I.T. informiert

Der Webserver des Netzwerks Frauen.Innovation.Technik (F.I.T.) Baden-Württemberg hat übersichtlich und gut strukturiert umfassende Informationen und Materialien zum Thema Mädchen, Frauen und Technik zusammengestellt. Mehr:

www.netzwerk-fit.de/tools/index.htm

www.netzwerk-fit.de/girls/index.htm

www.netzwerk-fit.de

Internetportal zur Vereinbarkeit von Familien und Beruf

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat ein umfassendes Portal zur Vereinbarkeitsfrage von Familie und Beruf ins Netz gestellt unter

www.vereinbarkeit.de.

gender forum – An Internet Platform for Gender and Women's Studies

Im Juni des Jahres 2002 erschien mit *Mediating Gender* die zweite Ausgabe der multipdisziplinären, englischsprachigen Online-Zeitschrift *gender forum* (<http://www.genderforum.uni-koeln.de>). Mit wechselndem Fokus stellt diese von Frau Prof. Dr. Beate Neumeier konzipierte und herausgegebene Zeitschrift in ihren Artikeln interkulturelle und interdisziplinäre Themen zur Diskussion. *Gender forum* ist damit eine Antwort auf den Wunsch nach Orientierung und interaktiver Auseinandersetzung in den vielfältigen Gebieten der Frauen- und Genderforschung und bietet als virtuelles Medium eine weltweit zugängliche Plattform für die Diskussion literarischer, kultureller und politischer Entwicklungen im Rahmen der *gender studies*. Die im Netz abrufbaren Beiträge zu aktuellen Fragestellungen werden durch einen mit der Literaturliteraturdatenbank *gender Inn* verknüpften Rezensionsteil sowie durch aktuelle englischsprachige Lyrik oder Prosa ergänzt. In Verbindung mit einer regelmäßig aktualisierten Link- und Konferenzliste soll so ein kommunikatives, globales Netzwerk für WissenschaftlerInnen und Studierende aus einer Vielzahl akademischer Bereiche etabliert werden.

Die ersten Ausgaben von *gender forum*, *Genderealizations* und *Mediating Gender*, beschäftigen sich mit dem aktuellen Stand der *gender studies* in Deutschland und den USA sowie den vielfältigen Interrelationen zwischen *gender* und *cultural studies*.

Im Dezember wird nun die dritte Ausgabe von *gender forum*, *Rac(e)ing Questions*, mit folgenden Beiträgen erscheinen:

Prof. Claudia Liebrand: "Gender Meets Race: Andy Tennant's *Anna and the King* and Walter Lang's *The King and I*"

Dr. Mita Banerjee: "Josephine Baker: Gendered Ethnicity on a Mainstream Stage"

Dr. Monika Müller: "Nineteenth-Century Representations of Race and Gender in Harriet Beecher Stowe's *Uncle Tom's Cabin* and George Eliot's *Daniel Deronda*"

Interview mit Atima Srivastava: "Two Different Feelings at the Same Time"

sowie Rezensionen zu Neuerscheinungen im Bereich der *gender studies*.

Darüber hinaus sind Ausgaben zu den Themenkomplexen Körperkonzepte (*Anybody's Concerns*), *Gender* und *Wahnsinn* (*Man-Made Madness?*), *queer studies* (*Gender Queeries*) sowie *masculinity studies* (*Male Accounts*) in Vorbereitung.

Wir würden uns freuen, Artikelvorschläge zu diesen (oder anderen) Themen entgegen zu nehmen.

Kontaktinformationen:

Prof. Dr. Beate Neumeier

(Herausgeberin)

Universität zu Köln

Englisches Seminar

50923 Köln

Tel. ++49 -(0)221-470-3030

gender-forum@uni-koeln.de

[www.genderforum.uni-](http://www.genderforum.uni-koeln.de)

[koeln.de](http://www.genderforum.uni-koeln.de)

gender Inn – Internet-Datenbank zur Frauen- und Geschlechterforschung

Gender Inn, eine Internet-Datenbank zur Frauen und Geschlechterforschung am Englischen Seminar der Universität zu Köln, katalogisiert Forschungsliteratur zur Frauen- und Geschlechterforschung und erschließt diese für systematische Recherchen. So ermöglicht gender Inn es seinen BenutzerInnen, die bis heute über 7600 detailliert aufgenommenen Buch- und Aufsatztitel im Internet (www.genderinn.uni-koeln.de) mit Hilfe eines umfassenden Schlagwortkatalogs gezielt zu durchsuchen. Zusammen mit den aus der gesamten Welt an gender Inn gerichteten Literaturanfragen, trägt eine umfangreiche Linksammlung zur immer weiter voranschreitenden Vernetzung gender-fokussierter und -interessierter Institutionen, WissenschaftlerInnen und Studierenden bei.

Verzeichnete die Datenbank in ihrer Anfangsphase hauptsächlich Sekundärliteratur zur feministischen Literaturwissenschaft (mit einem deutlichen Schwerpunkt auf der britischen und amerikanischen Literatur aller Epochen) sowie zur feministischen Theoriebildung, handelt es sich heute mehr und mehr – dem Charakter der gender studies entsprechend – um ein transdisziplinäres Projekt. So finden neben relevanten Titeln aus der Literaturwissenschaft Werke aus einer Vielzahl anderer Bereiche Eingang in die Datenbank, zum Beispiel aus der Philosophie, Soziologie, Geschichts- und Politikwissenschaft, Pädagogik, Psychologie, oder den Theater-, Film- und Fernsehwissenschaften. Zusätzlich haben Disziplinen wie queer studies und lesbian and gay studies, die im Kontext der gender studies entstanden sind, immens an Bedeutung gewonnen.

Kontaktinformationen:

gender Inn – Datenbank zur Frauen- und Geschlechterforschung
Universität zu Köln
Englisches Seminar / Lehrstuhl Prof.
Dr. B. Neumeier
50923 Köln
Tel.: ++49 – (0)221 – 470 – 3030
database-genderinn@uni-koeln.de
www.genderinn.uni-koeln.de

Angelika Wetterer

Strategien rhetorischer Modernisierung¹

Gender Mainstreaming, Managing Diversity und die Professionalisierung der Gender-Expertinnen*

Die letzten Jahre haben uns einen regelrechten Boom neuer Label beschert, die heute für das stehen, was vor 20 Jahren als Frauenpolitik und Frauenförderung angefangen hat und in den 90er Jahren sukzessive zur Gleichstellungspolitik geworden ist. Die alte Politik von und für Frauen und die alten Programme der Frauenförderung sind out; angesagt sind Gender Mainstreaming, Managing Diversity & Total E-Quality; und was die Titel von Veröffentlichungen angeht, so scheint auch eine Zwischenphase schon fast wieder vergessen zu sein, in der das Motto "Gleichstellung ist Strukturpolitik" ganz oben auf der Tagesordnung stand, das Christine Roloff (1998a) geprägt und für die Hochschulpolitik Beispiel gebend ausgearbeitet hat.

Verbunden mit der neuen Begrifflichkeit ist der Anspruch, einen Paradigmenwechsel in der Frauen- und Gleichstellungspolitik einzuleiten. Und als paradigmatisch könnte man es in der Tat betrachten, dass statt von Frauen nun von Gender die Rede ist und statt von geschlechtsspezifischen Unterschieden, geschlechtshierarchischen Strukturen und sozialer Ungleichheit von Diversity; dass Chancengleichheit und Gleichberechtigung stellenweise abgelöst worden sind von der Total E-Quality, für deren Beförderung es kein Gesetz braucht, sondern einen Award gibt; und - last but not least - dass politisches Handeln begonnen hat, sich in eine Aktivität zu verwandeln, für die Begriffe wie Managing und Mainstreaming angemessen scheinen.

Der rasante Erfolg der neuen Strategien hat mich zunächst mit Verwunderung erfüllt. Diese Verwunderung ist, nachdem ich mich inzwischen mit den zwei prominentesten von ihnen genauer befasst habe, nicht kleiner geworden, sondern größer. Und zu ihr ist etwas Zweites hinzugekommen: wachsende Skepsis und wachsende Zweifel, ob die neuen Strategien und Verfahren die nicht eben unbescheidenen Ansprüche, mit denen sie sich dem interessierten Publikum präsentieren, auch tatsächlich einlösen können. Dass Skepsis und Zweifel schließlich die Oberhand gewonnen haben, ist bereits dem Titel meines Beitrages zu entnehmen: Ich denke, dass wir es bei Gender Mainstreaming & Managing Diversity weit eher mit rhetorischen Strategien der Modernisierung von Gleichstellungspolitik zu tun haben, mit einer Modernisierung also des Redens über Gleichstellungspolitik, und weniger mit einem Paradigmenwechsel in diesem Politikbereich.

Der inzwischen reichlich überstrapazierte Begriff des Paradigmenwechsels, den Thomas Kuhn 1962 für die im wörtlichen Sinne revolutionäre, die umwälzende Veränderung grundlegender wissenschaftlicher Denk- und Erklärungsmuster eingeführt hat, ist vor allem deshalb wenig angemessen, weil sich Gender Mainstreaming & Managing Diversity bei genauerer Betrachtung recht schnell als Re-Aktivierung tradierter zweigeschlechtlicher Denk- und Deutungsmuster entpuppen und nicht als deren Verabschiedung oder gar Unterminderung. Mit einer Politik des "Degendering", wie Judith Lorber (2000) sie kürzlich vorgestellt hat, mit einer Politik der De-Aktivierung oder der De-Konstruktion bipolarer Geschlechterklassifikationen, die man im Sinne Kuhns mit Fug und Recht als Paradigmenwechsel bezeichnen könnte, haben beide kaum etwas zu tun. Programmatische Veröffentlichungen zum Thema legen zwar mitunter den gegenteiligen Eindruck nahe (so vor allem Koall 2002; Koall/Bruchhagen 2002). Doch dieser Eindruck beruht zu einem guten Teil auf dem Einsatz eines sehr traditionsreichen Elements rhetorischer Modernisierung: der Modernisierung des Vokabulars.

Diese These werde ich im Folgenden in drei Schritten genauer ausführen und begründen. Ich werde in einem ersten Schritt der Frage nachgehen, was eigentlich neu ist an den Strategien und Verfahren des Gender Mainstreaming und des Managing Diversity und vor diesem Hintergrund erläutern, warum mich die atemberaubende Geschwindigkeit, in der beide zum Top-Thema avanciert sind, nach wie vor und erheblich wundert (Kapitel 1-4). Ich werde im zweiten Schritt eine für bisherige Analysen dieses Gegenstandsbereichs eher ungewohnte Perspektive einnehmen und Gender Mainstreaming & Managing Diversity nicht als Elemente der Gleichstellungspolitik, sondern als Professionalisierungsstrategien einer neuen Gruppe von Expertinnen betrachten: der Gender-Expertinnen, die darum bemüht sind, ihre Position zu konsolidieren, zu behaupten und auszubauen (Kapitel 5). Und ich werde mich dann in einem dritten Schritt der Frage zuwenden, ob wir es bei Gender Mainstreaming & Managing Diversity nicht

nur mit ausserordentlich erfolgreichen Professionalisierungsstrategien, sondern zudem mit erfolgversprechenden Strategien der Gleichstellungspolitik zu tun haben (Kapitel 6-8). Die für mich zentrale Frage: rhetorische Modernisierung oder Paradigmenwechsel wird in jedem dieser drei Schritte eine wichtige Rolle spielen. Sie bildet den *basso continuo*, der all meinen Überlegungen unterlegt ist.

1. Von der Frauenförderung zum Gender Mainstreaming

Der erstaunliche Erfolg insbesondere des *Gender Mainstreaming* hat dazu geführt, dass sich derzeit kaum noch Veröffentlichungen zur Gleichstellungspolitik finden lassen, die nicht mit dem neuen Label versehen sind. Offenbar hat sich weithin die Einschätzung durchgesetzt, dass Stellungnahmen zu diesem Politikbereich, die auf das Signal "Gender Mainstreaming!" verzichten, von vornherein dazu verurteilt sind, als altmodisch, uninformativ und irrelevant zu gelten. Der Effekt dieser rhetorischen Hegemonie ist für die wissenschaftliche Analyse wenig hilfreich: Nicht überall, wo Gender Mainstreaming draufsteht, ist auch Gender Mainstreaming drin. Das führt zur Nivellierung von Unterschieden und suggeriert eine Beliebigkeit, die das Nachdenken, das ja gemeinhin damit beginnt, dass man Unterschiede macht und sie begrifflich kennzeichnet, eher behindert als befördert. Ich beginne deshalb mit einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Frauen- und Gleichstellungspolitik, der drei Phasen voneinander unterscheidet, in denen je verschiedene Ziele und Konzepte dominierten, für die je verschiedene Oberbegriffe ebenso prägend wie bezeichnend waren - und sind.

(1) Frauenpolitik & Frauenförderung. In den 80er Jahren kam es, angeregt durch Frauenbewegung und Frauenforschung, zu den Anfängen einer Frauenpolitik, für die sich der später viel kritisierte Begriff der Frauenförderung durchsetzte. Es ging in dieser ersten Phase vor allem darum, eine Interessenpolitik für Frauen zu machen, ihre Diskriminierung und Benachteiligung abzubauen und ihre Partizipationschancen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erhöhen. Die zentralen Instrumente, die zu diesem Zweck entwickelt wurden, waren Frauenförderprogramme und Frauenförderpläne, Sonderprogramme für Frauen, die Einrichtung von Frauenministerien auf Bundes- und Landesebene und die Schaffung von Stellen für Frauenbeauftragte bzw. Frauenbüros in zunehmend mehr Bereichen und auf zunehmend mehr Ebenen der öffentlichen Verwaltung, im Kulturbereich, im Bildungssystem, in wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen und teilweise auch in Wirtschaftsunter-

nehmen. Mit den Frauenbeauftragten entstand nicht nur eine erste Gruppe jener heute so genannten Gender-Expertinnen, von deren Professionalisierung noch die Rede sein wird. Mit ihnen entstand eine Infrastruktur der Frauen- und späteren Gleichstellungspolitik, die für die Wahrnehmung der Interessen von Frauen noch heute ebenso unverzichtbar ist wie für die Konzipierung und Umsetzung gleichstellungspolitischer Maßnahmen.

Mit Beginn der 90er Jahre sahen sich die Frauenförderprogramme der ersten Generation aber auch heftiger Kritik ausgesetzt (zusammenfassend: Knapp 1997, Wetterer 1994 & 2000). Dabei standen zwei Kritikpunkte im Mittelpunkt: Frauenförderung reproduziert - so der erste Vorwurf - Geschlechterstereotype und tradierte geschlechtsspezifische Zuschreibungen, etwa wenn sie als Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stillschweigend voraussetzt, dass es gleichsam naturwüchsig auch weiterhin die Frauen sein werden, die das leidige Vereinbarkeitsproblem haben. Und: Frauenförderung - so der zweite Vorwurf - tendiert dazu, vermeintliche Defizite auf Seiten der Frauen abzubauen zu wollen, statt die Strukturen des Geschlechterverhältnisses in den Blick zu nehmen, aufgrund derer die Benachteiligung von Frauen vielfach auch dann fortbesteht, wenn von Defiziten ihrerseits weit und breit nichts mehr zu sehen ist. Ich erinnere hier nur an die diversen Qualifizierungsoffensiven, die die fehlende oder falsche Ausbildung und "Berufswahl" der Frauen für die immer noch erheblichen geschlechtlichen Disparitäten im Berufsbereich verantwortlich machten, die Probleme der Integration in den Arbeitsmarkt deutlich unterschätzten und so in anschaulicher Weise zeigten, dass und wie Frauenförderung stellenweise einem Verfahren gleichkommt, das im Englischen als "blaming the victim" bekannt ist.

(2) Gleichstellungspolitik. Diese Kritik war einer der Anstöße für eine Umorientierung, die in den 90er Jahre dazu führte, dass aus der Frauen(förder)politik die Gleichstellungspolitik wurde. Frauenbeauftragte und Frauenbüros wurden mancherorts zu Gleichstellungsbeauftragten bzw. Gleichstellungsbüros. Das Motto "Gleichstellung ist Strukturpolitik" wurde aus der Taufe gehoben. Die Heinrich-Böll-Stiftung versuchte, der Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechterdemokratie Gehör zu verschaffen. Und der Versuch, Gleichstellung rechtlich zu verankern, führte in einigen Bundesländern zur Entwicklung neuer Konzepte und Strategien. Mit dem von Heide Pfarr maßgeblich erarbeiteten hessischen Gleichstellungsgesetz etwa gewannen die Zielvorgaben erste Gestalt, aus denen inzwischen die Zielvereinbarungen geworden sind.

Und auch der sukzessive Akzeptanzverlust der Sanktionen als Mittel der Durchsetzung gleichstellungspolitischer Ziele lässt sich bis in die erste Hälfte der 90er Jahre zurückverfolgen, ebenso die Alternative zu ihnen, die Anreizsysteme, die auf Wettbewerb setzen statt auf Bußgelder und Schadensersatz.

Verglichen mit der Frauenförderpolitik der ersten Phase sind es vor allem vier Veränderungen, die ins Auge fallen und die sich als wegweisend erweisen sollten. Es ging nun erstens nicht mehr allein um die Frauen, sondern um das Geschlechterverhältnis, das - wie Regina Becker-Schmidt 1998 noch einmal zusammenfasst - nur als relationales zu begreifen ist, als sozialer Strukturzusammenhang, der die Genusgruppen in ein hierarchisches Verhältnis zueinander setzt (1998, 15). Es ging deshalb zweitens nicht mehr um die Behebung von Defiziten auf Seiten der Frauen und auch nicht mehr allein um ihre Förderung im Sinne ihrer besonderen Ermutigung und Unterstützung, sondern darum, die Strukturen des Geschlechterverhältnisses zu verändern, die die Reproduktion der Geschlechterhierarchie vielfach präformieren. Es kam drittens zur rechtlichen Verankerung der Gleichstellung, die § 2, Absatz 2 des Grundgesetzes als Handlungsauftrag zu konkretisieren suchte und dessen Verbindlichkeit z.T. durch Sanktionen absicherte. Viertens schließlich konzentrierten sich konzeptionelle Überlegungen zunehmend darauf, Instrumente zu entwickeln, um Gleichstellung im Inneren einzelner Organisationen zu verankern und dabei auf die Wirksamkeit von Anreizsystemen resp. darauf zu bauen, dass Konkurrenz und Belohnung mehr bewirken als Bestrafung.

(3) Gender Mainstreaming & Managing Diversity. Ende der 90er Jahre begann dann scheinbar aus dem Nichts der unaufhaltsame Aufstieg von Gender Mainstreaming & Managing Diversity, von Total-E-Quality und anderen neuen Label der Geschlechterpolitik. Folgt man denjenigen, die die Durchsetzung dieser neuen Konzepte zu ihrer Sache gemacht haben, so ist einer der Hauptgründe für diese erneute Umorientierung darin zu sehen, dass die alten Strategien und Instrumente gescheitert sind. Die Frage, was denn eigentlich neu ist an den neuen Strategien, wird deshalb nicht ohne den einen oder anderen Seitenblick auf das unterstellte Scheitern der alten zu beantworten sein, nicht zuletzt deshalb, weil die neuen Strategien mit dem Versprechen angetreten sind, die Fehler zu vermeiden, die für die vermeintliche Wirkungslosigkeit ihrer Vorgänger verantwortlich gemacht werden.

2. Die neuen Label – für Laien ein Rätsel

Was ist neu an den neuen Strategien? Und was wundert mich? Ein Unterschied zwischen alt und neu ist offenkundig: Die neuen Strategien präsentieren sich in einer Sprache, die nicht nur moderner und weitaus professioneller klingt als die alte. Sie ist gespickt mit Begriffen, die für Laien schlicht ein Rätsel sind, ohne geduldiges Lesen zum Thema unverständlich bleiben und dringend der fachkundigen Übersetzung bedürfen, teilweise und für Anfänger sogar der Umschrift: "gender - sprich: dschänder" (so z.B. in MAFGS Sachsen-Anhalt o.J., 4). Doch auch für diejenigen, die mit Gleichstellungspolitik und Gender Studies einigermaßen vertraut sind, versteht sich anfangs nichts von selbst. Das fängt mit den Oberbegriffen Gender Mainstreaming, Managing Diversity & Total Equality an und setzt sich fort, sobald es um das Grundwissen geht, das die Gleichstellungsexpertin heute braucht: Da gibt es Kurse, die einführen in die Grundlagen des Gender Management und des Gender Change Management; im Angebot sind Gender Trainings, die die Gender Sensibilität schulen und so zur Genderkompetenz führen; lernen sollte man tunlichst auch, was unter Gender Controlling, Gender Benchmarking und Gender Impact Assessment zu verstehen ist. Und falls all dies Wissen in der Praxis nicht reicht, warten dann noch Gender Coaching und Diversity Supervision auf die genderkompetente Changemanagerin. An alles ist gedacht, man muss nur wissen, an was. Mit der Übersetzungsbedürftigkeit der neuen Label ist ein erster Punkt angesprochen, der mich vor allem anfangs sehr gewundert hat. Damals bin ich noch davon ausgegangen, es bei den neuen Strategien mit im herkömmlichen Sinne politischen Strategien zu tun zu haben, und da sich die Präsentation politischer Ziele und Maßnahmen aus Gründen ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit in aller Regel durch griffige Formulierungen und eingängige Slogans auszeichnet, fand ich es schon erstaunlich, dass sich die neue Politik in einer derart unverständlichen Sprache an die Öffentlichkeit wendet. Wie man daran sehen kann, hatte meine Auseinandersetzung mit GM & Co gerade erst begonnen und mir war noch ziemlich unklar, an welches Publikum sich die neuen Strategien primär richten und bei welchen Adressaten sie auf Anerkennung hoffen und auf Unterstützung. Miles to go.

3. Die Verwandlung von Personalmanagement & Verwaltungsmodernisierung in Politik - noch mehr Rätsel

Eine erste Erklärung für die Übersetzungsbedürftigkeit der neuen Label findet man, wenn man sich fragt, woher sie eigentlich kommen. Sie sind - ebenso wie die Konzepte, für die sie stehen - zunächst nicht im Kontext politischer Überlegungen entstanden, sondern adaptiert worden aus der Ökonomie, insbesondere aus der Betriebswirtschaftslehre. Die Betriebswirtschaftslehre und ihre neueren Konzepte des Personalmanagements, der Verwaltungsmodernisierung resp. des New Public Management sind offenkundig zur Leitdisziplin der Gleichstellungspolitik avanciert. Auch das ist neu und anders als zuvor, auch das für mich ein Anlass, mich zunächst einmal zu wundern.

(1) Managing Diversity als Strategie des Personalmanagements. Managing Diversity (fortan der Kürze halber MD) ist eine Strategie des Personalmanagements, die den "human resources"-Ansätzen zugerechnet wird (vgl. Krell 1996 & 1997a; Hansen 2000 & 2002; Belinszki 2001). Während sich frühere Managementkonzepte am Modell einer monokulturellen Organisation orientierten, sind in Zeiten der Globalisierung und der Internationalisierung der Märkte neue Leitbilder gefragt, und zwar insbesondere für eine bestimmte Gruppe des Personals: für die gut ausgebildeten, die hochqualifizierten MitarbeiterInnen, die in der Wissensgesellschaft zu einer immer wertvolleren Ressource für den Erfolg eines Unternehmens geworden sind. Jede Organisation hat deshalb - so der Ausgangspunkt - ein genuines Interesse daran, diese MitarbeiterInnen an sich zu binden, sie zu motivieren und ihre Kreativität und Leistungsfähigkeit zu steigern. Vor allem für sie ist das neue Leitbild der multikulturellen Organisation entwickelt worden (Krell 1996), dem wir das "Managing Diversity" verdanken, ein Konzept, das man im Anschluss an Brigitte Young als Strategie des Personalmanagements "für Wertschöpfungsstarke" bezeichnen kann (2001).

Ziel von MD ist es, die Vielfalt des Personals und in diesem Zusammenhang auch die Gender Diversity gezielt herzustellen und zu nutzen, statt sie durch Ausgrenzungs- und Homogenisierungsstrategien zu minimieren. Um es kurz zu sagen: die "wasps" (white anglo-saxon protestants) haben ausgedient, gefragt sind nun die kosmopolitischen "dinks" (double income no kids). Auch Frauen und Männer sollen fortan ihre unterschiedlichen Potenziale entfalten und einbringen, um die Effektivität der Organisation zu erhöhen, und dies um so mehr, als Rekrutierungsprobleme in dem o.g. Arbeitsmarktsegment zu der Einsicht verholten ha-

ben, dass man auf die Frauen in Zukunft nicht mehr verzichten können. Unterstellt wird im Übrigen, dass durch MD nicht nur die Organisation gewinnt, sondern auch ihre MitarbeiterInnen: Die Arbeitszufriedenheit wächst, das fördert im nächsten Schritt Kreativität, Flexibilität und Leistungsbereitschaft, was wiederum dem Output zugute kommt und die Kosten senkt.

Das zu Grunde liegende Denkmodell ist - wie insbesondere Gertraude Krell (1996, 344-347) gezeigt hat - ein Harmonie-Modell: das einer "win-win-Situation", in der es keine Verlierer gibt - allerdings auch keine Interessengegensätze, weshalb man sich - wie Krell - fragen kann, wie realistisch das ist und was dabei ausgeblendet wird. Eine Antwort gibt uns Brigitte Young: Ausgeblendet werden diejenigen, die nicht zu den "Wertschöpfungsstarken" gehören, ausgeblendet wird die wachsende soziale Ungleichheit in globalem Maßstab, und ausgeblendet werden die größer werdenden Ungleichheiten unter Frauen auch hierzulande, durchweg Themen also, die für Gleichstellungspolitik heute zentrale Bedeutung haben.

(2) Gender Mainstreaming als Strategie der Verwaltungsmodernisierung. Gender Mainstreaming (GM) hat eine etwas wechsellvollere Geschichte, auf die ich hier nur kurz eingehen kann (vgl. Hagemann-White 2000; von Braunmühl 2002). Das Konzept von GM, das mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages 1999 zur Leitlinie der EU-Gleichstellungspolitik geworden ist, hat nur noch wenig mit dem zu tun, das von den Frauenbewegungen und NGO's des Südens bei den Weltfrauenkonferenzen in Nairobi und Beijing vorgestellt wurde. Geblieben ist der Name und geblieben ist mit ihm der Anspruch, die Gleichstellung der Geschlechter im Mainstream von Politik und Verwaltung, statt an deren Rändern zu verankern, sie zur Querschnittsaufgabe aller Ressorts und aller Teile der öffentlichen Verwaltung zu machen. Dass ansonsten Manches anders geworden ist, hat damit zu tun, dass GM in der EU implementiert worden ist als Strategie der Verwaltungsmodernisierung, von der man sich einen legitimatorischen Nebeneffekt erhoffte: GM soll(te) die EU-Verwaltung modernisieren und zugleich helfen, die Unzufriedenheit der Frauen mit der EU-Politik abzubauen, die bei den Volksabstimmungen in Dänemark (1992) und Norwegen (1994) zur Ablehnung des Maastrichter Vertrages geführt hatte und nach einer "EuroBarometer"-Umfrage (1996) für alle EU-Länder konstatiert werden musste (dazu Schunter-Kleemann 2001, 2002a & 2002b; Erbe 2002). Auch hierzulande ist GM auf Bundesebene im Jahr 2000 als Strategie der Verwaltungsmodernisierung eingeführt worden: als Bestandteil des Programms "Moderner Staat - moderne Verwaltung"

(zu Chronologie und Grundgedanken vgl. Lind/Löther 2001, MFAS Niedersachsen 2001, BMFSFJ 2002). Entsprechend hat GM auch bei uns zwei Seiten resp. zwei Zielrichtungen. Nach innen zielt es darauf ab, die Personalpolitik in der Verwaltung zu modernisieren; Zielgruppe ist hier also das Verwaltungspersonal selbst. Nach außen und damit in die Gesellschaft hinein soll es den Output der Verwaltung modernisieren und politische Entscheidungen im Vorfeld aus der Gender-Perspektive auf ihre mutmaßlichen Auswirkungen hin prüfen.

Was die erste Zielrichtung anbelangt, so ist GM letztlich - daran hat Susanne Schunter-Kleemann (2002a) erinnert - eine Variante des Managing Diversity. Ausgangspunkt ist auch hier die Einsicht, dass die EU wie ihre Mitgliedsländer "es sich nicht leisten kann (...), die Qualifikationspotenziale von Frauen brachliegen zu lassen" (Schmidt 2001, 45). Konsequenz daraus ist auch hier ein Konzept des Personalmanagements, das die unterschiedlichen Potenziale von Frauen und Männern in der Verwaltung besser zu nutzen verspricht und auf diese Weise dazu beizutragen soll - siehe oben: "win-win" -, dass die Arbeitszufriedenheit wächst, die Effektivität steigt, die Personalkosten sinken und bislang vernachlässigte Gruppen für die Personalrekrutierung erschlossen werden, unter ihnen: die Frauen. Das neue Zauberwort, das die Brücke zur Gleichstellungspolitik schlagen soll, heißt also einmal mehr: Potenziale von Frauen.

Noch deutlicher wird der gleichstellungspolitische Anspruch, wenn man sich die andere Seite anschaut - GM "nach außen" -, die in der öffentlichen Präsentation und Auseinandersetzung im Vordergrund steht. Jede politische Entscheidung und jede Maßnahme der Verwaltung soll - so der Grundgedanke - in Zukunft von möglichst allen Instanzen und Akteuren, die mit der Entscheidungsfindung und mit den entsprechenden Durchführungsschritten befasst sind, vorab daraufhin geprüft werden, welche Folgen sie für Frauen und Männer je verschieden haben wird: "Alle Beteiligten müssen eine geschlechterbezogene Sichtweise einbringen in Bezug auf alle Entscheidungen und auf allen Ebenen" (Lind/Löther 2001, 5; Hervorhebung: A.W.). GM "nach außen" ist also zunächst ein umfangreiches Verfahren der Verwaltung, Informationen über ihre "KundInnen" sowie darüber zu beschaffen, welche je nach Geschlecht unterschiedlichen Folgen ihr Tun für die Bürgerinnen und Bürger haben könnte.

Programmatisches Ziel dieser gewaltigen Datenbeschaffung, die die kühnsten Träume der Frauen- und Geschlechterforschung bei Weitem in den Schatten stellt, ist es, die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebensrealitäten von Frauen und

Männern stärker zu berücksichtigen als bislang, geschlechtsspezifische Disparitäten beim Mitteleinsatz zu vermeiden und Geschlechterungleichheiten abzubauen. Auf diese Weise soll GM gleichzeitig (1) zur Gleichstellung von Frauen und Männern beitragen, (2) die Effektivität und Zielgenauigkeit des Verwaltungshandelns erhöhen, (3) die Zufriedenheit der BürgerInnen mit Politik und Verwaltung verbessern und (4) Folgekosten vermeiden, die auftreten (können), wenn es zu einem unzureichend zielgenauen Einsatz von Ressourcen kommt. Soweit die Programmatik, nun zu meiner Verwunderung.

(3) Gründe zum Sich-Wundern. Gewundert und auch irritiert haben mich ganz am Anfang die Worte "Managing" und "Mainstreaming" und ihre Verwandlung in Synonyme für politisches Handeln. Dass die sukzessive Auflösung der Grenze zwischen Politik, Verwaltung und Ökonomie und der Aufstieg der Betriebswirtschaft zur neuen Leitdisziplin der Gleichstellungspolitik auch von vielen Gender-Expertinnen mit- und nachvollzogen worden ist, dass die neuen Strategien - anders gesagt - so schnell als politische Strategien akzeptiert worden sind, fand und finde ich bemerkenswert und erstaunlich. Zwar gibt es inzwischen die ersten kritischen Stellungnahmen, die teils politisch, teils theoretisch begründet sind (zu finden in: Forum Wissenschaft 18/1; Nohr/Veth 2002; teilweise auch in Allroggen u.a. 2002). Doch sie sind die Ausnahme.

Insgesamt erinnert der rasante Aufstieg von MD & GM eher an die Dominosteine, die - wenn sie denn geschickt aufgestellt sind - einer nach dem anderen umfallen. Nur dass die Dominosteine diesfalls aus gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen bestehen, die selten derart einträchtig in einer Reihe stehen, schon gar nicht in Sachen Gleichstellungspolitik: die EU und zunehmend mehr ihrer Mitgliedsländer, die Bundesregierung und alle ihre Ministerien, die Bundesländer eines nach dem anderen, dazu die ersten Städte und Kommunen, die ersten Universitäten, viele Frauenbeauftragte und nicht wenige Genderforscherinnen, die zuvor nicht unbedingt durch allzu großes Vertrauen in die Politik einer Bundesregierung aufgefallen waren, deren Kanzler diesen ganzen Frauenkram noch vor nicht allzu langer Zeit als "Gedöns" bezeichnet hatte.

Sie alle präsentieren uns Gender Mainstreaming als die neue Strategie der Gleichstellungspolitik. Bei den Ökonominen liest sich Manches noch anders. Bei ihnen steht der ökonomische Zweck insbesondere des Managing Diversity eindeutig im Vordergrund, ist der gleichstellungspolitische Nutzen der Entdeckung der Potenziale von Frauen als Nebeneffekt gedacht, der sich einstellen kann, aber nicht muss. So weist Katrin Hansen darauf

hin, dass die Geschlechterfrage "nicht den Ausgangspunkt von Überlegungen und Maßnahmen (bildet). Aber wie ein Schirm spannt sich das ‚Learning and Effectiveness-Paradigma‘ des Diversity-Ansatzes auch über die Frauen" (Hansen 2000, 20). Und Gertraude Krell erinnert daran, dass Diversity und mit ihr auch die Potenziale von Frauen nur insofern relevant sind, wie sie ökonomisch effektiv zu sein versprechen, und dass die Frage, wer diesbezüglich die Definitionsmacht hat "für die US-amerikanischen Promotorinnen und Promotoren des Ansatzes nicht zu Debatte steht. Es ist das Management" (1996, 346).

Bei den neuen Gender-Expertinnen ist oft nicht nur die hier noch ablesbare Vorsicht verschwunden. Bei ihnen ist teilweise der ökonomische Zusammenhang, in dem MD & GM eine bestimmte Funktion zu erfüllen haben, nur noch ein Thema am Rande. Im Scheinwerferlicht stehen die gleichstellungspolitische Programmatik und das Ziel, die Genderperspektive im Mainstream zu verankern. Der Zusammenhang mit Personalmanagement und Verwaltungsmodernisierung, mit Effektivitätssteigerung und Rationalisierung bleibt hingegen eher unterbelichtet oder findet sich unter ferner Liefen - auch das im Übrigen ein nicht unübliches Element aus dem Repertoire der Rhetorik.

Was dabei mit dem ökonomischen Zusammenhang im Dunkeln bleibt und zu einer womöglich folgenreichen Überschätzung der schönen Programmatik führt, wird sichtbar, wenn man die regierungsamtliche Einführung des GM mit anderen politischen Entscheidungen vergleicht, die zeitgleich gefallen sind, wenn man sich also den Kontext anschaut, in dem die Einführung von GM bei uns wie in der EU stand und steht. Der Kontrast, der sich dann ergibt, könnte größer kaum sein (für die BRD vgl. Nohr 2001; für die EU: Schunter-Kleemann 2001 & 2002b). Dass dieser Kontrast vielen Gender-Expertinnen kaum aufzufallen scheint, ist einer der Hauptgründe für meine derzeitige Verwunderung.

Die Einführung des Gender Mainstreaming verträgt sich offenbar gut mit einer Politik, für die ich hier zwei Beispiele anführen möchte. Erstes Beispiel: Das Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft, das u.a. vorsehen sollte, Aufträge der öffentlichen Hand künftig bevorzugt an Firmen zu vergeben, die sich in Sachen Frauenförderung und Gleichstellung hervorgetan haben, ist bis auf Weiteres in eine Schublade des BMFSFJ verbannt worden, statt in den Bundestag eingebracht zu werden. Auf die "Best Practice"-Unternehmen wartet zwar auch weiterhin das Gütesiegel des "Total Equality Award" (dazu: Busch/Engelbrech 1997). Aber für sie wie für die Gleichstellungspolitik ist das ein eher schwacher Trost. Zweites Beispiel:

Der Vertreter des offiziell gendermainstreamenden Bundesinnenministeriums hat bei einer Tagung zum Thema "Equal Pay" auf die Frage, ob sein Ministerium plane, eine Stelle einzurichten, die in Zukunft die Tarifverträge des Öffentlichen Dienstes daraufhin prüft, ob sie wenigstens dem EU-Recht entsprechen (was sie nicht tun), nichts anderes parat als die Antwort, "eine Stelle, die über ‚Equal Pay‘ wache, bedeute zu viel Bürokratie. Und wer denke denn an die Kosten, wenn man Frauenarbeit höher bewerte?" (taz, 21.6.02) Braucht der Mann einfach einen Grundkurs in Sachen Gender-Kompetenz?

Beide Beispiele, denen sich weitere hinzufügen ließen, erlauben einen kurzen Seitenblick auf das vermeintliche Scheitern der alten gleichstellungspolitischen Instrumente, der auch für die Einschätzung des Gender Mainstreaming aufschlussreich ist. In beiden Fällen standen Instrumente zur Debatte, die wir der zweiten Phase, der Phase der Gleichstellungspolitik verdanken. Beide lassen sich als Beispiel für das Scheitern dieser Instrumente lesen - Scheitern allerdings in einem sehr präzise angebbaren Sinne. Sie sind gescheitert, weil sie sich als nicht (mehr) durchsetzbar erwiesen haben - das eine, weil die private Wirtschaft entschiedene Ablehnung bekundet hat, das zweite, weil es für die öffentlichen Haushalte absehbar sehr teuer werden würde. Gescheitert sind sie also gerade nicht an ihrer mutmaßlichen Wirkungslosigkeit, sondern am Gegenteil.

Was das für die Entschlossenheit von Politik und Verwaltung bedeuten könnte, an den programmatischen Zielen des Gender Mainstreaming auch dann noch festzuhalten, wenn die Phase der Datenbeschaffung abgeschlossen ist und es an die Umsetzung der so gewonnen Erkenntnisse geht - darüber will ich hier nicht spekulieren. Es scheint mir aber denkbar, dass viele Gender-Expertinnen sich dann mit Problemen konfrontiert sehen werden, die denen nicht unähnlich sind, die Commissario Brunetti kürzlich seinem Sergeanten Vianello vorsichtig zu vermitteln suchte:

"We're not allowed to say things like that any more, Sergeant," Brunetti said mildly.

"Regardless of whether they're true?" The sergeant asked.

"Because they're true," Brunetti answered.

Vianello reflected for a moment upon this and then asked, "What now, sir?"

(Donna Leon, *A Sea of Troubles*. London 2001, 45)

4. Der neue Charme der Top-Down-Strategien und die Rückkehr altbekannter Deutungsmuster – letztes Rätsel

Es gibt noch einen dritten Faktor, der Managing Diversity & Gender Mainstreaming miteinander

verbindet und sie von früheren Konzepten der Frauen- und Gleichstellungspolitik jedenfalls zum Teil unterscheidet. Wir haben es bei ihnen mit Top-down-Strategien zu tun und nicht (mehr) mit Bottom-up-Strategien. Es sind die Spitzen von Politik und Verwaltung in der EU und ihren Mitgliedsländern, es ist die Universitätsspitze oder das Management eines Unternehmens, die entscheiden, dass und wie GM bzw. MD implementiert werden und durchzuführen sind. Das mag vielleicht die Durchsetzbarkeit beider Strategien erleichtern, sobald die Entscheidung für sie einmal getroffen ist. Ganz vielleicht und obwohl die Erfahrungen mit GM aus der Entwicklungspolitik eher das Gegenteil nahelegen (vgl. von Braumühl 2002) - ganz vielleicht wird Manches dann auch schneller gehen als bisher. Es wird aber auch zur Folge haben, dass sich Definitionsmacht verlagert.

Es wird in Zukunft vor allem die Verwaltung und es werden mutmaßlich in deren Auftrag die Gender-Expertinnen sein, die ermitteln, was - im Falle des GM - die Belange und Bedürfnisse von Frauen und Männern sind, die es im Verwaltungshandeln stärker zu berücksichtigen gilt. Es wird die Ministerialbürokratie sein, die mit Hilfe interner oder externer Gender-Expertinnen prüft, wie sich welche politische Entscheidung auf Frauen und Männer unterschiedlich auswirken könnte und - nota bene - welche Frauen und Männer dabei als Orientierungsmaßstab zu gelten haben. Es wird - im Falle von MD - das Management sein, das, vermutlich ebenfalls unterstützt durch Gender-Expertinnen, definiert, welche unterschiedlichen Potenziale der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Unternehmenskultur in Zukunft stärker berücksichtigt werden sollen, wo ihr Ort im Unternehmen ist und welchen Beitrag sie dort zu leisten haben.

Eine der absehbaren Konsequenzen dieser Verlagerung der Definitionsmacht nach oben, in die Verwaltung hinein und zu den Gender-Expertinnen lässt sich schon heute anhand der impliziten Vorannahmen studieren, die sowohl dem Gender Mainstreaming wie dem Managing Diversity zu Grunde liegen. In beiden Konzepten ist die Unterschiedlichkeit von Frauen und Männern der Dreh- und Angelpunkt aller Überlegungen. Beide Konzepte setzen damit als selbstverständlich gegeben voraus, was in der Genderforschung und feministischen Theorie seit annähernd zehn Jahren als theoretisch und methodisch kontraproduktiv diskutiert wird und was sich zudem als empirisch höchst ungenau erwiesen hat. Es gibt sie empirisch nicht mehr (falls es sie je gegeben hat): "die" Frauen und "die" Männer.

Frauen und Männer haben aber - so können wir nun wieder ein ums andere Mal lesen - unterschiedliche Potenziale, unterschiedliche "sozial-

sierte Fähigkeiten" (wie es bei Verena Schmidt heißt: 2001, 45). Davon will das Managing Diversity ebenso profitieren wie Gender Mainstreaming "nach innen", und diese Verschiedenheit soll in Trainings- und Sensibilisierungskursen weiter kultiviert werden. Frauen und Männer sind von zahlreichen politischen Entscheidungen und einer Vielzahl von Verwaltungsmaßnahmen unterschiedlich betroffen, das ist der Grundgedanke, der beim Gender Mainstreaming vorausgesetzt ist. Nach diesen Unterschieden zwischen Frauen und Männern wird in Zukunft mit nie gekannter Intensität gefahndet. Und wie wir spätestens seit Carol Hagemann-Whites kritischer Re-Analyse der Untersuchungen zur Sozialisationsforschung wissen (können), also seit 1984, gibt es kaum eine methodisch geeignetere Vorkehrung als diese, um derartige Unterschiede in Hülle und Fülle zu finden, ihre soziale Bedeutung zu verstärken, teilweise sogar zu kreieren und Ähnlichkeiten zwischen den Geschlechtern ebenso auszublenden wie die wachsenden Ungleichheiten unter Frauen bzw. Männern. Die Zweigeschlechtlichkeit als Wissenssystem, deren Bedeutung und Funktion Stefan Hirschauer genauer untersucht hat (1996, 2001), wird eindeutig zu den Gewinnern dieser Politik gehören - wenn sich denn wirklich alle bei allen Entscheidungen und auf allen Ebenen auf die Suche machen:

"Das sozialwissenschaftliche Finden von ‚Geschlechtsunterschieden‘ gehört (...) zu den kulturell elementaren Gebrauchsanweisungen der Geschlechterdifferenz. ‚Die Geschlechter zu vergleichen‘ ist eine hochgradig selbstverständliche Ethno-Methode, die auch Kinder, Biologinnen, Ehepaare und Lehrer verwenden. Sie besteht darin, kulturellen Sinn aus sozialen Kategorien zu gewinnen, indem man empirische Differenzen zwischen dem findet, was man zuvor kategorial differenzierte. Der Befund eines ‚Unterschiedes‘ bestätigt die vollzogene Unterscheidung, indem er sie nachträglich mit Sinn ausstattet." (Hirschauer 2001, 215)

"Déjà vu" auch in anderer Hinsicht: Mit den unterschiedlichen Potenzialen von Frauen und Männern, die das moderne Personalmanagement zur Effektivitätssteigerung nutzen möchte, erleben wir ein unvermutetes Revival des vielgescholtenen "weiblichen Arbeitsvermögens" - allerdings in einer erheblich modernisierten Variante. Und mit dem Gender Mainstreaming kommt die Unterscheidung von Sex & Gender, von biologischem und sozialem Geschlecht, zu neuen Ehren, mit der nicht zufällig manche Erläuterungen des dem Alltagswissen noch recht wenig geläufigen Begriffs "Dschänder" beginnen (vgl. BAFGS Sachsen-An-

halt o.J., 7; BMFSFJ 2002, 1). "In the beginning, there was sex and there was gender", schrieben 1987 im Rückblick auf die Anfänge der Geschlechterforschung Candace West & Don Zimmerman in ihrem berühmt gewordenen Aufsatz zum "doing gender", um dann - nicht minder entschieden als kurze Zeit später Judith Butler (1991) - zu zeigen, dass dieser Anfang - schon damals - weit hinter uns lag (vgl. Gildemeister 2001). Mit Gender Mainstreaming und Managing Diversity sind wir womöglich an genau diesem Anfang wieder angelangt, ganz so als sei "Gehe zurück auf Los!" das Motto der Stunde. Bemerkenswert finde ich das schon.

5. Die Gender-Expertinnen und ihre Professionalisierungsstrategien - ein Vorschlag zur Auflösung der Rätsel

Die Institutionalisierung der Frauen- und Gleichstellungspolitik und die sukzessive Verankerung der Frauen- und Geschlechterforschung an den Hochschulen hat zur Entstehung einer immer größer werdenden Zahl von Gender-Expertinnen und (einiger weniger) Gender-Experten geführt. Zu ihnen gehören die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in einer Vielzahl unterschiedlicher Organisationen; zu ihnen gehören die Referentinnen für Frauen- und Geschlechterfragen bei der EU, in Bundes- und Landesministerien, bei Parteien, Gewerkschaften und Verbänden; zu ihnen gehören immer mehr Hochschulabsolventinnen, die sich auf Frauenforschung & Genderstudies spezialisiert haben, sowie so manche Frauen- und Geschlechterforscherinnen an Universitäten und Fachhochschulen, in Gender-Kompetenzzentren und Forschungseinrichtungen - oder "ante portas". Hinzu kommen die Mitarbeiterinnen von Weiterbildungseinrichtungen, die sich auf Frauenbildung spezialisiert haben, freiberufliche Consultants in Sachen Frauenberufsarbeit, Coaches für die Karrierebegleitung oder Spezialistinnen für Supervision, zu deren Klientel Frauen zählen, die sich im Beruf zu behaupten suchen. Die Liste ist sicher nicht vollständig, aber auch so schon recht eindrucksvoll.

Sie alle haben ein wohlbegründetes und legitimes berufs- bzw. professionspolitisches Interesse daran, sich für ihr Wissen und Können ein Betätigungsfeld zu erschließen, dieses auszubauen und zu befestigen, ihre Themen durchzusetzen und auf der Agenda zu halten. Sie verfolgen also Ziele, die wir aus der Entstehungsphase auch anderer neuer Expertengruppen relativ gut kennen und die in der Berufs- und Professionsforschung inzwischen eingehend erforscht sind (vgl. u.a. Freidson 1970, dt. 1979 & 1983, Larson 1977, Abbott 1988; im Überblick: Wetterer 2002, Kapitel 7-9). Ihr Ziel ist es,

Akzeptanz und Bündnispartner zu gewinnen; Abnehmer für ihr spezielles Expertenwissen zu finden und sich materielle und symbolische Ressourcen zu erschließen; kurz: Sie sind bestrebt, einen Markt für und damit zugleich die Nachfrage nach ihrer speziellen Gender-Kompetenz zu schaffen und auszubauen. Dabei beschreiten sie Wege, die wir aus anderen Professionalisierungsprozessen kennen. Um nur die Basics zu nennen:

- Sie profilieren sich als Expertinnen, indem sie nicht nur ein Fachwissen, sondern auch eine Fachsprache entwickeln, die signalisiert, dass sich ihr Expertenwissen erkennbar von dem Alltags- und Laienwissen der ‚normalen‘ Gesellschaftsmitglieder unterscheidet.

- Sie erbringen den Nachweis, dass ihr Wissen für andere anschlussfähig und von Nutzen ist, etwa indem sie zeigen, dass und wie ihr Expertenwissen zugleich der Förderung der Ziele derjenigen dient, denen sie ihre Dienste anbieten möchten.

- Und sie sind bestrebt, unter Beweis zu stellen, dass das, was sie wissen und können, auch für die Öffentlichkeit hoch bedeutsam ist und bei der Erreichung gesellschaftlich anerkannter Ziele und Werte von beträchtlichem Nutzen.

Eliot Freidson hat am Beispiel des Aufstiegs der akademischen Medizin im 19. Jahrhundert gezeigt, wie wichtig es aus professionssoziologischer Sicht ist, die "eindringliche(n) Behauptung(en)" der neuen Professionals, ein Expertenwissen von besonderem Wert und Nutzen für andere und die Gesellschaft zu besitzen, nicht "als Tatsachen (zu behandeln), sondern als Behauptungen, die richtig oder falsch sein können" (1970, dt. 1979, 311). Es geht - zunächst - nicht um richtig oder falsch. Es geht um die Überzeugungskraft der rhetorischen Präsentation. Bezieht man diese eigentlich banale Anregung auf den rasanten Aufstieg von Gender Mainstreaming & Managing Diversity, so könnte man geneigt sein, von der Verwunderung zur Bewunderung überzugehen. Den Verfechterinnen beider Strategien ist es frapierend schnell gelungen, die zuvor umrissenen drei Basics jeder Professionalisierungsstrategie höchst überzeugend zu präsentieren. In dieser Perspektive wird nicht zufällig genau das, was ich zuvor als neu und/oder als verwunderlich bezeichnet hatte, mit einem Schlag sehr plausibel und verständlich - so plausibel und verständlich, dass man darüber fast den Unterschied zwischen Tatsachen und Behauptungen wieder vergessen könnte:

- Von dem Bestreben, sich als Expertinnen zu profilieren, ist der Weg nicht weit zu den neuen Begriffen und Wortschöpfungen der Gender-Expertinnen, die für Laien schlicht ein Rätsel sind.

- Von dem Ziel, Anschlussfähigkeit für die Ziele potenzieller Abnehmer unter Beweis zu stellen, lässt

sich eine Brücke schlagen zur Genderkompetenz als wichtiger Voraussetzung eines modernen, diversity-orientierten Personalmanagements und zu einer Verwaltungsmodernisierung, die als Gender Mainstreaming angewiesen ist auf Gender-Kompetenz (womit auch der Aufstieg der Betriebswirtschaft zur Leitdisziplin der Gleichstellungspolitik nicht mehr gar so erstaunlich wirkt).

- Mit dem Ziel, Akzeptanz zu gewinnen und die Anschlussfähigkeit im oben skizzierten Sinne unter Beweis zu stellen, verliert der Rückgriff auf tradierte zweigeschlechtliche Deutungsmuster vieles an Rätselhaftigkeit, denn diese Deutungsmuster sind den Adressaten, an die sich die Gender-Expertinnen richten, weit geläufiger als die Spitzfindigkeiten und Finessen feministischer Theorieentwicklung.

- Ein Blick auf diese Adressaten in Wirtschaftsunternehmen, Politik und Verwaltung macht auch den neue Charme der Top-down-Strategien plausibel und verständlich, denn dass das die richtige Richtung ist, dürfte für die meisten von ihnen ohnedies kaum fraglich sein.

- Und von dem Bestreben, die Passgenauigkeit mit gesellschaftlich akzeptierten Zielen unter Beweis zu stellen, führt ein recht gerader Weg zu dem Anspruch, Managing Diversity & Gender Mainstreaming repräsentierten die neue, moderne und professionelle Gleichstellungspolitik, ja, sie kämen einem Paradigmenwechsel in diesem Politikbereich gleich.

Zu ihrer Realisierung brauchen beide neuen gleichstellungspolitischen Optionen kaum etwas mehr und dringender als Gender-Kompetenz und also Gender-Expertinnen. Ja, man kann GM & MD geradezu als riesiges Arbeitsbeschaffungsprogramm für Gender-Expertinnen betrachten. Und was die Sache vollends perfekt macht, ist, dass beide Strategien im Zuge ihrer Umsetzung zugleich als großangelegte Weiterbildungsmaßnahme funktionieren, die den AbnehmerInnen der Gender-Kompetenz immer neu zeigt, wie wichtig diese Kompetenz ist und für was alles sie in Zukunft auch noch unerlässlich sein wird. In Unternehmen, die sich zum Managing Diversity entschlossen haben, wird das Management oftmals in der Anfangsphase in Gendersensibilisierungstrainings geschickt. Und in der Verwaltung beginnt die Einführung des Gender Mainstreaming stellenweise schon heute damit, dass für die MitarbeiterInnen Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden, die sie mit der Gender-Perspektive vertraut machen. So werden den einen wie den anderen die Augen geöffnet für die unterschiedlichen Potenziale, Bedürfnisse und Lebensrealitäten von Frauen und Männern; die Augen geöffnet aber auch, um den Bedarf an Gender-Expertinnen fortan noch besser einschätzen zu können als zu-

vor. Trefflicher hätte man das kaum konzipieren können.

6. Die Heterogenität der Erfolgskriterien - ein Problem, das noch auf seine Lösung wartet

Denkt man zurück an die mühsamen und an Hindernissen nicht gerade armen Anfänge von Frauenpolitik und Frauenforschung, so könnte man sehr zufrieden sein und sich freuen, wie weit diese Anfänge inzwischen hinter uns liegen. Man könnte - wenn es nicht Anlass gäbe, sich eine Frage zu stellen, die die professionssoziologische Perspektive nicht gleich mit beantwortet, sondern vielmehr aufwirft: die Frage nämlich, ob die Erfolgskriterien, an denen sich Professionalisierungsstrategien im oben umrissenen berufssoziologischen Sinne orientieren, deckungsgleich sind mit den Erfolgskriterien, denen die Gleichstellungspolitik Rechnung zu tragen hat.

Professionalisierungsstrategien brauchen zum Erfolg Bündnispartner; sie sind angewiesen auf Akzeptanz in dem Feld, in dem sie Fuß fassen wollen; und sie brauchen Abnehmer, die ihre Kompetenz und ihr Expertenwissen nachfragen, weil sie sich davon einen Beitrag zur Lösung ihrer je eigenen Probleme versprechen. Die Erfolgskriterien für eine wirksame Gleichstellungspolitik sind davon prima vista nicht völlig verschieden, jedenfalls nicht alle von ihnen. Auch Gleichstellungspolitik braucht Bündnispartner; auch sie ist angewiesen auf Akzeptanz, vor allem in der Öffentlichkeit und bei den Akteuren im politischen Feld; und auch Gleichstellungspolitik braucht in einem gewissen Sinne "Abnehmer", VertreterInnen in Politik und Ministerien etwa, die das gleichstellungspolitische Anliegen aufgreifen und zu ihrer Sache machen.

Schon bei diesen scheinbar so ähnlichen Erfolgskriterien kann man aber auch die ersten Unterschiede entdecken. Sie werden deutlich, wenn man sich fragt: Akzeptanz: bei wem? Bündnispartner: wo und welche? Welche Abnehmer und in welchem Sinne Abnehmer? Und: Was genau versprechen die sich eigentlich davon? - Effektivitätssteigerung? Rationalisierungsgewinne? Modernisierung? Wählerstimmen? Den Abbau der Politikverdrossenheit? Die Lösung arbeitsmarktpolitischer oder demografischer Probleme? Die Umsetzung des Grundgesetzauftrages zur Gleichstellung der Geschlechter? Es würde hier zu weit führen, all diesen Fragen im Einzelnen nachzugehen. Ich möchte ihre Beantwortung deshalb dem Vorstellungsvermögen der LeserInnen anvertrauen und mich zwei weiteren Kriterien des Erfolges zuwenden, die Professionalisierungsstrategien und Gleichstellungspolitik deutlich voneinander unterscheiden.

Gleichstellungspolitik braucht, wenn sie wirksam sein soll, rechtliche Verbindlichkeit, und das schließt spürbare und mit Gewissheit erwartbare Sanktionen für den Fall ein, dass den gesetzlich verankerten Grundsätzen der Gleichstellung nicht entsprochen wird. Mit rhetorischen Appellen und programmatischen Zielbestimmungen alleine, das wissen wir aus vielen Erfahrungen mit den Instrumenten der ersten Phase der Frauenpolitik, kommt man nicht besonders weit. Und auch Anreizsysteme, die sich inzwischen allseits großer Beliebtheit erfreuen und die in der Tat für die Umsetzung gleichstellungspolitischer Vorgaben außerordentlich hilfreich und wichtig sind - auch Anreizsysteme stoßen nicht nur gelegentlich, sondern in aller Regel dann an ihre Grenzen, wenn es "ans Eingemachte" geht und wenn es absehbar sehr teuer wird - das haben die Beispiele "Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft" und "Equal Pay" bereits deutlich gemacht.

Was "Equal Pay" anbelangt, werden hierzulande wohl nur die ersten Klagen zu merklichen Veränderungen führen. Sie können sich auf EU-Recht stützen und das schließt auch die bei uns als altmodisch geltenden Sanktionen ein (zu Equal Pay vgl. Ranftl u.a. 2002, Ranftl 2002a). Sie werden deshalb - wie in anderen EU-Ländern bereits geschehen - schlagartig sichtbar machen, dass es noch sehr viel teurer ist, die in der EU verbindlichen rechtlichen Bestimmungen zur Gleichbewertung von Frauenarbeit und Männerarbeit und zur Transparenz der Arbeitsbewertungssysteme zu missachten. Gleichstellungspolitik ist im Konsens allein nicht zu haben - Professionalisierungsstrategien sind ohne Konsens zum Scheitern verurteilt.

Gleichstellungspolitik kann zudem - und spätestens hier wird Freidsons Unterscheidung von Behauptungen und Tatsachen, von Rhetorik und faktischer Wirksamkeit dessen, was die Gender-Expertinnen zu wissen und zu können behaupten, erneut wichtig - Gleichstellungspolitik kann nur dann nachhaltig wirksam sein, wenn sie sich auf eine präzise und differenzierte Analyse der Ursachen stützt, die die anhaltenden und teilweise wieder größer werdenden Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis haben. Eine solche Analyse ist die Voraussetzung dafür, dass Gleichstellungspolitik nicht an Oberflächenphänomenen oder Symptomen, sondern dort ansetzt, wo langfristige Veränderungen zu erwarten sind. Um die Grundzüge einer solchen Analyse und um die Frage, ob Managing Diversity & Gender Mainstreaming ihr entsprechen, wird es in den letzten zwei Kapiteln gehen.

7. Gleichheit, Differenz, Dekonstruktion: Leitlinien für die Gleichstellungspolitik

Gudrun-Axeli Knapp hat sich in einem 1997 erschienen Aufsatz mit dem "Nutzen theoretischer Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung für die Praxis" beschäftigt. Ihr Plädoyer für eine theoretisch reflektierte Praxis unternimmt den Versuch, die "verbreitete Entgegensetzung von (abstrakter) Theorie und (konkreter) Praxis" zu überwinden (a.a.O., 78), und zwar aus zwei Gründen, die auch durch die bisherigen Erfahrungen mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik vielfach bestätigt werden. "Politische Sackgassen" - so der erste von ihnen - "(erweisen sich oft genug) als Zeichen eines Theoriedefizits". Und - so der zweite - "jede Praxis (beruht) auf bestimmten Vorannahmen, (ist) also theoriehaltig, auch wenn sie es sich selbst nicht eingesteht" (ebenda). Knapp entwickelt drei orientierende Perspektiven oder drei Leitlinien für die Frauen- und Gleichstellungspolitik: Gleichheit, Differenz und Dekonstruktion. Auf ihre Ausführungen werde ich mich im Folgenden beziehen und stützen, weil ihnen eine genaue und komplexe Analyse der Geschlechterverhältnisse zu Grunde liegt und weil sie den neueren Entwicklungen feministischer Theorie ebenso Rechnung tragen wie den Anforderungen an eine pragmatische, umsetzungsorientierte Gleichstellungspolitik.

Mit den Stichworten Gleichheit, Differenz und Dekonstruktion sind drei Perspektiven benannt, die sich wechselseitig ergänzen und korrigieren und die deshalb erst in Verbindung miteinander die Grundlagen einer erfolgversprechenden Gleichstellungspolitik zu bilden vermögen. Jede von ihnen alleine und nur für sich genommen führt nämlich in ein spezifisches und inzwischen hinreichend bekanntes Dilemma.

(1) Das Gleichheitsdilemma: Gleichheit als alleiniger Orientierungspunkt der Frauen- und Gleichstellungspolitik führt unweigerlich in ein erstes Dilemma, das sich auf eine kurze und prägnante Formel bringen lässt: Die Gleichbehandlung von Ungleichen baut Ungleichheit nicht ab, sondern schreibt sie fort. Mit strukturell angelegten Ungleichheitslagen haben wir es aber im Geschlechterverhältnis zu tun und dies gilt es zu berücksichtigen.

(2) Das Differenzdilemma: Differenz als alleiniger Orientierungspunkt der Gleichstellungspolitik ist nicht nur mit der Gefahr der Fortschreibung tradierter geschlechtsspezifischer Zuschreibungen und der Re-Aktivierung von Geschlechterstereotypen verbunden. Die Orientierung an der Differenz und nur an der Differenz reproduziert das zu Grunde liegende binäre Denk- und Klassifikationsmuster. Sie ist deshalb auch dann, wenn sie als

Positivierung oder Aufwertung des Weiblichen gefasst ist, gerade nicht geeignet, eine der Grundvoraussetzungen für den Fortbestand geschlechtshierarchischer Strukturen zu erschüttern: dass nämlich die Geschlechtszugehörigkeit überhaupt ein sozial hoch bedeutsamer Tatbestand ist.

(3) Das Dekonstruktionsdilemma: Eine dekonstruktivistische Perspektive ist deshalb zwar einerseits als Korrektiv unerlässlich, doch auch sie alleine führt andererseits in ein Dilemma. Gerade weil Dekonstruktion das Grundmuster zweigeschlechtlichen Denkens radikal in Frage stellt, greift sie den Rahmen an, in dem überhaupt noch verallgemeinernde Aussagen über geschlechtstypische Problemlagen und Konfliktkonstellationen gemacht werden können. In Folge dessen stellt eine dekonstruktivistische Gleichstellungspolitik so etwas wie eine *contradictio in adjecto* dar. Sie ist für eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse hier und heute bedeutungslos und ohne praktischen Nutzen, denn in ihrem Rahmen lässt sich das Problem gar nicht formulieren, das Gleichstellungspolitik zu lösen versucht.

Will man diesen drei Dilemmas entgehen, so wird man sich nicht nur auf das höchst widersprüchliche Vorhaben einlassen müssen, alle drei Perspektiven gleichermaßen im Auge zu behalten. Es erweist sich zudem - u.a. wegen der Widersprüchlichkeit des Vorhabens - als notwendig zu präzisieren, was dabei jeweils unter Gleichheit, Differenz und Dekonstruktion genau zu verstehen ist. Ich fasse auch hier Knapps Überlegungen kurz zusammen und ergänze sie in einigen Punkten.

(1) Gleichheit. Gleichheit bezieht sich auf die rechtliche Ebene. Sie ist zu verstehen als Gleichstellung und Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Sinne des Verbots der direkten oder mittelbaren Diskriminierung von Personen allein aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit. - Als ich kürzlich bei einer Tagung von Diversity-ExpertInnen dieses Verständnis von Gleichheit erläutern wollte und bei den Worten "Gleichstellung und Gleichbehandlung von Frauen und Männern" angelangt war, erhob sich ein derart empörtes Gemurmel und Kopfgeschüttel, dass ich, ziemlich verblüfft und etwas ratlos, erst mal mit dem Reden aufhörte. Ich war eine Weile still. Und ich wunderte mich (mal wieder). Es hat eine ganze Weile gedauert, bis ich anfang zu verstehen, dass nicht eben wenige Diversity-ExpertInnen inzwischen bei den Stichworten "Frauen und Männer" automatisch an nichts anderes als Verschiedenheit denken (die Potenziale!) und bei dem Stichwort "Gleichbehandlung" nicht mehr ruhig sein können, so hinterwäldlerisch scheint ihnen das vorzukommen. Das ist nicht verwunderlich. Es ist auch

nicht nur ärgerlich. Es ist - genau besehen - ziemlich verheerend.

(2) Differenz. Differenz bezieht sich auf die strukturelle Ebene, auf die in unserer Gesellschaft strukturell angelegte Ungleichheit der Geschlechter. Differenz meint also gerade nicht geschlechtsspezifisch möglicherweise unterschiedliche Fähigkeiten, Orientierungen und Präferenzen; meint nicht die Potenziale von Frauen und Männern, von denen zuvor so oft die Rede war. Differenz bezieht sich auf das Geschlechterverhältnis als einem sozialen Strukturzusammenhang, der die Lebenssituation von Frauen und Männern nach wie vor präformiert und sie überhaupt erst zu Verschiedenen und zu Ungleichen macht. Diese zu Grunde liegenden Strukturen gilt es zu verändern, statt ihre Effekte als geschlechts"spezifische" Eigenschaften oder Fähigkeiten einmal mehr fort- und festzuschreiben.

(3) Dekonstruktion. Dekonstruktion schließlich bezieht sich auf eine diskursive Ebene, sie fungiert als Korrektiv und kritisches Potenzial, um polarisierende Eigenschaftszuschreibungen nach dem Muster "weiblich-männlich" zu delegitimieren, ja, sie überhaupt aufzuspüren und der Kritik zugänglich zu machen. Als Korrektiv ist die dekonstruktivistische Perspektive vor allem dort wichtig, wo strukturelle Ungleichheitslagen unter der Hand transformiert werden in das, was Axeli Knapp als "Vereignschaftung von Geschlechterdifferenz" bezeichnet:

"Fluchtpunkte der Argumentation - so heißt es wenig später - sind nicht die Geschlechtskategorie ‚Frau‘ und Eigenschaften von Personen, die darunter fallen, sondern das in Strukturen der Arbeits- und Machtverteilung sedimentierte hierarchische Verhältnis zwischen den Genus-Gruppen und damit einhergehende Konfliktkonstellationen und Benachteiligungen, die qua Geschlechtszugehörigkeit eher Frauen als Männer betreffen" (a.a.O., 82).

8. Fazit: Welche Politik steckt hinter der rhetorischen Präsentation?

Wie passen nun Managing Diversity & Gender Mainstreaming zusammen mit diesen grundlegenden Perspektiven der Gleichstellungspolitik? Was erweist sich angesichts dieser nicht eben anspruchsvollen Leitlinien als Rhetorik? Was bleibt von den gleichstellungspolitischen Ansprüchen? Und wie steht es mit dem angekündigten Paradigmenwechsel in diesem Politikbereich?

Was das Managing Diversity anbelangt, so wird die Antwort ziemlich kurz ausfallen, denn das Meiste ist bereits gesagt worden. Managing Diversity ist keine gleichstellungspolitische Strategie.

gie. Es ist eine neue Variante des Personalmanagements, die uns als Politik präsentiert wird, und das aus gutem Grund. Auf diese Weise lässt sich die Aufmerksamkeit von Teilen der Öffentlichkeit, von politischen Instanzen und öffentlichen Geldgebern für eine Strategie gewinnen, die dieses Feld wohl sonst kaum als ihre Angelegenheit betrachtet, sondern der privaten Wirtschaft und den Management-Experten überlassen hätten. Als Professionalisierungsstrategie macht das Sinn, als Gleichstellungspolitik hingegen weniger. Managing Diversity hat nichts zu tun mit Gleichheit und Gleichstellung im oben umrissenen Sinne. Es geht zudem von einem Differenzverständnis aus, das sich gerade nicht auf strukturelle Ungleichheitslagen bezieht, sondern auf geschlechtstypisch unterschiedliche Potenziale und "sozialisierte Fähigkeiten". Und wenn es in einer Internet-Ankündigung des eben neu gegründeten Kompetenzzentrums CHAD zum Gender-Change-management heißt: "die Gleichstellung von Frauen und Männern ermöglicht eine optimale Nutzung aller menschlichen Ressourcen für die Organisation", so ist die Vereinnahmung der Gleichstellung hier nichts anderes als Rhetorik. Für eine Einrichtung, die (u.a.) vom BMFSFJ und der EU gefördert wird, macht sich das sicher gut. Gleichstellungsrhetorik schmückt eben derzeit auch. Aber Gleichstellungspolitik kann ich in dem Ziel der "optimalen Nutzung aller menschlichen Potenziale für die Organisation" beim besten Willen nicht entdecken.

Auch mit dem vor allem von Iris Koall (2002; vgl. Koall/Bruchhagen 2002) formulierten Anspruch, Managing Diversity sei dekonstruktivistisch, habe ich große Schwierigkeiten. Das mag im Rahmen einer systemtheoretischen Argumentation Sinn machen. Und ich will auch gerne konzederen, dass es für die Unternehmenskultur sehr zu begrüßen ist, wenn sie multikulturell oder im Sinne Koalls diverser wird und Heterogenität zulässt, statt sie auszugrenzen. Vielfalt, Toleranz und der Abbau der "male dominance" sind sicher, darin ist Katrin Hansen zuzustimmen, "frauenförderlich". Aber selbst dadurch wird aus einem Konzept des Personalmanagements noch keine Gleichstellungspolitik, jedenfalls nicht im oben skizzierten Sinne, und dies um so weniger, wenn man eine "fatale Verwirrung" zu vermeiden sucht, auf die Carol Hagemann-White kürzlich hingewiesen hat: "Der Einsatz für die Interessen und Bedürfnisse von Frauen wird mit einer Strategie für die Verwirklichung von Gleichberechtigung verwechselt. Beide sind notwendig, aber sie sind verschieden." (2000, 27)

(2) Gender Mainstreaming. Was GM anbelangt, müsste die Antwort eigentlich sehr viel ausführlicher werden, wenn nicht die Entwicklung dieses

Konzepts bei uns noch ziemlich in den Kinderschuhen steckte. Manches lässt sich genau genug jetzt noch gar nicht studieren. Ich möchte aber dennoch auf einige Punkte hinweisen, die man schon heute konstatieren kann, und sie ergänzen um Überlegungen, die darauf aufmerksam machen, wo die "crucial points" liegen, die für den Erfolg oder Misserfolg des GM von ausschlaggebender Bedeutung sein werden.

Gender Mainstreaming behauptet mit großem Nachdruck, zur rechtlichen und faktischen Gleichstellung der Geschlechter beitragen zu wollen. Es behauptet, ausbuchstabieren zu wollen, was das in unterschiedlichen sozialen Bereichen konkret bedeutet. Und es verspricht uns, daraus die Konsequenzen zu ziehen und alles tun zu wollen, um Gleichheit im Sinne der Gleichstellung von Frauen und Männern zu befördern und Benachteiligungen abzubauen. Ob man diesen Behauptungen Glauben schenken kann oder nicht, dafür gibt es gegenwärtig aber kaum mehr als das unerschütterliche Vertrauen in den festen Willen von Politik und Verwaltung, dieses nun mittels GM endlich leisten zu wollen. Wenn ich an die bisherige Geschichte des Gleichstellungsgesetzes für die private Wirtschaft oder an die Equal-Pay-Debatte denke, und wenn ich einbeziehe, was Susanne Schunter-Kleemann über die EU-Arbeitsmarktpolitik zusammengetragen hat, die jenseits aller Gender-Mainstreaming-Euphorie einiges tut, um genau die Bedingungen herzustellen, von denen wir wissen, dass sie die Integration von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt eher konterkarieren, als sie zu erleichtern - dann wird mein Vertrauen jedoch leider erheblich erschüttert.

Auf weniger schwankendem Boden bewegt man sich, wenn man GM am Maßstab von Axeli Knapps dritter Leitlinie der Gleichstellungspolitik misst, der dekonstruktivistischen Perspektive. Wenn Gender Mainstreaming eines mit Sicherheit nicht ist, dann dekonstruktivistisch. GM wird die von Hirschauer so genannte Ethno-Methode des Vergleichens der Geschlechter und des Findens von Geschlechtsunterschieden in bislang ungeahnter Weise perfektionieren und deshalb genau das finden, wonach es sucht. Auch für die gewaltige Informationsbeschaffung, die den ersten Schritt des Gender Mainstreaming darstellt, trifft zu, was Hirschauer mit Blick auf die Frauen- und Männerforschung konstatiert hat:

"Forschungen, die die Geschlechterdifferenz zu ihrer eigenen Wissensproduktion gebrauchen, sind unempfindlich für soziale Prozesse, die keinen Gebrauch von der Geschlechterunterscheidung machen." (2001, 215)

Selbst wenn man von Spekulationen darüber absieht, welche Auswirkungen die Perfektionierung

der Ethnomethode des Vergleichens der Geschlechter für das Alltagswissen der Gesellschaftsmitglieder haben wird, denen ohnedies schon immer klar war, dass Frauen und Männer einfach verschieden sind, schließlich kriegen nun mal die Frauen die Kinder - selbst wenn man davon absieht, wäre es aber vorschnell, dem Gender Mainstreaming allein deshalb jede Relevanz für die Gleichstellungspolitik abzusprechen, weil es nicht dekonstruktivistisch ist. Die dekonstruktivistische Perspektive ist ja nicht der einzige Orientierungspunkt der Gleichstellungspolitik, sie bedarf der Ergänzung durch die zwei anderen Perspektiven, alleine taugt sie wenig - jedenfalls für die Gleichstellungspolitik. Von der Orientierung an der Gleichheit war bereits die Rede, hier müssen wir noch eine Weile warten, ob den Worten bald die Taten folgen.

Wie aber sieht es mit dem Differenzverständnis aus, das im Gender Mainstreaming vorausgesetzt ist? Erst die Beantwortung dieser Frage wird zeigen, wie schmerzlich wir das Fehlen der dekonstruktivistischen Perspektive vermissen müssen. Sehr schmerzlich wäre es, wenn es um das Finden von Geschlechtsunterschieden im Sinne der bei Hirschauer im Vordergrund stehenden geschlechtstypischen Eigenschaften oder Präferenzen ginge. Leichter zu verschmerzen wäre es hingegen, wenn es um das Finden gesellschaftlicher Strukturzusammenhänge ginge, die Frauen und Männer zu Verschiedenen und Ungleichen machen. Hier ist in der Tat der "crucial point" des Gender Mainstreaming angesprochen, und was die Antwort nicht erleichtert, ist, dass beim gegenwärtigen Stand der Ausarbeitung der Verfahren, die zur Umsetzung des GM gebraucht werden, beide Alternativen gleichermaßen möglich sind. Bei allen Schritten, die die verschiedenen GM-Konzepte vorsehen, sei es nun die 3R- oder 5R-Methode, wird es nun in der Tat bei allen Beteiligten in allen Entscheidungen und auf allen Ebenen immer neu darum gehen zu klären, nach welchen Differenzen gesucht wird, wie die gefundenen Differenzen interpretiert werden und welche Schlüsse daraus zu ziehen sind.

Das fängt mit ganz einfachen Fragen an, etwa wenn man sich das berühmte Beispiel der Parknutzung in Göteborg anschaut. Frauen gehen seltener in den Park als Männer, die Ressourcen (das 2. R) der Parkverwaltung kommen also nicht beiden Geschlechtern gleichermaßen zu Gute. So what? Soll man mehr Lampen aufstellen und das Gebüsch lichten, damit die Frauen sich wohler fühlen? Oder fühlen die Frauen sich wohler im Kaffeehaus und die Parkverwaltung wäre besser beraten, wenn sie eine nette Gartenwirtschaft einrichtet? Und was, wenn bei der Datenanalyse herauskommt, dass die mehrfach belasteten Frauen

einfach keine Zeit haben, weder für den Parkspaziergang noch fürs Kaffeehaus? Ist dann die Parkverwaltung überhaupt noch zuständig? Und falls nicht: Welche Instanz wird das entscheiden? Mehr noch: Hört nicht spätestens hier der Kompetenzbereich der Verwaltung auf?

Die Fragezeichen setzen sich fort, wenn es um weitaus komplexere Probleme geht, etwa um die Tatsache, dass Frauen einen größeren Anteil des Budgets der Krankenkassen beanspruchen und erhalten als Männer. Auch hier: so what? Immer wieder wird es darum gehen zu entscheiden, was die Daten - so sie denn vorliegen - eigentlich aussagen, in welchem Sinne die Differenzen, die sich in ihnen zeigen, zu verstehen sind, was dann daraus folgt und welche Instanzen bzw. Institutionen die zum Teil außerordentlich folgenreichen und deshalb legitimationsbedürftigen Entscheidungen fällen werden. Einen eingebauten Mechanismus jedenfalls, der die Weichen so stellt, dass Strukturdefizite in den Blick kommen statt geschlechtsspezifische Eigenschaften oder Vorlieben, und dass daraus politische Konsequenzen gezogen werden, die sich am Abbau dieser Strukturdefizite orientieren, gibt es nicht.

Auch hier werden wir noch sehr viel Geduld brauchen, bevor wir anhand der ersten Beispiele wissen, ob das Differenzverständnis, mit dem GM operiert, das eine oder das andere ist. Die Aussagefähigkeit dieser ersten Beispiele wird zudem nur von sehr begrenztem Nutzen sein, denn eine der mit Sicherheit schon heute absehbaren Konsequenzen von GM wird sein, dass es zu einer Dezentralisierung und zu einer Verlagerung politischer Entscheidungen in die Verwaltung kommen wird. Auf die Gender-Expertinnen wartet sehr viel Arbeit, denn ob das Arbeitsamt in Soest genauso gendermainstreamt wie die Verwaltung der Hessischen Schlösser und Gärten, die Stadtbücherei in Herne es ähnlich macht wie das Gesundheitsamt in Oldenburg - all das steht bis auf Weiteres in den Sternen. Und: Was soll eigentlich passieren, wenn ein Teil der Verwaltung ‚falsch‘ oder vielleicht sogar gar nicht gendermainstreamt? Sanktionen? Nicht doch, Gender Controlling brauchen wir in solchen Fällen, vielleicht hilft auch Gender Benchmarking, also der Wettbewerb zwischen den Ämtern um die beste Position im Gender-Ranking, das heißt: noch mehr Verwaltungsmaßnahmen, die den aus der Ökonomie übernommen Strategien des New Public Management entsprechen.

Rhetorische Modernisierung oder Paradigmenwechsel in der Gleichstellungspolitik? Fasst man die bisherigen Überlegungen noch einmal knapp zusammen, so ist von einem Paradigmenwechsel wenig zu sehen. Aus der Perspektive der Entwicklung feministischer Theorie sind Managing Diver-

sity & Gender Mainstreaming eher ein Schritt zurück als ein Schritt nach vorne: Zweigeschlechtlich strukturierte Denk- und Deutungsmuster erleben in beiden Konzepten eine neue Blüte. Aber was das Gender Mainstreaming anbelangt, so könnte es genau deshalb auf der Höhe der Zeit sein, denn das Geschlechterverhältnis als sozialer Strukturzusammenhang hat sich bislang als sehr zählebig und veränderungsresistent erwiesen, und für die Gleichstellungspolitik ist das weitaus entscheidender als manch leichtfüßiger Denkfortschritt in Richtung Dekonstruktion & Queer Theory. Nur käme es eben sehr darauf an, was aus dem Gender Mainstreaming im Zuge seiner Realisierung wird. Geduld, Geduld, Geduld - vorerst haben wir eben leider nichts Anderes als die rhetorische Modernisierung und die großen Versprechen. Und wir haben - sehr klar absehbar - die Transformation von Politik in Verwaltungshandeln und die Modernisierung dieses Verwaltungshandelns nach Kriterien, die aus der Ökonomie und vor allem aus der Betriebswirtschaftslehre stammen.

Ob wir das dann wirklich noch Politik nennen wollen, ist eine Frage von so grundsätzlicher Bedeutung, dass ich auf eine schnelle Antwort hier am Ende verzichten möchte. Ich denke, wir sollten bald anfangen, uns darüber ernsthaft den Kopf zu zerbrechen.

Literatur

- Abbott, Andrew, 1998: *The System of Professions. An Essay on the Division of Expert Labor.* Chicago/London.
- Allroggen, Ulrike; Berger, Tanja; Erbe, Birgit (Hg.), 2002: Was bringt Europa den Frauen? Feministische Beiträge zu Chancen und Defiziten der Europäischen Union. *Argument Sonderband NF 289.* Hamburg.
- Becker-Schmidt, Regina, 1998: Relationalität zwischen den Geschlechtern, Konnexionen im Geschlechterverhältnis. In: *Zeitschrift für Frauenforschung* 16/3: 5-21.
- Belinski, Esther, 2001: Diversity als Ressource - Innovative Umgangsformen mit personeller Vielfalt in Organisationen. In: *Netzwerk Frauenforschung NW, Journal* 12: 40-44.
- Braunmühl, Claudia von, 2002: Gender Mainstreaming: neue Konzepte - neue Chancen? In: *Nohr/Veth*: 17-25.
- Bruchhagen, Verena; Koall, Iris, 2002: Supervision im Diversitymanagement. In: *Koall u.a.*: 121-152.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), 2002: *Gender Mainstreaming. Was ist das?* Berlin.
- Busch, Carola; Engelbrech, Gerhard, 1997: Mit Chancengleichheit auf Erfolgskurs - Total E-Quality. In: *Krell*: 1-10.
- Butler, Judith, 1991: *Das Unbehagen der Geschlechter* (zuerst engl. 1990: *Gender Trouble*).
- Erbe, Birgit, 2002: Anpassung oder Emanzipation? Die Gleichstellungspolitik der Europäischen Union. In: *Allroggen u.a.*: 11-30.
- Forum Wissenschaft 18/2, 2001: Alles Gute kommt von oben? Gender Mainstreaming in der Diskussion. *Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.* Marburg.
- Freidson, Eliot, 1979: *Der Ärztestand. Berufs- und wissenschaftssoziologische Durchleuchtung einer Profession.* Stuttgart. (zuerst engl. 1970: *Profession of Medicine: A Study of the Sociology of Applied Knowledge*).
- Freidson, Eliot, 1983: *The Theory of Professions: State of the Art.* In: *Dingwall, Robert; Lewis, Philip (Hg.): The Sociology of the Professions. Lawyers, Doctors, and Others.* London: 19-37.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), o.J.: *Gender Mainstreaming. Eine neue Handlungsstrategie in der Gleichstellungspolitik.* www.gew.de.
- Gildemeister, Regine, 2001: Soziale Konstruktion von Geschlecht: Fallen, Mißverständnisse und Erträge einer Debatte. In: *Rademacher, Claudia; Wiechens, Peter (Hg): Geschlecht, Ethnizität, Klasse. Zur sozialen Konstruktion von Hierarchie und Differenz.* Opladen: 65-87.
- Hagemann-White, Carol, 1984: *Sozialisation: Weiblich - männlich?* Opladen.
- Hagemann-White, Carol, 2000: Von der Gleichstellung zur Geschlechtergerechtigkeit. Vom paradoxen Unterfangen, sozialen Wandel durch strategisches Handeln in der Verwaltung herzustellen. In: *taz*, 16./17.12.2000.
- Hansen, Katrin, 2000: Frauenförderliche Konzepte in (Erwerbs-) Organisationen und Politik. Ein Diskussionspapier. In: *Netzwerk Frauenforschung NW, Journal* 11: 18-21.
- Hansen, Katrin, 2002: Diversity Management im Kontext frauenförderlicher Konzepte. In: *Koall u.a.*
- Hirschauer, Stefan, 1996: Wie sind Frauen? Wie sind Männer? Zweigeschlechtlichkeit als Wissenssystem. In: *Eifert, Christiane u.a. (Hg.): Was sind Frauen? Was sind Männer? Geschlechterkonstruktionen im historischen Wandel.* Frankfurt a.M.: 240-256.
- Hirschauer, Stefan, 2001: Das Vergessen des Geschlechts. Zur Praxeologie einer Kategorie sozialer Ordnung. In: *Heintz, Bettina (Hg.): Geschlechtersoziologie.* Opladen: 208-235.
- Knapp, Gudrun-Axeli, 1997: Gleichheit, Differenz, Dekonstruktion: Vom Nutzen theoretischer Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung für die Praxis. In: *Krell*: 77-85.
- Koall, Iris, 2002: Grundlegungen des Weiterbildungskonzepts *Managing Gender & Diversity/DiVersion.* In: *Koall u.a.*: 1-26.
- Koall, Iris; Bruchhagen, Verena, 2002: Lust und Risiko in der Arbeit mit Verschiedenheit. *Wissenschaftliche Weiterbildung "Managing Gender & Diversity".* In: *Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien* 3.
- Koall, Iris; Bruchhagen, Verena; Höher, Friederike (Hg), 2001: *Vielfalt statt Lei(d)tkultur - Managing Gender & Diversity.* Münster.

Kontakt:

PD Dr. Angelika Wetterer
 Universität Dortmund
 FB 12, Institut für Soziologie
 44221 Dortmund
 Tel.: 0231/755-6268
 Email: awetterer@fb12.uni-
 dortmund.de

- Krell, Gertraude (Hg.), 1997: Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. Rechtliche Regelungen - Problemanalysen - Lösungen. Wiesbaden.
- Krell, Gertraude, 1996: Mono- oder multikulturelle Organisationen? "Managing Diversity auf dem Prüfstand". In: *Industrielle Beziehungen* 3/4: 335-350.
- Krell, Gertraude, 1997a: Chancengleichheit durch Gleichstellungspolitik - eine Neuorientierung. In: Krell: 13-28.
- Kuhn, Thomas S., 1976: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Zweite revidierte und um das Postskriptum von 1969 ergänzte Auflage. Frankfurt a.M. (zuerst engl. 1962: *The Structure of Scientific Revolutions*).
- Larson, Margali Sarfatti, 1977: *The Rise of Professionalism. A Sociological Analysis*. Berkeley/Los Angeles/London.
- Lind, Inken; Löther, Andrea, 2001: Schwerpunktthema: Gender Mainstreaming. *Cews-Newsletter* 4. www.cews.uni-bonn.de.
- Lorber, Judith, 2000: Using Gender to Undo Gender. A Feminist Degendering Movement. In: *Feminist Theory* 1/1: 79-95.
- Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales (MAFGS) Sachsen-Anhalt, o.J.: *Gender Mainstreaming in Sachsen-Anhalt*. Magdeburg.
- Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales (MFAS) (Hg.), 2001: *Gender Mainstreaming. Informationen und Impulse*. Hannover.
- Nohr, Barbara, 2001: Total E-Quality, Diversity und Gedöns. Vom stillen Abgesang auf die Quote und dem glanzvollen Aufstieg der Humanressource Frau. In: *Forum Wissenschaft* 18/1: 15-19.
- Nohr, Barbara, 2002: Diversity, Total E-Quality und Gedöns. In: *Nohr/Veth*: 48-55.
- Nohr, Barbara; Veth, Silke (Hg.), 2002: *Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen einer neuen Strategie*. Rosa Luxemburg Stiftung: Texte 7. Berlin.
- Ranftl, Edeltraud u.a. (Hg.), 2002: *Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Praktische Beispiele für diskriminierungsfreie analytische Arbeitsbewertung*. München/Mering.
- Ranftl, Edeltraud, 2002a: Der Stand der Diskussion um Gleichwertigkeit der Arbeit. In: *Ranftl*: 175-185.
- Roloff, Christine (Hg.), 1998: *Reformpotentiale an Hochschulen. Frauen als Akteurinnen in Hochschulreformprozessen*. Berlin.
- Roloff, Christine, 1998a: Gleichstellung ist Strukturpolitik. In: *Plöger, Lydia; Riegraf, Birgit (Hg.): Gleichstellungspolitik als Element innovativer Hochschulreform*. Bielefeld: 125-141.
- Rosenstreich, Gabriele, 2002: Gender Mainstreaming: für wen? In: *Nohr/Veth*: 26-36.
- Schmidt, Verena, 2001: Gender Mainstreaming als Leitbild für Geschlechtergerechtigkeit in Organisationen. In: *Zeitschrift für Frauenforschung* 19/1+2: 45-62.
- Schunter-Kleemann, Susanne, 2001: Doppelbödiges Konzept. Ursprung, Wirkungen und arbeitsmarktpolitische Folgen von "Gender Mainstreaming". In: *Forum Wissenschaft* 18/1: 20-28.
- Schunter-Kleemann, Susanne, 2002a: Gender Mainstreaming, Workfare und "Dritte Wege" des Neoliberalismus. In: *Nohr/Veth*: 125-140.
- Schunter-Kleemann, Susanne, 2002b: Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU unter die feministische Lupe genommen. In: *Allroggen u.a.*: 69-92.
- West, Candace; Zimmerman, Don, 1987: Doing Gender. In: *Gender & Society* 1/1: 125-151.
- Wetterer, Angelika, 1994: Rhetorische Präsenz - faktische Marginalität. Zur Situation von Wissenschaftlerinnen in Zeiten der Frauenförderung. In: *Zeitschrift für Frauenforschung*, 12/1+2: 93-110.
- Wetterer, Angelika, 2000: Noch einmal: Rhetorische Präsenz - faktische Marginalität. Die kontrafaktischen Wirkungen der bisherigen Frauenförderung im Hochschulbereich. In: *Krais, Beate (Hg.): Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt*. Frankfurt a.M./New York: 195-221.
- Wetterer, Angelika, 2002: Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion. "Gender at Work" in theoretischer und historischer Perspektive. Konstanz.
- Young, Brigitte, 2001: Geschlechterdemokratie für Wertschöpfungsstarke. Grenzziehungen zwischen Migrantinnenpolitik und Gender Mainstreaming. In: *Forum Wissenschaft* 18/1: 38-41.

1 Dieser Aufsatz erscheint auch in der *Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien* 3/2002.

* Ich danke Edeltraud Ranftl, die mit mir bei einer Wanderung durchs schöne Mühlviertel die ersten Überlegungen zu diesem Aufsatz diskutiert hat. Und ich danke wieder einmal Edit Kirsch, die mich unermüdlich mit dem allerneuesten Material zum Gender Mainstreaming versorgt hat und mir auch noch das Donna-Leon-Zitat geschenkt hat, das nun in Kapitel 3 seinen Platz gefunden hat. Ich hoffe, es wird auch der *Krimleserin Christine Roloff* gefallen, für die ich diesen Beitrag geschrieben habe. Wie viele andere, die sich mit den Tücken der Gleichstellungspolitik beschäftigen haben, habe auch ich viel von ihren oft wegweisenden Konzepten gelernt. Und ich wünsche mir und der Gleichstellungspolitik, dass das noch lange so bleiben wird.

Doris Lucke, Kristin Caumanns

Das Bonner GenderIndex (GIX) – Projekt: „VorBilder statt VorUrteile“

An der Universität Bonn wird seit Juli 2001 unter dem Arbeitstitel: "VorBilder statt VorUrteile" ein interdisziplinäres Forschungs- und Ausstellungsprojekt zur Wahrnehmung und Wirklichkeit der Situation von Wissenschaftlerinnen durchgeführt.

Das Projekt wird in einer Forschungskoope-ration von Historikerinnen, SoziologInnen, Kulturwis-senschaftlerinnen und Kunsthistorikerinnen ge-meinsam bearbeitet und unter Mitwirkung von KünstlerInnen realisiert. Mit dem Gemeinschafts-projekt wird die von der sozialwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung (als aktueller Überblick Cottmann/ Kortendiek/ Schildmann 2000) begonnene, noch junge Tradition der Sicht-barmachung verschütteter, vergessener und ver-drängter weiblicher wissenschaftlicher Leis-tungen fortgesetzt und der Versuch unternommen, die Präsenz, Kompetenz und Exzellenz von Frauen an Universitäten angemessen zu repräsentieren. Das von der Gleichstellungsbeauftragten der Bon-ner Universität initiierte Projekt wird vom Mini-sterium für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen finanziell geför-dert.

Das aus diesem Gesamtprojekt hier vorgestellte und vor kurzem abgeschlossene soziologische Teilprojekt wurde unter der wissenschaftlichen Leitung von Doris Lucke, Seminar für Soziologie der Universität Bonn, in Zusammenarbeit mit dem infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft Bonn, durchgeführt und gemeinsam mit Stefan Guschker und Kristin Caumanns bearbeitet. In diesem empirischen Projektteil wurde – exempla-risch für die Universität Bonn – im Rahmen einer quantitativen Repräsentativerhebung untersucht, ob und inwieweit die Universität geschlechtsspe-zifische Strukturen und Kulturen aufweist, und eruiert, inwiefern universitäre Lebenswelt und akademische Alltagskultur geschlechtsspezifisch konstruiert sind. Aus den Ergebnissen ergeben sich Hinweise auf die künftige, nicht nur zahlen-mäßige Gestaltung der Geschlechterverhältnisse an der Universität und Ansatzpunkte für eine ge-schlechtersensible und geschlechterparitätische Hochschulpolitik. Ein ausführlicher, ca. 100seitiger Untersuchungsbericht mit zahlreichen Schau-bildern liegt dem auftraggebenden Ministerium seit Ende September 2002 vor. Eine Multi-Media Ausstellung, zu der auch ein Katalog erscheinen

wird, ist für Juni 2003 in den Räumen der Bonner Universität geplant.

Aktuelle Ausgangssituation und forschungsleitende Hypothesen

Der Ausgangshypothese der Studie folgend bleibt Wissenschaftlerinnen der Zugang zu höheren akademischen Positionen oft allein aufgrund ihrer geschlechtsbedingt mangelnden Passfähigkeit (kontextuelle Inkompatibilität) und einer „natur-gemäß“ defizitären Verkörperung des männlich geprägten professoralen Habitus (Bourdieu 1997) versagt. Dieser Ausschluss geschieht – so die These weiter – sowohl auf struktureller wie auf kultureller Ebene. Unter den Bedingungen einer ungleichen Geschlechterstruktur und "asymme-trischen Geschlechterkultur" (Müller 1999: 140) vollzieht er sich weniger formal und offen als ver-deckt und indirekt, vor allem auf symbolischer und kommunikativer Ebene.

Der Eindruck einer nahezu vollständigen Frauen-freiheit drängt sich bereits beim Gang durch die repräsentativen Räumlichkeiten der Universität Bonn auf. BetrachterInnen werden mit Abbildern von nur männlichen Würdenträgern in Form von Gemälden, Stichen, Halbreiefs, Ölportraits, Bü-sten und Bronzetafeln konfrontiert. Sie lassen die Universität als Stätte ausschließlich männlicher Gelehrsamkeit erscheinen, in der Wissenschaftle-rinnen keinen Platz hatten und haben (zur Ge-schichte des Frauenstudiums an der Universität Bonn Kuhn/ Rothe/ Mühlenbruch 1996) und Frau-en bis heute kaum in Erscheinung treten.

Empirisch erhärtet wird dieser Eindruck bei der Betrachtung des Frauenanteils an den einzelnen Statusgruppen der universitären Hierarchie. Im SS 2000 z.B. entfielen von den insgesamt 268 C 4-Professuren an der Bonner Universität nur 11 auf Frauen. Dies entspricht einem Anteil von 4%. Der Anteil bei den C 3- Professuren lag im selben Se-mester mit 21 Professorinnen bei 11%. Während-dessen verzeichnete das Vorlesungsverzeichnis im WS 2000/01 mit knapp 51% Studentinnen erst-

mals mehr weibliche als männliche Studierende. Dieses ungleichgewichtige Verhältnis zwischen Studienanfängerinnen im ersten Semester einerseits und weiblichen Lehrkräften andererseits spiegelt – so die Ausgangsthese weiter – die mit jeder höheren Ebene der akademischen Hierarchie zunehmende Marginalisierung von Frauen und unterstreicht die These einer „Frauenschwundpyramide mit eingebautem Bermuda-Dreieck“ (Lucke 1999: 27), besonders eindrucksvoll dort, wo es sich um den Zugang zu „knappen, gut bezahlten, mit Macht ausgestatteten und daher begehrten Positionen handelt“ (Geenen 1993: 44).

Eine der zentralen forschungsleitenden Fragestellungen des GIX-Projekts vor diesem Hintergrund war, inwieweit die unübersehbare Unterrepräsentanz von Frauen in Forschung und Lehre das Selbstverständnis von Wissenschaftlerinnen und Studentinnen prägt, denen weibliche Identifikationsfiguren und gleichgeschlechtliche Vorbilder weitestgehend fehlen, die gerade sie für eine akademische Karriere motivieren könnten.

Theoretischer Bezugsrahmen

Die theoretische Grundlage der Untersuchung bildeten neben Ergebnissen und Erkenntnissen aus der sozialwissenschaftlichen Geschlechterforschung sowie aus der Ethnomethodologie, dem soziologischen Konstruktivismus und dem „Doing Gender“ – Ansatz insbesondere die klassen- und kulturtheoretischen Konzeptualisierungen des französischen Kultursoziologen Pierre Bourdieu. Seinem Theorieansatz zufolge sind der männliche Habitus und die Illusio des Gelehrten als charismatischem Mann, eines immer nur als männlich imaginierten „homo academicus“,¹ die weithin unreflektierte und auch soziologisch noch kaum untersuchte Voraussetzung für das Funktionieren des Feldes Wissenschaft als einem genderisierten und vermachteten sozialen Raum mit – in der Sprache Pierre Bourdieus – nicht nur strukturierten Strukturen, sondern auch konstruierten und normierten Kulturen.

Unter ihrem auf diese Weise mehrfach abgesicherten Regime werden Frauen beim Erwerb von Titeln und Stellen unmittelbar und mittelbar benachteiligt oder mit der männlichen Definitionsmacht über Qualifikation und Kompetenz ganz ausgeschlossen. Frauenlosigkeit innerhalb der Mauern und Machtsphären der Alma mater ist so zugleich Voraussetzung und Folge männlicher Konkurrenzkämpfe und die Unsichtbarkeit von Frauen nicht nur eine Frage fehlender körperlicher Präsenz, sondern auch Resultat einer zwangsläufig geschlechtsuntypischen symbolischen Performanz.

Hinter den Kulissen verlieren Frauen vielfach nur aufgrund ihres „falschen“ Geschlechts den Kampf um Anerkennung und akademisches Kapital in einer – so der Ausgangspunkt der Projektidee und zugleich das Forschungsprogramm – u.a. durch Vorbildlosigkeit und damit einhergehende Fehlurteile begründeten Regelmäßigkeit.

Untersuchungszeitraum und Untersuchungsziele

Die empirische Grundlage der Untersuchung bildete neben schon vorhandenem Zahlenwerk und universitätsinternen Statistiken eine in Zusammenarbeit mit infas durchgeführte Repräsentativerhebung zu den aktuellen Geschlechterverhältnissen an der Universität Bonn. Die Befragung fand im Januar 2002 statt. Bei der Datenerhebung stand – neben der statistisch erfassten objektiven Ausgangslage – die Ermittlung der subjektiven Sichtweisen von Studierenden und Lehrenden beiderlei Geschlechts, also die Ebene der Wahrnehmungen und Einstellungen, im Mittelpunkt des soziologischen Interesses.

Methodisches Vorgehen

Die Entscheidung, nicht – wie ursprünglich geplant – nur Frauen, sondern auch Männer zu befragen, ermöglichte es, die Angaben weiblicher Befragter mit den Aussagen einer männlichen Kontrastgruppe zu vergleichen und die geschlechtsspezifisch erhobenen Befunde anschließend zueinander in Relation zu setzen. Dies geschah unter konsequenter Anwendung der Genderperspektive und mit dem Konzept des doppelten Perspektivenwechsels. Mit dieser methodischen Vorgehensweise wurden zum einen die Sichtweisen der Studierenden mit denjenigen der Lehrenden kontrastiert. Zum anderen wurden innerhalb beider Befragtengruppen die Meinungen und Einstellungen weiblicher Befragter zu denjenigen von Männern in vergleichbaren Positionen in Beziehung gesetzt. Damit war es möglich, auf Wahrnehmungs- und Einstellungsebene gleich zwei Gegenüberstellungen vorzunehmen: Studierende versus Lehrende sowie weibliche und männliche Studierende versus weibliche und männliche Lehrende.

Grundgesamtheit, Rücklauf und Zusammensetzung der Befragungsgruppen

Zur Grundgesamtheit der Studierenden gehörten alle an der Bonner Universität eingeschriebenen StudentInnen, die zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung kein Urlaubs- oder Auslandssemester beantragt hatten. Zur Grundgesamtheit des wissenschaftlichen Personals gehörten alle Per-

sonen, die zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung eine Assistenz (C 1) bzw. eine OberassistentInnenstelle (C 2) innehatten oder HochschullehrInnen, also PrivatdozentInnen oder ProfessorInnen mit einer C 2-, C 3- oder C 4- Stelle, waren.

Insgesamt wurden aus der Adressdatei der Universitätsverwaltung 2.117 Adressen von Studierenden und 994 von Personen aus dem wissenschaftlichen Personal nach einem Zufallsprinzip ausgewählt. Die Befragungsunterlagen – jeweils achtseitige standardisierte Fragebögen mit einigen offenen Fragen – für die Studierenden wurden postalisch, diejenigen für das wissenschaftliche Personal über die Hauspost der Universität versandt. Nach fünf Wochen Feldzeit waren 641 Fragebögen von Studierenden und 384 vom wissenschaftlichen Personal eingegangen. Damit kann sich die Auswertung auf insgesamt 1.025 Befragte stützen. Unter Abzug der stichprobenneutralen Ausfälle ergeben sich damit – für dieses Befragungsthema gute – Ausschöpfungsraten von 31% bei der Befragtengruppe der Studierenden und 39% in der Befragtengruppe des wissenschaftlichen Personals.

Von den 641 Studierenden, die an der Befragung teilgenommen hatten, waren 210 (33%) Befragte in ihrem Hauptfach an einer der geisteswissenschaftlichen Fakultäten eingeschrieben. 122 (19%) studierten an der Rechts- oder Staatswissenschaftlichen Fakultät, 102 (16%) an der Medizinischen Fakultät und 203 (32%) an einer der naturwissenschaftlichen Fakultäten. 38% der Befragten dieser Gruppe waren männlich, 62% weiblich.

Von den 384 befragten Hochschulangehörigen gehörten 78% zur Gruppe der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, AssistentInnen oder OberassistentInnen und 22% zur Gruppe der HochschullehrerInnen. Da in dieser Gruppe aus organisatorischen Gründen keine Angehörigen der Medizinischen Fakultät befragt werden konnten, ergab sich bei der Fakultätszugehörigkeit folgendes Bild: 116 Befragte (31%) gehörten einer geisteswissenschaftlichen Fakultät an, 62 Befragte (17%) waren Angehörige der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät und 198 Befragte (52%) arbeiteten an einer naturwissenschaftlichen Fakultät. Insgesamt waren 40% der Befragten dieser Gruppe männlich, 60% weiblich.

Befragungsinhalte

Die in den Fragebögen angesprochenen Themenkomplexe gliederten sich in die Bereiche:

1. Wahrnehmung und Beurteilung des Frauenanteils auf unterschiedlichen Ebenen der universitären Hierarchie,

2. Gründe für die Unterrepräsentanz von Wissenschaftlerinnen und – damit zusammenhängend – Erfolgsbedingungen für eine Hochschulkarriere,
3. Verbesserung der Zugangsbedingungen von Frauen zu einer akademischen Laufbahn,
4. Rahmenbedingungen kollegialer Zusammenarbeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern,
5. Selbsteinschätzung von männlichen und weiblichen Lehrkräften und Fremdeinschätzung durch die Studierenden,
6. Vorbilder und konkrete Förderungserfahrungen von Studierenden und Lehrenden.

Die Befunde der Repräsentativerhebung sind in zwei, jeweils 135seitigen Tabellenbänden für Studierende und Dozierende getrennt dokumentiert.

Literatur:

- Bourdieu, Pierre 1997: Die männliche Herrschaft. S. 153-217. In: Dölling, Irene/ Kraus, Beate (Hg.), Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis. Frankfurt/M.
- Cottmann, Angelika/ Kortendiek, Brigitte/ Schildmann, Ulrike (Hg.) 2000: Das undisziplinierte Geschlecht. Opladen.
- Kuhn, Annette/ Rothe, Valentine/ Mühlenbruch, Brigitte (Hg.) 1996: 100 Jahre Frauenstudium, Frauen an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Dortmund.
- Engler, Steffani 2001: „In Einsamkeit und Freiheit“? Zur Konstruktion der wissenschaftlichen Persönlichkeit auf dem Weg zur Professur. Konstanz.
- Geenen, Elke M. 1993: Brüche und Kontinuitäten in den Biographien von Wissenschaftlerinnen. S. 41-65. In: Passero, Ulrike/ Braun, Friederike (Hg.), Frauenforschung in universitären Disziplinen. Opladen.
- Lucke, Doris 1999: Männer, Frauen und die Soziologie. Zur halbierten Emanzipation einer aufklärerischen Disziplin. *Soziologie* 2/1999. S. 23-45.
- Müller, Ursula 1999: Asymmetrische Geschlechterkonstruktionen in der Hochschule. S.135-159. In: Neusel, Ayl/? Wetterer, Angelika (Hg.) 1999: Vielfältige Verschiedenheiten. Geschlechterverhältnisse im Studium Hochschule und Beruf. Frankfurt/New York.

¹ Zur Konstruktion der wissenschaftlichen Persönlichkeit Engler 2001.

Kontakt:

Prof. Dr. Doris Lucke
Universität Bonn
Seminar für Soziologie
53113 Bonn
Tel.: 0228/738425
Email: lucke@uni-bonn.de

Sigrid Metz-Göckel, Marion Kamphans

Das Verständnis von Gender Mainstreaming – Gespräche mit der Hochschulleitung

Ein neuer Schritt, die Gleichstellung von Frauen und Männern an den deutschen Hochschulen voranzutreiben, wird in der Gender Mainstreaming-Strategie gesehen. Auf die Führungskräfte in den Hochschulen, den RektorInnen, KanzlerInnen und ProfessorInnen, kommt bei der Implementation dieses Konzeptes eine besondere Verantwortung zu. Aus diesem Grund haben wir die zentralen Akteure und Akteurinnen der Hochschulen zum Gegenstand unserer Untersuchung gemacht (vgl. Metz-Göckel/Kamphans 2002a): Von ihnen wollten wir wissen, inwieweit sie bisher von dem Gender Mainstreaming-Konzept Kenntnis genommen haben und inwiefern sie bereit sind, es umzusetzen.

1 Von der Frauenförderung zum Gender Mainstreaming

Das Gender Mainstreaming-Konzept (im Folgenden GM) stammt aus der Entwicklungspolitik, ist dann über die Weltfrauenkonferenzen auf die europäische Ebene und über die nationalen Regierungen schließlich in den Wissenschaftsbereich gelangt (v. Braunmühl 2001, Kerner 2001, ETAN 2000). Gender Mainstreaming erweitert die bisherige Gleichstellungspolitik als Strukturpolitik und Querschnittsaufgabe. Die bisherigen Instrumente der Frauenförderpolitik werden dadurch ergänzt, nicht abgeschafft. GM bezieht sich darauf, Maßnahmen, Strategien und Reformvorhaben in allen politischen Bereichen bereits im Vorfeld daraufhin zu überdenken, wie sie sich auf beide Geschlechter auswirken. Somit wird eine geschlechtersensible Perspektive in politische Entscheidungsprozesse und politisches Handeln integriert.¹

Bislang haben Gleichstellungsbeauftragte und Frauenministerien frauenpolitische Konzepte entwickelt, hingegen bedeutet Gender Mainstreaming, dass alle Institutionen von Politik, Verwaltung und Wissenschaft das Geschlechterverhältnis generell berücksichtigen müssen. Zudem sind die leitenden Akteurinnen und Akteure für die Gleichstellung von Frauen und Männern verantwortlich.

Von der bisherigen Frauenförderpolitik unterscheidet sich das GM-Konzept u.a. dadurch, dass durch die so genannte „*Top down-Strategie*“ die Leitungsebenen die vorfindbaren und neu herzustellenden Geschlechterkonstellationen beeinflussen können, sollen und müssen. Auch ist mit GM nicht per se Frauenförderung gemeint oder

spezielle Hilfestellungen und besondere Programme nur für Frauen zu entwickeln und anzubieten.

Bislang gibt es noch (zu) wenig Erfahrungen mit der Umsetzung des Gender Mainstreaming. Das kann daran liegen, dass der Bekanntheitsgrad des Konzeptes noch zu gering ist und dass die verantwortlichen Akteure und Akteurinnen nicht genau wissen, selbst wenn sie der Gender Mainstreaming-Strategie wohlwollend gegenüberstehen, wie sie sie umsetzen können.²

Wie lässt sich Gender Mainstreaming in die deutsche Hochschule implementieren, in einen Bereich, der sich in den vergangenen Jahrzehnten mit der Integration von Wissenschaftlerinnen und Studentinnen schwer getan hat?

Wie sehen die zentralen Akteure und Akteurinnen, die innerhalb der Hochschule über Entscheidungskompetenz und symbolische Macht verfügen, diese Visionen von Geschlechtergerechtigkeit, die das GM-Konzept impliziert? Wie beurteilen RektorInnen, KanzlerInnen und ProfessorInnen das GM-Konzept? Wie setzen sie es um und welche Erfahrungen haben sie bei der Umsetzung gemacht?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, haben wir im Zeitraum von November 2001 bis April 2002 RektorInnen und KanzlerInnen von ausgewählten Hochschulen in Nordrhein-Westfalen interviewt. Im Folgenden werden die Ergebnisse zusammenfassend dargestellt. Die ausführliche Darstellung der Auswertung liegt als Forschungsbericht, eine gekürzte Fassung liegt als Aufsatz vor (vgl. Metz-Göckel/Kamphans 2002b).

2 Vorgehensweise und Auswahl der Interviewpersonen

Fünf Universitäten in Nordrhein-Westfalen wurden für diese Untersuchung ausgewählt. Kriterien dafür waren u.a. unterschiedliche Hochschulprofile, Frauen in der Hochschulleitung und Leistungen auf dem Gebiet der Frauenförderung. Interviewt wurden schließlich Hochschulleitungen von der Technischen Universität Aachen, von den Universitäten Bochum und Essen sowie von der privaten Universität Witten-Herdecke. Die Leitfragen für die Interviews lauteten u.a.: Wie kommt das Gender Mainstreaming Konzept in den Hochschullei-

tungen an? Wie erfolgt die Informationsvermittlung? Führt das GM-Konzept zu einfallreichen Reformschritten? Wo bestehen Implementationslücken? Welche Vision einer zukünftigen Universität gibt es?

Als Vorinformation haben wir den ausgewählten RektorInnen und KanzlerInnen einen Brief mit einem Faltblatt zum Thema "Gender Mainstreaming" zugeschickt, versehen mit der Bitte um ein Interview.

Das Faltblatt enthielt konkrete Vorschläge für die Umsetzung des Konzeptes. Demnach kann GM im Alltagsgeschäft einer Hochschule Folgendes bedeuten: gleichstellungspolitische Kriterien in die Mittelvergabe (Genderbudget) einzuführen; bei der Datenerfassung und in Berichten die Geschlechter getrennt auszuweisen; Personalentwicklung mit der GM-Zielsetzung zu verknüpfen und aktiv zu betreiben; die Fachbereiche und Fakultäten anzuleiten, wie sie das GM-Konzept umsetzen können; geschlechtergerechte Maßnahmen zu entwickeln und z.B. neue Studiengänge so zu konzipieren, dass sich Studentinnen und Studenten gleichermaßen angesprochen fühlen; Gleichstellung in das Leitbild der Universität zu integrieren; Gender Mainstreaming-Wissen und -Trainings für ProfessorInnen, Lehrende, Verwaltungsangestellte und Studierende anzubieten.

3 Gender Mainstreaming in der Hochschule - Ergebnisse

Die Interviewtermine wurden telefonisch vereinbart. Die Interviews dauerten etwa eine bis einhalb Stunden, insgesamt sind sieben Interviews mit acht Personen geführt worden. Anschließend wurden die Interviews transkribiert und unter drei verschiedenen Aspekten ausgewertet:

- Der erste Teil der Auswertung bezieht sich auf das *Informationsniveau* und welches Verständnis die Befragten von dem GM-Konzept haben. Es zeigte sich, dass das Niveau der Kenntnisse über GM und das Wissen über seine Umsetzung sehr unterschiedlich sind.
- Der zweite Teil behandelt den *Akt der Kommunikation*. Wir beschreiben die öffentliche Sprechweise und die Diplomatie der Antworten, die die InterviewpartnerInnen auf unsere Fragen praktizierten. Es zeigte sich, dass sich das Reden über Frauenförderung innerhalb der befragten Hochschulen versachlicht hat.
- Der dritte Teil beschreibt die *Maßnahmen*, die die jeweilige Hochschule zur Frauenförderung und zum Gender Mainstreaming entwickelt hat. Dabei zeigte sich, dass es einzelne Maßnahmen gibt, aber es lässt sich (noch) nicht von einer flächen-

deckenden Umsetzung des GM-Konzeptes sprechen.

3.1 Das Informationsniveau

Gefragt nach dem Informationsweg, wie das Gender Mainstreaming-Konzept in die Hochschulen gelangt ist, konnten die meisten InterviewpartnerInnen nicht genau sagen, in welchen Texten ihnen Hinweise oder Darstellungen des GM-Konzeptes bewusst aufgefallen sind. Einige hatten über Aspekte des GM aus Fachzeitschriften und anderen Veröffentlichungen erfahren, wie beispielsweise aus Erlassen des zuständigen Ministeriums des Landes NRW. Das Informationsniveau zum GM-Konzept war sehr unterschiedlich: Nur eine InterviewpartnerIn kannte das Konzept sehr gut, zwei Personen waren gut informiert, vier weitere äußerten sich vage und ein anderer gestand, dass er einige Wochen zuvor das Wort Gender Mainstreaming zum ersten Mal gehört habe (vgl. Metz-Göckel/Kamphans 2002a: 8). Trotzdem gaben die meisten InterviewpartnerInnen an, sich informiert zu fühlen.

Einige GesprächspartnerInnen fragten nach handlungsbezogenen Vorschlägen für die Umsetzung des GM-Konzeptes und danach, wie sie vor allem weibliche Nachwuchswissenschaftlerinnen stärker an den Fachbereich binden könnten. Zentrale Frage in den Interviews war: Was können wir konkret machen, um für mehr Frauen attraktiv zu sein? Dieses Bemühen um mehr Frauen ging aber nicht so weit, dass eingeschlossene Strukturen, Kulturen und Wahrnehmungen von Frauen- und Männerbildern in Studiengängen problematisiert wurden.

3.2 Der Akt der Kommunikation

Uns war bewusst, dass die InterviewpartnerInnen eine Diplomatie der Antworten auf unsere Fragen praktizierten. Meistens herrschte in den Gesprächen eine öffentliche Sprechweise vor, nur selten wurden informelle Äußerungen gemacht. Auffällig war, dass die GesprächspartnerInnen einhellig signalisierten, Frauen durchaus als neue Ressource der Wissenschaftsentwicklung zu sehen. Ein Anteil von Frauen in allen Positionen, der die kritische Masse von 30% übersteigt, war erwünscht, gilt er doch als vorzeigbar. Die befragten Führungskräfte hatten in den Gesprächen das Bedürfnis, sich für den niedrigen Anteil an Frauen in ihrer jeweiligen Universität zu rechtfertigen. Auch berichteten die InterviewpartnerInnen von einzelnen manifesten Diskriminierungen gegenüber Frauen, die sie dann aber sanktionierten.

Die Hochschulleitungen signalisierten mit ihren Äußerungen, dass sich die Diskussion um die Gleichstellung und Frauenförderung an ihren Universitäten normalisiert und versachlicht habe, zudem werde offener über Gleichstellung geredet als vor einem Jahrzehnt.

Das GM-Konzept wird von den InterviewpartnerInnen begrüßt, weil es ihrer Auffassung nach weniger aggressiv und provokant daher kommt, als die patriarchatskritischen Äußerungen aus der Anfangsphase der Frauenbewegung und der Frauenforschung. Vor allem die männlichen Interviewpartner haben dies betont. Eine Erklärung für den inneren Akzeptanzgewinn des GM-Konzeptes ist, dass die männlichen Akteure mitgemeint sind und sich auch angesprochen fühlen. In den Gesprächen wurde deutlich gesagt, dass gerade auf der wichtig(st)en informellen Ebene der Kommunikation innerhalb der Universitäten die Einstellung gegenüber Frauenförderung ablehnend und hämisch war. Frauenförderung wurde ertragen, lächerlich gemacht, allenfalls geduldet, als lästig angesehen, aber nicht aktiv mitgetragen. Diese Phase schreiben die InterviewpartnerInnen der Vergangenheit zu, indem sie betonen, dass Gleichstellung und Frauenförderung heute akzeptiert und mitgetragen werde.

Ein Prozess der Normalisierung zeigte sich auch in dem Bemühen, zur Integration von Studentinnen und Wissenschaftlerinnen beizutragen. Dennoch machten die Befragten in ihren Äußerungen die Grenzen dieses Normalisierungsprozesses klar, denn der allgemeine Tenor lautete: Wenn es in der Gesellschaft und in anderen gesellschaftlichen Bereichen, z.B. Wirtschaft, Politik, Medien, keine Kultur der Frauenförderung oder eine Akzeptanz dafür gibt, dann kann die Hochschule dieses Defizit nicht ausgleichen oder weiterentwickeln.

3.3 Maßnahmen zur Frauenförderung und zum Gender Mainstreaming

Die Maßnahmen der Hochschulen reichen von Frauenförderplänen, MentorInnen-Programmen, Nachwuchsförderung verbunden mit der Erhöhung von Frauen auf Qualifikationsstellen, über Bemühungen zur nachhaltigen Erhöhung der Studentinnenzahlen in den ingenieur-, mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern bis hin zu Veranstaltungen, die sich speziell an Studentinnen richten, z.B. Schülerinnenlabors, Probestudium und Schülerinnentag. Gleichstellungspolitische Maßnahmen und Vorstellungen sind demnach an den Universitäten integriert mit unterschiedlichem Umfang, Ausmaß und Erfolg. Ihnen den entsprechenden Nachdruck zur Umsetzung zu verleihen, wird von den InterviewpartnerInnen unterschiedlich gehandhabt. Für die einen sind es

(Eigen-)Verantwortlichkeiten und Selbstverpflichtungen, andere Akteure und Akteurinnen haben sie im Rahmen von Zielvereinbarungen festgelegt.

Ein Rektor hat das GM-Konzept genutzt, um für die Frauenförderung zu werben. An seiner Universität haben die Verwaltung und das Rektorat ein Projekt entwickelt, mit dem Ziel, die Gleichstellungsthematik mit den Fakultäten zu kommunizieren. Ein weiteres wesentliches Ziel dieses einjährigen Projektes war es, das Gleichstellungsthema mit Personalentwicklung zu verknüpfen. Eine "Gender Mainstreaming-Werbeträgerin" (Metz-Göckel/Kamphans 2002c) hatte die Aufgabe, gemeinsam mit den Fachbereichen eine Struktur zu erarbeiten, damit sie die Gleichstellungsthematik umsetzen konnten.

Für die Implementierung weiterer gleichstellungspolitischer Maßnahmen kann die universitätsinterne Mittelvergabe eine erfolgreiche Strategie sein. Halten sich Fachbereiche nicht an gleichstellungspolitische Zielvereinbarungen, seien finanzielle Sanktionen geeignet, um Aspekte des GM-Konzeptes durchzusetzen.

Fazit

Aus der Perspektive der befragten RektorInnen und KanzlerInnen ist der wichtigste Vorteil des GM-Konzeptes der Kommunikations- und Akzeptanzgewinn. Es zeichnet sich ein souveräner und professioneller Umgang mit der Geschlechterthematik und ihren Ambivalenzen ab, der als Umschwung von einer Abwertung zu einer Kultur der Anerkennung von Frauen in der Wissenschaft gewertet werden kann.

Literatur

- v. Braunmühl, Claudia: *Mainstream – Malestream*. Der Gender-Ansatz in der Entwicklungspolitik. In: IZ3W: *Malestreaming gender? Geschlechterverhältnisse in der Entwicklungspolitik*, 2000
- ETAN-Report: European Commission, research Directorate-General (eds.): *Science Policies in the European Union. Promoting Excellence through Mainstreaming Gender Equality. A Report from the ETAN Working Group on Women and Science. Improving the Human Research Potential and Socio-economic Knowledge Base*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Union, 2000
- Kerner, Ina: *Empowerment durch Geschlechterplanung. Postkoloniale Kritik am Genderansatz*. In: IZ3W: *Malestreaming gender? Geschlechterverhältnisse in der Entwicklungspolitik*, 2000
- Metz-Göckel, Sigrid/Kamphans, Marion: *Mit gebremstem Schwung und alter Skepsis. Gender Mainstreaming in*

Hochschulleitungen von NRW. Gespräche mit der Hochschulleitung. Forschungsbericht für das Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW, Dortmund 2002a

Metz-Göckel, Sigrid/Kamphans, Marion: Gespräche mit der Hochschulleitung zum Gender Mainstreaming, in: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien: Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung durch Gender Mainstreaming? 20. Jg. 2002, Heft 3: 67-88

Metz-Göckel, Sigrid/Schelhowe, Heidi/Wiesner, Heike/Kamphans, Marion/Tiggens, Anja/Drag, Anna/Kedenburg, Claudia: "Gender Mainstreaming (GM)" im Rahmen des BMBF-Programms "Neue Medien in der Bildung – Förderbereich Hochschule", Zwischenbericht des Begleitprojektes, Dortmund/Bremen Juli 2002c

1 "Gender Mainstreaming ist die (Re)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung grundsätzlicher Prozesse mit dem Ziel, eine geschlechterspezifische Sichtweise in alle politischen Konzepte auf allen Ebenen einzunehmen und in allen Phasen durch alle an politischen Entscheidungsprozessen beteiligte Akteure einzubringen." Definition des Europarates 1998, (vgl. Europarat: Gender Mainstreaming, Conceptual Framework, Methodology and Presentation of Good Practices. Final Report of Activities of the Group of Specialists on Mainstreaming, Straßburg 1998)

2 Dies ist das Ergebnis einer Interviewreihe, die wir im Rahmen des BMBF-Projektes "Gender Mainstreaming in den Neuen Medien in der Bildung – Förderbereich Hochschule" durchgeführt haben, vgl. dazu Metz-Göckel/Schelhowe et. al. (2002c)

Kontakt und Information:
Prof. Dr. Sigrid Metz-Göckel
Universität Dortmund
HDZ
44221 Dortmund

Ute Luise Fischer

Projektskizze:

Geschlechtsspezifische Sinnerfüllung – Tendenzen der Bewährungsdynamik bei Männern und Frauen innerhalb und außerhalb der Erwerbsarbeit

Gibt es eine nach Geschlecht differenzierte Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens? – So lautet plakativ gesprochen die zugrundeliegende Fragestellung meines neuen Forschungsvorhabens. Ein entsprechender Projektantrag befindet sich gerade auf der Suche nach Geldgebern.

Der Zusammenhang zwischen Sinnerfüllung und Erwerbsarbeit wird durch ein Konzept hergestellt, das Oevermann unter dem Begriff "Bewährungsdynamik" ausformuliert hat (vgl. etwa Oevermann 1995) und das als zentrale Bewährungsfelder der Moderne die Dimensionen Beruf, Familie und Gemeinwohlbeitrag aufweist. Dem Konzept der Bewährungsdynamik zufolge steht jeder Mensch vor der Herausforderung, eine Antwort auf die mythischen Fragen "Woher komme ich? Wer bin ich? Wohin gehe ich?" geben zu müssen. Die hier aufscheinende Struktur von Religiosität trägt universellen Charakter und gilt auch dann, wenn die Inhalte zur Beantwortung der mythischen Fragen und die Deutung existentieller Übergänge des Lebens (Geburt, Tod) sowie sozialisatorischer und biographischer Krisen keine religiösen Bezüge mehr erkennen lassen. Erklären lässt sich diese Struktur aus einem Modell von Lebenspraxis, das ebenfalls auf die Arbeiten von Oevermann zurückgeht (für das folgende vgl. ebd.).

Mit der Sprachlichkeit des Menschen – als eine wichtige Dimension der Transformation im Übergang von Natur zu Kultur – treten präzise und repräsentierende Wirklichkeit auseinander. Damit zusammen hängt die Differenz zwischen der Gegenwart, wie sie im Wahrnehmungs- und Handlungsfeld einer Lebenspraxis erfahrbar ist, und einer hypothetisch konstruierten Welt von Möglichkeiten, die ebenfalls zur empirischen Wirklichkeit des handelnden Menschen gehört. Vor diesem Hintergrund bildet sich das Bewusstsein von der Endlichkeit des eigenen Lebens, und es entfaltet sich die Struktur der Entscheidungszwang und Begründungsverpflichtung in eine offene Zukunft hinein. Nicht nur die offensichtlich biographisch relevanten Entscheidungen wie Berufswahl, Heirat, Familiengründung etc. können krisenhaft erfahren werden, sondern jede alltägliche Entscheidung der Praxis löst vor der Offenheit der

Zukunft und der notwendigen Bewährung der zu treffenden Wahl eine Krise aus. Nicht immer kommen diese Krisen zu Bewusstsein, nämlich in solchen Fällen nicht, in denen Routinen des Deutens und Handelns für die Entscheidung zur Verfügung stehen. Bewusst oder unbewusst hat jede Entscheidung einen Bezug zu den drei Identitätsfragen: Wer bin ich in dieser Krise, welches sind die Gründe für die Vernünftigkeit meiner Entscheidung, welches sind die noch nicht absehbaren Folgen? Der Bildungsprozess des Subjekts stellt sich in diesem Modell der Lebenspraxis als Verkettung von Entscheidungskrisen dar, die in ihrer Sequenzialität der Analyse zugänglich sind. Darauf beruht die Logik und das Vorgehen der Sequenzanalyse regelgeleiteten Handelns, wie sie in der objektiven Hermeneutik begründet ist (vgl. bspw. Oevermann 2000) und auch in den Interviewanalysen dieses Forschungsvorhabens zur Anwendung kommt.

Die Beantwortung der mythischen Fragen kann nun in Gestalt eines kollektiven Bewährungsmythos geschehen. In diesem Fall kommen der Bewährungsmythos des Individuums und der kollektive der Vergemeinschaftung zur Deckung, weil Kollektiv und Individuum noch nicht auseinander getreten sind oder kollektive Inhalte verbindlich gelten, wie sie z.B. die Weltreligionen in Form von Herkunfts- und Erlösungsmythen bereit gestellt haben. Dort, wo es keine verbindlichen Inhalte mehr gibt, erfordert die Struktur von Religiosität einen individualisierten Bewährungsmythos, wie er sich in säkularisierten Kulturen als eine auf Autonomie bezogene Ethik darstellt. Als historisch-spezifische Ausformung findet sich eine Antwort auf dieses Problem in der Leistungsethik, wie Weber (1920) sie in den Wurzeln des Protestantismus gesehen und deren Verselbständigung er in der modernen Berufsethik aufgewiesen hat. Hieraus erklärt sich der hohe Stellenwert, den Erwerbsarbeit in der modernen Gesellschaft als Feld der Sinnerfüllung einnimmt.

Die Debatten um die 'Zukunft der Arbeit' verweisen auf die hohe Dynamik, unter der sich seit einiger Zeit tiefgreifende Veränderungen in der Er-

werbsarbeit abzeichnen. Nicht nur sinkt die Zahl derjenigen, die im Erwerbssystem integriert sind, sondern auch die Anforderungen innerhalb der beruflichen Arbeit ändern sich. In diese aktuelle Problematik ordnet sich meine Fragestellung ein. Denn die erwähnten Modernisierungsphänomene (prominente Stichworte wären etwa Globalisierung, Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen) haben weitreichende Folgen für das Sinnstiftungspotential, das Erwerbsarbeit bisher in unterschiedlichen Formen und Niveaus geboten hat. Die Bewährungsdynamik radikalisiert sich, und es ist anzunehmen, dass künftig die Tragfähigkeit der Leistungsethik als verallgemeinerter Bewährungsmythos in Frage steht. Vor diesem Hintergrund sucht mein Forschungsvorhaben, die Entstehung künftiger Bewährungsmymen außerhalb der Erwerbsarbeit zu erfassen. So könnte etwa die Selbstverwirklichung in Form der Auseinandersetzung mit einer Sache selbst zu einem solchen Mythos werden, deren Gelingen sich nach "Kriterien der ästhetischen Gestaltung authentischer Lebensführung" (Oevermann 2001, S. 35) beurteilen lassen müsste.

Oevermann zufolge findet die verdiesseitigte tatkräftige Bewährung neben der Leistungsethik – oder zukünftig auch anderer Richtungen der Selbstverwirklichung – in weiteren grundlegenden Dimensionen der Lebenspraxis statt. Das sind einerseits die Stellung des Einzelnen im gesellschaftlichen Prozess der sexuellen Reproduktion und der Sozialisation des Nachwuchses (also die Familie) sowie andererseits die Stellung in der Reproduktion der übergeordneten Vergemeinschaftung, das betrifft insbesondere den Gemeinwohlbeitrag als Staatsbürgerin und Staatsbürger.

Spätestens in dem hier angesprochenen Spannungsfeld von der Bewährung im Beruf und in der Familie wird die Geschlechterperspektive virulent. Schon bei der Betrachtung der derzeitigen Dynamik der Arbeitsverhältnisse wird deutlich, dass das Erwerbsarbeitsmodell für Frauen und Männer nicht in gleicher Weise einen sinnstiftenden Bezugspunkt im Leben darstellt, sondern ungleichzeitig und ungleichwertig. Die "Modernisierung des Frauenlebens" (Geissler/Oechsle 1994, S. 144ff.) wird in der Frauenforschung erst in Zusammenhang mit den aktuellen Modernisierungsschüben konstatiert. Es sieht so aus, als wiese die Entwicklung der Arbeit für Männer und Frauen gegenläufige Tendenzen auf, so dass eher von einer Krise des ‚männlichen Normalarbeitsverhältnisses‘ gesprochen werden kann (Bonß 1998). In Westdeutschland setzte sich massenhaft und v.a. auch für verheiratete Mütter eine vermehrte Teilhabe an Erwerbsarbeit in den 1960er Jahren durch (vgl. Bundesanstalt für Arbeit 1994). Der stetige Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung

verweist auf wichtige Selbstverwirklichungspotentiale, die die Erwerbsarbeit bietet.

Vor diesem Hintergrund sucht mein Projekt nach leistungsethisch fundierten Deutungsmustern und Anerkennungsstrukturen, die auf Erwerbsarbeit bezogen sind, ebenso wie nach Deutungen, die die Dimensionen außerhalb der Erwerbsarbeit erhellen. Welche Veränderungen zeigen etwa die Deutungen des traditionellen Bewährungsfeldes Familie? Findet sich ein individuierter Bezug? Gilt dies zunehmend auch für Väter? Neuere Untersuchungsergebnisse weisen auf eine große Differenzierung unter den Frauen und ihren "Lebensplanungen" hin (Geissler/Oechsle 1996), wobei die "doppelte Lebensplanung", die sich durch eine Gleichgewichtigkeit der Lebensbereiche Beruf und Familie auszeichnet, die dominierende geworden zu sein scheint. Der Bewährungsmythos der Mutterschaft als alleiniges Bewährungsfeld ist kein kollektiv geteilter mehr. Er ist aber auch nicht mehr ideologisch negativ besetzt, so dass möglicherweise eine neue Offenheit entstehen kann (vgl. Gärtner 2002, S. 5). Es kann eine Entscheidung für oder gegen die Familiengründung getroffen werden, die allerdings mit Folgen für die Berufskarriere verbunden ist.

Lifestyle-Berichte in Wochenzeitschriften wie Brigitte oder Stern über die ‚neuen Väter‘ oder die plötzliche Entdeckung des Mutterglücks von bis dahin beruflich erfolgreichen Frauen beziehen sich bisher auf eine geringe Zahl von entweder akademisch Hochqualifizierten oder Stars aus Medien, Politik und Sport. Möglicherweise sind sie dennoch Ausdruck einer neuartigen Sinnerfüllung, die als Gegenbewegungen zu bisherigen Habitusbildungen zu verstehen sind. So ist zu untersuchen, ob Frauen als ‚leistungsethische Nachzüglerinnen‘ Selbstverwirklichung und Sinn zunehmend in der Erwerbsarbeit suchen und wie sich diese aufgrund der Individuierungsdynamik entstandene Entscheidungssituation darstellt. Auch die Frage der Vereinbarkeit, also der gleichgewichtigen Bewährung in Beruf und Familie, kann mit der Analyse der Bewährungsdynamik für Männer und Frauen neu bestimmt werden. Die von Geissler und Oechsle (1996) konstatierte "doppelte Lebensplanung" müsste dann Hinweise auf Ambivalenzen und neue Tendenzen geben. So oder so verweist diese Frage auf relevante geschlechtsspezifische Unterschiede, die sich in der Antwort auf aktuelle Herausforderungen der Bewährungsdynamik zeigen werden.

Dabei kann auf einige Befunde aus der Frauenforschung zum Bereich Beruf und Familie, deren Vereinbarkeit und die Ambivalenzen von Berufskarrieren von Frauen zurückgegriffen werden. Erinert sei exemplarisch an die Klassikerinnen der Frauenarbeitsforschung wie Beck-Gernsheim/

Ostner, Becker-Schmidt, Beer, Knapp und Willms-Herget. Strukturelle Widersprüche, die für Frauen aus der "doppelten Vergesellschaftung" (Becker-Schmidt 1987) resultieren, wenn Mutterschaft und Erwerbsarbeit gleichermaßen im Lebensentwurf integriert sind, zeitigen Folgen, die in den 1980er Jahren vor allem unter herrschaftskritischen Gesichtspunkten als Diskriminierung diskutiert wurden. In der Formel "Eines ist zuwenig – beides ist zuviel" deutet Becker-Schmidt (1984) die Unvereinbarkeit beider Bewährungsdimensionen an. Es war das Anliegen zahlreicher empirischer Studien herauszuarbeiten, dass hier kein persönliches Unvermögen von Frauen zum Ausdruck kommt, sondern dass das Problem der Vereinbarkeit aus Barrieren resultiert, die zu einem großen Teil auf die Strukturen der Arbeitsorganisation zurückzuführen sind. Ob horizontale und vertikale Arbeitsmarktsegregation, ob Arbeits- und Entlohnungskonditionen betrachtet werden, die Stellung von Frauen in der Erwerbsarbeit gilt als "zweitrangig" (Maier 1991) gegenüber dem 'männlichen Normalarbeitsverhältnis'. Hatten sich Frauen für eine Berufskarriere entschieden, blieben sie mehrheitlich kinderlos, in vielen Fällen auch ehelos, während das Gegenteil für männliche Führungskräfte konstatiert wurde (vgl. exemplarisch Bischoff 1986, Fischer 1993).

Die zugrundeliegende Frage nach den Gründen der 'Zweitrangigkeit' von Frauen auf dem Arbeitsmarkt schien mit den Thesen von der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und den darauf bezogenen geschlechtsspezifischen Lebensentwürfen beantwortet zu sein. In der Analyse der strukturellen Widersprüche zwischen Beruf und Familie, der Unvereinbarkeit beider 'Karrieren' ist die Frage der Bewährungsdynamik enthalten, sie wird in den genannten Diskussionen aber nicht thematisiert. Ihr Einbezug kann zur weiteren Klärung der Strukturen der Unvereinbarkeit beitragen. Auch andere zentrale Forschungsstränge und Ansätze innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung – wie etwa differenztheoretische Erklärungsversuche oder wissenssoziologisch-sozialkonstruktivistische Ansätze – können durch die systematische Zugrundelegung der Strukturen der Bewährungsdynamik präzisiert werden. Denn zum Beispiel handlungs- und machttheoretische Ansätze erhellen zwar den Vorgang, wie Geschlechtszugehörigkeit in verschiedenen Kontexten (immer wieder neu) relevant gemacht wird, doch bleibt fraglich, worauf sich diese Interaktionen eigentlich gründen. Warum erfüllen Männer die Interaktionslogik der Dominanz und Frauen die der Unterordnung? Diese vor dem Hintergrund der in Mode gekommenen konstruktivistischen Frauenforschung provokante Frage stellt auch Maihofer (2002, S. 17) in der von der Zeitschrift "Erwägen

Wissen Ethik" (vormals Ethik und Sozialwissenschaften) neu angestoßenen Diskussion über geschlechtsspezifische Sozialisation: Gibt es angesichts eben dieser Hartnäckigkeit von Geschlechterhierarchie und Arbeitsmarktsegregation nicht doch sozialisationsbedingte Geschlechterunterschiede? Machttheoretische Erklärungen und Analysen des 'doing gender' können letztlich die nach wie vor deutlichen Unterschiede der Erwerbsquoten, der Berufswahl und Berufsverläufe von Männern und Frauen nicht hinreichend erklären.

Der in meinem Projekt eingenommene Analysefokus stellt für die laufende Forschung zu bewährungsdynamischen Fragestellungen (wie sie v.a. im Forschungszusammenhang von Prof. Dr. Oevermann, Universität Frankfurt bearbeitet werden) eine wichtige Ergänzung dar, weil die Analyse des Geschlechterverhältnisses dort bisher nicht verankert ist. Für den Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung bedeutet die Frage nach Geschlechterdifferenzen hinsichtlich der Bewährungsdynamik die Chance auf grundlagentheoretische Erkenntnisgewinne durch die Analyse der Verwobenheit der Bewährungsdimensionen. Zu erwarten sind hier differenzierende Erkenntnisse zur Frage der (Un-)Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Karriere und weiteren Dimensionen. Ziel ist zum Einen eine Klärung der Struktur der – geschlechtsspezifisch variierenden – Ambivalenz zwischen diesen Bewährungsfeldern. Zum Anderen sollen aktuelle Veränderungen der Einbezogenheit von Männern und Frauen in diese Dimensionen die epochalen, historisch-spezifischen Gestaltungsspielräume ausleuchten, in denen sich Ausformungen der zugrundeliegenden universellen Bewährungsstruktur zeigen. Die Ergebnisse lassen sich möglicherweise für treffsicherere Maßnahmen der Gleichstellungspolitik nutzen sowohl innerbetrieblich als auch in den Bereichen Arbeitsmarkt-, Sozial- und Familienpolitik.

Im Mittelpunkt der empirischen Untersuchung steht die Rekonstruktion von Deutungsmustern und Habitusformationen, die im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit und Lebensgestaltung stehen und Hinweise auf den Gegenstand der Sinnerfüllung geben. Dabei wird sowohl der These einer Beharrlichkeit von Deutungsmustern nachgegangen, als auch nach Anzeichen für neue Formen der Sinnerfüllung gesucht. Für die Auswahl der Interviewees hat der Generationszusammenhang (vgl. Mannheim 1964) der zu untersuchenden Männer und Frauen eine entscheidende Bedeutung. Diese ergibt sich aus der "Partizipation an den gemeinsamen Schicksalen dieser historisch-sozialen Einheit" (ebd., S. 542). Es ist davon auszugehen, dass sich das Charakteristische von Praxiszeiträumen, in die man hinein geboren wird, in der Fallge-

schichte prägnant niederschlägt. Die historisch konkrete Praxis zeichnet sich durch charakteristische Handlungsprobleme aus, die bestimmte Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Aus diesen wiederum werden nur spezifische Handlungsmöglichkeiten wahrgenommen und selektiert, weil andere durch vorherrschende Deutungsmuster schon ausgeschlossen werden. Diese Handlungsmöglichkeiten gehören zur Bildungsgeschichte eines Subjekts. Für die hier vorliegende Fragestellung interessant ist der Vergleich der Generation der zwischen 1955 und 1965 Geborenen ("Sinnkrisengeneration"), mit der Generation, die derzeit die Adoleszenzkrise durchleben, die zwischen 1975 und 1985 Geborenen ("Wunschkindergeneration") (vgl. auch Gärtner 2002). Für diese Auswahl sprechen folgende theseartige Überlegungen: Die "Sinnkrisengeneration" kam spätestens Mitte der 1970er Jahre in die Adoleszenzkrise, eine Entwicklungsphase, die deshalb für die Ausprägung eigener Deutungsmuster besonders relevant ist, weil in der Ablösung von den Eltern das Subjekt vor die Wahl des eigenen Lebensentwurfs gestellt ist. Zugleich markiert dieses Datum eine gesellschaftliche Krisensituation, in der trotz hohen Bildungsabschlusses die berufliche Karriere prekär wird. Die Frauen dieser Generation stehen unmittelbar unter dem Druck der Selbstverwirklichung, entscheiden sich statistisch häufiger für Kinderlosigkeit und berufliche Karriere, tragen aber in Paarbeziehungen noch die Hauptlast der alltäglichen Reproduktion. Für die Generation der "Wunschkinder" gilt als erste Generation, dass die Bewährungsfelder Beruf und Familie nicht mehr "durchgefochten" werden müssen. Neue Gewichtungen und Ausformungen der Bewährungsdynamik lassen sich zudem am ehesten an der jugendlichen Generation ablesen.

Literatur

- Becker-Schmidt, Regina (1984): ‚Eines ist zuwenig – beides ist zuviel‘. Erfahrungen von Arbeiterfrauen zwischen Familie und Fabrik. Bonn
- Becker-Schmidt, Regina (1987): Die doppelte Vergesellschaftung - die doppelte Unterdrückung: Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften. In: Unterkirchner, Lilo/Wagner, Ina (Hg.) (1987): Die andere Hälfte der Gesellschaft. Österreichischer Soziologentag 1985. Soziologische Befunde zu geschlechtsspezifischen Formen der Lebensbewältigung. Wien, S. 10-25
- Bischoff, Sonja (1986): Männer und Frauen in Führungspositionen in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse einer schriftlichen Umfrage. Hg.: Zeitschrift Capital, Köln
- Bonß, Wolfgang (1998): Arbeitsmarktbezogene Zukunftsszenarien. In: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Anlageband 3. Bonn, S. 49-106
- Bundesanstalt für Arbeit (1994): Arbeitsmarktreport für Frauen. Berufliche Bildung und Beschäftigung von Frauen, Situation und Tendenzen. Nürnberg
- Fischer, Ute L. (1993): Weibliche Führungskräfte – zwischen Unternehmensstrategien und Karrierehemmnissen. Eine Fallstudie im Einzelhandel. München/Mering
- Gärtner, Christel (2002): Methodisches Vorgehen zur Erfassung von historischen Generationen. Kolloquium Oevermann 13.06.02. Unveröffentlichtes Protokoll, Frankfurt a.M.
- Geissler, Birgit/Oechsle, Mechtild (1994): Lebensplanung als Konstruktion: Biographische Dilemmata und Lebenslauf-Entwürfe junger Frauen. In: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt a.M., S. 139-167
- Geissler, Birgit/Oechsle, Mechtild (1996): Lebensplanung junger Frauen. Zur widersprüchlichen Modernisierung weiblicher Lebensläufe. Weinheim
- Maier, Friederike (1991): Erwerbstätigkeit von Frauen – Geschlechtsspezifische Umbrüche im Arbeitsmarkt und Beschäftigungssystem. In: Westphal, Andreas/Herr, Hansjörg/Heine, Michael/Busch, Ulrich (Hg.) (1991): Wirtschaftspolitische Konsequenzen der deutschen Vereinigung. Frankfurt a.M./New York, S. 295-318
- Maihofer, Andrea (2002): Geschlecht und Sozialisation. Eine Problemskizze. In: Erwägen Wissen Ethik (vormals Ethik und Sozialwissenschaften), 13. Jg., Heft 1, S. 13-26
- Mannheim, Karl (1964): Das Problem der Generationen. In: Ders. (Hg.) (1964): Wissenssoziologie. Berlin, S. 509-565
- Oevermann, Ulrich (1995): Ein Modell der Struktur von Religiosität. Zugleich ein Modell von Lebenspraxis und von sozialer Zeit. In: Wohlraab-Saar, Monika (Hg.): Biographie und Religion. Zwischen Ritual und Selbstsuche. Frankfurt a.M., S. 27-102
- Oevermann, Ulrich (2000): Die Methode der Fallrekonstruktion in der Grundlagenforschung sowie der klinischen und pädagogischen Praxis. In: Kraimer, Klaus (Hg.): Die Fallrekonstruktion. Sinnverstehen in der sozialwissenschaftlichen Forschung. Frankfurt a.M., S. 58-156
- Oevermann, Ulrich (2001): Strukturelle Religiosität und ihre Ausprägungen unter Bedingungen der vollständigen Säkularisierung des Bewußtseins. Manuskript, erscheint demnächst im Tagungsband der Sektion Religionssoziologie der DGS
- Weber, Max (1920): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. Band I, Tübingen

Kontakt:
 Dr. Ute Luise Fischer
 Universität Dortmund
 Wirtschafts- und
 Sozialwissenschaftliche Fakultät
 44221 Dortmund
 Email: U.Fischer@wiso.uni-dortmund.de

Christel Gärtner

Ausbildung generationenspezifischer Bewährungsmythen und Habitusformationen

Das nachfolgend skizzierte Habitationsprojekt ist aus meinem religionssoziologischen und historischen Interesse an der Ausbildung von generationenspezifischen "Bewährungsmythen" entstanden.

In meiner Untersuchung gehe ich von der These aus, dass sich die Bewährungsfrage zum ersten Mal als selbstverantwortlich zu lösende Aufgabe in der Adoleszenzkrise stellt. Wird diese ontogenetische Krise gemeinsam von Angehörigen einer Generation bearbeitet, kann sich eine historische Lage in ein generationenspezifisches Deutungsmuster verwandeln. Ziel ist es, sowohl den soziologischen Begriff der Generation (Mannheim) zu schärfen als auch systematisch ein Forschungsparadigma zu entwickeln, mit dem sich Generationen als historische Typen rekonstruieren lassen. Komplementär dazu soll das religionssoziologische Theorem von der "Bewältigung der nicht stillstellbaren Bewährungsdynamik" (Oevermann 1995) durch empirische Fallanalysen weiter ausgeleuchtet werden.

Forschungsprogramm

Gegenstand meiner Untersuchung sind zwei zeitlich auseinanderliegende Generationen. Zum einen die zwischen 1925-1935 Geborenen. Hier wird der Schwerpunkt auf der Ausbildung von Bewährungsmythen liegen, die die Angehörigen dieser Generationen in der Bewältigung ihrer Adoleszenzkrise ausgebildet haben. Die Virulenz der Bewährungsdynamik lässt sich demgegenüber einfacher an der gegenwärtig adoleszenten Generation (ab 1975 geboren) untersuchen, gerade weil sich diese Generation noch aktuell in der Adoleszenzkrise befindet. Ein Schwerpunkt wird auf der Rekonstruktion der Veränderung der geschlechtsspezifischen Mythen liegen.

Zur methodischen Durchführung werden Daten auf den folgenden Aggregierungsebenen analysiert:

1. die historische Lage und politische Vergemeinschaftung: Drittes Reich, BRD, DDR;
2. Strukturdaten: Heiratsverhalten, Geburtenrate, Bildungschancen, Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage;
3. Herkunftsfamilie (drei Generationen) und Milieuzugehörigkeit: Berufe und Heirat der Eltern, Mobilität, Migration, Geschwisterzahl, Stellung

in der Geschwisterreihe, Bildungs- und Berufskarriere, eigene Familiengründung;

4. Konkrete Fallrekonstruktion: biographische Erzählung.

Theoretische Überlegungen zum Generationen- und Bewährungsbegriff

In der Soziologie werden zwei unterschiedliche Generationenbegriffe verwendet (vgl. Kohli/Szydlilik 2000, Oevermann 2001): zum einen als Kategorie, um Abstammungsfolgen in Familien zu unterscheiden; dabei geht es um Generativität im Sinne der innerfamilialen Weitergabe. Zum anderen bezeichnet der Generationenbegriff "mentalitätsähnliche Gruppen von Gleichaltrigen" (Mannheim 1964, Oevermann 2001: 79). Demzufolge sind Generationen kollektive Gebilde, die sich entwickeln, wenn Mitglieder einer (politischen) Vergemeinschaftung prägende gesellschaftliche Ereignisse oder Themen gemeinsam bearbeiten. Generationen im Mannheimschen Sinne sind somit abstrakte (vergleichsweise hoch aggregierte) Sozialgebilde und gleichwohl reale historische Typen, die sich nur durch Rekonstruktion gewinnen lassen. In meiner Untersuchung werde ich beide Generationenmodelle miteinander verbinden, da Adoleszente in der Regel in Familien leben und diese in eine Gesellschaft eingebettet sind.

Schon Mannheim hat zwei Möglichkeiten der Überwindung und Neuerung überlieferter kultureller Muster expliziert: Zum einen durch individuelle Autonomie, deren Bedingungen in der frühen Sozialisation liegen (also: die Fähigkeit zur Krisenlösung); zum anderen durch Generationenwechsel. Unter Rückgriff auf das Konzept der "Generationenabfolge", lässt sich Adoleszenz als soziale Form des generativen Wechsels bestimmen (King 2002), mittels derer modernisierte Gesellschaften "neue Kulturträger" auf ihr "Neueinsetzen" in die Kontinuität des Generationenwechsels vorbereiten. Die Dynamik von Tradierung und Innovation macht die Weitergabe von Macht und Privilegien an die nächste Generation erforderlich, von der die Elterngeneration zugleich abgelöst wird. Die Adoleszenz stellt insofern eine gewährte und zugleich i.S. des sozialen Zwanges zu durchlaufende Moratoriumsphase dar, und zwar sowohl für die "neuen" als auch für die "früheren"

Kulturträger. Diese Phase dient der "Ablösung von" und der "Ablösung der" vorausgehenden Generation (ebd.). Indem die jeweils ältere Generation Adoleszenz im Sinne eines Möglichkeitsraumes für individuelle und kollektive Umgestaltungen gewährt und befördert, ermöglicht sie damit auch neue kulturelle Visionen und Praktiken, die zugleich die eigene Bedeutung in dieser Hinsicht relativieren. Die Möglichkeit der Entstehung des Neuen ist somit in die Dialektik von Individuation und Generativität eingebettet und vollzieht sich in der Stellungnahme hinsichtlich bewährungsrelevanter Lebensbereiche und -aufgaben.

Die Bewährungsdimensionen sind jedoch nicht beliebig. Vielmehr handelt es sich um Bereiche, in denen man sich als "ganzer Mensch" positionieren muss (vgl. Oevermann 2001), nämlich:

1. Die Stellungnahme hinsichtlich individueller Leistung und Beruf;
2. Elternschaft: Die positive oder negative Stellung zur sexuellen Reproduktion (und Geschlechteridentität);
3. Gemeinwohlbindung: die Stellung in der Vergemeinschaftung, die die Souveränität beinhaltet, der man angehört.

Die zentrale These ist, dass die Stellungnahme, die bezüglich dieser Dimensionen entwickelt wird, eine paradigmatische für das ganze Leben ist, die nur noch bedingt geändert werden kann. In dieser Hinsicht erhält die "Erstmaligkeit" der selbstverantwortlichen Stellungnahme eine prägende Funktion im Sinne eines Paradigmas, das seinerseits scheitern oder gelingen kann. Hier wird vor allem die Frage der geschlechtsspezifischen Unterschiede relevant; denn schon die Bewältigung der Adoleszenzkrise ist bezogen auf die Geschlechtsreife für beide Geschlechter mit je unterschiedlichen Entwicklungsaufgaben verbunden (vgl. King 2000). Während die beiden Bewährungsdimensionen Beruf/Leistung sowie Gemeinwohl/Staatsbürgerschaft – analytisch gesehen – für beide Geschlechter unterschiedslos gelten, besteht im Hinblick auf die Bewährung der Elternschaft eine genuine Geschlechterdifferenz: die Schwangerschaft ist (nur) weiblich. Diese Differenz, die unhintergebar gesetzt ist, erzeugt eine Ungleichheit in Bezug auf die Bewährungsproblematik als solche und hat darin sekundär auch Auswirkungen auf die beiden anderen Bewährungsdimensionen.

Erste Thesen zur Veränderung geschlechtsspezifischer Bewährungsmythen

Abschließend möchte ich ein erstes Ergebnis¹ hinsichtlich der Veränderung in der Dimension der

Elternschaft hervorheben. Betrachtet man die Bildungsabschlüsse der gegenwärtig adoleszenten Generation, fällt auf, dass es, im Vergleich zu früheren Generationen, in denen die Ungleichheit im Hinblick auf Bildung zwischen den Geschlechtern noch sehr ausgeprägt war, eine Umkehrung gibt: Für die Geburtsjahrgänge ab 1970 gilt, dass die Bildungsabschlüsse junger Frauen bis zum 25. Lebensjahr im Durchschnitt höher sind als die junger Männer. Dieser Trend dreht sich nach dem Studienabschluss um. Darin kommt zweierlei zum Ausdruck: zum einen der noch wirkende Trägheitseffekt, dass Männer der vorausgehenden Jahrgänge (vor 1970) aufgrund der höheren Bildungsabschlüsse auch die höheren Positionen besetzen. Zum anderen gilt aber auch für die Jahrgänge, für die die Bildungsbenachteiligung für Mädchen wegfällt, dass die Ambitionen von Frauen hinsichtlich der Weiterverwertung der hohen Bildungsabschlüsse gegenüber Männern abnehmen. Diese Tatsache wird in der Frauenforschung festgestellt und immer wieder diskutiert, ohne dass dafür befriedigende Erklärungen gefunden werden.² Mit Bezug auf das Bewährungsmodell bietet sich folgende Deutung an: In dem Maße, in dem die Frauen sich für die Bewährung bezogen auf Elternschaft entscheiden (sie beschäftigen sich wesentlich früher damit als Männer), werden sie stärker davon absorbiert als Männer und entsprechend streben sie in geringerem Maße berufliche Positionen an, die ein hohes zeitliches und inneres Engagement erfordern.

Wenn sich also erweist, dass Mädchen im Schnitt bei gleichen Förderungsbedingungen höhere Bildungsabschlüsse machen als Jungen, lässt sich daraus die These ableiten, dass für Frauen der Konflikt hinsichtlich der beiden Bewährungsdimensionen (1) Verwertung des Bildungszertifikats in Beruf und Leistung und (2) Bewährung in der Elternschaft ansteigt und nicht abnimmt. Frauen haben also in zunehmendem Maße einen Bewährungskonflikt, den Männer in dieser Weise nicht haben, weil für sie die Elternschaft eine Elternschaft ohne Schwangerschaft ist (sie haben keine biologische Uhr, die "tick").

Hier zeichnet sich eine paradoxe Entwicklung ab: Auf der einen Seite nimmt die Geschlechterdifferenz bei gleichen Bildungsaspirationen im Hinblick auf das Bewährungsproblem nicht ab, sondern zu: Frauen stehen vor einem größeren (Bewährungs)Konflikt zwischen den beiden Dimensionen Beruf und Elternschaft. Auf der anderen Seite verändert sich aber zwangsläufig der männliche Mythos der "Ernährerposition" und ermöglicht mehr Gleichheit zwischen den Geschlechtern hinsichtlich der Bewährung in der El-

Kontakt:

Dr. Christel Gärtner
Essener Kolleg für Geschlechterforschung
Flörsheim Str. 9
60326 Frankfurt a. M.

ternschaft. Für Männer eröffnet sich somit die Chance, sich stärker durch die Sozialisation in der Position des Vaters zu bewähren: z.B. die Fähigkeit zu mehr Fürsorglichkeit zu entwickeln.

Im Hinblick auf die (erwartbare) Ausbildung von geschlechtsspezifischen Bewährungsmythen lassen sich zwei noch weiter zu überprüfende Thesen formulieren:

1. Der weibliche Bewährungsmythos der Mutterschaft kann sich nicht mehr auf eine wie selbstverständlich geltende und kollektiv geteilte Begründung berufen, sondern muss sich mit einem je individuellen Selbstverwirklichungsmythos amalgamieren.

2. Verbunden mit dem Individuierungsdruck (und der "Krise der Arbeitsgesellschaft") eröffnet sich für beide Geschlechter eine Chance, die Elternschaft qualitativ neu zu begründen und auf diese Weise einen neuen Mythos zu schaffen. Die These ist, dass sich für die gegenwärtig adoleszente Generation (1975-85) dieser Konflikt zwischen Elternschaft und Beruf eher normalisieren wird, dass sich also Frauen – ohne ideologische Zwänge – zwischen beiden oder für beide entscheiden können; die komplementäre Entwicklung bei Männern wird vermutlich länger dauern. Das heißt, für diese Generation müsste eine größere Offenheit im Hinblick auf beide Bewährungsdimensionen als gleichwertige bestehen, als für die vorangegangenen Generationen.

Literatur

- Hagemann-White, C. (1998): "Identität – Beruf – Geschlecht". In: Oechsle, M., B. Geissler (Hg.): Die ungleiche Gleichheit. Junge Frauen und der Wandel im Geschlechterverhältnis. Opladen: 27-41
- King, V. (2000): "Narzißmus und Objektbindung in der weiblichen Adoleszenz: Wandlungen der Autonomie". In: Zeitschrift für psychoanalytische Theorie und Praxis, XV, 4, 386-408
- King, V. (2002): Die Entstehung des Neuen in der Adoleszenz. Individuation, Generativität und Geschlecht in modernisierten Gesellschaften. Opladen
- Kohli, M. (1985): Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 37. Jg.: 1-29
- Kohli, M., M. Szydlik (Hg.) (2000): Generationen in Familie und Gesellschaft. Opladen
- Mannheim, K. (1964 [1928]): Das Problem der Generationen. In: ders.: Wissenssoziologie: Auswahl aus d. Werk / Karl Mannheim. Eingel. u. hrsg. von K. H. Wolff, Berlin, Neuwied: 509-565

Oevermann, U. (1995): "Ein Modell der Struktur von Religiosität. Zugleich ein Strukturmodell von Lebenspraxis und von sozialer Zeit". In: Wohlrab-Sahr, M. (Hg.) Biographie und Religion. Zwischen Ritual und Selbstsuche. Frankfurt am Main: 27-102

Oevermann, U. (2001): "Die Soziologie der Generationsbeziehungen und der historischen Generationen aus strukturalistischer Sicht und ihre Bedeutung für die Schulpädagogik". In: Kramer, T.R., W. Helsper, S. Busse (Hg.): Pädagogische Generationenbeziehung. Opladen: 78-127

1 Grundlage der Rekonstruktion waren Daten zur historischen Lage der gegenwärtig adoleszenten Generation, Strukturdaten sowie Interviews und Gruppendiskussionen mit Jugendlichen.

2 "So scheint mir nach wie vor noch nicht befriedigend erklärt, warum es Mädchen so wenig gelingt, an ihre Erfolge, ihre Kompetenzen und ihre Überlegenheit gegenüber den Jungen in der Schule anzuknüpfen" (Hagemann-White, 35 f.).

Birgit Funke, Ute Gause, Cordula Lissner

Professionalität und Engagement von Frauen in der Kirchengeschichte sichtbar machen

Ein Oral-History-Projekt der Universität Siegen in der Kaiserswerther Diakonie

Bis zum Sommer 2004 führen die Religionspädagogin Birgit Funke und die Historikerin Cordula Lissner unter der Leitung von Professorin Ute Gause innerhalb des Faches Ev. Theologie ein Forschungsprojekt durch, das sich exemplarisch mit kollektiver Geschichte, individueller Biographie, Selbst- und Fremdwahrnehmung evangelischer Frauen im 20. Jahrhundert beschäftigt.

Ca. 120 heute überwiegend im Ruhestand lebende Kaiserswerther Diakonissen der ursprünglichen Form sind die letzten Repräsentantinnen einer Geschichte, die mit der Gründung des Kaiserswerther Diakonissen-Mutterhauses 1836 durch Theodor und Friederike Fliedner ihren Anfang genommen hatte. Ihre Lebensgeschichten werden mit den Methoden der Oral History aufgezeichnet.

Einem weltoffenen Kloster vergleichbar dienten protestantische ‚Diakonissenanstalten‘ der beruflichen und religiösen Ausbildung unverheirateter junger Frauen und boten ihnen die Möglichkeit professioneller Arbeit und gemeinsamen Lebens. Kaiserswerth war dabei vor allem auf Grund seiner Ausbildungsstandards noch bis in die 1950er Jahre hinein ein Anziehungspunkt.

„Als ich keine Schule mehr hatte, habe ich das gemacht wie alle anderen jungen Mädchen auch, und dann habe ich gesagt, Leute ich will auch nicht immer zu Hause bleiben, ich will was anderes lernen.

Und dann hab ich gedacht, Moment, du kannst doch, eigentlich kannst du doch Schwester werden. Da kam doch oft eine Schwester und besuchte die Familie, sowas kannst du doch auch werden. War eine Diakonisse von Kaiserswerth. Du gehst nach Kaiserswerth.“

Die hier zitierte Schwester Erna O., 1906 im Sauerland geboren, trat 1930 in die Kaiserswerther Diakonissenanstalt ein. Anfang der 30er Jahre arbeiteten 1900 Kaiserswerther Schwestern in mehr als 20 verschiedenen Berufen. Krankenpflege und Pädagogik waren die beiden größten Ausbildungsbereiche, aber auch verwaltende, handwerkliche und hauswirtschaftliche Tätigkeiten gehörten zum Berufsspektrum.

Die meisten Kaiserswerther Diakonissen erwarben in ihrer Berufsbiographie mehrere Qualifikationen. Erna O. wurde während der fünfjährigen Probezeit zur Krankenschwester ausgebildet. Im Operationsaal eines großen Krankenhauses machte sie erste berufliche Erfahrungen; auf dem Höhepunkt ihrer Karriere leitete sie schließlich das deutsche Krankenhaus in Istanbul.

Die Einsatzmöglichkeiten für die Schwestern waren vielfältig und umfassten die Arbeit an verschiedenen Schulen, in Kindergärten und -heimen, in der Psychiatrie, Fürsorge-Erziehung oder Gemeindepflege, im Operationsaal, auf der Säuglingsstation oder in der Krankenhausküche. Der berufliche Werdegang spielt in allen bisher geführten Interviews eine dominierende Rolle.

Der Einsatz der Schwestern im In- und Ausland erfolgte nach dem Entsendungsprinzip, was immer wieder zu plötzlichen Arbeitsplatzwechseln führen konnte. Die Abberufung zu einem neuen Einsatzort konnte einerseits berufliche und persönliche Entwicklungschancen bieten. Der Gehorsam, der hier im Dienst für das Mutterhaus gefordert wurde, war auf der anderen Seite zwingend und wurde auch als Disziplinierung erlebt. Eine möglicherweise befriedigende und erfolgreiche Arbeit musste mitunter von einem Tag auf den anderen abgebrochen werden, die Anforderungen an die Flexibilität der Frauen waren enorm.

„Zwei Jahre bin ich dort im Kindergarten geblieben, dann kam wieder ein so genannter Blauer Brief von Kaiserswerth. ‚Oh‘, sagten die Schwestern, ‚huh, Sie haben einen Blauen Brief von Kaiserswerth bekommen. Sie werden doch wohl nicht abgelöst!‘ ‚Wir haben vor, Sie nach Beirut auszusenden‘, stand in dem Brief. ‚In Beirut haben wir eine deutsche Schule mit angeschlossenem Kindergarten, und Sie sollen die Nachfolgerin der dortigen Kindergartenschwester werden.‘ Und so

kam es, dass ich mich auf die Ausreise nach Beirut vorbereitete.“

Die ab Mitte des 19. Jahrhunderts gegründeten Kaiserswerther Auslandsstationen in Rom, Istanbul, Beirut oder Jerusalem gehörten bis zu ihrer weitgehenden Auflösung im Zweiten Weltkrieg zu den Renommierprojekten des Diakonie-Werkes. Viele Schwestern machten so in ihrem Berufsleben auch Erfahrungen mit Migration, anderen kulturellen Kontexten und anderen Religionen. Das Zurückkommen, so beschreiben es Frauen unterschiedlicher Generationen, war dabei oft schwieriger als die Abreise.

Schwester Anneliese D., die im Interview ihre Auswanderung nach Beirut schildert, erwartete dort eine verantwortungsvolle Aufgabe. Ausgebildet als Kindergärtnerin, übernahm sie nun auch den Deutschunterricht in der Grundschule für eine international zusammengesetzte Kindergruppe und entwickelte erfolgreich eigene didaktische Konzepte.

„Aber hier mein Horst, der war ganz ernst. Der saß da und sagte: ‚Ich muss dir doch mal was sagen. Ich habe sehr viel von dir gelernt in Bezug auf Religion.‘ Ich sagte: ‚Ich? Ich habe euch doch gar nicht so viel davon ...‘ Ich bin nicht so dafür, dass man denen das so überstülpt, die sollen das so praktisch so lernen. ‚Das habe ich von dir gelernt. Du glaubst nicht, wie mir das geholfen hat!‘ Hat er mir da, auf dem Platz, wo Sie sitzen, gesagt. Na sicher, ich habe auch mal Geschichten erzählt, man musste ja irgendwie die Kinder beschäftigen. Habe ich ihnen auch biblische Geschichten erzählt, aber da habe ich nachher gedacht: Bild dir bloß nix darauf ein. Du hättest eigentlich noch mehr machen können.“

Dieser Auszug aus einem Interview mit Schwester Elfriede M., die im Kaiserswerther Auftrag viele Jahre ein Kinderheim leitete, verdeutlicht, in welchem Maß der Stellenwert beruflicher Professionalität in den erfragten Lebensgeschichten mit dem Bewusstsein eines diakonischen Auftrags korrespondiert. Das Amt der Diakonisse als ein bis heute ungeklärtes protestantisches Amt ist möglicherweise ein Hintergrund für die in diesem Interviewauszug gleichzeitig erkennbare Unsicherheit in Bezug auf die eigenen religionspädagogischen Zielsetzungen.

Die Frage nach dem Amt wirft gleichzeitig die Frage nach der theologischen Ausbildung der Schwestern auf. Es wird in den bisher geführten Interviews ein Selbstverständnis deutlich, in dem Religion konkret in den Alltag eingebunden wird; dies geschieht aber auf sehr zurückhaltende Weise, wie das obige Zitat deutlich macht. Frömmigkeit

wurde mit den Kindern gelebt, z.B. auch indem gemeinsam christliche Lieder gesungen wurden. Zu dieser Einbindung in den Alltag zählt die Gestaltung des schwesterlichen Gemeinschaftslebens mit Gebetszeiten und Gemeinschaftsnachmittagen ebenso wie die berufliche Interaktion mit Kindern oder Patienten. Es gab anscheinend jedoch kaum eine Möglichkeit, diese gelebte Frömmigkeit zu reflektieren. Auch in den Interviews wird sie meist nur indirekt deutlich. Wissenschaftliche Theologie war in der Frauengemeinschaft Kaiserswerth bis in die 1970er Jahre hinein den Vorstehern und Pastoren vorbehalten. Allerdings wurde nach dem Zweiten Weltkrieg die moderne Theologie Bultmanns auch in der Diakonissengemeinschaft diskutiert.

Die facettenreiche Geschichte eines protestantischen Frauenberufes wird in diesem Pilotprojekt zur Diakoniegeschichte grundlegend erforscht. Die Oral History kann neue Perspektiven in der Kirchengeschichte eröffnen. Als Methode, Erinnerungen zu rekonstruieren, lenkt sie den Blick von der Institutionsgeschichtsschreibung hin zu den Menschen und ihren Alltagserfahrungen. So kann theologische Genderforschung Profil gewinnen.

Das Projekt wird gefördert vom Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW. Unter der Leitung der Siegener Professorin Dr. Ute Gause sind WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Fachbereiche an dem interdisziplinären Projekt beteiligt, eingebunden sind unter anderem die Ruhr-Universität Bochum und die Evangelische FH Rheinland-Westfalen-Lippe.

Literatur:

- Gause, Ute 2001: „Frauen entdecken ihren Auftrag“! Neue Erträge diakonischer Frauenforschung. In: Coenen-Marx, Cornelia (Hg.): Ökonomie der Hoffnung. Impulse zum 200. Geburtstag von Theodor und Friederike Fliedner. Düsseldorf. S. 75-92.
- Dies. 2001: Friederike Fliedner und die Feminisierung des Religiösen im 19. Jahrhundert. In: Friedrich, Martin u.a. (Hg.): Sozialer Protestantismus im Vormärz. Münster. S. 123-132.

Kontakt:
Prof. Dr. Ute Gause
Universität Siegen
FB 1, Evangelische
Theologie
57068 Siegen
Tel.: 0271/740-4519
Email:
gause@theologie.uni-
siegen.de



Quelle: Privatbesitz Schwester Marion Kühne (Alle Rechte bei der Leihgeberin).

Kaiserswerther Diakonissen des deutschen Krankenhauses in Jerusalem in den 1930er Jahren.



Der Speisesaal des Kaiserswerther Mutterhauses, ohne Datumsangabe, vermutlich 1950er Jahre.

Katharina Gröning

Sozialpolitik und Familienroman: Die Stellung der häuslichen Pflege im Pflegeversicherungsgesetz *

Seit 1995 besteht nach einer fast zwanzigjährigen Debatte ein sozialrechtlich verankerter Schutz vor dem Risiko der Pflegebedürftigkeit. Pflegebedürftigkeit, die als dauerhafte Hilfebedürftigkeit im Alltag definiert ist, stellt ein Risiko dar, welches in erster Linie von den Betroffenen selbst und ihren Familien - und Familien heißt in der Regel von ihren Töchtern und Ehefrauen - getragen wird.

Nach Informationen des Bundesministeriums für Gesundheit erhalten heute knapp zwei Millionen Pflegebedürftige Leistungen aus der Pflegeversicherung (vgl. BMG 2001, S. 3). Leistungen bei der Pflege zu Hause erhalten rund 1,34 Millionen pflegebedürftige Menschen. Im stationären Bereich sind es mehr als 600 000 vorwiegend hochaltrige und schwer demente Menschen, die Leistungen aus dem Pflegeversicherungsgesetz erhalten.

Die Position des Pflegebedürftigen im Pflegeversicherungsgesetz

Ein wichtiges Ziel des Gesetzgebers war es, mit dem Pflegeversicherungsgesetz die Position des Pflegebedürftigen zu stärken und zu verbessern. Zunächst einmal sollen die Leistungen den Pflegebedürftigen helfen, trotz ihres Hilfebedarfes ein möglichst selbständiges Leben zu führen, welches der Würde des Menschen entspricht (§ 2 PflegVg, Abs. 1). In diesem Zusammenhang spricht das Gesetz von Pflegebedürftigkeit als zwar regelmäßigem, aber nicht unveränderbarem Zustand. Pflegebedürftigkeit sei vielmehr ein Prozess, welcher durch präventive, therapeutische und rehabilitative Maßnahmen und aktivierende Pflege beeinflussbar sei. Zum Zweiten wird in § 3 der Vorrang der häuslichen Pflege festgestellt. Die Pflegeversicherung soll mit ihren Leistungen vorrangig die häusliche Pflege und die Pflegebereitschaft der Angehörigen und Nachbarn unterstützen, damit die Pflegebedürftigen möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung bleiben können.

Was versteckt sich nun hinter Formeln wie "selbständiges Leben", "Stärkung der Familie" und "Vorrang der häuslichen Pflege"?

Im Wesentlichen besteht die Stärkung der Familien im Pflegeversicherungsgesetz aus drei Elementen, dem Pflegegeld und der Altersabsicherung der Pflegeperson, einem System von punktuellen Hilfen wie Pflegekursen, Nachweis der häuslichen Pflege durch regelmäßige Pflegeeinsätze und Pflegevertretung bzw. Urlaubspflege.

Pflegepersonen erhalten heute in der Pflegestufe eins 205 Euro, in der Pflegestufe zwei 410 Euro und in der Pflegestufe drei 665 Euro Pflegegeld. Sie erhalten damit in der Pflegestufe eins ungefähr die Hälfte dessen, was professionelle Pflegedienste in der Pflegestufe eins realisieren, nämlich 384 Euro. In den Pflegestufen zwei, drei und in Härtefällen realisieren die professionellen Dienste mehr als das Doppelte dessen, was für die Pflegeperson gezahlt wird, nämlich 921 bzw. 1432 Euro. Ambulante Dienste können in Härtefällen zudem bis zu 1918 Euro erhalten. Dieser Härtefall ist für die häusliche Pflege nicht vorgesehen. Die hohe Differenz zwischen Pflegegeld und Pflegesachleistung wird zum Einen mit der Abgabepflicht der professionellen Dienste (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) begründet, zum Anderen aber auch mit den beschäftigungspolitischen Impulsen, die der Gesetzgeber verfolgt hat. So sollten vor allem durch den Ausbau der ambulanten Dienste neben den sozialpolitischen Verbesserungen auch neue Arbeitsplätze entstehen.

Aus frauenpolitischer Sicht ist bereits darauf hingewiesen worden, dass das Pflegegeld zu gering ist, um existenzsichernd zu sein. Bei einem gleichzeitigen Umfang von mindestens 14 Stunden wöchentlich und der Verpflichtung zur qualitativollen Leistung kommt der Pflege die Bedeutung einer Quasi-Erwerbstätigkeit zu. Um die Pflegebereitschaft zusätzlich zu fördern, werden Personen, die wegen der Pflege nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich erwerbstätig sind, sozial abgesichert. Für sie zahlt die Pflegeversicherung Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung. Die Höhe der Beiträge richtet sich nach der Pflegestufe und dem wöchentlich geleisteten Pflegeumfang.

Bei der Beitragsbemessung wird die Pflegeperson so gestellt, als würde sie ein Arbeitsentgelt zwischen 625 und 1876 Euro monatlich bzw. zwischen 522 und 1568 Euro im Osten Deutschlands erhalten. Pro Jahr Pflegeetätigkeit steigt die Rente der Pflegepersonen je nach Pflegeetätigkeit zwischen 20 Euro und 6,66 Euro an.

Entwirft man vor diesem Hintergrund eine Rolle der Pflegeperson, so sind in dieser Rolle teilweise formale Elemente enthalten. Geregelt ist der zeitliche und inhaltliche Umfang der Pflege. Bezogen auf die soziale Absicherung stellt der Gesetzgeber

selbst den Vergleich zu einem möglichen Arbeitsentgelt her. Geregelt sind ferner Qualitätskontrollen. Hinzu tritt, dass der Staat sich selbst nur unterstützende Funktionen zuschreibt. Er will lediglich einen Beitrag leisten und sieht die Pflege als eine Aufgabe, die vorstaatlich, quasi zivilgesellschaftlich erbracht werden muss und erbracht wird. Die zivilgesellschaftliche Regelung der Pflege wird als die humanste Form der Bewältigung von Pflegebedürftigkeit angesehen, die zudem dem Wunsch der Pflegebedürftigen entspricht. Gleichzeitig stärkt der Staat mit der Pflegeversicherung die Rechte des Pflegebedürftigen sowohl als Kunden im Pflegemarkt wie auch als Träger von Rechten in der Familie. Mit den Qualitätskontrollen hat der Gesetzgeber auf Beunruhigungen insbesondere bei den Leistungsanbietern reagiert, die Familien könnten das Pflegegeld nehmen und den alten pflegebedürftigen Menschen vernachlässigen. Mit den Pflegeeinsätzen sollte auch eine gewisse Gewaltprophylaxe im System der häuslichen Pflege institutionalisiert werden. Für die professionellen Pflegedienste sind die Pflegepersonen zum Einen Laien und zum Anderen Konkurrenten - manchmal auch Schmutzkonkurrenten, die ohne fachliche Ausbildung und Qualifikationen einen ganzen Markt besetzen.

Liest man das Pflegeversicherungsgesetz dahingehend, wer als Träger von Rechten und wer als Träger von Pflichten definiert ist, dann gehören insbesondere die Pflegepersonen zu den Trägern von umfangreichen Pflichten, denen eine gewisse, materiell niedrige Anerkennung gegenübersteht. Diese Rollenkonstruktion befördert die Dualisierung der Pflege innerhalb einer Familie, vernachlässigt den familiendynamischen Prozess der Aufnahme eines Pflegebedürftigen in die Familie und den Alltag mit einem Pflegebedürftigen, verstärkt Prozesse der Alleinzuständigkeit und Alleinverantwortlichkeit der Pflegeperson für den Pflegebedürftigen und damit die Regression.

Zum Konstrukt der Pflegeperson im Pflegeversicherungsgesetz

Wer Pflegeperson ist, regelt der § 19 des Pflegeversicherungsgesetzes. Dabei handelt es sich um Personen, die nicht erwerbsmäßig einen Pflegebedürftigen wenigstens 14 Stunden wöchentlich in seiner häuslichen Umgebung pflegen. Zwei Personen, die sich die Pflege teilen, können beide in der Rentenversicherung berücksichtigt werden, wenn wegen der Schwere der Pflegebedürftigkeit beide wenigstens 14 Stunden wöchentlich pflegen. Bezogen auf die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Pflege hält das Pflegeversicherungsgesetz fest, dass die angemessene Versorgung

des Pflegebedürftigen trotz der Berufstätigkeit sichergestellt sein muss. In § 37 Abs. 3 wird hierzu der sogenannte Pflegeeinsatz festgeschrieben. Bei Pflegestufe eins und zwei muss mindestens einmal halbjährlich, bei Pflegestufe drei einmal vierteljährlich durch eine anerkannte Pflegeeinrichtung eine Begutachtung der häuslichen Pflege stattfinden. Die regelmäßige Einschaltung der professionellen Pflegekräfte bzw. der professionellen Dienste dient nach Auffassung des Gesetzgebers der Entlastung der Pflegepersonen und damit der Sicherung der Pflegequalität.

Mit diesen beiden Festlegungen, dem zeitlichen Umfang wie der Verpflichtung zu einer qualitätvollen Pflege, sind quantitative und qualitative Verantwortlichkeiten festgeschrieben. Interessant ist, dass der Gesetzgeber einerseits von häuslicher Pflege in der Familie spricht sowie von Stärkung der Familie, mit dem Konstrukt der Pflegeperson aber ganz konkrete Rollen und Verantwortlichkeiten in der Regel einer Person innerhalb einer Familie fixiert. Viel umfassender als zum Beispiel bei der Kindererziehung wird ausgesprochen, dass die Berufstätigkeit der Pflegeperson die Versorgung des Pflegebedürftigen nicht berühren darf. Insofern ist das Pflegegeld eigentlich keine unterstützende pauschale Zuwendung an die Familien wie das Erziehungsgeld oder das Kindergeld, sondern wird ganz konkret für beantragte und überprüfbare und regelmäßig überprüfte Leistungen an den Pflegebedürftigen gezahlt. In gewisser Weise erhält das Pflegegeld vor allem in Kombination mit der Zahlung von Rentenbeiträgen so die Rolle eines Lohnersatzes. Diese quasi Lohnersatzfunktion mündet in das Dilemma der Pflege als bescheidene Tätigkeit, denn die Vergütung der Pflegeversicherung ist bescheiden, ebenso wie die Beiträge zur Alterssicherung und nicht existenzsichernd.

Das Feld der häuslichen Pflege

Bereits 1995, mit der Einführung der Pflegeversicherung, wurde deutlich, dass mehr als vier Fünftel aller Pflegebedürftigen ausschließlich das Pflegegeld in Anspruch nehmen. Diese größte Gruppe der Hilfebedürftigen wird zu Hause ausschließlich von Töchtern, Schwiegertöchtern, Ehefrauen und in geringem Maß auch von Söhnen versorgt, das heißt ohne die Hilfe und Unterstützung von Professionellen und ihren Organisationen. Diese Dominanz der ausschließlichen häuslichen Pflege wird einerseits staatlich gefördert und ist politisch erwünscht. Das Bundesgesundheitsministerium schreibt dazu: "Die Pflegeversicherung stärkt die Familien, damit sie ihre Aufgabe erfüllen können. Und dies entspricht dem Willen vieler Pflegebe-

dürftiger. Sie lassen sich lieber in vertrauter Umgebung von vertrauten Menschen pflegen. Die Pflegeversicherung hilft dabei verlässlich“ (BMG 2001, S. 3).

Mit dieser positiven Haltung gegenüber der Pflegeversicherung schließt sich die rot-grüne Regierungskoalition der Sichtweise des früheren Sozialministers Norbert Blüm weitestgehend an. Für Norbert Blüm sollte die Pflegeversicherung vor allem eines leisten: die Familien stärken, die familiäre Unterstützung sichern und die familiären Bande festigen (vgl. Blüm 1995). Mit dieser Position stand Norbert Blüm politisch zwar nicht ganz allein da, angesichts der kräftigen Kritik an seiner Haltung, den pflegenden Angehörigen für ihre Leistungen direkt Geld zu zahlen, verwundert es aber, dass sich überhaupt ein Kompromiss durchgesetzt hat. Und dies ist die andere Seite, um die es im Folgenden gehen soll. Betrachtet man die Diskussionen aus den 90er Jahren um das Pflegeversicherungsgesetz, so fällt vor allem auf, dass diejenigen, die erwartungsgemäß den größten Anteil an Leistungen im Bereich der Fürsorge für die ältere Generation erbringen, sowohl von den Experten, als auch von der Öffentlichkeit eher skeptisch betrachtet wurden. Dass direkt Geld an die Pflegepersonen gezahlt werden sollte, weckte die Phantasie von Bereicherung, Mitnahmeeffekten und schlimmer: sogar Vernachlässigung und Gewalt im Bereich der häuslichen Pflege.

Selbst in der Frauenpolitik und der Frauenbewegung wurde für die große Gruppe der pflegenden Angehörigen keine Lanze gebrochen und die Vorwürfe von Mitnahme und Vernachlässigung wurden auch von dieser Seite nicht empört zurückgewiesen. Das Bild, das von den pflegenden Frauen auch hier gezeichnet wurde, sofern diese Gruppe überhaupt Thema war, war eher das der rückständigen, in tradierten Rollen verhafteten Frau, deren Emanzipation und Lebensentwurf nicht richtig geglückt schien. Ähnlich wie seinerzeit das Erziehungsgeld oder die Gelder der Mutter-Kind-Stiftung schien auch das Pflegegeld geeignet, die traditionelle Rolle der Frauen zu stabilisieren und ihre Benachteiligung zu verhärten. Arbeiten, wie die von Seubert (1993) haben systematisch aufgezeigt, wie sehr die Fürsorge für die alten Eltern zu Lasten der Frauen geht. Der theoretische Entwurf insbesondere der feministischen Wissenschaftlerinnen und Frauenforscherinnen wies eher in die Richtung, dass Fürsorge unter den Bedingungen der Modernisierung kaum noch lebbar sei, da die Modernisierungsanforderungen den Frauen Entscheidungen gegen die Pflege abzwängen. Damit wird das Thema der Fürsorge für die alten Eltern jedoch nicht ethisch aufgenommen, sondern funk-

tional abgehandelt und dies stellt eine Erkenntnislücke in der Frauenforschung dar.

Für die pflegenden Angehörigen selbst entstand durch die skeptischen Diskussionen um die häusliche Pflege eine schwierige Situation. Von der Frauenpolitik und von Teilen der Wissenschaftlerinnen wurde ihnen das Etikett „rückständig“ und „Modernisierungssperre“ angeklebt. Die Gruppe der Experten und Leistungserbringer sah in ihnen überforderte Laien und potentielle Konkurrenten. Und schließlich teilte sich der öffentliche Diskurs zwischen dem Bild der loyalen und tapferen Tochter, die Großartiges leistet, aber sofort begleitet von der teilweise recht gehässig vorgetragene Einstellung: Pflege um des Geldes wegen. Die Moral, dass die wirklich gute Tochter, Schwiegertochter und Ehefrau sich opfert, ist heute in den Alltagsideologien immer noch vorhanden. Insgesamt haben die familienskeptischen Debatten zu einem großen Rückstand in der Forschung und in der Praxisentwicklung um das Feld der häuslichen Pflege geführt. So sind die Probleme, die von den pflegenden Angehörigen selbst thematisiert werden, erst seit Kurzem Gegenstand eines gesundheitspolitischen Forschungsinteresses. Die Entwicklung von Pflegequalitätsverständnissen und Konzepten, die eine gemeinsame Sorge zwischen Familien und professionellen Diensten zugrunde legen, sind heute kaum entwickelt, und schließlich fehlen Konzeptionen, die die Pflegefähigkeit einer Familie zwar erhalten wollen, aber nicht zu Lasten der Frauen, die also die innerfamiliäre Gerechtigkeit bei der Gestaltung der Pflegebeziehung mitberücksichtigen und insbesondere die pflegenden Frauen stärken und verstehen.

Norbert Blüm hatte als Vater der Pflegeversicherung sicherlich das richtige Gespür, wenn er vor allem auf die Loyalität der pflegenden Töchter, Schwiegertöchter und Ehefrauen setzte und die Zahlung eines Pflegegeldes verbunden mit einer gewissen sozialen Sicherung politisch durchgesetzt wurde. Indessen: Der ambivalente Blick der Gesellschaft auf die häusliche Pflege zeigt nicht nur, dass sie sich dieses ethischen Wertes wenig bewusst ist. Das Pflegeversicherungsgesetz wurde zum permanenten Prüfverfahren für die pflegenden Angehörigen, während gleichzeitig die Souveränität der Pflegebedürftigen gestärkt werden sollte. Von diesem Paradoxon soll im Folgenden die Rede sein.

Der Kompromiss, der in der öffentlichen Diskussion und im politischen Raum schließlich gefunden wurde, besteht aus drei Faktoren: einem peinlichen Prüfverfahren, regelmäßigen sogenannten Qualitätsbesuchen und für die Pflegepersonen ge-

genüber den professionellen Anbietern ein deutlich geringeres Pflegegeld.

Bewertet man verschiedene Studien zum Pflegegeld (vgl. Evers 1995, Evers/Rauch 1996, Brömme 1999), so lässt sich konstatieren, dass die pflegenden Angehörigen sich mit dem Letztgenannten, also der niedrigeren Höhe des Pflegegeldes, das heißt seiner Funktion als nur unterstützendem Beitrag arrangiert haben. Was die pflegenden Angehörigen aber schmerzhaft berührt, ist das Klima der Begutachtung durch den MDK und so etwas wie eine permanente Verdächtigung, sie würden nicht gut genug, nicht wirklich sorgfältig pflegen, und das, obwohl das Pflegegeld ausdrücklich kein Äquivalent zur Pflegeleistung darstellt, sondern wie bereits erwähnt eben nur eine Unterstützung. Vom Ritual der Begutachtung und von den Qualitätsbesuchen scheint eine gewisse Kränkung für die Angehörigen auszugehen. Sie, die Verantwortung übernehmen, werden in die Ecke der Leistungerschleichung gestellt.

Wie konnte es zu dieser merkwürdigen Inszenierung von Begutachtungen, Prüfungen und ihren bürokratischen Konsequenzen überhaupt kommen, und welches Bild von der Pflegeperson und den Familien ist in den Sozialbürokratien und bei den Leistungsanbietern vorherrschend? Es lohnt sich, hinter den Vorhang zu sehen und über neue Anerkennungsformen gegenüber den Pflegepersonen nachzudenken.

Von Laien und Missbrauch - welche Frauen- und Familienbilder wurden im Kontext der Pflegeversicherung beschrieben?

In gewisser Weise legt das Pflegegeld das Dilemma zwischen einer eher liberalen und einer eher wertkonservativen Sozialpolitik offen. Im Pflegeversicherungsgesetz wird vor allem der ältere Mensch als souverän gestärkt. Dies ist die liberale Ethik, die dem Pflegeversicherungsgesetz zugrunde liegt. Gestärkt wird damit auch die Individualisierung des älteren Menschen. Seine Verfügung über das von ihm erarbeitete Vermögen soll staatlich sichergestellt werden. Er erhält aus der Versicherung Geld, welches er zur Sicherung seines Pflegebedarfes einsetzen kann, wie er es wünscht: als familiäre Leistung, als sogenannte Sachleistung oder als Kombinationsleistung. Im liberalen Verständnis wird Souveränität durch Wählen und Konsumieren gesichert. Mit dieser ethischen Perspektive verbunden ist die Haltung, dass verhindert werden muss, dass sowohl Familien wie auch Institutionen die Hilfebedürftigkeit eines alten Menschen ausnutzen und sich unangemessen bereichern. Unweigerlich werden die

Familienbeziehungen dabei aber wie die Institutionen auf der Folie eines Interessenskonfliktes um die Verfügung über materielle Ressourcen angesehen und sie werden, dies ist besonders herauszustrichen, als narzisstische definiert. Auch in der Familie, so die latente Botschaft, sei jeder sich selbst der Nächste und herrscht ein Kampf aller gegen alle um Ressourcen und Positionen. Gleichzeitig werden die pflegenden Angehörigen und ihre Familien verdächtigt, aus den Sozialversicherungen etwas herausholen zu wollen, wie das Wort von der "Anspruchsinflation" zeigt.

Eigentümlicherweise wird dieser Interessenkonflikt im Bereich der häuslichen Pflege zwischen denjenigen, die pflegen, und denjenigen, die alt und pflegebedürftig sind, lokalisiert. So stellt sich die Frage, ob hier auf der Basis von Wissen oder eher auf der Basis von Bildern und Phantasien ein Arrangement institutionalisiert wurde, welches die pflegenden Angehörigen nur und ausschließlich in einer Rolle anerkennt: in der Rolle der opferbereiten und altruistischen Tochter, Schwiegertochter oder Ehefrau. Diese Vorstellung des Altruismus und der Grenzenlosigkeit zeigt sich noch einmal in der Debatte um das Pflegegeld, die in den 90er Jahren geführt wurde.

Ein gewichtiger Einwand aus dem liberal-konservativen Lager war die Meinung, dass die Pflegeversicherung ein weiterer Meilenstein in der Bürokratisierung der Familie sei. Eine Erosion der familialen Beziehungen wurde prognostiziert. Die Eigenvorsorge würde ausgehebelt und dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

"Wenn die Pflegeversicherung in der von Blüm konzipierten Form käme, würde sie die Beziehung zwischen Staat und Bürgern und zwischen den Bürgern verändern; und sicher nicht zum Guten. Sie würde die vorherrschende Neigung, nicht mehr auf gewachsene Verhältnisse und persönliche Bindungen zu setzen, sondern auf die Weitsicht einer anonymen Wohlstandsbürokratie, noch einmal weitertreiben. Die Menschen würden sich nicht länger auf Freunde, Nachbarn, Verwandte verlassen wollen und schon gar nicht auf die eigene Kraft, Vorsorge zu treffen für den Notfall. Denn dafür stände das Bonner Glücksministerium bereit." (Adam, FAZ 9. Juli 1993, zit. n. Brömme 1999, S. 3)

"Die Politik, die Familienmitglieder zu bezahlen, damit sie sich zu Hause um die Alten kümmern, wirft ernsthafte Fragen über die Botschaft der Gesellschaft an die Familien auf." (Etzioni 1997, S. 234, zit. n. Brömme 1999, S. 16)

“Wenn einer 40 Jahre lang Beitrag gezahlt hat, dann ist die Gefahr groß, dass der Sohn zum 70jährigen Vater sagt. ‚Hör mal, du hast 40 Jahre lang Beitrag gezahlt, jetzt sieh zu, dass sich das auch rentiert. Da vorn um die Ecke gibt’s ein schönes Pflegeheim.“ (Norbert Blüm im Handelsblatt vom 4.1.1984, zit. n. Brömme 1999, S. 18)

Die Ausführungen von Norbert Brömme in seiner Studie über eine neue Kultur des Helfens und die sozialen Auswirkungen des Pflegeversicherungsgesetzes, zeigen von politischer Seite wie auch von der Seite der Medien eine Einstellung, als seien die moralischen Potentiale in Familien und zwischen den Generationen kaum noch vorhanden, als würden Familienmitglieder eher zynisch und kalkulierend miteinander umgehen und aus dem Staat und der eigenen Familie möglichst viel herausholen. Dabei werden Familienbeziehungen wie bereits gesagt nicht als moralische Beziehungen und als Anerkennungsbeziehungen verstanden, sondern zutiefst narzisstisch. Aus einer liberalen Ethik entsteht so ein bestimmter perspektivischer Blick, der dann Familienkonflikte und problematische Phänomene nicht als Ausdruck von Verstrickungen und gescheiterten Anerkennungsbeziehungen betrachtet, sondern als rational. Die mögliche Gewalt und Vernachlässigung im Rahmen von Fürsorgebeziehungen, die es ja durchaus gibt, erscheint nicht als Verzweiflung bzw. Überforderung oder als Ausdruck von mangelnder Ablösung von den Eltern und von mangelnder Individuation, wie dies zum Beispiel sozialpsychologische Verstehenszugänge nahelegen. Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung der alten Eltern oder ihre Abschiebung ins Pflegeheim erscheinen rational, “damit sich die Beiträge der Pflegeversicherung auch lohnen.“ Es ist dieser Blick auf die Familie und insbesondere auf die Frauen, der merkwürdig und verschoben anmutet, denn diesem Blick liegen kaum wirkliche Forschungsergebnisse über die Verbundenheit und die Beziehungen der Generationen innerhalb einer Familie zugrunde. Der paradoxe Effekt der Debatte um die “Anspruchsinflation“ ist aber, dass das Pflegegeld einerseits gegeben, andererseits die moralische Basis für den Bezug des Pflegegeldes in Zweifel gezogen wird und sich dieses in den Mikrostrukturen der Prüfverfahren und Begutachtungen niederschlägt. Und das macht bitter.

Die zweite Debatte, die in diesem Kontext zu nennen ist, ist die Laiendebatte. Ein Bild der überforderten, erschöpften und ausgebrannten Pflegeperson wurde gezeichnet, die neben ihren Schwierigkeiten, mit der Pflege kompetent umzugehen, vor allem unfähig sei, Hilfe anzunehmen und sich isoliert. So ist ein Diskurs entstanden,

der vor allem die Belastungen der pflegenden Angehörigen unter der Fragestellung ihrer Überforderung und ihrer Unfähigkeit aufnimmt, die Anforderungen an die Pflege richtig einzuschätzen. Das Bild von den pflegenden Angehörigen vor allem zu Beginn der 90er Jahre war, dass diese sich selbst grandios überschätzen und der Ideologie aufsitzen, Angehörigkeit, das heißt die moralische Beziehung zum Pflegebedürftigen und die Kenntnis seiner Lebenswelt, sei die wesentlichste Voraussetzung für eine gute Pflege. Die Laiendebatte ist expertokratisch und nimmt die Familie vorwiegend unter der Perspektive der Defizite auf.

Und schließlich: Die Familien oder genauer die pflegenden Töchter, Schwiegertöchter und Ehefrauen wurden latent verdächtigt, das Geld zu nehmen, dafür aber kaum ausreichende Leistungen zu erbringen. Sie würden das Pflegegeld missbrauchen und vor allem zur Aufbesserung ihrer eigenen Einkommen nutzen. In diesen Kontext gehört auch die Gewaltdebatte. Relevant für diese Debatte waren neben dem Tatbestand, dass die häusliche Gewalt gegen Ältere bis zur Einführung der Pflegeversicherung kaum ein Thema für die Forschung war, unter anderem Erfahrungsberichte von ambulanten Diensten, die ein erschreckendes Bild vom Ausmaß der häuslichen Gewalt gemalt hatten. Solche Einstellungen bei den Vertretern und Professionellen in den ambulanten Diensten finden sich zum Beispiel in der Studie von Norbert Brömme (1999, S. 52). Allerdings sagt Brömme selbst, dass es sich bei der häuslichen Gewalt gegen Ältere wohl nur um Ausnahmen und wenige Fälle handele, während seine Interviewpartner hier stärker polarisieren.

“Ich sehe ganz häufig wirtschaftliche Interessen, die Pflege zu übernehmen. Und mit der Arbeitslosigkeit, die wir haben ..., also manchmal erlebe ich, wenn die Kinder aus dem Haus sind, dann kommt die Oma in das halbe Zimmer, dann wird die Rente kassiert, dann wird das Pflegegeld kassiert. Ich sehe in diesen Fällen eine Zunahme der Aggression und des Gewaltpotentials in einer Zweizimmerwohnung sitzen sie zusammen. Und die Pflege ist da alles andere als optimal. Die Oma pinkelt zum Beispiel das Sofa voll. Da ist Aggression, kann ich ihnen sagen.“ (Brömme 1999, S. 52)

“Gute Beispiele sind alkoholabhängige Töchter, die die Väter oder Mütter pflegen, die sich zu einer Pflegesituation eigentlich gar nicht mehr selbst äußern können, weil sie schon so pflegebedürftig sind, dass die eigene Meinung kaum noch geäußert wird; hatten wir auch vermehrt hier, gerade in letzter Zeit. In solchen Fällen sind die An-

gehörigen die Fürsprecher, die dann sagen: ‚Ja, ich möchte nur eine kleine Morgentoilette, die ist ja billiger, und den Rest mache ich schon selber. Das Geld brauchen wir nicht auszugeben.‘ In diesen Fällen ist die Pflegesituation häufig eine Katastrophe, und aus meiner Sicht würde ich sagen, es wäre besser, denjenigen in einer stationären Einrichtung unterzubringen. In diesen beiden Fällen wird nicht richtig gepflegt. Und in einem Fall auch: Da wurde ganz eindeutig von den pflegenden Angehörigen geäußert, dass sie von dem Geld leben“ (Brömme 1999, S. 52).

Der Verfasser der Studie, Norbert Brömme, verhält sich als Kommentator zu solchen polarisierenden Äußerungen seiner Interviewpartner eher vorsichtig und übernimmt ihre Sichtweise nur in Teilen. So wird nicht bestritten, dass es diese Familien gibt, die das Geld mitnehmen, ohne angemessen zu pflegen. Die häusliche Pflege wird aber nicht mehr unter dieser Perspektive wahrgenommen. Dagegen hat sich das Bild von der belasteten und überforderten Pflegeperson als Problem bis heute gehalten. Allerdings werden pflegende Angehörige nicht mehr in einer Weise pathologisiert wie in den 90er Jahren. Zunehmend werden Forschungsergebnisse wichtig, die den familialen Hintergrund der häuslichen Pflege mitberücksichtigen und den Prozess der Entscheidung zur Pflege nicht nur vor dem Hintergrund des Geldes sondern auch vor dem Hintergrund von Familienideologien, Geschlechterbildern und Familienrollen betrachten. Diese systemisch-analytische Forschung könnte dann wirklich die Ergebnisse bringen, die zur Entwicklung von Konzepten gemeinsamer Sorge gebraucht werden und Pflegearrangements und Settings in einer demografisch alternden Gesellschaft neu bestimmen. Bevor solche Entwürfe aufgezeigt werden, sollen aber die Ideologien im Pflegeversicherungsgesetz weiter dekonstruiert werden.

Die positive Kundenfamilie und die negative regredierte Familie im Pflegeversicherungsgesetz oder Familie als Ideologie

Im liberalen Modell der Pflegeversicherung gibt es einen kompetenten und souveränen alten Menschen, der Hilfe bei täglichen Verrichtungen benötigt, das heißt, Hilfe benötigt, aber nicht hilflos ist, und wählt, ob er diese Hilfe von seiner Familie zu erhalten wünscht oder als Sachleistung von einem professionellen Dienst. Die freundliche Tochter oder Schwiegertochter unterstützt den souveränen alten Menschen und erhält dafür aus der Pflegeversicherung Pflegegeld und entsprechende Versicherungsbeiträge. Sie führt insge-

samt ein modernes Leben und kombiniert verschiedene Rollen ebenfalls souverän. Zu ihrer Souveränität gehört ebenfalls, dass sie wählt, zum Beispiel mit ihrer Familie in den Urlaub zu fahren. Dafür erhält sie von der Pflegeversicherung die Möglichkeit, Kurzzeitpflege in Anspruch zu nehmen usw. Das Bild bzw. die Familienideologie der positiven Kundenfamilie löst die beiden negativen Stereotypen der überforderten, aber opferbereiten Familie und der abschiebenden Familie auf, indem beide Aspekte miteinander kombiniert werden. Aus der Polarisierung von Aufopferung oder Emanzipation ist das Bild der modernen Kundenfamilie in gewisser Weise synthetisiert worden. Das heißt, die Familie lebt einen auf praktischer Selbstverwirklichung und Selbstverantwortung basierenden Lebensstil und löst das Pflegeproblem auf moderne Weise, indem verschiedene Rollen miteinander kombiniert werden. Diese Modernisierungsanforderungen betreffen vor allem die Frauenrolle. Aus der opferbereiten selbstlosen Frau wird eben eine moderne Frau, die auch gegensätzliche Rollenanforderungen miteinander in Einklang bringt.

Natürlich gibt es im Pflegeversicherungsgesetz auch die Vorstellung der "negativen Familie". Dass, wie gesagt, die Familie, "nur auf das Geld der Pflegeversicherung aus ist", "die Einstufung in Höhe treibt" und auch vor Vernachlässigung und Misshandlung nicht zurückschreckt. Die negative Familie ist der Schatten und das Gegenstück der positiven modernen Kundenfamilie. Um die negative von der positiven Kundenfamilie unterscheiden zu können, hat der Gesetzgeber zwei Kontrollinstitutionen aufgebaut: die Pflegekasse und den medizinischen Dienst, die die Herren des Antragsverfahrens sind, und die ambulanten Dienste, die die Qualität der häuslichen Pflege regelmäßig kontrollieren und den Pflegepersonen Pflegekurse anbieten. Insbesondere die Studie von Brömme (1999) problematisiert, dass es sich bei diesen negativen Familien um Familien handelt, deren materielle Position stark eingeschränkt ist und die sich durch das Pflegegeld eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage insgesamt erhoffen (vgl. Brömme 1999, S. 76). Aufgrund der starken ökonomischen Mangelsituation sei diese Pflege dem Risiko der Überlastung besonders ausgesetzt. Das Pflegegeld gewinnt hier den Status eines Einkommens, im Gegensatz zum vom Gesetzgeber gedachten Status der zusätzlichen Unterstützung. Brömme (1995, S. 77) betont, dass es nicht eine geringere Pflegemotivation sei, die die häusliche Pflege fragil werden lasse, der Konflikt also nicht im Moralischen liege, sondern die schlechte soziale und ökonomische Lage sich negativ auf die Versorgungskapazitäten auswirke.

Die in der öffentlichen Diskussion um das Pflegeversicherungsgesetz aufscheinenden Projektionen bezüglich der Familie haben nicht nur die Familien selbst ideologisch verzerrt und polarisiert wiedergegeben, sie haben auch die Belastungen durch die häusliche Pflege verzerrt und so die Entwicklung von Hilfeangeboten erschwert. Noch immer erscheint die Familie entweder als opferbereit, traditionell und sperrig gegenüber den öffentlich angebotenen Hilfen, oder sie erscheint als von Emanzipationswünschen und entsprechenden Delegationen und Entpflichtungen dominiert oder eben als missbrauchend und vernachlässigend. Dabei herrschen die Vorstellungen, dass die Opferbereiten keine Hilfe annehmen wollen, die Delegierenden die Verantwortung auf Personen des grauen Pflegemarktes abwälzen und die Vernachlässigten keine Versorgungskapazitäten haben und das Geld für sich verbrauchen.

Dieser eher paradox anmutende Diskurs hat seit einigen Jahren Konkurrenz bekommen von Vorstellungen der passenden Hilfen. Wie können professionelle Helfersysteme die Hilfeformen so entwickeln, dass sie auf die Familie passen? Um also hilfreichere Formen zu schaffen, ist es nötig, die persönliche und interpersonelle Dynamik der Pflege zu verstehen.

Pflegebedürftigkeit und Regression

Die Polarisierung, mit der die Familie in diesen beiden Modellen wahrgenommen wird, verschweigt ein wesentliches dynamisches Moment, bei dem es im Umgang mit Pflegebedürftigen hauptsächlich geht. Unterbelichtet erscheint der Umgang mit der Regression, die in der Pflege alter, auf Dauer hilfebedürftiger Menschen, insbesondere dementer Menschen, bedeutsam ist. Den polarisierten Bildern in der öffentlichen Diskussion um das Pflegegeld - hier die positive intakte moderne Kundenfamilie, dort die ausgebrannte und vernachlässigende Familie - muss ein eher psychodynamisches und soziologisch begründetes Modell von Familie gegenübergestellt werden, welches die Prozesse in den Familien besser abbildet.

In meinen früheren Ausführungen zur Psychodynamik der Pflegebedürftigkeit, vorwiegend im Kontext der professionellen Pflege, habe ich zu verdeutlichen versucht, dass das emotionale Erleben von dauerhafter Pflegebedürftigkeit mit Regressionen einhergeht, das heißt mit dem Zurückfallen auf frühe Stufen der Abwehr von Ängsten und Schamgefühlen (vgl. Gröning 1999). Ich habe deutlich gemacht, dass die Regression ein Phänomen ist, welches Pflegeverhältnisse als Grundgefühl begleitet. Selbstverständlich spielen subjek-

tive und soziale Ressourcen eine wichtige Rolle. Soziale Kompetenz, Bildung, materielle Sorgenfreiheit und biografische Erfüllung entscheiden mit darüber, inwieweit es gelingt, die Regression zu reflektieren und zu kontrollieren und reifere Formen des Umgangs mit der Angst und mit der Scham zu finden. Indessen: Das Agieren der Ängste und Schamgefühle ist eine verbreitete Form, sich vom emotionalen Druck zu entlasten, den die Gewissheit über die dauerhafte Pflegebedürftigkeit und damit einhergehende zunehmende Abhängigkeit mit sich bringt. Für die Pflegepersonen und ebenso für die professionellen Pflegekräfte stellt dieses Phänomen der Regression jedoch die beachtliche Gefahr par excellence dar. Sie verstricken sich genau an dieser Stelle, wenn sie nicht aufpassen, und beginnen pathologische Beziehungsmuster.

Der Umgang mit Regressionen erfordert eine hohe Professionalität, denn Regressionen bedürfen der Einfühlung und der Strukturierung im direkten Kontakt. Gleichzeitig brauchen diejenigen, die Regressionen aushalten müssen, einen Ort zur Verarbeitung ihrer Gefühle. Schrittweise und ohne Gesamtkonzept ist dieser Notwendigkeit Rechnung getragen worden, wenn zum Beispiel Angehörigengruppen für Demenzerkrankte staatlich unterstützt werden. Insgesamt verweisen Gesellschaft und Staat die Regression aber in "den Schoß der Familie", das heißt, es herrscht die Vorstellung, dass Regression und regredierte Menschen am besten bei den Frauen und Müttern aufgehoben sind. Wie sagte der Kanzler: "Ministerium für Frauen und Gedöns".

Die Mystifizierung der Familie und die Überforderung der Pflegepersonen

Im Zentrum meiner Ausführungen steht die These, dass die Probleme der Pflegepersonen, ihre strukturelle Überforderung und Hilflosigkeit und die damit einhergehenden Familienkrisen mit einer funktionalen und sachlichen Konstruktion der Rolle der Pflegeperson zu tun haben, die sich an den Familienroman und an eine Mystifizierung von Familie unbewusst anlehnt und dabei die Frauen, Töchter und Schwiegertöchter als Container für gesellschaftliche Entwicklungen fest schreibt. Der Familienroman, in dessen Mittelpunkt die Idee der Bastion von Liebe und Zusammengehörigkeit gegenüber Gesellschaft, Geschichte und Kultur steht, lässt wesentliche Dimensionen der Familie unberücksichtigt und verstärkt dadurch die Regression, das heißt infantile Bilder und einfache, zur Erstarrung neigende Muster. In der Regel sind die regressiven Bilder mit Vorstellungen von Ordnung, von Ehre und von Lie-

be, also mit ewigen Werten verknüpft, die für die Familienbeziehungen meist unbewusst leitend sind. Familien entwickeln über den Familienzyklus hinweg ihre ganz eigenen Ideologien oder, dies ist ihre Chance, sie entwickeln neue Antworten.

Meine These ist nun, dass mit dem Pflegeversicherungsgesetz die Regressionen und nicht die Entwicklung neuer Antworten verstärkt worden sind. Pflegebereitschaft ist zwar im Kern ein wichtiges moralisches Potential von Frauen und Töchtern. Pflegebereitschaft kann aber zur Pflegefalle regredieren, wenn sie sich vorwiegend auf den Familienroman und auf damit einhergehende Familienideologien stützt. Genau diese Entwicklung war mit der Einführung des Pflegeversicherungsgesetzes aber abzusehen. Gerade im Zuge der Einführung der Pflegeversicherung haben einflussreiche Akteure sich auf den Standpunkt gestellt, dass die Familie der beste Pflegedienst insbesondere für alte Menschen ist und eine ganze Reihe von Fakten, die bereits in den 80er Jahren bekannt waren, in den Wind geschlagen. Dazu gehörten an herausgehobener Stelle die psychosozialen Belastungen der Pflege, hervorgerufen insbesondere durch die Dauer und Schwere dieser Pflege und die besondere Familiendynamik, das heißt die Wiederholung der infantilen und regressiven Konflikte.

Prävention, Bildung, Beratung von Familien mit einem Pflegebedürftigen haben in den Debatten um die Pflege kaum eine Rolle gespielt. Die Mikrostrukturen und Mikroprozesse in den Familien sind lediglich im Zuge einer Missbrauchs- und Gewaltdebatte punktuell diskutiert worden mit der praktischen Konsequenz der Pflegeeinsätze nach § 37 Pflegeversicherungsgesetz. Das bedeutet, dass auch die professionellen Dienste sich in dieser Debatte nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben. Anstelle sich der Frage zuzuwenden, wie denn pflegende Angehörige und Familien wirklich unterstützt werden können und wie Konzepte von ambulanter und stationärer Pflege aussehen können, haben die Professionellen lediglich zwei Rollen identifiziert: zum Einen die Rolle der Pflegenden als Ko-Klienten. Hier gab es Proteste und Empörung, weil die beratende und unterstützende Arbeit mit Angehörigen oder mit der Familie als Ganzes nicht finanziert wird. Zum Zweiten die Rolle der Rivalin, was die Pflegedienste zu einer Reihe von neurotischen Interaktionen veranlasst hat, zum Beispiel das Markieren der Vorlagen mit Stiften, um zu kontrollieren, ob die Angehörigen auch ihren Pflichten nachkommen. Sie bekommen schließlich Geld dafür! Die Zuspitzung des Pflegeversicherungsgesetzes auf die Leitbilder Markt und Familie hat Konzepte der Bildung, der Bera-

tung und der Arbeit mit der Familie als Ganzes zunächst verhindert. Stattdessen waren auf handwerkliche Fähigkeiten ausgerichtete Pflegekurse verpflichtend für die Pflegepersonen. Auch heute, wo in den Pflegekursen die Selbstpflege und die Aufklärung über die Möglichkeiten der Entlastung mehrheitlich verankert sind, leiden die Kurse konzeptionell unter einem Mangel an familiendynamischem Basiswissen, so dass sie kaum ein Gegengewicht zur Regression bilden, sondern der Familienroman als tragende Familienideologie erhalten bleibt.

Perspektive Gerechtigkeit und Fürsorge

Das moralische Potential der Pflegebereitschaft ist gesellschaftlich nützlich und damit gleich einer Naturressource ausbeutbar. Wenn Pflegebereitschaft nicht gerecht als Verantwortung aller Familienmitglieder sich entwickelt im Sinne, dass alle für alle sorgen, sondern sie als Eigenschaft einiger weniger Frauen in einer Familie definiert ist, die vielleicht sogar durch eine bestimmte Form der Lebensführung oder der Berufswahl für die Pflege prädestiniert erscheinen, dann ist die Gefahr einer Regression, einer Erstarrung von Rollen und einer Vereinsamung in der Rolle der pflegenden Tochter oder Schwiegertochter sehr hoch. Hierauf werden künftig Antworten zu entwickeln sein. Bisher ist die Pflegeversicherung im Konstrukt aber so geschnitten, dass sie die Regression verstärkt, denn sie definiert die häusliche Pflege nicht als gemeinsame Verantwortung aller Familienmitglieder oder als gemeinsames Projekt, sondern als Aufgabe maximal zweier Personen. Das Zusammenspiel von Pflegegeld und sozialer Absicherung der Pflegepersonen als Gratifikation mit der Tatsache, dass Pflege sich in der zweiten Hälfte des Lebenszyklus und am Ende des Familienzyklus abspielt, greift nicht nur in die Biografie der Pflegepersonen nachhaltig ein, sondern ebenso in das Rollen- und Positiongefüge innerhalb einer Familie.

Um meine These zu erhärten, werde ich aus dem Pflegeversicherungsgesetz all jene für die häusliche Pflege relevanten Bausteine vorstellen und die sich daraus ergebende Position der Pflegeperson skizzieren.

Familiendynamik und Geld

Theoretisch haben insbesondere Pierre Bourdieu (1997), Franz Schultheis (1993) und Marlies Kosmann (1999) darauf hingewiesen, wie sehr Familien durch eine Verknüpfung des Materiellen mit dem Psychischen betroffen sind. Alle Autoren haben sich mit der familiendynamischen Bedeutung

Kontakt:

Prof. Dr. Katharina Gröning
 Universität Bielefeld
 Fakultät für Pädagogik
 AG 7 Diagnose und Beratung
 33501 Bielefeld
 Tel.: 0521/106-3139
 (Sekretariat)
 Email: katharina.groening@uni-
 bielefeld.de

des Erbes befasst. Dabei haben Pierre Bourdieu und Franz Schultheis die Verknüpfung von psychischem mit materiellem Erbe betont. Marlies Kosmann beschäftigt sich in ihrer Dissertation vor allem mit der Benachteiligung von Frauen beim Erben. Insgesamt kann man sagen, dass die Übernahme des materiellen Erbes auch immer die Identifizierung mit dem Psychischen und Symbolischen bedeutet. So lebt der Erbe häufig das Leben, welches seine Eltern für ihn bestimmt haben. Er dient mit seinem Leben dem Erbe, das heißt dem Namen der Familie und verteidigt so ihre Position im gesellschaftlichen Raum. Frauen als Erben kommen in diesem patriarchalen Spiel, so Kosmann, nicht vor. Ihre klassischen Leistungen werden zu einem großen Anteil unentgeltlich erbracht. Trotz aller Versachlichung durch den Gesetzgeber ist die Verteilung des Erbes ein familiendynamischer Akt von existenzieller Bedeutung. Zugehörigkeit und Ausschluss, vor allem aber Macht und Führertum werden über das Erbe mitgeregelt.

Bisherige Studien haben gezeigt (vgl. Brömme 1999), dass das Pflegegeld als Anreiz für die Pflegemotivation eine geringe Rolle spielt. Die Frage, wer pflegt, wird anscheinend eher über das Erbe und die Erbdynamik ausgehandelt. Pflege steht in Abhängigkeit zu jenen familialen Rollen und Positionen, die mit der psychischen Bedeutung des Erbes verknüpft sind. Das heißt, die Pflegerolle wird in Familien vorher unbewusst festgelegt und lässt sich später nur noch wenig beeinflussen. Es ist insbesondere diese Verknüpfung der Pflegerolle mit den materiellen, sozialen und psychischen Dimensionen des Erbes, die das Pflegeverhältnis auf ein breites familiales Fundament stellt. Eine Pflegerolle steht so ohne Weiteres nicht zur Disposition. Allerdings sagen ebenfalls verschiedene Studien, dass die Frage, wer dann praktisch pflegt, nicht vom Erbe beeinflusst wird. So kann der Sohn Haus und Hof erben, sich aber wenig bis kaum an der praktischen Pflege seiner Eltern beteiligen. Dies erledigt seine Frau.

Meine These, die gegenwärtig zwar erst durch wenige, dafür aber sehr eindeutige empirische Belege erhärtet werden kann, ist, dass mit dem Geld der Pflegeversicherung insbesondere im Bereich der häuslichen Pflege die Rolle der Pflegeperson als Dienstleisterin der Familie festgeschrieben wird. Ihre Pflichten nehmen drastisch zu. Ihre Unterwerfung unter die Pflege wird durch den bescheidenen Betrag des Pflegegeldes rationalisiert. Die Mithilfe der anderen Familienmitglieder bei der Pflege, die eine Reproduktion der Pflegenden ermöglichen würde, scheint durch das Pflegegeld schwerer durchsetzbar. Und schließlich

wird ein Austausch und eine Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung suggeriert. Damit werden entscheidende Teile der Pflege wie auch der durchschnittliche Umfang der Pflege unbewusst.

Literatur

- Blüm, N.: Den größten und greifbarsten Erfolg bringt die Pflegeversicherung den Familien. In: Die Ersatzkasse, Nr. 1, 1995, S. 6-12.
- Bourdieu, P.: Widersprüche des Erbes. In ders.: Das Elend der Welt, Konstanz 1997, S. 651-659
- Braun, H. / Articus, S. (1983): Hilfeleistungen in Familie und Nachbarschaft. Forschungsbericht 24 der Konrad Adenauerstiftung
- Dies. (1984) : Die häusliche Versorgung pflegebedürftiger alter Menschen. Eine empirische Untersuchung der Erscheinungsformen, Probleme und Unterstützungsmöglichkeiten. Melle 1984
- Brömme, N.: Eine neue Kuotur des Helfens und der menschlichen Zuwendung. Über die sozialen Auswirkungen des Pflegeversicherungsgesetzes. Forschungsbericht des Institutes für Pflegewissenschaft der Universität Bielefeld
- Bundesministerium für Gesundheit (2001): Pflegeversicherung, Bonn November 2001
- Dörner, K.: Über die institutionelle Umwandlung von Menschen in Sachen. In: Frankfurter Rundschau vom 10. Nov. 1994, Dokumentationsseite 6.
- Evers, Adalbert. Die Pflegeversicherung. Ein mixtum compositum im Prozeß der politischen Umsetzung. In: Sozialer Fortschritt. Bonn 44 Jg. Heft 2, S. 23-28
- Frigger, E./Gröning, K.: Die Pflegeversicherung und die Arbeit von Sozialstationen. Eine explorative Studie zu den Sozialstationen in Essen und Umgebung. Diözesan Caritas Verband im Bistum Essen, Essen 1995
- Gröning, K.: Entweihung und Scham, Frankfurt 1998
- Kosmann, M.: Wie Frauen erben. Opladen 1998
- Hopfe, Christian (1995) Die Pflegeversicherung - ein Beitrag zum menschenwürdigen Leben bei Pflegebedürftigkeit. In: Zeitschrift für Sozialreform. Wiesbaden, 41. Jg., Heft 5, S 261-283
- Schultheis, F.: Genealogie und Moral, Familie und Staat als Faktoren der Generationenbeziehungen, in: Lüscher, K./Schultheis, F. (Hg.): Generationenbeziehungen in "postmodernen" Gesellschaften, Konstanz 1993, S. 415-434
- Seubert, H.: Zu Lasten der Frauen. Benachteiligung durch die Pflege alter Eltern. Kassel 1993
- Ristik, Bruno (1994) Die Pflegeversicherung. Ein Arbeitsbuch für Sozialstationen und ambulante Pflegedienste. Freiburg im Breisgau
- Seubert, S. Zu Lasten der Frauen. Die Benachteiligung von Frauen durch die Pflege alter Eltern.

* Dieser Artikel basiert auf einem Vortragsskript.

Katharina Gröning, Anne-Christine Kunstmann, Elisabeth Rensing

Modellprojekt

Qualitätssicherung in der häuslichen Pflege dementiell Erkrankter

Angesichts demographischer Prognosen und der mit dem "dreifachen Altern" moderner Gesellschaften (Naegle/Tews, 1993) gleichzeitig erwarteten Kostensteigerung im Gesundheitswesen wird pflegenden Angehörigen gegenwärtig eine in dieser Intensität neue Aufmerksamkeit zuteil. Die mit der Pflegeversicherung propagierten Steuerungsziele, die unter dem Stichwort einer ‚neuen Kultur des Helfens‘ ihren prägnanten Ausdruck finden, markieren in diesem Zusammenhang eine auf die pflegerische Arbeit der Angehörigen angewiesene Sozialpolitik, die den Vorrang der ambulanten gegenüber der stationären Pflege ausdrücklich betont.

Das Thema familiäre Pflege ist "weiblich". Zum Einen deshalb, weil auf der Basis traditioneller intergenerationaler Erwartungen und geschlechtsspezifischer Rollenverteilungen nach wie vor fast ausschließlich Frauen die Erbringung von solidarischen Hilfe- und Pflegeleistungen in der Familie gewährleisten. Conen (1998: 141) spricht hier von einer "Mehrfachbemutterung moderner Gesellschaften", der eine "männliche Verantwortungslücke für generative Verantwortungsbereiche" gegenübersteht. Zum Anderen zeichnet sich ein voraussichtlich anhaltender Trend zur Feminisierung des Alters ab. In der familialen Pflege dominiert entsprechend folgendes Muster: Frauen – im mittleren Erwachsenenalter – pflegen – alte und hochaltrige – Frauen.

Die politisch-gesellschaftliche Zielsetzung zur Förderung häuslicher Pflegearrangements findet ihre Entsprechung in dem Wunsch und der Erwartung vieler (älterer) Menschen, im Falle eigener Pflegebedürftigkeit möglichst lange in der häuslichen Umgebung leben zu können und gegebenenfalls dort gepflegt zu werden. Diese sich ergänzenden Entwicklungen werden durch die große Bereitschaft zur Übernahme von Pflegeverantwortung und der Aufrechterhaltung von teilweise erheblich belastenden Pflegearrangements durch pflegende Angehörige unterstützt. Dies gilt auch für die Pflege dementiell erkrankter Menschen, von denen die überwiegende Mehrheit von Angehörigen versorgt wird.

Damit ist grundsätzlich von einer hohen Leistungsfähigkeit des familialen Hilfesystems auszugehen, das in der Versorgung Hilfe- und Pflegebedürftiger eindeutig dominiert. Faktisch werden derzeit ungefähr 80% aller hilfe- und pflegebedürftigen Menschen in häuslichen Pflegearrangements versorgt. Von diesen Hilfebedürftigen werden wiederum rund zwei Drittel aus-

schließlich von ihren Angehörigen, d.h. ohne Einbeziehung professioneller Dienste, gepflegt.

Entsprechend sind pflegende Angehörige als wesentliche Garanten einer Qualitätssicherung in häuslichen Pflegearrangements und damit als relevanter Bestandteil des Systems pflegerischer Versorgung insgesamt zur Kenntnis zu nehmen. Gleichwohl sind die bestehenden Hilfesysteme, die für die pflegenden Familien entlastend und unterstützend wirken sollen, häufig funktional, expertokratisch und bürokratisch konzipiert. Die Hilfesysteme sind zudem vorrangig ökonomisch, an standardisierten Kosten-Nutzen-Überlegungen, orientiert. Die lebensweltliche Situation von Familien, die Bedeutung der Übernahme von Pflegeverantwortung als Einschnitt und Umbruch im familialen Gefüge und die durch die Pflegebedürftigkeit eines Familienmitglieds ausgelöste innerfamiliäre Dynamik drohen auch nach Einführung der Pflegeversicherung aus dem Blick zu geraten.

Sowohl in der Beratungspraxis als auch in der wissenschaftlichen Diskussion ist der Diskurs um die mit der familialen Pflege verbundenen Belastungen für die Hauptpflegeperson dominierend. Als besonders belastet gelten pflegende Angehörige dementiell erkrankter Menschen, für die ein großer Bedarf an unterstützenden und entlastenden Angeboten konstatiert wird (z.B. Rothenhäusler/Kurz, 1997; Meier, u.a., 1999). In Anbetracht ihrer erheblichen Beanspruchung und des hohen Konfliktpotentials, das fast zwangsläufig mit der Übernahme und Aufrechterhaltung der Pflegeverantwortung in Pflegearrangements mit dementiell Erkrankten verknüpft ist, werden die pflegenden Angehörigen entsprechend in wachsendem Maße als eigenständige Zielgruppe konzeptioneller Überlegungen berücksichtigt. Im Vergleich zum stationären Bereich stehen den Angehörigen dementiell erkrankter Familienmitglieder jedoch

Kontakt:

Prof. Dr. Katharina
Gröning
Dipl.-Päd. Anne-Christine
Kaufmann
Dipl.-Päd. Elisabeth
Rensing
Universität Bielefeld
Fakultät für Pädagogik
AG 7 Diagnose und
Beratung
33501 Bielefeld
Tel.: 0521/106-3139
(Sekretariat)
Email:
katharina.groening@uni-
bielefeld.de
anne-
christine.kunstmann@uni-
bielefeld.de
elisabeth.rensing@uni-
bielefeld.de

weniger Möglichkeiten einer fachlich angemessenen Hilfe zur Verfügung (BMFSFJ, 2001).

Seitens der Angehörigen wird ein außerfamiliärer Unterstützungsbedarf jedoch sehr deutlich wahrgenommen (z.B. Runde, 1996). Diese Erwartung der pflegenden Angehörigen kann als Indiz für die Begrenztheit familialer Ressourcen bzw. privater Unterstützungsnetzwerke insbesondere ‚im Konfliktfall‘ verstanden werden und verweist auf die Notwendigkeit angemessener Entlastungs- und vor allem frühzeitiger Beratungsangebote (Kunstmann/Rensing, 2000).

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung und Durchführung eines Beratungskonzeptes als familienunterstützendes Angebot zur erfolgreichen Gestaltung häuslicher Pflegebeziehungen mit demenziell erkrankten Menschen das wesentliche Ziel des im Auftrag des Ministerium für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes NRW durchzuführenden Projektes.

Pflegefähigkeit erscheint hier nicht nur als Pool von Fertigkeiten, sondern auch als mehrgenerationale familiäre Entwicklungsaufgabe, die alle Familienmitglieder angeht und bewusste innerfamiliäre Aushandlungsprozesse und Entscheidungen verlangt, statt mit dem Verweis auf Traditionen und ‚Selbstverständlichkeiten‘ gelöst zu werden. Dieses Verständnis verweist auf die Bedeutung von Beratungsangeboten und psychosozialen Hilfestellungen auf der Basis von Geschlechtergerechtigkeit und innerfamiliärer Gerechtigkeit sowie innerfamiliärer Entwicklung. Insofern werden in dem Forschungsprojekt die Pflegearrangements nicht nur als Beziehung Familie versus Staat bzw. als Beziehung Pflegebedürftige versus (weibliche) Pflegeperson betrachtet, sondern als ein sich aus Pflegebedürftigen, Familien und Kontext zusammensetzendes Beziehungsdreieck aufgefasst.

Eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Beratungspraxis hinsichtlich der Beratungsangebote, der Beratungskonzepte und der Beratungsformen sowie der Qualifikation der Beratenden verweist hier auf erhebliche Lücken. Dies gilt vor allem im Hinblick auf das Verständnis von Beratung im Kontext familialer Pflege. Die Lebenswelt der Angehörigen, ihre moralischen Bindungen und Geschlechtervorstellungen, also die innere Realität pflegender Familien, bleiben weitgehend unberücksichtigt.

Hier setzt das Projekt an. Im Projektverlauf werden zum Einen problemzentrierte, teilstrukturierte Interviews mit pflegenden Familien durchgeführt, in denen ethische, familiendynamische, frauenspezifische und generationenbezogene Aspekte der Pflege demenziell erkrankter Famili-

enmitglieder zu erfassen sind. Ergänzend werden die Erfahrungen pflegender Familien in „Pflegegeschichten“ gesammelt. Diese „Pflegegeschichten“ können sowohl in Form ausführlicher Beschreibungen der (Pflege)Beziehungen in der Familie oder als Schilderung der mit der familialen Pflege verbundenen Konsequenzen für das eigene Leben aber auch als Darstellung eines ‚typischen‘ Tagesablaufes, als kurze Schilderungen einzelner prägnanter Situationen oder herausragender Ereignisse verfasst sein sowie als Auszüge von Tagebüchern oder Briefen zur Verfügung gestellt werden. Zum Anderen wird die Bedeutung von Angehörigengruppen insbesondere für das Selbstbild der Pflegenden und ihre Verhandlungsfähigkeit in den Familien ermittelt. Von besonderem Interesse sind hier sowohl die im Rahmen der Angehörigengruppen bearbeiteten Themenschwerpunkte als auch die Reaktion bzw. Intervention der Beratenden. Mit entsprechenden Fragestellungen wird eine teilnehmende Beobachtung in verschiedenen Angehörigengruppen mit sozialpädagogischem Beratungsansatz angestrebt.

Neben diesen Forschungsschwerpunkten des Projektes wird die sogenannte „Kompetenzwerkstatt: Gerontopsychiatrische Familienberatung“ als berufsbegleitende Weiterbildung für MitarbeiterInnen im Qualitätssicherungsprozess im Bereich der häuslichen Pflege konzipiert und durchgeführt, so dass schon während des Projektes ein kontinuierlicher Theorie-Praxis-Transfer gewährleistet ist.

Ziel ist die Etablierung eines bedarfsgerechten, bedürfnisorientierten und phasenspezifischen Beratungsangebotes für Pflegenden demenziell erkrankter Menschen. Neben dem Ausbau von Fach- und Methodenkompetenzen stellt deshalb die Praxisentwicklung und -innovation insbesondere durch die Integration von Ansätzen der gerontopsychiatrischen Familienberatung im jeweiligen Arbeitsfeld der Teilnehmenden eine wesentliche Zielrichtung der ‚Kompetenzwerkstatt‘ dar. Die Kooperation verschiedener, mit häuslichen Pflegearrangements konfrontierter Berufsgruppen ist hier von entscheidender Bedeutung.

Abschließend wird auf der Grundlage der Ergebnisse der einzelnen Projektphasen ein integriertes Curriculum zur Angehörigenberatung erstellt.

Martina Kessel, Wiebke Kolbe

Historische Konstruktionen von Männlichkeit(en):

Forschungen am Arbeitsbereich Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechtergeschichte an der Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie, Universität Bielefeld

Im Arbeitsbereich Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechtergeschichte werden vornehmlich Projekte aus dem Zeitraum des 18. bis 20. Jahrhunderts bearbeitet. Die Themen stammen aus unterschiedlichen Bereichen der Geschichtswissenschaft, z.Zt. vornehmlich aus der Kultur- und Mentalitätsgeschichte, der Theorie der Geschichtswissenschaft, der Geschlechtergeschichte, der Geschichte des Wohlfahrtsstaates oder der Tourismusgeschichte.

Neu begonnene Projekte betreffen z.B. die Geschichte von Humor und Gelächter seit dem 18. Jahrhundert (Martina Kessel) oder die Geschichte von Seebädern im 19. und 20. Jahrhundert (Wiebke Kolbe).

Einen Schwerpunkt bildet zur Zeit die Erforschung der historischen Konstruktion und Wandelbarkeit von Männlichkeit. Die historischen Dimensionen von Männlichkeitsvorstellungen sowie der Lebenswelt von Männern werden ebenfalls in unterschiedlichen thematischen Kontexten erörtert. Die 2001 erschienene Habilitation Martina Kessels über Langeweile diskutiert u.a., wie bürgerliche und adlige Männer und Frauen im 19. Jahrhundert mit Zeit und Gefühlen umgingen. Eine Leitfrage ist, auf welche Weise gesellschaftliche Zeitstrukturen und die Vorstellungen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – also Vorstellungen, die die moderne Gesellschaft elementar prägen – durch die Kategorie Geschlecht mitkonstituiert sind und diese wiederum beeinflussen.¹ So zeigte sich, wie sehr die in westlichen Industriegesellschaften so selbstverständlich erscheinende lineare Zukunftsorientierung im 19. Jahrhundert männlich konnotiert wurde und welche Krisen männlicher Selbstwahrnehmung es auslöste, wenn die geschlechterspezifisch unterschiedliche Zeitcodierung in Frage gestellt wurde.

Diese Arbeit lieferte den Anstoß, systematischer über die ambivalente Konstruktion von Männlichkeit(en) in der modernen deutschen Geschichte nachzudenken. Dabei geht es vor allem um die Frage, inwieweit das gängige Modell der polaren, hierarchischen Geschlechterverhältnisse erweitert werden kann, um die Paradoxien moderner, stets begründungspflichtiger Geschlechterkonstruktionen ausloten zu können, die der komplexen Struktur des diskursiven Entwurfs der civil

society entsprechen. So scheinen Männlichkeitskonstruktionen im Kontext der bürgerlichen Kultur einerseits relational auf Weiblichkeit bezogen gewesen zu sein. Andererseits integrierte ein Entwurf des ‚ganzen Mannes‘ all die Elemente, die im polaren Modell als weiblich oder männlich konnotiert waren, und ermöglichte es dergestalt, eine männliche Welt ohne die gegenseitige Abhängigkeit der Geschlechter zu imaginieren.² Eine gerade am Arbeitsbereich begonnene Dissertation wiederum beschäftigt sich mit dem Entwurf männlicher Homosexualität im späten 19. und 20. Jahrhundert. Die Konstruktion verschiedener Männlichkeiten und der spannungsreiche Zusammenhang zwischen den als dominant oder als marginal entworfenen Sexualitäten werden aus dem zeitgenössischen Kriminalitätsdiskurs, der Rechtsdebatte, politischen Diskussionen sowie aus Selbstzeugnissen erarbeitet.³

Einen weiteren Aspekt der Erforschung von Männlichkeit thematisiert die 2002 erschienene Dissertation Wiebke Kolbes über Elternschaft im Wohlfahrtsstaat. Sie beschäftigt sich u.a. mit den historisch wandelbaren und national unterschiedlichen kulturellen und politischen Konstruktionen von Vaterschaft und fragt danach, welche normativen Vorstellungen von Vaterschaft bestimmte sozial- und familienpolitische Strukturen, Reformen und Debatten jeweils transportierten.⁴ Der Ländervergleich zwischen Schweden und der Bundesrepublik lässt die kulturelle Konstruiertheit von Männlichkeits- und Vaterschaftsvorstellungen, die zu Leitlinien wohlfahrtsstaatlicher Politik wurden und damit die Rahmenbedingungen für tatsächlich gelebte Vaterschaft absteckten, besonders deutlich werden: Während die (west-)deutsche Sozialpolitik traditionell Väter in ihrer Funktion als Familienernährer und -oberhaupt unterstütz-

Kontakt und Information:

Dr. Martina Kessel
 Dr. Wiebke Kolbe
 Universität Bielefeld
 Fakultät für
 Geschichtswissenschaft und
 Philosophie
 33501 Bielefeld
 Tel. 0521/106-3225
 Email: wkolbe@geschichte.uni-
 bielefeld.de;
 mkessel@geschichte.uni-
 bielefeld.de

te, fand sich diese Vorstellung in der schwedischen Politik der Nachkriegszeit kaum noch. Statt dessen wurden die schwedischen Väter seit den sechziger Jahren als wichtige emotionale Bezugspersonen für Kleinkinder entdeckt und konnten seit 1974 als weltweit erste bezahlten Elternurlaub nehmen, um ihre Kinder zu betreuen. Seit den achtziger Jahren konzentriert sich die einst mütterzentrierte schwedische Familienpolitik und -forschung zunehmend auf die Bedeutung von Vätern für die Sozialisation von Kleinkindern und versucht seit 1995 mit der Quotierung des Elternurlaubs die "Emanzipation" von Vätern im Sinne einer aktiven Vaterschaft zu forcieren. An der Väterzentriertheit der bundesdeutschen Politik hat sich dagegen in den letzten Jahrzehnten vergleichsweise wenig geändert; hier geht es auch weiterhin vor allem um Väter als Familienernährer, nicht als Bezugs- und Betreuungspersonen für Kleinkinder, wenngleich diese Vorstellung von Vaterschaft ebenfalls hinzugetreten ist und mit der Einführung des Erziehungsgeldes in den achtziger Jahren institutionalisiert wurde. Anders als in Schweden und im Gegensatz zur Rolle des väterlichen Familienernährers wird die praktische Umsetzung dieser Vaterschaftskonstruktion jedoch in der Bundesrepublik politisch kaum gefördert.⁵ Einen weiteren Themenkreis des Arbeitsbereichs bildet der Zusammenhang zwischen Kunst, Geschlechterkonstruktionen und Politik. Auf einer von Martina Kessel am Zentrum für Interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld am 28./29. Juni 2002 veranstalteten Tagung zum Thema "Kunst, Geschlecht, Politik. Männlichkeitskonstruktionen in der Moderne" diskutierten Kunsthistorikerinnen und Historikerinnen mit Medien-, Film- und MusikwissenschaftlerInnen zum einen, wie Künstlerentwürfe im 19. und 20. Jahrhundert aus geschlechtertheoretischer Perspektive aufzuschlüsseln sind. Zum anderen ging es um die Frage, welche unterschiedlichen, ambivalenten und z.T. konkurrierenden Männlichkeitsentwürfe in diversen künstlerischen Medien wie der Musik, der Photomontage oder dem frühen Stummfilm entworfen wurden, inwieweit sie ästhetischer Eigendynamik geschuldet waren und/oder sozio-politische Zusammenhänge reflektierten und mitbeeinflussten.⁶ Kunst und Geschlecht wurden seit der Renaissance meist zusammengedacht in der männlich konnotierten Figur des Künstlers als dem singulären, kreativen Individuum, wobei männliche Eliten durch die diskursive und symbolische Verknüpfung von Männlichkeit und künstlerischer Schöpferkraft gleichzeitig Autorschaft auch im gesellschaftspolitischen Bereich reklamierten. Allerdings lassen sich Entwürfe des männlichen Künstlers selten nur mit dem Beschreibungsmuster zweckrational-aktiver Männ-

lichkeit erfassen. Vielmehr wird gerade in diesem Kontext ein spannungsreicher Zusammenhang sichtbar zwischen einer systematisch aufrechterhaltenen Geschlechterdifferenz einerseits und einer durch Kunst oder andere soziale Praktiken beanspruchten ganzheitlichen Männlichkeit andererseits, die Eigenschaften wie Empathie, Empfindsamkeit oder Leidenschaftlichkeit, im polaren Modell weiblich konnotiert, für sich reklamierte. Das kann sowohl auf eine tiefgreifende Pluralisierung subjekttheoretischer Positionen verweisen als auch auf den Versuch, entweder durch die Integration weiblich besetzter Elemente in das Konstrukt von Männlichkeit eine ausschließlich männliche Moderne zu denken oder aber im Verhältnis zu konkurrierenden Entwürfen von Männlichkeit zu bestehen. Noch ist es eine weitgehend offene Forschungsfrage, wie augenscheinlich widersprüchliche und doch paradox aufeinanderbezogene Konzepte verknüpft waren: die Zementierung einer hierarchischen Geschlechterdifferenz auch durch Kunst und Künstlerentwürfe einerseits und der Versuch andererseits, ein ganzheitliches Männlichkeitskonstrukt zu entwerfen, das Männlichkeit und Weiblichkeit integrierte und daraus gesellschaftspolitische Ansprüche ableitete – möglicherweise in Konkurrenz zu anderen Männlichkeitsentwürfen – und doch – als subjekttheoretisch dominant gedachte Position – die Geschlechterdifferenz nicht aufhob. Da Kunst und Künstler kreative Subjektivität schlechthin verkörper(te)n, mochten die Auseinandersetzungen um Geschlechterrollen und -verhältnisse in der Kunst die Problematik des Entwurfs von Gesellschaft über Differenz sowie Konflikte um Autorschaft und Mitgestaltung womöglich noch pointierter zuspitzen als die Bildungs-, Arbeits- oder Familienfrage.

1 Martina Kessel, *Langeweile. Zum Umgang mit Zeit und Gefühlen vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert*, Göttingen 2001.

2 Vgl. dazu Martina Kessel, *Heterogene Männlichkeit. Skizzen zur gegenwärtigen Geschlechterforschung*, in: Friedrich Jäger, Jörn Rüsen (Hg.), *Sinn - Kultur - Wissenschaft*, im Druck; dies., *Der ‚ganze Mann‘. Die Sehnsucht nach einer männlichen Welt in Deutschland im 19. Jahrhundert*, erscheint in: *Gender & History*, 15, 2003, H. 1.

3 Die Dissertation stützt sich auf die Vorarbeiten des Bearbeiters in dessen Staatsexamensarbeit, vgl. Martin Lücke, *Mann-männliche Homosexualität im Kaiserreich*, Staatsexamensarbeit, Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie, Universität Bielefeld, WS 2001/2002.

4 Wiebke Kolbe, *Elternschaft im Wohlfahrtsstaat. Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich 1945-2000*, Frankfurt/Main, New York 2002.

5 Vgl. auch Wiebke Kolbe, *Vernachlässigte Väter? Vaterschaft in der Sozial- und Familienpolitik Schwedens und der Bundesrepublik Deutschland seit der Nachkriegszeit*, *Feministische Studien*, 18, 2000, H. 2, 49-63; dies., *Vaterschaftskonstruktionen im Wohlfahrtsstaat: Schweden und die Bundesrepublik in historischer Perspektive*, in: Peter Döge, Michael Meuser (Hg.), *Männlichkeit und soziale Ordnung. Neuere Beiträge zur Geschlechterforschung*, Opladen 2001, 183-199.

6 Vgl. Martina Kessel, *Kunst, Geschlecht, Politik. Männlichkeitskonstruktionen in der Moderne*, in: *ZfM-Mitteilungen*, H. 4, 2002, 5-10. Die Beiträge der Tagung werden veröffentlicht.

Torsten Wöllmann

Die andrologische Konstruktion von Geschlecht

Zur Medikalisierung von Männerkörpern

Mit der Andrologie wird die Fokussierung auf Männerkörper in der Biomedizin disziplinär verankert. Während sich die Gynäkologie als Fachdisziplin in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts etablierte, war der männliche Körper als Geschlechtskörper für lange Zeit kein explizites Objekt der Biomedizin, sondern ihre quasi geschlechtslose Norm. Entsprechend kümmerte sich um ihn kein besonderes Fachgebiet.

Seit den 1960ern allerdings gibt es Bestrebungen, die Andrologie zu institutionalisieren, wobei MedizinerInnen aus der Bundesrepublik Deutschland großen Einfluss hatten und haben. Seit den 1990ern ist die Festigung und der rapide Ausbau dieser ‚Biomedizin vom Mann‘ zu beobachten. Ilpo Huhtaniemi, von 1999 bis 2001 Präsident der International Society of Andrology, stellt fest: „Andrology has at last gained the position of an established clinical specialty. [...] Andrology is entering a growth phase as the new millennium starts.“ (Huhtaniemi 1999, S. 5) Verantwortlich für diese Entwicklung ist insbesondere die breite Anwendung neuer andrologischer Verfahren in der Reproduktionsmedizin, insbesondere der ICSI (dazu s. unten).

1. Dass Frauen innerhalb moderner westlicher Gesellschaften als „Andere“ galten und gelten, während Männer das Allgemeine, die universelle Norm repräsentier(t)en, ist eine immer noch einflussreiche Vorstellung – so auch in der Biomedizin.

Folgt man Laqueur, dann unterlag der Geschlechtskörper im Laufe des 18. Jahrhunderts einem grundlegenden Wandel: vom Ein-Geschlecht-Modell der Humoralpathologie zum modernen Zwei-Geschlechter-Modell. Es wurde erstmals diskret ein biologischer Männerkörper von einem biologischen Frauenkörper unterschieden (vgl. Laqueur 1992). Die Etablierung des Zwei-Geschlechter-Modells vollzog sich zwischen 1750 und 1850 insbesondere über die Entdeckung des Frauenkörpers durch Humanwissenschaftler und Anthropologen. Seit den 1820er Jahren schließlich trat dann die Gynäkologie ihren Siegeszug als allgemeine Wissenschaft vom Weibe an (vgl. Honegger 1991, S. 202ff.). Dieses biomedizinische Fachgebiet wurde konstituiert, indem es spezifische, nämlich vergeschlechtlichte Körper zum Zentrum seiner Wissensproduktion und materiellen Interventionen machte.

Die Medikalisierung des Frauenkörpers lässt sich als männliches Projekt begreifen, was sowohl Akteure als auch Diskurse betrifft. Männer übernahmen vormals von Frauen besetzte Machtpositionen medizinischer Versorgung (z.B. Geburtshilfe¹) und etablierten ein asymmetrisches Modell der Medikalisierung von Geschlechtskörpern. Asymmetrisch war das Modell auch in der Hinsicht, dass Männerkörper nicht auf vergleichbare Weise als Geschlechtskörper gedacht wurden. Biomedizin und -wissenschaften setzen nach wie vor Mensch mit Mann gleich und suggerieren die ‚natürliche‘ Leitfunktion von Männlichkeitsbildern – ein männlicher und zugleich geschlechtsloser Normkörper stellt die Messlatte der Biowissenschaften dar (vgl. Lemke 2000, S. 235f.; Lorenz 2000, S. 79).

Die Regulierung weiblicher Sexualität und Gebärfähigkeit war von wesentlicher Bedeutung für die asymmetrische Medikalisierung von Geschlechtskörpern – und ist es angesichts des biomedizinischen Großprojekts ‚Pille‘ und der Neuen Reproduktionstechnologien gerade heute. Die eingespielte Asymmetrie wird jedoch durch neue Entwicklungen im Feld der Biomedizin durcheinander gebracht. War die Reproduktion die ‚natürliche‘ Aufgabe der ‚Anderen‘ innerhalb der Geschlechterordnung, d.h. von Frauen, deren Körper entsprechend zugerichtet wurden und werden, so wird mittlerweile auch verstärkt auf Männerkörper im Interesse an ihren generativen Kapazitäten zugegriffen.

2. Nach ca. 250 Jahren ‚Sonderanthropologie vom Weibe‘ und Gynäkologie rücken mit der Andrologie nun auch Männerkörper als reproduktionsrelevante Geschlechtskörper in den Blick der Biomedizin. Prägende Bedeutung für die Benennung des neuen Fachgebiets hatte ein 1951 vom Bonner Gynäkologen Harald Siebke veröffentlichter Artikel. Darin forderte er bei der Sterilitätsberatung von Ehepaaren eine enge Kooperation von

Gynäkologie und Andrologie ein, wobei der Andrologie die Überprüfung der männlichen Zeugungsfähigkeit zukommen sollte (vgl. Siebke 1951).² Diese Schwerpunktsetzung wird auch deutlich im Titel der ersten nationalen wie internationalen andrologischen Fachzeitschrift: *andrologie. Zeitschrift für Probleme der Zeugungsfähigkeit des Mannes, ihrer Diagnose und Therapie, sowie verwandter Gebiete*, die von 1969 bis 1973 erschien. Aktuelle Gegenstandsbeschreibungen setzen diese Fokussierung fort:

„Andrologie umfaßt alle Bereiche der Medizin und der Naturwissenschaften, die sich mit den Fortpflanzungsfunktionen des Mannes unter physiologischen und pathologischen Bedingungen auseinandersetzen.“ (Statuten der Europäischen Akademie für Andrologie 1992, zit. nach Nieschlag 2000, S. 1)

Andere Beiträge bemängeln, dass die Konzentration auf Fragen der männlichen Fertilität „[a]lle anderen Krankheiten und Funktionsstörungen der männlichen Genitalorgane [...] unberücksichtigt“ (Krause 1996, S. 463) lässt. Doch die gegenwärtigen Wissens- und Interventionsobjekte lassen sich auf die ‚männlichen Genitalorgane‘ nicht begrenzen, sondern gehen auch darüber hinaus. Zu den Problemfeldern der Andrologie gehören neben Unfruchtbarkeit, Kontrazeption, Erektionsstörungen und Intersexualität auch ‚Pubertätsstörungen‘, sexuell übertragbare Krankheiten, ‚Andropause‘ (Wechseljahre bei Männern), Erkrankungen der männlichen Brustdrüse oder Störungen der ‚Androgenzielorgane‘ (inkl. Glatzenbildung) usw. (vgl. Krause 1996, S. 463; Nieschlag/Behre 2000).

Diese Problemfelder haben sich in unterschiedlichen historischen Konstellationen etabliert. Wann und wie Beziehungen zu Dermatologie und Venerologie, Gynäkologie, Urologie, Endokrinologie, Innerer Medizin, Embryologie oder Molekulargenetik aufgebaut, stabilisiert oder aufgelöst werden, war und ist von zentraler Bedeutung für die interne Entwicklung der Andrologie und ihrer Medikalisierungsprojekte.

„Die [für Deutschland charakteristische; T.W.] Entwicklung der Andrologie aus der Dermatologie beruht nach der gängigen Meinung darauf, daß der Dermatologe zugleich Venerologe war und als solcher die Folgen einer unbehandelten, d.h. mit Komplikationen einhergehenden Geschlechtskrankheit sah (hier vor allem die Gonorrhoe).“ (Schirren 1989, S. 9f.)³

War die Dermatologie für die Etablierung der Andrologie in Deutschland besonders wichtig, so spielen aktuell andere Felder eine ähnlich große Rolle. Ihre Bedeutung für die Andrologie ist dabei u.a. vermittelt über technische Verfahren.⁴ Ein Androloge, der die Entwicklung der Andrologie

über ihre Behandlungsverfahren periodisiert, kommt zu folgendem Bild:

„Andrology has traditionally been associated with semen analyses and treatment of male infertility and erectile dysfunction. Later it has been expanded to encompass all aspects of male reproductive health, including sexual differentiation, hypogonadism, contraception, sexually transmitted diseases, sexuality, and aging. The mile stones of andrology include the first semen analyses in the 20's, the first gonadotropin treatments of male infertility, the establishment of vasectomy as the standard method of male contraception in the 60's, intracavernous injections for the treatment of erectile dysfunction in the 80's, and finally the very recent establishment of intracytoplasmic sperm injection (ICSI) for the treatment of male infertility.“ (Huhtaniemi 1999)

Mit der ICSI ist jenes Verfahren benannt, dass wie keine andere Technik den Erfolg der Andrologie begründet hat. Bei der ‚intrazytoplasmatischen Spermatozoeninjektion‘ wird ein einzelnes Spermium in das Zellplasma der Eizelle injiziert. Seit der ICSI-Einführung 1992 sind verschiedene zuvor unbehandelbare Formen männlicher Infertilität biomedizinisch managebar geworden. Über 100 000 mit Hilfe von ICSI gezeugte Kinder sind seitdem weltweit geboren worden (vgl. Ludwig/Diedrich 1999). „Der infertile Mann kann heutzutage mit den modernen Techniken der Reproduktionsmedizin fast immer zu einem eigenen Kind kommen.“ (Bals-Pratsch u.a. 2000, S. 78; Hervorh. T.W.)

3. Der insbesondere durch die ICSI ausgelöste Andrologie-Boom wirft Licht auf die Gleichzeitigkeit von De-Naturalisierung menschlicher Körper und Re-Naturalisierung biologischer Geschlechterdifferenz. Durch spezifische Formen der Medikalisierung von Körpern, unter Rückgriff auf vorgängige Wissensformen und Erzählstrategien, Verfahrensweisen und institutionelle Kontexte erfindet die Andrologie gewissermaßen das materielle Substrat dessen neu, was üblicherweise ‚Mann‘ genannt wird. Nach weiblichen und intersexuellen Körpern (vgl. Fausto-Sterling 2000) dienen nun auch Männerkörper der Formierung wissenschaftlich-professioneller Felder.

Dermatologie und Venerologie wie auch Urologie sind zwar wichtige Herkunftsdisziplinen der Andrologie, haben als Konstitutionsprinzipien⁵ aber den Bezug auf Organe (Dermatologie: Haut; Urologie: Niere, ableitende Harnwege, äußere Geschlechtsorgane) und ihre Krankheiten (Venerologie: Geschlechtskrankheiten). Demgegenüber ist das Neue an der Andrologie, dass sie sich über die exklusive Medikalisierung vormals nicht explizit geschlechtlich markierter Körper konstituiert. Die

Andrologie stellt insofern einen Effekt der Übertragung des Systems der Zweigeschlechtlichkeit in die Biomedizin dar. Den zeitlich und räumlich spezifischen Regeln des Feldes gemäß wird das Wissens- und Interventionsobjekt Männerkörper hergestellt, monopolisiert – und nicht zuletzt naturalisiert.⁶

“WissenschaftlerInnen sind autorisiert, Erzählstränge und Wissensobjekte unter Berücksichtigung bestehender Regeln auszuarbeiten, in vorgegebene Erzählungen einzubetten und zu plausibilisieren [...]. Der Wissenschaftler garantiert als anspruchloser Zeuge im Bezeugen z.B. eines Experiments, dass die Repräsentation von Natur in diesem Fall der Wahrheit entspricht [...]. Dass es sich um eine Repräsentation handelt, verschwindet jedoch im Bezeugen, so dass das Beschriebene/Bezeugte als Tatsache und nicht als Repräsentation auftritt.” (Mauss 2001, S. 585)

Die Existenz von FrauenärztInnen und MännerärztInnen legt die Annahme der Existenz von Frauen- und Männerkörpern zumindest nahe.⁷

4. Was ist aus Sicht der Geschlechterforschung interessant an der Genese der Andrologie?

Einerseits wird das Unbenannte zum Benannten. Die durch das moderne System der Zweigeschlechtlichkeit hervorgebrachten Geschlechtskörper waren lange Zeit auf ungleiche Weise Gegenstand von Normierungen und sind es immer noch. Die Existenz der Andrologie stellt hier eine Verschiebung dar, wenn auch eine nicht notwendig progressive – treten Beiträge zur Naturalisierung von Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität doch deutlich hervor. Die Andrologie als “ein umstrittenes Feld voller innerer Konflikte und Widersprüche” (Scott 2001, S. 47) zu begreifen ermöglicht es, zu einer Einschätzung darüber zu gelangen, mit welchen gesellschaftlichen Entwicklungen die gegenwärtige Konstitution der Andrologie vereinbar ist und welchen sie eher entgegensteht.

“Die Naturwissenschaften sind eine Form von Wissen, dessen Ordnung auch eine Geschichte hat – nicht eine eng verstandene politische Geschichte (die Wissenschaft als simple Spiegelung sozialer Vorurteile behandelt), sondern eine Geschichte widerstreitender Konzepte und Organisationsprinzipien, eine Geschichte von Konflikten über die adäquate Repräsentation von Natur.” (Scott 2001, S. 48)

Zum Anderen ist für die Geschlechterforschung von Interesse, jenem Bereich der Geschlechterforschung einen neuen Aspekt hinzuzufügen, der sich mit den Worten Joan W. Scotts nicht damit begnügt, Körper “als irgendwie ‚natürlich‘ und entsprechend unhinterfragt links liegen” (Scott 2001, S. 43) zu lassen. Scott postuliert die Historisierung

“biologischen Wissens” und des “anatomischen Geschlechts” (Scott 2001, S. 47). Wird die Andrologie in diesem Sinne analysiert, dann lässt sich beschreiben, wie biomedizinische Professionalisierungsstrategien und Körperkonstruktionen verschränkt sind und Wirklichkeit gestalten.

Literatur

- Bals-Pratsch, Monika/Küpker, Wolfgang/Diedrich, Klaus (2000): Andrologische Therapie und Diagnostik. In: *Gynäkologie* 33, S. 77-78.
- Beaufäys, Sandra (1997): Professionalisierung der Geburtshilfe. Machtverhältnisse im gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß. Wiesbaden: DUV.
- Bourdieu, Pierre (1997): Die männliche Herrschaft. In: Dölling, Irene/Krais, Beate (Hrsg.): *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 153-217.
- Fausto-Sterling, Anne (2000): *Sexing the Body. Gender Politics and the Construction of Sexuality*. New York: Basic Books.
- Honegger, Claudia (1991): *Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib 1750-1850*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Huhtaniemi, Ilpo (1999): Message from the International Society of Andrology: Current Challenges of Andrology. In: *Asian Journal of Andrology* 1 (1+2), S. 3-5.
- Jequier, Anne M. (1990): Andrology: an new sub-specialty. In: *British Journal of Obstetrics and Gynaecology* 97, S. 969-972.
- Krause, Walter (1996): Andrologie – mehr als eine Behandlung männlicher Infertilität. In: *Fortschritte der Medizin* 114 (34), S. 463-464.
- Laqueur, Thomas (1992): *Auf den Leib geschrieben. Die Inszenierung der Geschlechter von der Antike bis Freud*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Lemke, Thomas (2000): Die Regierung der Risiken. Von der Eugenik zur genetischen Gouvernamentalität. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Ders. (Hrsg.): *Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 227-264.
- Lorenz, Maren (2000): *Leibhaftige Vergangenheit. Einführung in die Körpergeschichte*. Tübingen: edition diskord.
- Ludwig, Michael/Diedrich, Klaus (1999): In-vitro-Fertilisation und intracytoplasmatische Spermieninjektion. In: *Deutsches Ärzteblatt* 96 (45), S. A-2892-2901.
- Mauss, Bärbel (2001): Genomic Imprinting: Zur kulturellen Bedingtheit genetischer Konzepte. In: *Das Argument* 242, S. 584-592.
- Niemi, Mikko (1987): Andrology as a Specialty. Its Origin. In: *Journal of Andrology* 8, S. 201-202.
- Nieschlag, Eberhard (2000): Aufgaben und Ziele der Andrologie. In: Ders./Behre, Hermann M. (Hg.): *Andrologie. Grundlagen und Klinik der reproduktiven Gesundheit des Mannes*. 2. Aufl. Berlin u.a.: Springer, S. 1-9.

Kontakt:

Torsten Wöllmann, WHK
 Forschungsschwerpunkt
 „Dynamik der
 Geschlechterkonstellationen“
 sowie Fachbereich 12/Lehrstuhl
 Frauenforschung von Vertr.-Prof.
 PD Dr. Angelika Wetterer
 Emil-Figge-Str. 50
 Raum 4.448
 Universität Dortmund
 44221 Dortmund
 Fon: 0231-755 6576
 ,twoellmann@fb12.uni-
 dortmund.de;
 torsten.woellmann@ruhr-uni-
 bochum.de

- Nieschlag, Eberhard/Behre, Hermann M. (2000) (Hg.): Andrologie. Grundlagen und Klinik der reproduktiven Gesundheit des Mannes. 2. Aufl. Berlin u.a.: Springer.
- Schirren, Carl (1989): Einleitung. In: Geschichte der Andrologie in der Dermatologie unter spezieller Berücksichtigung der Situation in Deutschland (= andrologia 21. Supplement 1), S. 9-11.
- Scott, Joan W. (2001): Die Zukunft von gender. Fantasien zur Jahrtausendwende. In: Honegger, Claudia/Arni, Caroline (Hg.): Gender – die Tücken einer Kategorie. Joan W. Scott, Geschichte und Politik. Beiträge zum Symposium anlässlich der Verleihung des Hans-Sigrist-Preises 1999 der Universität Bern an Joan W. Scott. Zürich: Chronos, S. 39-63.
- Siebke, Harald (1951): Gynäkologe und Androloge bei der Sterilitätsberatung. In: Zentralblatt für Gynäkologie 73 (5a), S. 633-637.
- Stichweh, Rudolf (1994): Wissenschaft, Universität, Professionen. Soziologische Analysen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

1 Während bis zum 18. Jahrhundert Geburt und Geburtshilfe in West- und Mitteleuropa nahezu ausschließlich in den Händen von Frauen lagen, wobei Hebammen Expertinnen dieses Wissens waren, wurde im 19. Jahrhundert im Zuge von ärztlicher Professionalisierung, Verwissenschaftlichung und der Einführung von Geburtshäusern die ‚Vermännlichung‘ der Geburtshilfe durchgesetzt (vgl. Beaufäys 1997, S. 95). Dieser Prozess war Moment der Erfindung des Frauenkörpers (inkl. Natur bzw. Körper = Frau) und seiner Unterwerfung unter/durch den bürgerlichen Mann.

2 Eine frühere biomedizinische Verwendung des Begriffs ‚androgyny‘, nämlich durch die *Section of Andrology in the Congress of American Physicians and Surgeons*, ist für 1891 nachgewiesen (vgl. Niemi 1987). Diese Verwendung ist aber nicht geschichtsmächtig geworden.

3 Im angelsächsischen Raum ist die Andrologie hingegen primär aus der Urologie hervorgegangen (vgl. z.B. Jequier 1990, S. 670).

4 Anfangs wurde die Andrologie auch als Spermatologie bezeichnet, doch mit der Einführung weiterer Techniken erweiterte sich das Bild von ihr: „Man erkannte zahlreiche Aspekte spezifisch männlicher Krankheiten, die die ursprüngliche Rolle der Andrologie als ‚Samenzellzählkunde‘ weit überstiegen.“ (Krause 1996, S. 463)

5 Hinsichtlich der Differenzierungsprinzipien der Biomedizin lehne ich mich an Stichweh an (vgl. Stichweh 1994, S. 312).

6 „Die Definition des Körpers selbst, der leibhaftigen Stütze der Naturalisierungsarbeit, ist, vor allem was die sexuelle Dimension betrifft, in der Tat das Produkt einer umfassenden gesellschaftlichen Konstruktionsarbeit.“ (Bourdieu 1997, S. 175) Hier ist besonders die Naturalisierungsleistung biowissenschaftlicher, also in Bezug auf Natur/Leben/Körper definitionsmächtiger Felder von Interesse – ein Aspekt, den Bourdieu in seinen Ausführungen zur männlichen Herrschaft vernachlässigt (obwohl er auf objektive Strukturen eingeht, z.B. die vergeschlechtlichte und vergeschlechtlichende Struktur sozialer Räume).

7 Zudem normalisieren die sich über die Medikalisierung von Geschlechtskörpern konstituierenden Felder Gynäkologie und Andrologie sowohl Körper (durch medizinische Eingriffe) als auch Körperrepräsentationen.

Irmgard Nippert, Birgit Edler (Institut für Humangenetik, Arbeitsgruppe für Frauengesundheitsforschung, Universitätsklinikum Münster),
Claudia Schmidt-Herterich (Interessenverband Contergangeschädigter und deren Angehöriger Köln e.V.)¹

40 years later: the health related quality of life of women affected by thalidomide

This paper is dedicated to the memory of Widukind Lenz

Almost 40 years ago, in November 1961, thalidomide, West Germany's best-selling sedative was withdrawn from the markets.

Introduction, Historical background

Until then thalidomide had been marketed in 46 countries world-wide, including Europe, the British Isles, Australia, Asia, Africa, the Americas, Canada, and New Zealand. In some countries, it was available on prescription only, in other countries, including Germany, it was sold over the counter. Thalidomide was used and recommended for a variety of ailments, but predominantly as a safe tranquilizer and sleeping pill devoid of the known toxic side effects of barbiturates. Thalidomide was first released in Germany by the end of 1957 and sold under the name Contergan. Its 'safer than other sedatives' marketing strategy had been highly successful and sales had increased on a massive scale in Germany and internationally as well. About a year after the release of Contergan, first complaints of side-effects, mostly peripheral neuropathies, appeared and were brought to the attention of the manufacturer, Chemie Grünenthal, who dismissed the claims of an association between the intake of thalidomide and polyneuritis as unsubstantiated.

By the end of 1959 and in 1960 more and more pediatricians were starting to see newborns with limb and ear malformations that most of them had never seen before in their entire time of practice. These first cases were believed to be random cases of phocomelia, severe but rare limb defects of genetic origin. The medical community was unaware that they were seeing the first victims of an unfolding epidemic of congenital malformations caused by the teratogenic effects of thalidomide. The spectrum of malformations attributable to thalidomide includes severe deformations such as absence of ears and deafness, defects of ocular and facial muscles, absence or hypoplasia of the arms, defects of the femur and the tibia, malfor-

mations of the heart, bowels, uterus and gallbladder. Thalidomide causes different malformations during fetal development, the individual type of malformation depending on the time of intake by the mother. It only causes malformations if taken within a time period from day 35 to day 49 after the last menstruation, if taken before or after that period no malformations occur.

In Germany, pediatricians with training in clinical genetics, were mystified by the apparent outbreak of phocomelia. One of them, Widukind Lenz, started to investigate the prevalence at birth of phocomelias in Hamburg. In Germany, a country that even today does not keep population-based registers of infants born with congenital malformations, this was a daunting task. But the statistics assembled by Lenz were telling: from 1930 to 1955 the city's 212.000 birth records reported only 1 case of phocomelia; between September 1960 and October 1961 among 6.420 babies born, 8 cases had been reported. Led by this statistical evidence Lenz began to interview mothers of affected children and even placed ads in newspapers to search for more recent cases. When Lenz started to interview the mothers, he did not have a clue what may have caused the sudden rise of phocomelias. He did not ask methodically about drug intake, until a woman told him that she had taken Contergan during her pregnancy and because she had experienced peripheral neuritis she had been very worried about the health of her baby. With that information as a possible clue, Lenz began to reinterview the women inquiring specifically about Contergan intake. He found out that 14 mothers had taken the drug. By November 16, 1961, he felt certain enough to inform Grünenthal about his findings and expressed his concern that any delay in withdrawing the drug from the market could result in potentially harming hundreds of unborn

children. In Lenz's opinion, Contergan should be withdrawn immediately. In a letter he wrote on that day to Grünenthal he stated: "In view of the incalculable human, psychological, legal and financial consequences of this problem, it is, in my own opinion, indefensible to wait for a strict scientific proof of the harmfulness or harmlessness, as the case may be, of Contergan. I consider it necessary to withdraw the medicament from sale immediately, unless its harmlessness as a teratogenic agent in man is conclusively proved" [1, pp. 99-100]. In Lenz's own words, it took 10 more days of intensive discussions with representatives of Grünenthal, who were fiercely resisting the withdrawal of their highly profitable drug, and with German health authorities before the drug was withdrawn from the market, a decision largely due to reports of Lenz's findings in the popular press [1, p. 39; 2].

The evidence Lenz had put forward was supported by other independent observations. In December 1961, *The Lancet* published a letter to the editor by W. McBride, an Australian obstetrician, expressing his opinion that thalidomide was causing congenital malformations [3]. Also in December, *The Lancet* and the *British Medical Journal* [1, p. 105] announced the withdrawal of thalidomide from the British market.

The epidemic of limb malformations that had followed the increasing sales figures of thalidomide was now expected to end in late summer 1962 and so it happened. In August 1962, Helen Taussig wrote in the *Scientific American* 'For most people, the story of thalidomide has ended. The tragedy will go on, however, for the infant victims of the 'harmless' sedative and their families for the rest of their lives.' [4, p. 13].

More than 10.000 thalidomide-impaired babies were born worldwide and about 40% of them have died before their first birthday [5]. It is estimated that about 5.000 survived childhood.

In Germany a criminal trial of executives of Grünenthal was opened in 1968. The case was that "they had put on sale a drug which caused an unacceptable degree of bodily harm without having tested it properly, and that they had failed to react to information on side effects in due time, and instead had tried to suppress information" [5]. By the end of 1970, the proceedings of the trial were suspended for good. Neither a verdict of guilty nor an acquittal was rendered as Grünenthal and the attorneys representing the plaintiffs had settled for an out-of-court agreement. In 1971, the foundation "Hilfswerk für behinderte Kinder" (Founda-

tion for Handicapped Children) was established by the German government. The foundation was set up to design a compensation scheme funded by the money Grünenthal had agreed upon to contribute and by additional financial support provided by the Federal Government. A total of 2.866 thalidomide victims were finally covered by the scheme and by the early 1990s more than 500 million DM (about 255.646.000 EURO) had been paid [5].

In July 1998, the US Food and Drug Administration (FDA) approved thalidomide for the treatment of patients with leprosy. In order to prevent the recurrence of birth defects, the manufacturer, Celgene, has developed a unique distribution protocol named the System for Thalidomide Education and Prescribing Safety (STEPS) [4, p. 156 ff.]. STEPS was developed in collaboration with the FDA and thalidomide patient organizations and includes a short videotape in which a woman impaired by thalidomide demands extreme caution against pregnancy while taking thalidomide. Today thalidomide is prescribed for more than 130 different conditions including a variety of autoimmune diseases and is standard protocol in myeloma treatment in cancer clinics [4, p. 194]. A large number of new clinical trials have been initiated since FDA approval 3 years ago. In 2001, the potential clinical applications of thalidomide are steadily rising.

Meanwhile, the thalidomide victims who survived are reaching middle age. So far, no study has been published that has investigated how they have fared in major areas of life such as education, employment, marital relationships and reproduction and above all, their health-related quality of life. Especially women impaired by thalidomide may be at a special disadvantage because of a combined discrimination based on gender and disability. Because of increasing reports from various thalidomide support groups about deteriorating health, especially about degenerative diseases that start to afflict distorted skeletons and strained cartilages, including reports about increasing problems to find health professionals who are familiar with thalidomide-related impairments, a survey to document the health-related quality of life of women affected by thalidomide was undertaken in 1998-2000.

The study was funded by a grant awarded by the Innovative Medizinische Forschung (Innovative Medical Research)- fund of the Medical Faculty of the Westfälische Wilhelms-Universität Münster and by a grant from the Ministry of Education, Science and Research of the state of Nordrhein-Westfalen.

Methods

Data-collecting instruments:

One of the main objectives of the study was to evaluate the health-related quality of life among women impaired by thalidomide and to compare it with non-affected women born at the same time using the WHO QOL-BREF instrument. The WHO QOL-BREF is designed to assess quality of life in health and health care in different cultures, environments and populations including groups with different diseases and disabilities [6]. It is an abbreviated version of the WHO-QOL-100 quality of life instrument developed by the World Health Organizations Quality of Life Group [7]. It is currently available in over 30 different languages, allowing results from different populations and countries to be compared.

The WHO QOL-BREF contains 26 items and is scored over four major domains: physical health, psychological well-being, social relationships and environment, and produces a global quality of life score, as well. Domain scores are scaled in a positive direction, higher scores signify a higher quality of life with the highest possible score being 100. The WHO QOL emphasizes the importance of the individuals' perception of health and well-being. Quality of life is defined by this approach as the individuals' perception of their position in life in the context of the socio-cultural value systems they live in and in relation to their own goals, standards, expectations and concerns. Permission to use the WHO QOL-BREF was obtained by the German national center of WHO-QOL-groups at the Universitätsklinikum, Klinik und Poliklinik für Psychiatrie, Leipzig.

The WHO QOL-BREF was incorporated into a larger questionnaire that included:

- 13 items to document the socio-economic status of both samples including education, current type of employment, sources of income, housing, family and household size;

- 12 questions that were exclusively addressed to the sample of women affected by thalidomide. These questions were designed in order to yield specific data with regard to thalidomide-related impairments. Because of this specificity, they were not included in the control group questionnaire. The questions allow the description of intra-group and differences in characteristics only. Items included were: current medical conditions, access to health professionals familiar with thalidomide-related impairments, past and present experiences with health care professionals, un-

met health needs, availability and dependence on personal assistance, anticipated future health problems due to current thalidomide-related impairments.

Discussion

The findings of this study clearly show that the quality of life in health and in health care was judged significantly poorer by women impaired by thalidomide than by women of the same age from the general population residing in the same area. Women affected by thalidomide-related impairments had significantly lower global WHO QOL and physical health scores as compared to their statistical twins.

They are significantly less frequently married, have fewer children, live in smaller households on smaller net incomes, are less mobile and are more likely to report difficulties in obtaining the relevant information they need in everyday life. However, women impaired by thalidomide are more likely to be satisfied with their safety in daily life, with their physical environment, with their living conditions and the support they get from their friends. They seem to have succeeded in establishing a network to obtain social support and help through private relationships. Whether or not these relationships are at risk of becoming strained in the future due to deteriorating physical conditions remains to be seen. Women affected by thalidomide clearly dread to become increasingly dependent on help by their personal assistants. Although the majority expresses fear of being less able in the future to work, to pursue leisure activities and to meet daily tasks, their overall psychological well-being does not seem to be negatively influenced by this anticipation. At least it is not different from that of their controls. This finding can be interpreted as an indicator for successfully acquired coping mechanisms. Whether this will change within an aging thalidomide population remains to be seen.

Women impaired by thalidomide suffer from chronic pain because of a steady deterioration of bones and muscles and are more likely to be in need of health care and medical treatment than their peers. But they have difficulties in finding health professionals who are familiar with conditions related to thalidomide impairments. A substantial number reported deteriorating conditions over the last 12 months. Because of gradual deterioration, those who are employed are facing an uncertain future in regard to their ability to remain in the workforce. As thalidomide-impaired women are very likely to require more health and support

Kontakt und Information:

Prof. Dr. Irmgard Nippert
 Universitätsklinikum Münster
 48149 Münster
 Germany
 Tel.: 0251/83-55408
 Email: nippert@uni-
 muenster.de

services in the future, the problem of finding appropriate medical care will become more urgent. At a time when thalidomide is enjoying a renaissance, is tested in numerous clinical trials and used as an experimental drug of last resort for an increasing number of conditions, ironically the specific health needs of women impaired by thalidomide are in danger of being neglected. The time for action to improve the medical community's knowledge on the health problems of women impaired by thalidomide and for clinical investigations on how to prevent premature musculoskeletal deterioration is now.

Acknowledgements

The authors wish to thank 'Interessenverband Contergangeschädigter Nordrhein-Westfalen e.V.' and all the woman who participated in the study.

References

- The Insight Team of The Sunday Times: Suffer the children: The Story of Thalidomide. London, André Deutsch Limited, 1979.
- Mißgeburten durch Tabletten. Welt am Sonntag, 26. November 1961.
- McBride WG: Thalidomide and congenital abnormalities. *Lancet* 1961;II:1358.
- Stephens T, Brynner R: Dark Remedy. The Impact of Thalidomide and Its Revival as a Vital Medicine. Cambridge, Perseus Publishing, 2001.
- Lenz W: The History of Thalidomide. Extract from a lecture given at the 1992 UNITH Congress in Amsterdam. <http://www.thalidomide.ca/history.html>
- The WHO QOL Group: Development of the World Health Organization WHO QOL-BREF quality of life assessment. *Psychol Med* 1998; 28:551-558.
- WHO QOL Group: The development of the World Health Organization quality of life assessment (the WHO QOL); In: Orelly J, Kuyken W (eds): QOL Assessment: International Perspectives. Heidelberg, Springer, 1994, pp 41-57.

¹ Bei diesem Aufsatz handelt es sich um eine gekürzte Version. Die vollständige Fassung wird in der Zeitschrift *Community Genetics*, Vol. 5, No. 4, 2002 erscheinen.

Christina Stecker

Forschungsprojekt:

Gesellschaftlicher Strukturwandel und Geschlechtergleichheit – Die Rolle des Nonprofit- Sektors

Zwischen Arbeitsmarkt und Bürgergesellschaft kommt dem Dritten oder Nonprofit-Sektor eine wichtige Rolle zu. Aktuelle Studien weisen Dritte-Sektor-Organisationen meist als Anwälte unterprivilegierter Schichten und Gruppen in der Bevölkerung, als Infrastruktur für die Bürgergesellschaft und für soziale Kohärenz sowie als Testfeld für Übergänge von freiwilliger Tätigkeit und flexiblen Formen von Arbeit aus. Hinsichtlich des zunehmenden Bedarfes an personennahen und sozialen Diensten zeigt sich die Bedeutung des Dritten Sektors sowohl für die Angebots- wie für die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes.

Da berufliche Karrieren zunehmend Brüche aufgrund von Arbeitslosigkeit, Krankheit, schulischer und beruflicher Ausbildung, Mutterschaft u.a. aufweisen, offeriert der Sektor Möglichkeiten für den Übergang, die seiner innovativen und flexiblen Gestaltung von Arbeitsbeziehungen geschuldet sind. Aufgrund der skizzierten multiplen Funktionen kann angenommen werden, dass dem Sektor somit ein hohes gesellschaftliches Transformationspotential zukommt.

Obwohl der Sektor ebenfalls für seine frauenspezifische Relevanz bekannt ist, besonders in den Feldern Gesundheit und soziale Dienstleistungen, bildete die Beziehung zwischen Arbeitsmarktteilhabe, personennahen Dienstleistungen und der Kategorie Geschlecht weniger ein Thema. Es ist nicht das Ziel des geplanten Projekts zu hinterfragen, warum Gender bislang kaum Gegenstand der Analyse ist. Das Erkenntnisinteresse richtet sich vielmehr auf die tatsächliche und mögliche Rolle von Nonprofit-Organisationen, den gesellschaftlichen Strukturwandel in Richtung Geschlechtergerechtigkeit direkt und indirekt zu begleiten. Die zu prüfende These lautet hierbei: Wenn Dritte-Sektor-Organisationen tatsächlich eine Wirkung in Bezug auf Geschlechtergleichheit entfalten, dann lassen sich die Ursachen hierfür nicht nur messen, sondern sie müssten sich auch deutlich gegenüber Markt und Staat abheben. Zur Operationalisierung der Fragestellung und Überprüfung der These sollen auf Basis von Ansätzen der Karriere- und Elitenforschung und der Netzwerkanalyse Kriterien entwickelt werden, die valide genug sind, entweder quantitativ oder qualitativ (oder beides) dem Nonprofit-Sektor eine signifikante Rolle im gesellschaftlichen Strukturwandel der Geschlechterverhältnisse zu attestieren. Zunächst wird es darum gehen, die quantitative Struktur des Arbeitsmarktes und der Arbeits-

verhältnisse in den Sektoren Markt, Staat und Dritter Sektor hinsichtlich der Geschlechterdifferenz zu analysieren. Dies betrifft neben der bekannten geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktsegregation, die Betrachtung der Anteile von Frauen an Leitungs- und Führungspositionen sowie die Sichtung theoretischer und ggf. empirischer Literatur zu den strukturellen Verhinderungsfaktoren und den politischen und ökonomischen Gründen zur Frauenförderung auf Führungsebene. Hinsichtlich der qualitativen Erfassung der möglicherweise besonderen Rolle des Nonprofit-Sektors ist daran gedacht, anhand einer Expertinnenbefragung und/oder qualitativer, leitfadengestützter Interviews auf Personalratsebene die Voraussetzungen und persönlichen Umstände solcher Frauen zu erfassen, die eine wichtige Einfluss-, Führungs- oder Leitungsfunktion in ihrer gemeinnützigen Organisation einnehmen. Hierbei ist darauf zu achten, dass die spezifischen Zugangsbedingungen zur "Arbeit" im Ersten, Zweiten oder Dritten Sektor berücksichtigt werden. Denn oftmals sind Leitungsfunktionen in Vereinen, Verbänden, Stiftungen etc. ehrenamtlich organisiert, so dass ohnehin diese Besonderheit des Sektors (ehrenamtliches Personal) sicherlich nicht unwesentlich für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und einen möglicherweise "niedrigschwelligeren" Zugang zu Leitungsfunktionen darstellt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt des geplanten Projektes ist noch unklar, ob und gegebenenfalls wie eine Eingrenzung auf bestimmte Felder der gemeinnützigen Aktivität notwendig und sinnvoll ist und/oder ob anhand ausgewählter Fallbeispiele biographiespezifisch Interpretationsarbeit in Bezug auf Zugangsvoraussetzungen geleistet werden muss. Anregende Kritik und weiterführende Hinweise hierzu sind jederzeit willkommen.

Kontakt:

Dr. Christina Stecker
Institut für Politikwissenschaft
Westfälische Wilhelms-Universität
Münster
Platz der Weißen Rose
48151 Münster
Tel.: 49(0)251/83-25 320
Fax: 49(0)251/83-29 356
eMail: cstecker@uni-muenster.de

Gabriele Mentges, Birgit Richard

Forschungsprojekt:

Uniform in Bewegung. Zum Prozess der Uniformität von Körper und Kleidung.

Seit dem 15. Mai 2002 hat am Institut für Textilgestaltung und ihre Didaktik/ Vergleichende Textilwissenschaft/kulturgeschichtlich das Forschungsprojekt "Uniform in Bewegung. Zum Prozess der Uniformität von Körper und Kleidung" begonnen, das von der VW-Stiftung mit 550.000 Euro über den Zeitraum von drei Jahren finanziert wird.

Konzipiert ist das Projekt als interdisziplinäre Kooperation zwischen den Disziplinen der Ethnologie, Kunstpädagogik, Medienwissenschaft, Kulturanthropologie des Textilen (Institut Textilgestaltung) und Volkskunde unter der Leitung von Prof. Dr. Gabriele Mentges (Universität Dortmund) und Prof. Dr. Birgit Richard (Universität Frankfurt). Die Möglichkeit, ein umfangreiches Forschungsprojekt zu entwickeln, verdankt sich u.a. dem seit elf Jahren bestehenden, neu eingerichteten Studiengang Magister/Promotion für Vergleichende Textilwissenschaft/kulturgeschichtlich. So sind auch die meisten Stellen im Projekt zur wissenschaftlichen Nachwuchsförderung (Promotion) eingeplant. Eine zusätzliche Stelle ist der Erforschung der wissenschaftlichen Kooperation und Vermittlung der Projektforschungsergebnisse im Kontext neuer Kommunikations- und Medientechnologien gewidmet.

Das Forschungsvorhaben nimmt seinen Ausgangspunkt an der öffentlichen Diskussion zum Problem Individualisierung, rollt die Problematik jedoch von der anderen Seite, der Uniformität, her auf. Der Blick der Untersuchung richtet sich auf die gegenwärtigen und historischen Uniformierungsprozesse, die sich in Kleidungskulturen und Körperbildern manifestieren, und auf die entsprechenden Gegenstrategien oder ihre Subversion.

Der für das Projekt entwickelte Begriff Uniformität knüpft an seine begriffsgeschichtliche Herleitung aus dem Umfeld des Militärischen an, wird jedoch darüber hinaus als ein grundsätzliches kategoriales Konzept verstanden, dem bestimmte soziokulturelle Ordnungs- und Orientierungsmodelle zugrunde liegen. Seit der Entstehung stehender Heere wird der Begriff der Uniform für das Kleid des Soldaten verwendet. Für die Uniformität als der allgemeineren Kategorie lässt sich keine ein-

deutige historische Einbettung finden. Uniformität und Uniform jedoch hängen, wie es auch die Definition von Diderot in seiner Enzyklopädie deutlich macht, zusammen. Er stellt der Uniformität die Vielfalt (*variété*) gegenüber und stellt sie in Zusammenhang mit Raum und Zeit. Uniformität ist daher eng verbunden mit der Kategorie der Territorialität, d.h. mit sich neu formulierenden Raumsprüchen und Mobilität, wie es die Herausbildung des modernen absolutistischen Heereswesens bezeugt. Und sie ist Ausdruck und visuelle Manifestation der sich verfestigenden Macht des absolutistischen Staates.

Sie, so das bisherige Ergebnis, ist im Kontext bestimmter historisch-kultureller Konstellationen von Staat und Militär geboren und hat als Strategie maßgeblich zur Durchsetzung von Modernisierungsprozessen in wirtschaftlichen, sozialen wie kulturellen Sektoren seit dem 19. Jahrhundert beigetragen. Die Uniformierung steht in engem Zusammenhang mit der Ausbildung der Mode, genauer gesagt des modischen Massenbedarfs. Für die ersten stehenden preußischen Berufsheere wurden standardisierte Kleidungsmaßsysteme entwickelt (Krause), um den Massenbedarf an Soldatenkleidung rationell und preisgünstig zu befriedigen. Die Fragestellung des Projektes fokussiert in allen Themenfeldern daher diese Verbindung von Körper und Kleidung, bzw. die Zurichtung und Disziplinierung des Körpers mittels der Uniformierung.

Das Projekt selbst nimmt jedoch nicht die historischen Phänomene der Uniformität ins Visier, sondern startet vielmehr mit seinen Untersuchungen in der aktuellen Moderne, für die folgende Bereiche als Untersuchungsfelder gewählt wurden: Wirtschaft: Unternehmenskultur und Corporate Fashion; Religion: die derzeitige Anpassung der Nonnentracht an die Alltagskleidung; Konsum und Jugendkultur: Kleidungsstrategien und ästhetische Körperpraktiken in Jugendszenen der 90er Jahre; Kunst und Medien: Uniformierungsstrategien von Netzkünstler/innen.

Die Frage nach dem Geschlecht bildet eine der grundlegenden Fragestellungen, die sich durch alle Projektthemen zieht, da über Geschlecht die

entscheidende Differenz in der klassischen Uniformität (Militär) hergestellt wurde. Wie sozialhistorische Untersuchungen belegen, war das Militär das allgemeine Orientierungsmuster für die Herausbildung des traditionellen männlichen Habitus mit seinen spezifischen Werten und Normierungen wie Härte, Disziplin, Tapferkeit, Mut. Weiblichkeit war hier das per se Ausgeschlossene. Diese strenge Dichotomie scheint heute als Prinzip der Uniformierung aufgebrochen; stattdessen wird versucht, Differenz, d.h. auch Geschlecht als geplante Größe einzubauen. Allerdings kommt vielfach in Bezug zur Integration von Weiblichkeit

der Verdacht auf, dass sie als nur eine Devianz von Männlichkeit behandelt wird.

Kleidung als ein Objekt, das unmittelbar mit dem Körper und mit dem/r Akteur/in verbunden ist, liefert ein konkret zu beobachtendes komplexes Bündel an Informationen, wie mit dem Geschlechtskörper der AkteurInnen verfahren und wie die historischen Prägungen umgeformt oder übernommen werden.

Grundsätzlich impliziert dies die Frage, durch welche Konstruktion von Körper- und Geschlechtswahrnehmung und -bildern moderne Uniformität erzeugt wird.

Kontakt und Information:

Prof. Dr. Gabriele Mentges
Universität Dortmund
Institut für Textilgestaltung und
ihre Didaktik/Vergleichende
Textilwissenschaft,
kulturgeschichtlich
44221 Dortmund
Tel. 0231/755-2906
Email: mentges@pop.uni-
dortmund.de

Helma Lutz, Marianne Krüger-Potratz, Susanne Schwalgin

Forschungsprojekt:

Gender, Ethnizität, Identität: Die neue Dienstmädchenfrage im Zeitalter der Globalisierung

Seit November 2001 wird an der Arbeitsstelle für Interkulturelle Pädagogik der Universität Münster ein Forschungsprojekt zu "Gender, Ethnizität, Identität. Die Neue Dienstmädchenfrage im Zeitalter der Globalisierung" durchgeführt. Gefördert wird das Projekt von der Volkswagen-Stiftung, die Laufzeit beträgt insgesamt drei Jahre.

Ziele und Fragestellungen

Das Forschungsprojekt widmet sich einem aktuellen Phänomen, dessen wissenschaftliche Erforschung noch aussteht. Es handelt sich dabei um ein scheinbares Paradox: In unserem Zeitalter großer technologischer Umwälzungen übernehmen Dienstmädchen, Kindermädchen, Haushaltshilfen, Putz- und Pflegekräfte in zunehmendem Maße die Versorgungsarbeit des modernen Haushalts. Der lange Zeit herrschenden Vorstellung, dass die technische Revolution menschliche Arbeitskräfte im Haushalt ersetzen würde, steht heute die Realität der ‚neuen Dienstmädchen‘ gegenüber, die in vergleichbarer Anzahl das Haushaltsleben des Techno-Zeitalters prägen, wie das bereits vor hundert Jahren der Fall war. Damals wie heute geht es vorrangig um Frauen, die diese Tätigkeiten ausüben; allerdings handelt es sich bei den Betroffenen heute oft um Migrantinnen aus Osteuropa, Ostasien und Lateinamerika, die nicht als Arbeitskräfte registriert sind und damit in der Schattenökonomie operieren. Damit sind die migrierten Haushaltsarbeiterinnen meist von

einer doppelten Illegalisierung betroffen – einem illegalen Aufenthaltsstatus und einem illegalen arbeitsrechtlichen Status. Daraus ergeben sich eine Reihe von Problemen, die ihre Lebensumstände extrem prekär machen. Ohne gesicherten Aufenthaltsstatus und legale Arbeitsverhältnisse sind illegalisierte Migrantinnen von grundlegenden Rechten wie dem Recht auf medizinische Versorgung, Bildung (für sich und ihre Kinder), soziale Absicherung, geregelte Arbeitszeiten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaub, Unfallschutz etc. ausgeschlossen.

Das Projekt ist im Schnittpunkt von drei Forschungsbereichen und -perspektiven verortet: der kontemporären Migrationsforschung, der Genderforschung, sowie den sozial-historischen Studien zur Frauenarbeit in Europa, insbesondere der sogenannten 'Dienstmädchenforschung'. Der historische Bezug als Vergleichsaspekt für die heutige Situation erhält in diesem Projekt eine wichtige Funktion, da mit seiner Hilfe die Frage nach der Reproduktion und der Modernisierung sozialer Ungleichheiten im Rahmen von weltweiten Mi-

grations- und Globalisierungsprozessen gestellt werden kann.

Das Ziel des Projektes besteht in der Erforschung interkultureller Aspekte von Alltagsarrangements in einem geschlossenen sozialen Raum, dem Privatraum. Dabei gehen wir von folgender These aus: Aus der Tatsache, dass es sich bei dem Arbeitsplatz der Migrantinnen nicht um einen öffentlichen, sondern um den privaten Raum handelt, ergeben sich spezifische Probleme und Fragen, die ein neues Licht werfen auf Prozesse interkultureller Begegnung und Abgrenzung sowie auf die Identitätsbildung der Betroffenen. Die zentralen Fragenkomplexe, die in dem Projekt bearbeitet werden und die bislang in der BRD noch kaum erforscht worden sind, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Kommunikation, Selbst- und Fremdwahrnehmung am Arbeitsplatz Privatraum

Als intimer Raum mit eigenen Gesetzen, in dem habituell geprägte Handlungsabläufe und Gewohnheiten verschiedener Akteurinnen und Akteure zusammentreffen, kann der Privatraum als Arena von Kommunikation und von Macht-/Interessenausübung definiert werden. Er wird daher sowohl als Territorium gegenseitiger Abgrenzung und vielfältiger Konflikte als auch (gleichzeitig) als Feld von Annäherung und Austausch untersucht. Wie gestalten sich Begegnungen in dieser ‚Arena‘ – insbesondere dort, wo Kinder und alte Menschen versorgt werden? Wie verläuft die Kommunikation zwischen Arbeitgeber/in und Arbeitnehmer/in und den Betreuten (Kindern und/oder Pflegebedürftigen)? Dabei geht es nicht nur um die Frage der sprachlichen Gestaltung (in welcher Sprache wird kommuniziert?), sondern ebenfalls um die sprachlich transportierten (kulturellen) Wertungen, Selbst- und Fremdwahrnehmungen und -bilder. Insbesondere die emotionale Bindung, die bei der Betreuung von Kindern und auch alten Menschen entsteht, gilt es hier zu untersuchen.

Bisher ergab unsere Forschung, dass es gerade im Bereich der Haushaltsarbeit und Pflege älterer Menschen einen steigenden Bedarf an informellen Arbeitskräften gibt. Offenbar wird bislang nur sehr wenig Gebrauch gemacht von dem Anfang 2002 eingeführten „Riestermodell“. Bis September wurden nur 790 Anträge aus allen dafür in Frage kommenden Anwerbeländern auf Bundesebene gestellt. Unsere Vermutung ist, dass ArbeitgeberInnen sich im Rahmen des Privathaushaltes eben nicht als solche verstehen, sondern einen familiären Ersatz für eine von ihnen erwartete ‚Ar-

beit aus Liebe‘ suchen. Außerdem scheint der Weg der Legalisierung oft zu kompliziert und zu kostspielig zu sein. ‚Arbeit aus Liebe‘ wird damit als zentrales Element der Haushaltsarbeit für Ältere erkannt. Auch bei den Arbeitsarrangements, bei denen die Reinigung der Wohnung oder der Einkauf von Lebensmitteln im Vordergrund steht, leisten Haushaltsarbeiterinnen einen wichtigen Beitrag zum emotionalen Gleichgewicht älterer Menschen. Wenn der emotionale Surplus, den Haushaltsarbeiterinnen neben der Reinigung der Wohnung bei älteren Menschen (und der Versorgung von Kindern) „erwirtschaften“ so bedeutsam ist, dann fragt sich, ob dies auch Auswirkungen auf die Aushandlung hierarchisch strukturierter Machtverhältnisse im Privathaushalt hat. Schlägt sich dies beispielsweise in der Bezahlung oder in Privilegien nieder?

2. Arbeitsidentität der Arbeitnehmerinnen

Haushaltsarbeit, insbesondere Putztätigkeit, ist in den meisten Gesellschaften eine unterbezahlte und kaum anerkannte Tätigkeit, die sich vermutlich nur schwer als Quelle einer positiven Berufs-/Arbeitsidentität fassen läßt. Angesichts der Tatsache, dass viele Betroffene eine Ausbildung und/oder professionelle Erfahrungen in einem (anderen) Beruf haben, stellt sich die Frage nach der lebensgeschichtlichen Integration ihrer Tätigkeit als Haushaltsarbeiterinnen, die häufig als biographischer Bruch wahrgenommen wird. Wie begründen die Frauen die Ausübung dieser Tätigkeit für sich selbst und gegenüber anderen, etwa gegenüber im Herkunftsland verbliebenen Familienangehörigen und ihren ArbeitgeberInnen? Wie integrieren die Migrantinnen, die oft gut ausgebildet sind und in ihrem Herkunftsland über Berufserfahrung verfügen, diese neue Tätigkeit in ihre Lebensgeschichten? Dies gilt sowohl für diejenigen, die diese Tätigkeit vorübergehend ausüben, als auch für Betroffene, die letztlich lebenslang in diesem Bereich verbleiben. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, wie Erfahrungen von Illegalisierung die Ausbildung einer Arbeitsidentität als einer wichtigen Dimension multipler Identifikationen beeinflussen. Wie wirken sich strukturelle rechtliche Faktoren, lokale Gegebenheiten am Residenzort und die Bewertung von Haushaltsarbeit am Herkunftsort auf die Verarbeitung von Illegalisierung aus? Welche biographischen Ressourcen werden (re)mobilisiert um Illegalisierungserfahrungen zu verarbeiten?

3. Netzwerkbildung:

Aus den bereits vorliegenden Forschungen geht hervor, dass die Betroffenen sowohl bei der Suche

nach einer Dienstmädchentätigkeit als auch während des Aufenthaltes im Ausland auf ein (familiär-freundschaftliches) Netzwerk angewiesen sind. Diese Tätigkeit entzieht sich weitgehend der öffentlichen Kontrolle, und es liegt deshalb nahe, dass Informationsbeschaffung mittels informeller Netzwerke bevorzugt wird, ja, zum Ausharren in dieser Tätigkeit unbedingt erforderlich ist. Unklar ist bislang auf welcher Basis die Netzwerkbildung erfolgt. Handelt es sich dabei vorrangig um familiäre Kontakte, um Kontakte die sich im Ausland aufgrund nationaler oder ethnischer Zugehörigkeiten etablieren? Welchen Einfluss haben die jeweiligen Netzwerke auf die Entwicklung transnationaler Identitäten? Wie gestaltet sich in einem solchen Rahmen transnationale Haushaltsführung und transnationale Mutterschaft?

Neben der empirischen Erforschung dieser zentralen Fragekomplexe verfolgt das Forschungsprojekt noch weitere Zielsetzungen. Diese betreffen erstens die ständige Weiterentwicklung einer Bibliographie, die von anderen an diesem Thema arbeitenden WissenschaftlerInnen und Praktikerrinnen über die Homepage (<http://www.uni-muenster.de/FGEl>) des Projektes angefordert werden kann. Zweitens soll die Dissemination der (vorläufigen) Ergebnisse nicht nur den Anschluss an die internationale Debatte gewährleisten. Vielmehr wird gleichzeitig den mit diesem Forschungsthema verbundenen praktischen und politischen Konsequenzen wie Fragen nach der Entlegalisierung undokumentierter Arbeits- und Aufenthaltsverhältnisse Rechnung getragen werden. Damit besteht ein weiteres Ziel des Projektes auch darin, durch eine wissenschaftliche Erforschung dieses Phänomens zu einer Enttabuisierung illegalisierter Aufenthalts- und Arbeitsverhältnisse im Privatraum Haushalt beizutragen.

4. Methodisches Vorgehen

Das Untersuchungsdesign besteht aus einem Methodenmix, in dem narrative Einzelinterviews – idealerweise mit Arbeitnehmerin und Arbeitgeberin –, teilnehmende Beobachtung und Gruppeninterviews kombiniert werden. Das Untersuchungsfeld des Projektes ist durch vier Differenzierungskategorien charakterisiert: regionale Differenzierung und Differenzierung nach Herkunftsland der Hausarbeiterinnen, nach Tätigkeitsmerkmalen der von ihnen verrichteten Arbeit sowie nach Familienstand und Elternschaft von Arbeitgeberinnen und Arbeitnehmerinnen.

Unter regionaler Differenzierung werden die drei Untersuchungsorte Münster, Berlin und Hamburg verstanden. Diese drei lokalen Forschungsfelder

wurden synchron erschlossen, einerseits über die Kontaktaufnahme zu kirchlichen und sozialen Institutionen und Selbstorganisationen, die Anlaufstellen für migrierte Haushaltsarbeiterinnen sind, andererseits durch explorative Interviews mit Arbeitgeberinnen und Arbeitnehmerinnen. Die synchrone Vorgehensweise erweist sich auch deshalb als besonders fruchtbar, da durch den Vergleich einzelner Lokalitäten der Blick auf wichtige Forschungsfragen gelenkt wird. So lässt eine erste oberflächliche Auswertung von Interviews mit Haushaltsarbeiterinnen aus Münster und Hamburg die These zu, dass der lokalspezifisch unterschiedliche Umgang mit Illegalisierung sich auch auf die Strategien der Verarbeitung von Illegalisierungserfahrungen bei migrierten Haushaltsarbeiterinnen auswirken. Die Vertiefung geschieht jedoch durch stationäre Forschungsphasen an den einzelnen Untersuchungsorten. Im Moment liegt der Schwerpunkt der Forschung auf Münster, ab Frühjahr 2003 ist eine Verlagerung auf den Forschungsort Berlin, ab Herbst 2003 auf Hamburg vorgesehen. Über vorläufige Ergebnisse der Forschung informiert die Homepage des Projektes www.uni-muenster.de/FGEl.

Kontakt und Information:

PD Dr. Helma Lutz
hlutz@uni-muenster.de,
Prof. Dr. Marianne Krüger-Potratz (Projektleiterinnen),
Susanne Schwalgin
susanne.schwalgin@uni-muenster.de; (wissenschaftliche Mitarbeiterin)
Universität Münster
FB 6, Allgemeine Erziehungswissenschaft
Arbeitsstelle Interkulturelle Pädagogik
48149 Münster

Buchbesprechungen

Dorothee Obermann

Kathrin Braun: Menschenwürde und Biomedizin. Zum philosophischen Diskurs der Bioethik.

Frankfurt / Main: Campus 2000. ISBN 3-593-36503-0. 309 Seiten, EUR 34,90.

In Kathrin Brauns Analyse bioethischer Diskurse geht es um drei Fragen:

- 1) Welchen Anfechtungen ist die Idee der Menschenrechte in der Medizin und Biologie ausgesetzt?
- 2) Anhand welchen normativen Maßstabs lassen sich diese Anfechtungen kritisieren?
- 3) Schützen die Bioethik-Konvention und die UNESCO-Deklaration zum menschlichen Genom die Menschenrechte gegenüber diesen Anfechtungen?

In Anknüpfung an die Diskurstheorie Michel Foucaults diskutiert sie zunächst die Dissoziation von Mensch und Person in den wichtigsten theoretischen Ansätzen der Bioethik u.a. bei Peter Singer. Dann setzt sie sich kritisch mit Ronald Dworkins Konzept liberaler Lebensbewertung auseinander. Schließlich analysiert sie die beiden internationalen Instrumente zum Schutz von Menschenrechten: die Bioethik-Konvention und die UNESCO-Deklaration zum menschlichen Genom. Als normativen Maßstab legt sie dabei Kants Begriff der Menschenwürde zugrunde. Braun konstatiert, dass diese bioethischen Grundlagendiskurse und die vermeintlichen Menschenschutzinstrumente das Konzept der Menschenrechte zugunsten einer biomedizinischen Bewirtschaftung des Menschen auflösen. Auf der Basis des Instrumentali-

sierungsverbots arbeitet sie eine machtkritische Argumentationsgrundlage gegen eine bioethisch legitimierte Einteilung von Menschen in verschiedene Wertekategorien aus. Dabei analysiert sie auch, wie in der bioethischen Diskussion über reprogenetische Verfahren mit dem Recht auf Selbstbestimmung der Frau argumentiert wird. Braun widersetzt sich den Bestrebungen, das Recht, eine ungewollte Schwangerschaft beenden zu können, zur Legitimation einer verbrauchenden Embryonenforschung heranzuziehen. Sie setzt diesen entgegen: Es ist keine Aussage über den moralischen oder rechtlichen Status von Embryonen präjudiziert, die außerhalb des weiblichen Körpers gezeugt werden, wenn akzeptiert wird, dass es eine unzulässige Verletzung der Würde der Frau bedeutet, zur Fortsetzung einer Schwangerschaft gezwungen zu werden. Zudem belegt sie überzeugend, dass eine Selektion oder Verwertung von Embryonen zu Forschungs- oder anderen Zwecken dem Instrumentalisierungsverbot widerspricht. Die von Kathrin Braun in ihrem Forschungsansatz entwickelte Verknüpfung der politischen Theorie Foucaults mit der kantischen Kategorie der Menschenwürde ist innovativ und lohnenswert. Für die Opposition gegen die bioethische und biomedizinische Instrumentalisierung des Menschen ist dieses Buch unentbehrlich!

Sina Kahle

Renate Nestvogel: Aufwachsen in verschiedenen Kulturen. Weibliche Sozialisation und Geschlechterverhältnisse in der Kindheit und Jugend.

Weinheim, Basel: Beltz Verlag 2002, ISBN 3-407-32010-8, 616 Seiten, EUR 39,-.

„Wir lebten im Busch. Mein Vater stellte Fallen und erlegte Steenbok, Ducker und Gemsantilopen. Wir lebten, aßen das Fleisch und die Nahrung aus dem Busch. Wir sammelten Knollen, zerstampften sie im Mörser und aßen sie. Wir aßen

auch süße Ninbeeren und Tsinbohnen. Als ich noch ein Kind war, gab es keine Kühe oder Ziegen, und ich wusste nichts von den Hereros. Ich hatte noch nie Menschen eines anderen Volkes gesehen und kannte nichts außer dem Leben im Busch. Dort

lebten wir, und dort wuchsen wir auf.“ (Shostak, Marjorie: Nisa erzählt. S. 45, 55-57)

“Es gab aber auch fröhliche Zeiten in meiner Kindheit. Die glücklichen Stunden verbrachte ich im Haus der Tante meiner Mutter. Sie war Witwe und so alt, dass kein Mann sich mehr für sie interessierte und ihr folglich auch nicht das Leben schwer machen konnte. Sie war immer fröhlich. Außerdem kannte sie viele spannende Geschichten aus der Zeit der Stammeskriege. Sie hatte die Geburt unserer Nation miterlebt, und während sie uns von den Heldentaten und glorreichen Siegen König Abdul Asis und seinen Anhängern erzählte, saßen meine Schwestern und ich im Schneidersitz auf kostbaren Teppichen, knabberten Dattelgebäck und Mandelkuchen und lauschten ihr voll Spannung. Die Tapferkeit der Al Sauds auf dem Schlachtfeld erfüllte mich mit neuem Stolz auf meine Familie.“ (Sasson, Jean P. (Hg.): Ich Prinzessin aus dem Hause Al Sauds. S. 19-21,32,40/41)

Nisa und die Prinzessin sind zwei Mädchen aus zwei unterschiedlichen Welten, die nicht verschiedener sein können. Doch beide erzählen die Geschichte ihres Lebens. Zu finden sind solche Texte in dem Buch “Aufwachsen in verschiedenen Kulturen” von Renate Nestvogel. Sie veröffentlicht mit dem letzten Band der Reihe “Einführung in die pädagogische Frauenforschung” eine Dokumentation, die Sozialisationsprozesse und Geschlechterverhältnisse in sehr unterschiedlichen Kulturen darstellt. Die Texte, die sie für ihre umfangreiche Dokumentation verwendet, stammen zum größten Teil aus Erzählungen, Romanen, Biographien, Autobiographien und biographischen Interviews, in denen sich die Autorinnen mit “Sozialprozessen in ihrem Land/ihrer Kultur auseinandersetzen” (S.10). Alle Texte beziehen sich auf die zwei letzten Drittel des 20. Jahrhunderts. Mit der Veröffentlichung hat Renate Nestvogel sich eine Vielzahl von Zielen gesetzt.

Für sie war es wichtig eine “möglichst große Kulturen- und Themenvielfalt zu präsentieren”. Sie will damit einen “Einblick in die Vielfalt weiblicher Sozialisation vermitteln”, “den Blick über westliche Industrieländer und deren dominante Kulturen hinaus auf andere Kulturen eröffnen” (S.11), den “hiesigen Frauen mit dem Blickwinkel, den Wahrnehmungs- und Interpretationsmustern von Frauen aus anderen Kulturen vertraut machen” (S.11), “Multiperspektivität und Perspektivwechsel anregen” (S. 11) und “über ein Lernen von fremden Kulturen die differenzierte Auseinandersetzung mit der/den eigenen Kultur/en und der Multikulturalität in Deutschland fördern” (S. 11). Ebenso ist es ihr wichtig, mit ihrer Dokumentation “Wahrnehmungs- und Deutungsmuster zu frem-

den Kulturen kritisch (zu) reflektieren und ggf. verändern (zu) lernen” (S.11), “Vorurteile und stereotype Sichtweisen von fremden Kulturen abbauen (zu) helfen” (S.11), anzuregen, “Thesen und Theorien zur weiblichen Sozialisation auch bezüglich ihrer kulturellen Reichweite” zu überdenken (S.11) und “die Relativität und Kulturgebundenheit von wissenschaftlichen Aussagen genauer zu erkennen” (S.11).

Zu Beginn leitet Renate Nestvogel das Thema der interkulturellen Bildung und Sozialisation an Hand des aktuellen Standes der Forschung in Bezug auf Sozialisationskompetenz, zur weiblichen Sozialisation und zum Geschlechterverhältnis ein. Zusätzlich stellt sie inter-kulturelle Perspektiven dar sowie weitere Aspekte, die dem/der LeserIn zu einem besseren Verständnis und zur Einordnung der ausgewählten Texte in den folgenden Kapiteln verhelfen sollen.

Das zweite und dritte Kapitel bauen auf den im ersten Kapitel gelegten theoretischen Basiskonzepten auf. Das zweite Kapitel befasst sich mit der Sozialisation des weiblichen Geschlechts im Kindesalter, das dritte Kapitel im Jugendalter. Nach kurzen, prägnanten Theoriefundierungen richtet Renate Nestvogel den Blick auf sehr persönliche Textauszüge, die Frauen über ihr Leben sprechen lassen. In dieser Verfahrensweise werden unterschiedliche Bereiche der weiblichen Sozialisation betrachtet, die sich nicht nur auf Geburt, Kindheit, Familie oder Schularbeit beziehen, sondern auch auf Mythen, Feste und Phantasien. Die Textauszüge verschaffen dem/der LeserIn einen Einblick in das Alltagsleben der Mädchen und Frauen mit ihren Freiheiten und ihren Grenzen, dem Einfluss der Familie, den Rollen der Eltern, dem Konflikt der Generationen, aber auch in die emotionale Bedeutung von Widerstand gegenüber vorgegebenen gesellschaftlichen Erwartungen an Mädchen und Frauen.

Die Autorin hat es geschafft, in der von ihr gewählten Dokumentationsform eine Vielfalt von Aspekten der Sozialisation anzusprechen, die dem/der LeserIn einen kurzen, informativen und nachhaltigen Eindruck von den unterschiedlichen Kulturen, aber ebenso über gewisse Parallelitäten der Kulturen verschaffen.

Mit der vorliegenden Veröffentlichung ist ein spannender Beitrag zur interkulturellen Bildung in der Frauenforschung entstanden, der bislang so nicht vorhanden war und eine wichtige Grundlage für den Bereich der interkulturellen Genderforschung sein wird.

Ein klarer und deutlicher Schreibstil, in den die Autorin nur vereinzelt Fachtermini einstreut, erhöht den Lesereiz für ein breites Publikum. Der Vorteil, dass die in der Dokumentation verwendeten Texte prinzipiell in Deutschland zu erhalten

sind, gibt dem/der LeserIn die Möglichkeit sich über die ausgewählten Aspekte hinaus weiterhin mit der Thematik zu beschäftigen. Die Dokumentation ist sowohl für LeserInnen geeignet, die sich ganz neu mit dem Thema beschäf-

tigen, als auch für diejenigen, die sich in diesem Bereich schon auskennen, denn es handelt sich um eine Fundgrube für vielfältige Sichtweisen zur Behandlung des Themas.

Sigrid Metz-Göckel

Agnes Senganata Münst: Wissensvermittlung und Geschlechterkonstruktionen in der Hochschullehre. Ein ethnographischer Blick auf natur- und ingenieurwissenschaftliche Studienfächer. *

Beltz - Deutscher Studienverlag, Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik Band 108, Weinheim/Basel 2002, 212 S., EUR 34,90

Der Alltag der Hochschullehre ist ein unerforschtes Universum, obwohl alle Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ihn durchlaufen haben, vielleicht gerade deshalb. Das Buch ist der bisher seltene Versuch, die Geschlechterdimension in der Lehre zu erkunden und dies über teilnehmende Beobachtungen. Wer zu wem wann was und wie redet, hat Münst über eine längere Zeit in 24 Lehrveranstaltungen (Vorlesungen, Übungen, Praktika, Seminaren) systematisch beobachtet und protokolliert. Die meisten Untersuchungen zur Hochschuldidaktik sind lediglich Momentaufnahmen oder einmalige Erhebungen, die sich auf Studierende bzw. Lehrende beziehen. Im Unterschied dazu hat die vorliegende Studie dieselbe Veranstaltung über einen längeren Zeitraum ins Visier genommen. Ihr Untersuchungsgegenstand sind die sozialen Interaktionen und Formen der Wissensvermittlung. Sie konzentriert sich zum Einen auf Beobachtbares in Lehrsituationen von vier universitären Studienfächern, zum Anderen darauf, welche Rolle das Geschlecht in ihnen spielt. Es handelt sich um zwei naturwissenschaftliche Fächer, in denen Frauen einmal marginal (Physik) und im anderen fast paritätisch (Biologie) beteiligt sind, und um zwei ingenieurwissenschaftliche Fächer, in denen Studentinnen ebenfalls im einen marginal (Informatik), im anderen fast paritätisch (Raumplanung) präsent sind. Die alltagsweltliche Annahme, Frauen seien an Naturwissenschaften kaum und noch weniger an Ingenieurwissenschaften interessiert, trifft in dieser generellen Form nicht zu. Ihre Beteiligung hängt vielmehr mit den Inhaltskombinationen und der Organisation des Studiums zusammen. Wie läuft Lehre wirklich ab? Wie verhalten sich Lehrende und Studierende in den unmittelbaren

Lehr-Lern-Interaktionen? Wie kommunizieren sie?

Solche Prozesse werden in dieser Studie aus dem Blickwinkel einer ‚Fremden beobachtet, die auf Vertrautes schaut‘. Man kann sie als ethnographische Beschreibungen der akademischen Lehre bezeichnen, die zum Kernbereich einer empirischen Hochschuldidaktikforschung gehören sollten. Fremd ist der Blick deshalb, weil die Beobachtende nicht unmittelbar an den Interaktionen beteiligt ist, sondern diese betrachtet. Als Außenstehende kann sie dabei Dinge wahrnehmen, die die direkt Involvierten nicht sehen. Andererseits bleibt der Beobachterin alles verborgen, was sich auf die inneren Prozesse der Lernenden und Lehrenden bezieht. Dieser Forschungsblick erfasst das für eine Außenstehende Beobachtbare ohne subjektive Deutungen der Beteiligten.

Methodisch geht Münst so vor, dass sie erkennbare Merkmale von Interaktionen wie Sitz- und Sprechordnungen (Häufigkeiten, Kommentierungen etc.) und alle wahrnehmbaren Prozesse wie Auffälligkeiten und Regelmäßigkeiten in einer längeren Beobachtungsreihe notiert. Ihr teilnehmend distanzierter Blick auf die situativen Interaktionen registriert Routinen der ablaufenden Lehrveranstaltungen wie Störungen. Indem sie protokollarisch festhält, was vor ihren Augen abläuft, kommt sie in der zeitlichen Distanz zu einer vergleichenden Zusammenschau der Ereignisse und einigen Zusammenhangsdeutungen, die überraschend sind.

So gleichen sich zwar die Konzepte des Wissenserwerbs zwischen zwei Fächern, aber sie kultivieren unterschiedliche Lehrmethoden. Andererseits folgen aus unterschiedlichen epistemologischen Konzepten gleiche Lehrmethoden. Dies weist

über individuelles Lehrverhalten hinaus auf unterschiedliche Lehrkulturen in den Fächern. In ihnen ist auch eine Geschlechterdimension verborgen. Denn das überraschende Ergebnis dieser Studie ist, dass Studierende wie Lehrende unterschiedliches Verhalten in Anbetracht des Geschlechts an den Tag legen (können). Diese den Beteiligten unbewusste Geschlechterdimension soll noch etwas weiter verdeutlicht werden.

Das Alltagsverständnis und zwar gerade das reflektierte Alltagsverständnis universitärer Lehre ist bestimmt durch

- die Geschlechtsneutralität der inhaltlichen Vermittlung,
- die Gleichbehandlung von Studenten und Studentinnen aus der Perspektive der Lehrenden und
- die Gleichberechtigung von Studenten und Studentinnen aus der Perspektive der Studierenden.

Es handelt sich dabei um unterstellte Normen, die das Selbstverständnis und Handeln der Hochschulakteurinnen und -akteure leiten und bei einer Befragung aller Wahrscheinlichkeit so formuliert würden.

Die Verfasserin prüft diese alltagstheoretischen Deutungen zur Geschlechtsneutralität über methodisch kontrollierte Fremdbeobachtungen. Sie hat Geschlechterdifferenzen im Verhalten der Beteiligten nicht vorausgesetzt, sondern beobachtete die Lehr-Lernsituationen auch unter dem Aspekt, wie sich männliche und weibliche Personen verhalten. Die Unterschiedlichkeit ihres Verhaltens wird als eine Möglichkeit neben anderen, z.B. Gemeinsamkeiten und Unauffälligkeit betrachtet. Die Studie zeigt jedoch auf akribische Weise, dass (hier unterstellte) Selbstdeutung und Verhalten der beobachteten Akteure und Akteurinnen subtil und krass auseinander klaffen können. Der Oberfläche einer gleichen Verhaltensordnung liegt eine Tiefendimension der Unterscheidung zugrunde und verweist auf ein Geschlechterverhältnis, das als ‚irgendwie übergeordnet und von unsichtbarer Hand gesteuert‘ viele Verhaltensweisen auf der Mikroebene lenkt.

Prinzipiell ist das nicht besonders erstaunlich, denn dass Selbstaussagen über ein Verhalten von Aussagen einer Fremdbeobachtung desselben Verhaltens abweichen, scheint häufig der Fall zu sein. Jedenfalls ließe sich eine generelle hochschuldidaktische Hypothese formulieren, dass Dozierende ihr Lehrverhalten anders beurteilen als die Studierenden, auf die es bezogen ist. Die nachweisliche Gerichtetheit dieser Abweichung im Hinblick auf die Geschlechterdimension ist aber doch überraschend. Die beobachteten habituellen Verhaltensweisen wären über Interviews nicht zu entdecken gewesen. Daher sind Untersuchungen ergänzungsbedürftig, die ausschließlich Selbstaussagen von AkteurInnen erhe-

ben und analysieren. Müntz präsentiert ihre Beobachtungen nicht als Entlarvungsmanöver, sondern als blinden Fleck, der einer Selbstbeobachtung nicht zugänglich ist.

Nicht die stereotypisierende Differenz zwischen Frauen und Männern war der Ausgangspunkt der Beobachtungen dieser Studie, sondern das Wissen, dass auch Anderes möglich sein kann. Theoretisch schließt sie an die Debatte zur Kontextuierung der Relevanz der Geschlechterkategorie an sowie an die Vorstellung, dass die Geschlechterdualität nur eine von mehreren Möglichkeiten ist, Geschlecht zuzuordnen. Mit dieser Selbstreflexion ‚intervenierte‘ die Beobachterin im Feld, um nicht vorauszusetzen, was sie erst durch ihre Beobachtungen erfahren wollte, nämlich ob und wie die Geschlechtszugehörigkeit in der akademischen Lehre eine Rolle spielt. Dies war allein schon deshalb angesagt, weil sie sich in einem sozialen Feld bewegte, in dem das weibliche Geschlecht in dem einen Kontext dadurch markiert war, dass es nur sehr gering vertreten, im anderen dagegen bedeutungslos schien, da es zu gleichen Anteilen präsent war. In beiden Konstellationen wurden jedoch Studentinnen durch beobachtbare Verhaltensweisen der Interaktionspartner unsichtbar gemacht, z.B. wenn es sich um Zuschreibungen und Bewertungen von Leistungen handelte, andererseits hervorgehoben, wenn Schwächen bezeichnet wurden, so als folgten sie unbewusst einer Vorablogik.

Eine besondere Leistung dieser Studie ist es, kontextbezogene Differenzierungen in alltäglichen Lehr-Lern-Interaktionen aufzuzeigen, in denen Geschlechterunterschiede ‚konstruiert werden‘. Ich betone noch einmal, ihr Forschungsziel war es nicht, solche Geschlechterdifferenzen zu suchen, sondern zu eruieren, ob und wie Geschlechterdifferenzen hergestellt werden, wo sie eigentlich nicht vorhanden sind oder zu sein brauchten. Es zeigte sich, dass Geschlechterdifferenzen hergestellt werden, indem Studentinnen als Reservegruppe wahrgenommen werden, wie es die Autorin nennt. Wenn es um die Leistungszuerkennung geht, wird von etablierten Routinen bei Studentinnen abgewichen, z.B. durch Unterbrechungen und Übergehen, vor allem aber durch Nicht-Bezugnahme auf sie u.a.m.. So verdichtet sich der Eindruck, dass fachliche Kompetenz vorrangig mit dem männlichen Geschlecht assoziiert ist. Dies ist ein unerwartetes (und unerwünschtes) Ergebnis. Es mangelt gegenüber Studentinnen wie Dozentinnen an einer Kultur der wissenschaftlichen und intellektuellen Ankererkennung, die wie selbstverständlich männlichen Interaktionspartnern zuteil wird, wenn auch nicht allen.

In Bezug auf die didaktische Form der Wissensvermittlung gibt es, dies ist ein zweites Ergebnis, in

den untersuchten Studienfächern keine einfache Kausalbeziehung zwischen der eingesetzten Methode und dem Grad der Beteiligung der Studierenden.

Die Beziehung zwischen Fachkulturen und Lehrkulturen ist nicht einheitlich. Art des Wissenserwerbs und Lehrprofil der naturwissenschaftlichen Disziplinen Biologie und Physik stimmen nicht überein. Während es in beiden Fächern um kognitives Wissen geht, wird dieses jedoch in unterschiedliche Lehrkulturen eingebettet. Dies gilt auch für die ingenieurwissenschaftlichen Studienfächer Informatik und Raumplanung. Große Übereinstimmungen konnten zwischen Physik und Informatik festgestellt werden, die allerdings auch mit einem besonderen Lehr- und Studiengangprofil dieser Universität zusammenhängen könnten und daher nicht zu verallgemeinern wären.

Generell findet Lehre in vertikalen und horizontalen Interaktionen statt. Hierarchie wird in ihr in der Regel als Struktur pur ohne Bezug zum Inhalt konzipiert, wofür die Studie einige Indikatoren aufdeckt, z.B. symbolisiert wenig Kontakt mit Studierenden einen hohen Status (S. 122), während direkte Auseinandersetzungen mit Fragen und Arbeiten von Studierenden ein Indikator für hierarchisch niedrige Positionen sind. Hierarchisierungen finden auch statt, indem etwas erwähnt oder übergangen wird, indem Aufmerksamkeit unterschiedlich verteilt und kontextuiert wird u.a.m. Solche Symbolisierungen, die in der Studie feingliedrig erfasst sind, werden auch zur Hierarchisierung von formal gleichen Personen benutzt und bringen das Geschlecht ins Spiel.

Die wichtigste geschlechtsdifferenzierende Verhaltensbeobachtung ist die Aufmerksamkeitszuwendung. Der situative Umgang mit der knappen Ressource Zeit erfolgt zugunsten der Studenten und männlichen Lehrenden. Dies bewirkt, dass sich die Studentinnen wie an einem ‚fremden Ort‘ aufhalten. Es ist unklar, ob sie die Subtilisierung solcher Diskriminierungen bemerken können und wollen.

Das Geschlecht wird auf der Inhaltsebene indirekt relevant, indem explizit nur auf männliche Personen und ihre Leistungen in der Wissenschaft Bezug genommen wird, z.B. in der Physik. Es wird aber auch auf einer reflexiven Ebene relevant. Falls es hier zu einer Thematisierung kommt, dann lediglich in Bezug auf Frauen und dann in einer problematisierenden Weise, so dass sich Geschlechterunterschiede gleichsam hinter dem Rücken der Beteiligten durchsetzen, aber durch sie hindurch.

Die ‚mikroskopisch‘ systematische Beobachtung der sprachlichen Interaktionen in der Lehre, die im Forschungsbericht vorwiegend bei der Präsen-

tation der Projektergebnisse als längere Sprachsequenzen aufgenommen wurden, hat viele Miss- und Fehlverständnisse zu Tage gefördert. Sie veranlassen mich zu der Frage, ob dies für den Lehralltag kennzeichnend ist. Z.B. werden die Fragen von Lehrenden und Studierenden zu den Vorträgen, Referaten und Projektpräsentationen nicht erkenntnisfördernd behandelt. Die Kommentierungen beziehen sich auf Nebensächliches, sind nicht plausibel noch aufklärerisch, so dass man sich fragen kann, was die Studierenden in dieser Situation wirklich lernen, denn es kommt kaum zu einer Auseinandersetzung zu Fragen und Unklarheiten zwischen den Lehrenden und Studierenden. Fragen und Antworten sind zumal in Vorlesungen ritualisiert und männliche Studierende beteiligten sich dieser Studie zufolge deutlich häufiger als weibliche. Ihre Art der Fragen dienten meist der Selbstdarstellung und dazu, sich den Lehrenden bekannt zu machen.

Die Studie erscheint mir so wichtig, dass alle Lehrenden sie zur Kenntnis nehmen sollten, um etwas über sich und ihr Verhalten gegenüber Studentinnen und Studenten zu erfahren. Sie ist konzentriert und flüssig geschrieben und bietet viele Ansatzpunkte, über eigenes Verhalten nachzudenken.

* Bei diesem Beitrag handelt es nicht um eine Rezension im engeren Sinne, sondern um die einleitende Einführung zu dem Buch von S. Müngst.

Veröffentlichungen aus dem Netzwerk

Lexikon Gender Studies - Geschlechterforschung.

Hg. von Renate Kroll. Stuttgart: Metzler-Verlag 2002, 450 S., EUR 39,90

Warum jetzt zum ersten Mal im deutschsprachigen Raum ein Lexikon speziell zum Themenkomplex Geschlechterforschung/Gender Studies vorgelegt wird, hat einen einfachen Grund: Es will Orientierungshilfen in einem Sachgebiet anbieten, das sich in den letzten dreißig Jahren stürmisch entfaltet hat und inzwischen selbst für Gender- und KulturwissenschaftlerInnen kaum noch überschaubar ist. Ausgangspunkt war die internationale Frauenbewegung in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts, die nicht nur einen enormen Bewusstseinschub bei Frauen und Männern auslöste, sondern auch zahlreiche neue Denkansätze, Begriffe und Forschungsrichtungen initiierte. Strömungen wie Frauenforschung, Women's Studies, Männerforschung, feministische Wissenschaft, Geschlechterforschung/Gender Studies, Queer Theory, Gay und Lesbian Studies sind entstanden und haben, obwohl nicht kategoriell zu trennen, Selbstverständnis und Eigendynamik entwickelt; sie stehen im Zusammenhang mit der Genese der (zunehmend anthropologisch orientierten) Kulturwissenschaften, des Multikulturalismus und der sogenannten Postmoderne.

Gender hat sich in den letzten Jahren als eine elementare Analysekategorie der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften nicht nur etabliert, sondern auch eine Revision unseres Wissenschaftsverständnisses notwendig gemacht. Die derzeitige Forschungssituation ist von divergierenden Ansätzen, einer differenzierten Begrifflichkeit und einem gelegentlich verwirrenden Theorien- und Methodenpluralismus bestimmt. So heterogen sich die Geschlechterforschung aber darbietet, konstant bleibt doch die Grundannahme, dass gender mehr ist als nur ein Forschungsaspekt unter anderen. Ob Soziologie, Geschichts-, Politik-, Kunst-, Sprach- und Literaturwissenschaft, Theologie, Philosophie, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Anthropologie, Theater-, Film- und Medienwissenschaften – mittlerweile ist in allen diesen Disziplinen gender als eine Kategorie erkannt worden, die sämtliche sozialen und kulturellen Bereiche nicht nur prägt und durch sie geprägt wird, sondern auch als eine Kategorie, die die gesellschaftliche Logik und kulturelle Bedeutungstiftung organisiert.

Das Lexikon informiert in über 500 Einträgen über sämtliche Teilbereiche der Gender Studies. Es spiegelt den aktuellen Forschungsstand der Gender-Theorien in den einzelnen wissenschaftlichen

Bereichen wider, konzentriert sich auf grundlegende Begriffe zum Thema Genus/Geschlecht, zur kulturellen Repräsentation der Geschlechter sowie zu politischen und sozialen Entwicklungen; es umfasst historische Strömungen ebenso wie neuere Tendenzen. Darüber hinaus sind traditionelle wissenschaftliche Disziplinen und Begriffe berücksichtigt, die durch die Gender Studies erweitert und differenziert wurden. Artikel über Gender-TheoretikerInnen bieten eine weitere Ebene der Information.

Sämtliche wissenschaftliche Disziplinen (wie oben im einzelnen aufgeführt) sind in längeren Überblicksartikeln abgehandelt und werden über kleinere Artikel wissenschaftsgeschichtlich und begrifflich abgestützt, so – um nur ein Beispiel zu nennen – die Literaturwissenschaft durch Beiträge zu Literaturgeschichte, Literaturgeschichtsschreibung, Literaturtheorie, Literaturtradition, Autorschaft, Narratologie, Rezeptionsästhetik usw. oder durch Definitionen von Mimesis, Paradigma, Palimpsest, Signifikation usw. Die einzelnen Felder und Themen sind durch Querverweise miteinander verbunden und mit Detailspekten verknüpft. Das Lexikon will auf diese Weise auch den Zusammenhang zwischen den Gender- und Kulturwissenschaften beleuchten, aber auch Bezüge zu Poststrukturalismus, Dekonstruktion, New Historicism, Postkolonialismus und Multikulturalismus herstellen.

Für ein historisches Verständnis der Gender-Wissenschaften war es nötig, ihre Entwicklungslinien nachzuzeichnen: von einer sozialistischen feministischen Forschung über Feminist Critique und Gynocriticism hin zu Differenzdebatte (sog. französischer Feminismus), Konstruktivismus, Essentialismus, Femaleism, Ökofeminismus usw. Ein weiterer Themenkomplex sind die von der internationalen Frauenbewegung, der Frauenforschung bzw. den Gender Studies bewirkten sozialen, politischen und kulturellen Entwicklungen und Errungenschaften sowie die von diesen Instanzen initiierten Institutionen (Frauenuniversitäten, Frauenverlage, Fachzeitschriften usw.). Die Bibliographie enthält vor allem diejenigen Titel (Standardwerke), auf die in den Einträgen immer wieder Bezug genommen wurde; darüber hinaus sind alle für die Gender-Forschung relevanten Nachschlagewerke, Handbücher, Bibliographien sowie (Fach-)Zeitschriften und Internet-Adressen erfasst.

(Renate Kroll, Universität Siegen)

Arlie Russel Hochschild

Die Zeitfalle. Wenn die Arbeit zum Zuhause wird und die Familie zum Arbeitsplatz.

Geschlecht und Gesellschaft Bd. 29. Opladen: Leske + Budrich 2002, 305 S., EUR 18,-

Diese bahnbrechende Studie aus den USA untersucht, in welche Zeitfallen berufstätige Eltern zwischen den Imperativen einer globalisierten Arbeitswelt und den Anforderungen des Familienlebens geraten.

In Interviews mit den Beschäftigten eines großen amerikanischen Konzerns geht Arlie Hochschild der Frage nach, warum so viele Eltern über Zeitnot klagen und doch nur wenige die familienfreundlichen Arbeitszeitregelungen des Unternehmens nutzen. Sie stellt einen tiefgreifenden Wertewandel in der amerikanischen Gesellschaft fest, der die emotionalen Pole von Arbeit und Familie verschiebt. Dank einer neuen Unternehmenskultur, die die Selbstverantwortung betont und Anerkennung vermittelt, wird die Arbeit für viele Beschäftigte zum Zuhause, während die Familie zunehmend zum Arbeitsplatz wird. In eindrucksvollen Fallstudien zeigt Hochschild, wie Eltern immer mehr Zeit am Arbeitsplatz verbringen und das Familienleben unter Zeitdruck gerät und taylorisiert wird. Um dieser Zeitfalle zu entkommen, ist nach Hochschild kollektives Handeln erforderlich, eine neue "Zeitbewegung". (Verlagsankündigung)

Aus dem Inhalt:

Über Zeit

Das Winkefenster
Wertemanagement und lange Arbeitstage
Zeit für die Familie – nur im Ideenhimmel
Familiale Wertvorstellungen und verkehrte Welten

Von der Chefetage bis zur Fertigung

Geben am Arbeitsplatz
Die Mutter als Verwalterin
"Alle meine Freundinnen sind Arbeitsbienen":
Hoch qualifizierte Fachkraft wünscht Teilzeitarbeit
"Ich bin immer noch verheiratet": Arbeit als Ventil
"Endlich mal in Ruhe Derrick sehen": Männliche Pioniere der Zeitkultur
Und wenn der Chef Nein sagt?
"Ich möchte, dass sie einmal gute, allein erziehende Mutter werden"
Die allzu große Großfamilie
Überstundenhechte

Konsequenzen und Alternativen

Die dritte Schicht
Wege aus der Zeitfalle
Zeit schaffen

Gisela Ecker, Claudia Breger, Susanne Scholz (Hg.)

Dinge. Medien der Aneignung – Grenzen der Verfügung.

Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag 2002, Kulturwissenschaftliche Gender Studies, EUR 24,80

Der Band widmet sich der Art, wie wir Dinge arrangieren, archivieren und aneignen. Er untersucht insbesondere, wie die mediale Inszenierung von Dingen ihnen Sinn und Funktion zuschreibt, dabei aber auch Ambivalenzen erzeugt: Der uneingeschränkte Zugriff auf die Dinge wird in verschiedenster Weise immer wieder durchkreuzt.

Dinge werden beschrieben, abgebildet, gedacht und gezeigt. Sie fungieren als Schmuck des Körpers ebenso wie als Schmuck des Hauses und demonstrieren so den Geschmack, den Wohlstand sowie die sozialen und geschlechtlichen Zugehörigkeiten ihrer BesitzerInnen. Auch unsere Erinnerungen an vergangene Zeiten, andere Menschen und Orte werden von Dingen geprägt: Fotos wie Souvenirs scheinen uns den Zugang zu ihnen zu eröffnen. Aber lassen sich die Dinge wirklich so leicht aneignen und unseren Zwecken unterwerfen, oder entziehen sie sich bei näherer Betrachtung den eindeutigen Zuordnungen und der uneingeschränkten Verfügungsmacht ihrer BesitzerInnen und BetrachterInnen? Sind die Fragen "Wer besitzt wen?", "Wer dient wem?", "Wer bezeichnet wen?" überhaupt eindeutig zu beant-

rigkeiten ihrer BesitzerInnen. Auch unsere Erinnerungen an vergangene Zeiten, andere Menschen und Orte werden von Dingen geprägt: Fotos wie Souvenirs scheinen uns den Zugang zu ihnen zu eröffnen. Aber lassen sich die Dinge wirklich so leicht aneignen und unseren Zwecken unterwerfen, oder entziehen sie sich bei näherer Betrachtung den eindeutigen Zuordnungen und der uneingeschränkten Verfügungsmacht ihrer BesitzerInnen und BetrachterInnen? Sind die Fragen "Wer besitzt wen?", "Wer dient wem?", "Wer bezeichnet wen?" überhaupt eindeutig zu beant-

worten? Inwiefern bestimmt das Geschlecht die Macht über die Dinge? Der Band widmet sich der Art, wie wir Gegenstände arrangieren, archivieren und aneignen. Er untersucht insbesondere, wie die mediale Inszenierung von Dingen (in Kunst und Literatur, Fotografie und Internet) ihnen ihren Sinn und ihre Funktion zuschreibt, dabei aber immer wieder auch Ambivalenzen erzeugt: Der uneingeschränkte Zugriff des Selbst auf die Dinge wird in verschiedenster Weise immer wieder durchkreuzt. Die Beiträge behandeln Arrangements von Schmuck, Kleidung und Möbeln, die sprachliche, fotografische und filmische ‚Ban- nung‘ von Gegenständen und loten dabei nicht zuletzt die Schnittstelle zwischen philosophischen und kulturwissenschaftlichen Zugängen zu den Dingen aus.

(Ankündigung des Verlags)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung (Susanne Scholz, Claudia Breger, Gisela Ecker)

I Schmuck des Körpers – Schmuck des Hauses

Irene Nierhaus: Schwellen. Von der Dingfülle zur Materialdichte.

Miniatur: Christine Karallus: Zwischen Schaulust und Überwachung. Geheinkameras im 19. Jahrhundert

Tim Putnam: Mantelpiece Arrangement in the Modern British House

Miniaturen: Susanne Scholz: Andere Interieurs: James Agees Innenräume

Martina Stange: "A strain of constructive artistry" – Zum Verhältnis von gender und Interieur

Carrie Asman: Der Kult um Vermeer. Kultur- und Wissenschaftsgeschichten zur Perle

Miniatur: Martina Wagner-Egelhaaf: Ein anderes Zeichen

II Intermediale Spuren. Archiv und Erinnerung

Birgit Richard: Flüchtige alltägliche Objekte – Jugendkulturelle Stile

Miniatur: Susanne Scholz: Von der Stillstellung des Flüchtigen: Freud, H.D. und das Vergangene

Kathrin Hoffmann-Curtius: Trophäen in Brieftaschen. Fotografien von Wehrmachts-, SS- und Polizeiverbrechen.

Miniatur: Doerte Bischoff: Bruchstücke der Welt: Krieg und Zeugenschaft bei Karl Kraus

Annette Jael Lehmann: Third Generation: Family Photographs and Memoirs of Nazi Germany – Zur Transformation von Dingen im intermedia- len Spannungsfeld.

Miniatur: Claudia Breger: Das fehlende Fotoal- bum.

Naomi Salmon: Fotoserie: Asservate/ Im Nachhin- ein

Miniaturen: Gisela Ecker: Verlustanzeigen

Katharina Sykora: Memory

III Grenzen der Verfügbarkeit. Das "Ding" – und sei- ne Schwestern

Ulla Haselstein: Gertrude Steins Porträts von Din- gen.

Miniatur: Ulrike Bergermann: Dinge schreiben/fil- men. Gertrude Steins Theorie der Kameraar- beit

Eva Meyer: Das Bild des Films – Das Auge in den Dingen

Miniatur: Ulrike Vedder: Der Gang der Dinge. Hen- ry James' Erzählung "The Beast in the Jung- le".

Peter Widmer: Das Ding – von Meister Eckhart bis zu Lacan

Miniatur: Doerte Bischoff: Das Ding – die Dinge. Der kleine Unterschied im Blickwechsel zwi- schen Philosophie und Kulturwissenschaften.

Erik Porath: Die Frage nach der Dinglichkeit. Hei- degger und das Geschlecht der Dinge zwi- schen Entzug und Ereignis

Miniatur: Ruth Hagengruber: Ein streitbares Ding
Vivian Liska: Odradeks Schwestern

Miniatur: Annegret Pelz: Miniatur und mikrologi- scher Blick

Angelika Wetterer

Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion. "Gender at work" in theoretischer und historischer Perspektive

Konstanz: UVK 2002, 624 S., EUR 49,-

Im Zentrum dieser Studie steht die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern als Modus und Medium der Geschlechterkonstruktion. Am Beispiel der Professionalisierung der Medizin und der Feminisierung der Krankenpflege wird ein Konzept der sozialen Konstruktion von Geschlecht entwickelt, das sich auf die Meso-Ebene der Berufe und Professionen bezieht und die mikrosoziologischen Engführungen der "doing gender"-Konzepte überwindet. Anknüpfend an Goffmans Überlegungen zur institutionellen Reflexivität zeigt die theorieorientierte historische Rekonstruktion, dass Strukturbildungsprozesse als Effekte einer stets fragilen Balance zu begreifen sind, in der

Wissen und Handeln reflexiv aufeinander bezogen sind und konkurrierende Akteure auf Anerkennung und Kooperation angewiesen sind, um ihre Interessen durchzusetzen. Der praktische Justierungsprozess mit systematisch offenem Ausgang, der so Konturen gewinnt, eröffnet neue Perspektiven auf den sozialen Wandel der Geschlechterverhältnisse.

Angelika Wetterer ist Privatdozentin an der Universität Kassel und vertritt zur Zeit eine Professur für soziologische Frauen- und Geschlechterforschung am Institut für Soziologie, FB 12, der Universität Dortmund

Sigrid Metz-Göckel, Angelika Wetterer (Hg.)

Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung durch Gender Mainstreaming?

Schwerpunktheft der Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien 3/2002

mit Beiträgen von Jutta Allmendinger/Thomas Hinz (München), Dorothee Dzwonnek (Jülich), Edit Kirsch-Auwärter (Göttingen), Iris Koall/Verena Bruchhagen (Dortmund), Elisabeth Maurer (Zürich), Sigrid Metz-Göckel/Marion Camphans (Dortmund), Ayla Neusel (Hannover), Ada Pellert (Graz), Katharina von Salis (Zürich), Angelika Wetterer (Dortmund), Karin Zimmermann (Dortmund/Berlin).

Gudrun-Axeli Knapp, Angelika Wetterer (Hg.)

Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II

(Vorschau: Erscheint im Frühjahr 2003)

In welchem Zusammenhang stehen Geschlechterverhältnisse und andere Formen sozialer Strukturierung und Ungleichheit? Wie wirken sich Prozesse der Globalisierung und revolutionäre Entwicklungen in den Technosciences auf die Geschlechterordnung und die Entwicklungsperspektiven feministischer Erkenntnis- und Gesellschaftskritik aus? Der Band setzt die in "Soziale Verortung der Geschlechter" begonnene Diskussion fort.

Aus dem Inhalt:

TEIL I

Cornelia Klinger, Wien: Ungleichheit in den Verhältnissen von Klasse, Rasse und Geschlecht
Joan Acker, Eugene/Oregon: Revisiting Class: Thinking from Gender, Race, and Organizations

- Irene Dölling, Potsdam: Zwei Wege gesellschaftlicher Modernisierung. Geschlechtervertrag und Geschlechterarrangements in Ostdeutschland in gesellschafts-/modernisierungstheoretischer Perspektive
- Regina Becker-Schmidt, Hannover: Umbrüche in Arbeitsbiografien von Frauen: Regionale Konstellationen und globale Entwicklungen
- Ilse Lenz, Bochum: Genderlos in der globalen Informationsgesellschaft? Zum Verschwinden von Subjekt, Körper und Geschlecht in neueren gesellschaftstheoretischen Ansätzen
- Sabine Hark/Corinna Genschel, Potsdam: Die ambivalente Politik von Citizenship und ihre sexualpolitische Herausforderung
- Randeria Shalini, Berlin: State and Body politic(s) in India: Global Designs and Local Lifeworlds

TEIL II

- Jutta Weber, Bremen: Hybride Technologien: Plädoyer für eine feministische, transdisziplinäre Wissenschaftsforschung
- Angelika Saupe, Dortmund: Verlebendigung der Technik: Gen- und Reproduktionstechnologien in gesellschaftstheoretischer Perspektive
- Axeli Knapp, Hannover: Die aporetische Struktur der feministischen Diskurskonstellation
- Paula Villa, Hannover: Politisierung von Ungleichheitserfahrung im Zeitalter des Neoliberalismus
- Angelika Wetterer, Dortmund: Rhetorische Modernisierung: Das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössischen Differenzwissen

Insa Härtel und Sigrid Schade (Hg.)

Körper und Repräsentation

Schriftenreihe der Internationalen Frauenuniversität "Technik und Kultur" Bd. 7, Opladen: Leske + Budrich 2002, 250 S., EUR 22,50 (in englisch als Bd. 6 der gleichen Reihe unter dem Titel "The Body and Representation" erschienen)

Den Schwerpunkt dieser interdisziplinären Publikation der Bremer Studienphase der Internationalen Frauenuniversität (2000) bilden Entwürfe, Inszenierungen und Handlungen von Körpern in sozialen, politischen, künstlerischen und medialen Zusammenhängen. Im Abschnitt "Sexualität und Gestaltungspotentiale" interessiert die Frage nach Repräsentation in der Ökonomie des Begehrens. Thematisiert werden z.B. hybride Repräsentationen des lesbischen Körpers oder die sexuelle Orientierung auf der Ebene normativer Gesetzgebung. Das Themenfeld "Körpersprachen – Körperzeichen" umfasst Fragestellungen aus dem Bereich kultureller Sprachen oder Zeichen des geschlechtlich, sexuell, ethnisch etc. markierten Körpers und der diese konstituierenden Strukturen und Handlungsrahmen. In "Der Körper und die (Neuen) Medien" geht es z.B. um Körperrepräsentationen in Wechselwirkung mit technologischen Verfahren, um die Hervorbringung des Körpers in der medialen Repräsentation. In der Sektion "Nation und Körper" steht die Überlagerung von politischen Repräsentationen und Körperbildern im Mittelpunkt, insofern Körpermetaphern und -bilder etwa in Inszenierungen von Gemeinschaft eine wesentliche Rolle spielen.

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort: Körper und Repräsentation.

Sexualität und Gestaltungspotentiale

- Ifi Amadiume: Körper, Lebensentscheidungen, neokoloniale Behexung im Kontext der Globalisierung: Afrikanische Matriarchinnen und Mammy Water
- A. de Silva: Zur Normalisierung von Heterosexualität in den House of Commons Debatten zur Gesetzesvorlage C-33, 1996
- Sabine Fuchs: Lesbische Repräsentation und die Grenzen der "Sichtbarkeit"
- Julika Funk: Der lesbische Körper - ein monströser oder transzendentaler Signifikant?
- Lesbische Repräsentation und kulturelle Konstruktion
- Linda Hentschel: Pornotopische Techniken des Betrachtens - Gustave Courbets "L'origine du monde" (1866) und der Penetrationskonflikt der Zentralperspektive

Körpersprachen - Körperzeichen

Sigrid Schade: Körper – Zeichen – Geschlecht.
"Repräsentation": zwischen Kultur, Körper
und Wahrnehmung

Sabine Broeck Wird der weiße Feminismus seine
"Default"-Position aufgeben? Gender Studies
und Weißheit

Elena Casado-Aparicio: Vergeschlechtlichte Kör-
per: Metaphern im Feminismus

Fataneh Farahani: Abwesend anwesend sein:
Überlegungen zur diskursiven Praxis des
Schleiers

Renata Salecl: New Age der Angst

Insa Härtel: Die Mutter hinter sich lassen. Zur Pro-
duktion und Ersetzung des Mütterlichen im
Raum

Sibylle Benninghoff-Lühl: Lebende Bilder von
"Tiermenschen". Aspekte der Medialisierung
des "Wilden"

Der Körper und die (Neuen) Medien

Maria Klonaris/Katerina Thomadaki: Dissidente
Körper: Die Befreiung des Blicks von Normen.
Über kinematographische und bildkünstleri-
sche Praxis

Joanna Jones: Das Medium ist nicht die einzige
Botschaft

Hannelore Schwedes: Die Modellierung von Ge-
schlecht in Kinderfotos

Ulrike Bergermann: Hollywoods Reproduktionen:
Mütter, Klone, Aliens

Nation und Körper

Sumathi Ramaswamy: Körpersprache: Die Soma-
tik des Nationalismus im tamilischen Teil Indi-
ens

Silke Wenk: Geschlechterdifferenz und visuelle
Repräsentation des Politischen

Astrid Vormoor: Soziale Konstruktionen von
Mutterschaft in Deutschland

Sabine Hering, Gudrun Maierhof

Die unpässliche Frau. Sozialgeschichte der Menstruation und Hygiene.

Mabuse-Verlag 2002, EUR 19,90

Meike Nordmeyer/Marion Heinz

Feministische Philosophie, Bibliographie 1998-1999.

Frankfurt/M. u.a. 2002

Philosophische Geschlechtertheorien.

Hg. u. eingel. von Sabine Doyé, Marion Heinz, Friederike Kuster. Stuttgart 2002.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/73579

URN: urn:nbn:de:hbz:464-20201216-161655-5



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 Lizenz (CC BY 4.0) genutzt werden.